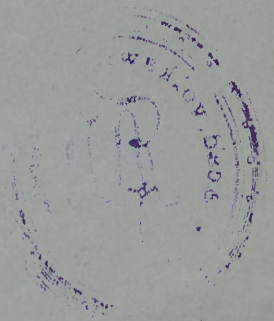


13.

I 5196







Die Arbeiterfrage

mit besonderer Berücksichtigung der

Deutschen Gewerkvereine

(Hirsch - Dünker.)

Von

Antiquar. unimorban Leipzig

Dr. Karl Walker,

Docenten der Staatswissenschaften an der Universität Leipzig

„Die Gewerkvereine, die wahrlich keine kleine, sondern eine große
geführte englische Erfindung sind, haben eine große
Zukunft haben“ ... [die Gewerkvereine] ... eine Frage, deren richtige, oder
falsche Lösung für das Steigen, oder Sinken wenigstens aller Völker
wahrscheinlich mit entscheidend ist.

Roscher, Geschichte der Nat. Defon. 1874
S. 1024, 1044.



Eisenach, 1881.

Verlag von J. Baumeister,
Hofbuchhändler.

Die Arbeitstage

von Hermann Schulze

Leipzig (Verlag von C. Neumann, Neudamm)

(Zweite Auflage)

Der Verfasser behält sich das Uebersetzungsrecht vor.



Druck von Adolf Ebbe in Wittenberg.

Vorwort.

Nationalökonomien und Politiker verschiedenster Richtungen stimmen in der Anerkennung der fast trivial zu nennenden Wahrheit überein, daß es in wissenschaftlicher und praktischer Beziehung von Wichtigkeit ist, die Denk- und Gefühlsweise der f. g. arbeitenden, d. h. handarbeitenden Classen zu studiren; denn diese Classen sind nun einmal durch die ganze moderne Culturentwicklung ein Factor geworden, mit dem alle wirthschaftlichen und politischen Parteien in dieser, oder jener Weise rechnen müssen. Die ungeheure Mehrheit der Arbeiter bestand und besteht ferner in Deutschland (wie auch in der Regel im Auslande) aus Gegnern des Socialismus. Trotzdem hat sich die wissenschaftliche wie die populäre Literatur viel mehr mit der deutschen Socialdemokratie, als mit den antisocialistischen Arbeitern des Deutschen Reiches beschäftigt. Ueber die Tendenzen der Socialdemokratie kann man sich aus verschiedenen Schriften bequem, wenn auch nicht immer exact und vollständig, belehren; eine Schrift, wenigstens eine neuere und eingehendere Schrift, über die Denk- und Gefühlsweise der gemäßigten, antisocialistischen Arbeiter fehlt indeß vollständig. Man muß sich das bezügliche Material aus 12 Jahrgängen des „Gewerkvereins“, des Organs der Hirsch-Dunker'schen Gewerkvereine, aus 6 Verbandtags-Protokollen derselben, aus 18, bezw. 10 Jahrgängen des „Correspondenten“ der Buchdrucker, bezw. Hutmacher, aus zahlreichen Statuten, gewerkvereinsfreundlichen und gewerkvereinsfeindlichen Broschüren, aus den Verhandlungen des Vereins für Socialpolitik, des Volkswirtschaftlichen Congresses u. u. mühsam zusammensuchen; und für die ländlichen Arbeiter fehlt es fast ganz an Material, denn die an und für sich höchst verdienstvollen Schriften und Enquêtes des Frl. Th. v. d. Goltz u. A. beziehen sich fast nur auf die Löhne und die sonstige Lage, nicht auf die

volkswirtschaftliche Denk- und Gefühlsweise der ländlichen, zum großen Theil übrigens sehr wenig denkenden Arbeiter.

Die vorliegenden Untersuchungen machen nun den ersten Versuch, jene Lücke der Literatur auszufüllen.

Die Schulze-Dehnbach'schen, nur zum Theil aus Arbeitern bestehenden Genossenschaften, die Volksbildungs- und Handwerker-Vereine, die evangelischen Jünglingsvereine und selbst die katholischen Gesellenvereine befassen sich als solche, wenigstens in der Regel, nicht mit den Fragen der Arbeitszeit, des Arbeitslohnes, der Einigungsämter u. s. w. Auch die ganz isolirten, oder in örtlichen, oder fast unbekannten Gewerkschaften lebenden Arbeiter kommen hier nicht in Betracht, so daß nur die Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften und die Gewerkschaften oder, wie sie jetzt heißen, die Unterstützungsvereine der Buchdrucker und Hutmacher als Untersuchungsobjecte in Betracht kommen.

Die Hirsch-Duncker'schen Vereine sind dabei in erster Linie zu berücksichtigen und zwar nicht blos wegen ihrer größeren Mitgliederzahl, sondern auch weil sie in fast allen Gegenden Deutschlands Mitglieder fast aller Arbeiter-Berufsclassen¹⁾ haben, und weil in ihnen verschiedene Nuancen antisocialistischer Richtungen vertreten sind, beziehungsweise vertreten waren. Die wichtige Wahrheit, daß jede übermäßige Lohnerhöhung einer Arbeiterklasse in der Regel und hauptsächlich den übrigen Arbeiterclassen selbst zur Last fällt,²⁾ wurde sogar in der Gründerzeit von einzelnen Gewerkschaften bis zu einer fast principiellen Verwerfung aller Lohnerhöhungen (auch der durch die Geldentwerthung z. n. nöthig gewordenen) übertrieben. Trotzdem ist die eben erwähnte Wahrheit auch für den theoretischen und praktischen Kampf gegen die Socialdemokratie von großer, meist unterschätzter³⁾ Wichtigkeit; denn die

¹⁾ Ich weiß aus bester Quelle, daß sogar Mitglieder des Unterstützungsvereins der Buchdrucker den Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften beigetreten sind, obgleich sie in Folge Dessen für beide Arten von Vereinen Beiträge zahlen müssen.

²⁾ Vgl. auch Held, Grundriß zu Vorlesungen über Nat. Oekon., 2. Aufl., 1878, S. 89.

³⁾ Auch die Forderung, die socialdemokratischen Reichstags-Candidaten auf dem demokratischen Wege der Ausloosung und nicht auf dem aristokratischen Wege der Ernennung durch die dictatorischen Parteichefs, z. B. durch die von manchen Socialdemokraten s. g. „Dynastie Liebknecht“, zu bestimmen, könnte im Reichs-

Socialisten versprechen, im Widerspruch mit den elementarsten mathematischen Lehren über Divisionsexempel,¹⁾ allen Arbeiterclassen eine schlaraffenmäßige Erhöhung ihres Einkommens und eine schlaraffenmäßige Herabsetzung ihrer Arbeitszeit. Schon in der heutigen Gesellschaft fällt eine übermäßige Lohnerhöhung einer Arbeiterklasse hauptsächlich den übrigen Arbeiterclassen zur Last, und im geträumten socialistischen Zukunftsstaate würde Das noch viel mehr der Fall sein; denn gegenwärtig tragen die mittleren, großen und sehr großen Einkommen einen Theil der betreffenden Lohnerhöhung, sie wirken gleichsam als Buffer, welche die Heftigkeit des Stoßes mildern. Im socialistischen Staate soll es dagegen nur kleine Einkommen geben, so daß der Stoß einer übermäßigen Lohnerhöhung einer Arbeiterklasse die übrigen Arbeiterclassen viel directer und heftiger treffen würde, als heute.

Von einer eingehenden Besprechung der socialdemokratischen Gewerkschaften mußte ich absehen, weil das Material über dieselben nur schwer, oder gar nicht beschafft werden kann. Uebrigens waren diese Gewerkschaften schon 1877 größtentheils untergegangen.

Die Statuten und Zeitschriften der Unterstützungsvereine der deutschen Buchdrucker und Hutmacher sind in der vorliegenden Schrift mehrfach benutzt. Ein näheres Eingehen auf beide Vereine habe ich indeß unterlassen,²⁾ weil ich den Umfang der vorliegenden Schrift nicht allzu sehr anschwellen wollte, und weil ich mich zunächst an die Ausarbeitung eines größeren Handbuchs der Nationalökonomie, einschließlich der Finanzwissenschaft und der Geschichte, insbesondere der neueren und neuesten Geschichte, der Nationalökonomie machen will.

Bei der Erörterung der Hirsch-Duncker'schen Gewerkvereine ist

tage zc. als eine logisch-politische Zwischmühle gegen die Socialdemokratie benutzt werden. Vgl. Walder, Schutzzölle, laissez faire und Freihandel, 1880, S. 606, 607, 630, 631 und zum Theil auch Schäffle, Bau und Leben zc., Bd. I, S. 782 ff., Bd. III, S. 398, der als Halbsocialist ein um so classischerer Zeuge für das eben Bemerkte ist.

¹⁾ Vgl. unten S. 79 und oben S. IV Note 2.

²⁾ Einer meiner Zuhörer gedenkt die Geschichte des Gewerk- und Unterstützungsvereins der Buchdrucker zum Thema seiner Doctor-dissertation zu machen, natürlich mit Berücksichtigung der betreff. Arbeitgeber-Zeitschriften.

das gesammte¹⁾ Material über dieselben, natürlich mit Einschluß der im Buchhandel vergriffenen älteren Jahrgänge des „Gewerkvereins“ und sonstiger vergriffener Schriften, sorgfältig benutzt worden; auch die Ausführungen wohlwollender und nicht wohlwollender Kritiker und Gegner sind berücksichtigt, bezw. widerlegt worden.

Allen denjenigen Mitgliedern und Freunden der Gewerksvereine sowie der genannten Unterstützungsvereine, welche mir gedrucktes und ungedrucktes Material für diese Arbeit geliefert haben, sage ich an dieser Stelle meinen verbindlichsten Dank und schließe mit dem Wunsche, daß die vorliegende Schrift, trotz ihren Mängeln, ein Scherflein zur Förderung gesunder, besonnener Reformen und des socialen Friedens beitragen möge!

Nach Abschluß des Manuscripts des Vorworts habe ich von gut unterrichteter Seite noch folgende Notizen erhalten, die ich mit der betreff. Seitenzahl folgen lasse.

§. 6 Z. 5 v. o. Die Aufrechterhaltung der getroffenen Vereinbarungen mit den Arbeitgebern liegt als notwendige und thatsächliche Consequenz auch in den Statuten der Hirsch-Duncker'schen Gewerksvereine, bes. in § 3 Nr. 2, 6 und 7. Vgl. auch unten S. 89, 90, 92, 93.

§. 7. Vorort des Gewerksvereins der Maurer ist Berlin (in Spandau wohnt nur der Generalsecretär). Vorort des Gewerksvereins der Porzellanarbeiter ist ebenfalls Berlin (Moabit ist längst ein Stadtbezirk von Berlin).

§. 7. Der 15. Gewerksverein ist der der Bildhauer, gegründet, bezw. constituirt am 30. December 1880. Der 16. Gewerksverein ist der der Klempner und Metallarbeiter, constituirt am 8. Mai 1881. Die daselbst stehende Zahl 377 ist ein Schreib- oder Druckfehler für 373.

Die S. 11, 14—19, 97—99, 129—131 und passim widerlegten Angaben über die Hirsch-Duncker'schen Gewerksvereine finden sich auch in F. Mehring's Schrift über die Socialdemokratie, 3. Aufl. 1879. Da Mehring diese Angaben im Wesentlichen von dem unten widerlegten R. Meyer entlehnt hat, so habe ich Mehring nicht ausdrücklich erwähnt, thue es indeß hier, weil seine Schrift

¹⁾ Abgesehen von den unten S. 27 angef., ganz unbedeutenden Ausnahmen.

sehr verbreitet ist. Da Mehring in dieser Frage mit allen wissenschaftlichen Nationalökonom¹⁾ ohne Unterschied der Richtung in Widerspruch getreten ist, so darf man wohl annehmen, daß er die betreff. falschen Angaben in der nächsten Auflage seiner im Uebrigen verdienstvollen, interessanten Schrift berichtigen wird.

S. 22. Die Gewerksvereine haben die Socialdemokratie unablässig in Hunderten von Versammlungen bekämpft (bis zum Socialistengesetz). In einer Anzahl Wahlkreise haben die Gewerksvereine regelmäßig bei allen Wahlen den Nationalliberalen zum Siege verholfen, resp. für diese gestimmt; überall da, wo die Fortschrittsmänner nicht durchzubringen waren, so um nur einige zu nennen: Greifswald, Grimmen, Stettin-Land, Riegnitz, Merseburg, Weiskensfeld, Sorau, Sprottau, Sagan, Beuthen.

S. 52. Die Wöllmer'sche Notiz, daß die gefährlichen Berufe ausdrücklich von der Verbands-Invalidencasse ausgeschlossen seien, ist irrthümlich, wie die Statuten und die Statistik der Gewerksvereine zeigen. Ein bezüglicher Antrag ist von M. Hirsch zum 7. Verbandstage gestellt (d. h. in sehr beschränktem Umfange, hauptsächlich die Explosiv- und ähnliche Fabriken betreff.). Auch eine Beitragserhöhung für die schädlicheren Beschäftigungen dürfte sich künftig nicht vermeiden lassen; bis jetzt sind glücklicher Weise solche Beschäftigungen, besonders auch der Steinkohlenbergbau, in äußerst schwacher Minorität.

S. 53. Auch die Oldenburger Spar- und Leihbank, geleitet von dem trefflichen Arbeiter- und Gewerksvereins-Freund R. Thorade, bietet die denkbar größte Sicherheit und hat ebenfalls ganz vorzügliche Einrichtungen gegen Feuergefähr.

S. 53. Die Zahl 9500 (jetzt ca. 10,000) umfaßt die Invalidencasse der Maschinenbauer und Metallarbeiter mit. Die Mitgliederzahl der letztgenannten Casse betrug nach einem Flugblatt des betreff. Gewerksvereins am 31. December 1880 4255. Nach M. Hirsch, Die Perle x., 2. Auflage 1880 S. 13, betrug die Einlegerzahl der Verbands-Invalidencasse im I. Quartal 1880 über 5300.

S. 54. Die Hirsch-Duncker'schen Gewerksvereine

¹⁾ R. Meyer gehört nicht zu denselben, vgl. unten S. 155, 156 und Mehring selbst S. 1.

haben im Jahre 1876 thatsächlich die Agitation gegen die Schutzzollbewegung durch 2 große Versammlungen eröffnet.“ (Vgl. den „Gewerkverein“ von 1876.) Die erste Versammlung fand am 19. März 1876 statt und die zweite bald darauf. Dabei war besonders verdienstlich, daß gerade seitens der betheiligten Stuhlarbeiter Hessel's Lockruf trotz der sehr schlechten Arbeitsverhältnisse gründlich und entschieden zurückgewiesen wurde.

§. 75. Das „äußerst verbreiteten“ ist allgemein gefaßt, und bezieht sich nicht nothwendig auf die Arbeiterkreise. Die interessante Thatsache, daß diese Ansicht auch von Arbeitern vertreten wurde, bleibt indeß bestehen.

§. 97. Die 3000 M. (vorläufig) „eiserner Fonds“ sollen einfach die für jede Gemeinschaft erforderliche Reserve auch für den Verband — der außer Utensilien zc. bisher gar kein Vermögen hatte — begründen, um dessen Ansehen und Leistungsfähigkeit zu erhöhen. Strikes und Lockouts werden überdies laut § 4 Nr. 5 und § 20 Absatz 2 der Verbandsstatuten und § 10 des Reglements (S. 34) nicht aus der Verbandscasse, sondern durch Auflage von den einzelnen Gewerkvereinen unterstützt. An Strikes ist thatsächlich bei den 3000 M. (deren Festlegung von M. Hirsch beantragt) nicht gedacht. (§ 4 Nr. 5 wird von ihm gemäß Reglement jetzt abzuändern beantragt.)

Im „Neuen Deutschen Reichs-Calender“ für 1877, herausgegeben von der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung, befindet sich ein Aufsatz von Dr. M. Hirsch über die Gewerkvereine, dem ich folgende Notizen entnehme. „Durch eine Massenpetition gegen die reactionären Bestimmungen der Gewerbeordnung wirkte die junge Organisation [1869] nicht unwesentlich auf die Gesetzgebung, da ihre Bedenken größtentheils berücksichtigt wurden; insbesondere erreichten ihre Begründer die hochwichtige Umgestaltung des § 141, wodurch den freien Hülfscaffen¹⁾ wenigstens provisorisch Bahn gebrochen wurde“ . . . (S. 141) . . . Beim Waldburger Strike glaubte sich auch der Staat als Bergwerksbesitzer interessirt und unterstützte die Uebermacht des Capitals mit der ganzen Macht der Staatsgewalt. Die öffentliche Meinung „sah in ihrer Kurzsichtigkeit nicht,

¹⁾ [Auch die bezüglichen Reichtagsreden M. Hirsch's von 1869, 1873 zc. sind sehr beachtenswerth.]

daß diese [die Waldenburger] Niederlage der Gewerkvereine nur den extremen Socialdemokraten zu gute kam. Damals war es der Abg. Dr. Nehenbach, der die schärfsten Pfeile gegen die angeblich aufrührerischen Tendenzen der Gewerkvereine schleuderte. Jetzt hat derselbe Staatsmann sich als Minister das Verdienst erworben, die Anerkennung der Gewerkvereine durch das Hilfscassengesetz befürwortet zu haben. Will' den falschen, so leicht geglaubten Anschuldigungen der Gewerkvereine aber hat der Deutsche Reichstag sein freisprechendes Votum vom 3. Februar 1876 entgegengesetzt" (S. 143.) . . . „Fern lag es uns, diese Organisation, zumal in ihrer Sturm- und Drangperiode, als fehlerlos hinzustellen, oder gar in ihr das Universalheilmittel der socialen Frage zu erblicken. Viel zu mannigfaltig und allen Lebenssphären entspringend sind die Leiden des socialen Körpers, als daß eine Art Vereinigung, und sei es die trefflichste, sie bewältigen könnte. Nein, dazu bedarf es eines Zusammenwirkens aller gefunden Kräfte der Individuen, der Gesellschaft und des Staates.“ (S. 155) . . .

Mit dieser principiell richtigen, gegen Einseitigkeiten aller Art protestirenden Auffassung der socialen Reformfragen kann man sich nur einverstanden erklären.

Leipzig, den 20. Mai 1881.

Der Verfasser.

Corrigenda und Nachträge.

S. 15 Z. 20 v. o. ist nach: an hinzuzufügen: Montesquieu.

S. 33 Z. 21 v. o. lies: S. 5 statt: S. 3.

S. 36 Z. 10 v. u. lies: parteiſchen ſtatt: unparteiſchen.

S. 53 Z. 21 v. u. lies: 191 ſtatt: 181.

S. 54 Z. 13 v. u. lies: 1869 ff. ſtatt: 1868 ff.

S. 111. Da mein Ausdruck „ſtaatliche Reformen“ auch Verfaſſungsreformen bedeuten könnte, ſo bemerke ich ausdrücklich, daß Schulze-Delitzſch a. a. O. (wenn ich nicht irre, in ſeinem „Associationsbüchlein“) von volkswirthſchaftlichen, wenn auch vom Staate ausgehenden Reformen ſpricht.

S. 61 und 113. Die von L. Nagel redig. „Concordia“ erſchien 1871 bis 1876. Vgl. auch A. Held's Arbeiterpreſſe, 1873.

S. 74 Z. 15 v. u. lies: S. 136 ſtatt: 134.

S. 142 Z. 4 v. u. lies: 114 ſtatt: 144.

S. 158 Z. 5 v. u. lies: 20025 ſtatt: 21025.

S. 162. Der Geh. Juſtizrath und Oberlandesgerichtsrath Dr. v. Krünwell in Naumburg plaidirt in Vöbker's Magazin für deutſches Recht, Hannover, 1881, Bd. 1 S. 23, 60 für die Ausdehnung und Reform des Haftpflichtgeſetzes. Im Maiheft der unten S. 14 angeſ. „Deſterreich. Monatsſchrift“ von 1881 befindet ſich eine mir noch nicht zu Geſicht gekommene Abh. Th. Petermann's. Der bekannte Statiſtiker und Mitarbeiter des „Staatsſocialiſt“ ſoll in dieſer Abh. gegen den Unfallverſicherungs-Geſetzentwurf polemifiren und unter Anderem auf den Widerſpruch der betreff. Motive mit den Motiven des Socialiſtengeſetzes hinweiſen.

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Erstes Capitel. Das Wesen der Gewerksvereine im Allgemeinen. Ihre Verbreitung im In- und Auslande. Die culturgeschichtlichen Zusammenhänge und die Entstehung der Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereine	1
Zweites Capitel. Kritik der Organisation und der volkswirtschaftlichen Bestrebungen der Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereine	25
Drittes Capitel. Die politische und religiöse Haltung der Gewerksvereins-Literatur	111
Viertes Capitel. Die Verhütung und Bekämpfung zünftlerischer und anderer Ausartungen der Gewerksvereine. Normativ- und Strafgesetze in Betreff der Gewerksvereine. Kritik der politischen Bedenken gegen Gewerksvereine. Gründe für das Zusammengehen der Gewerksvereiner und überhaupt der gemäßigten Arbeiter mit liberalen und conservativen Reformfreunden	121
Fünftes Capitel. Die Frage der s. g. Halbbildung und der wahren politischen Volksbildung	140
Sechstes Capitel. Anerkennende Urtheile in- und ausländischer Regierungen und Nationalökonomien über die Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereine	155
Statistische Beilage	158
Autorenregister	159
Sachregister	160

Verzeichniß der gebrauchten Abkürzungen.

G. B. bedeutet die seit 1869 als Organ der Hirsch-Dunker'schen Gewerkvereine erscheinende Wochenschrift „Der Gewerkverein.“

Berh. des 1. Verb. bedeutet: Verhandlungen des 1. Verbandstages der Deutschen (Hirsch-Dunker'schen) Gewerkvereine. Ein Verzeichniß der Verbandstage steht unten S. 33.

Eisen. Berh., Gutachten zc. bedeutet: die Verhandlungen zc. des Vereins für Socialpolitik, der 1873 in Eisenach begründet wurde und schon 1872 daselbst eine Vorversammlung hielt.

Erstes Capitel.

Das Wesen der Gewerkvereine im Allgemeinen. Ihre Verbreitung im In- und Auslande. Die cultur- geschichtlichen Zusammenhänge und die Entstehung der Hirsch-Dunker'schen Gewerkvereine.

Die modernen Gewerkvereine sind berufsgenössliche Interessenvertretungen von gelernten und ungelernten Arbeitern, Gesellen und Gehülfen der Groß- und Kleinindustrie, zum Theil auch des Handels und der Landwirthschaft.

Mit dieser Begriffsbestimmung dürften alle wesentlichen Merkmale eines modernen Gewerkvereins erschöpft sein. Wirkliche Gewerkvereine können sogar, wenigstens in der ersten Zeit, ohne dazu gehörige Hilfskassen existiren, ähnlich wie es Hilfskassen, selbst berufsgenössliche Hilfskassen giebt, die auf die Dauer ohne bezügliche Gewerkvereine existiren. Auch die Existenz, oder Nichtexistenz eines Einigungsamtes, die Aufnahme, oder Nichtaufnahme von Arbeitgebern, die Forderung, oder Nichtforderung einer Lehrzeit und eines Lohnminimums, eine antisocialistische, socialistische, oder dem Socialismus gegenüber neutrale Haltung und eine locale, nationale, oder internationale Organisation sind nicht wesentliche Merkmale eines Gewerkvereins. In verschiedenen Ländern und Zeiten wurde und wird es damit verschieden gehalten.

Eine gute Uebersicht der Gewerkvereine aller Länder ist sehr schwer zu beschaffen und findet sich meines Wissens nirgends. Das einzige Werk, welches hier etwa zu nennen wäre, nämlich H. Meyer's Emanicipationskampf des vierten Standes, ist bereits 1874 erschienen und nur mit der größten Vorsicht zu benutzen. Eine Besprechung der ausländischen Gewerkvereine gehört nicht zum Plane der vorliegenden Schrift. Es sollen nur die Hauptwerke über dieselben angeführt werden.

¹⁾ Bibliographische Notizen über die Hilfskassen Deutschlands und des Auslandes giebt Schmoller in seinem Jahrb. für Gesetzg. 1881. Vergl. auch den Katalog der Bibliothek des kgl. Preuß. Statist. Bur. 2. B. 1874 und 1879 und die Lagerkataloge von Puttkammer und Mühlbrecht in Berlin.

England.

The Bee-Hive, die seit 1861 erscheinende Zeitschrift der Gewerkvereine.

H. v. Mangoldt, Arbeiterverbindungen und Arbeits Einstellungen in England in der Zeitschr. für Staatswiss. 1862.

Reports of the commissioners appointed to inquire into the organization and rules of Trades' Unions, 1867.

Thornton, Die Arbeit etc., deutsch von Dr. H. Schramm, 1870 (mit meist treffenden Zusätzen des Uebers.) Thornton ist mitunter inconsequent und ultrademokratisch, er giebt indeß manche gute, bei Brentano u. A. fehlende Notizen über die Mißbräuche mancher Gewerkvereine und Arbeiterführer. Brentano's Polemik gegen Thornton¹⁾ ist nur zum Theil berechtigt, wie schon G. Cohn hervor gehoben hat.

Graf v. Paris, Die Gewerkvereine in England, deutsch von Lehmann, 1870. Ein kurzer Auszug aus den angef. Reports.

R. Zarnasch, Die Trades' Unions etc., 1870. Sonderabdruck aus der Zeitschr. f. Schweiz. Statistik.

Brentano, Die Arbeitergilden, 2. B. 1871 und 1872. Die 2., stark verkürzte, zum Theil aber auch erweiterte Auflage erschien 1877 unter dem Titel: Das Arbeitsverhältniß etc. Kritiken der Brentano'schen „Arbeitergilden“ finden sich u. A. bei G. Schönberg in der Zeitschr. f. Staatswiss., 1871 S. 695 ff., bei Bamberger²⁾, Die Arbeiterfrage etc., 1873, bei Walcker, Sociale Frage, 1873 S. 106 ff. und bei v. Odenkowskij³⁾, Englands wirtsch. Entwicklung am Ausgange des Mittelalters, 1879 S. 55—84, 114—119, 127. Brentano's Schrift ist das Hauptwerk über die Trades' Unions. Auch der Cobdenclub veröffentlichte 1872 in seinen Abhandl. Auszüge aus Brentano's Schrift On the history of Gilds etc. (Lond. 1870). Trotz dem war Brentano nicht der erste deutsche Nationalökonom, der die Aufmerksamkeit auf die Trades' Unions lenkte. Außer B. A. Huber's Reisebriefen (1855), Schulze-Delitzsch⁴⁾ und v. Mangoldt (a. a. O.) sind hier namentlich die „Socialen Briefe aus England“ zu erwähnen, welche Dr. Max Hirsch schon im Aug. 1863 in der „Volksztg.“ veröffentlichte. (Vgl. M. Hirsch's, Der neueste Gegner etc. betitelte, 1879 erschienene Broschüre gegen Brentano S. 41).

¹⁾ Vgl. Brentano, Arbeitergilden, Bd. II. S. 7 ff., 27—43, 188, 203 ff. 209, 219 ff., 233 ff. 272.

²⁾ Brentano's Replik führt den Titel: Die „wissenschaftl.“ Leistung des Herrn Bamberger, 1873.

³⁾ Seine quellenmäßige, auch auf Gueiß gestützte Widerlegung der Brentano'schen Ansichten über die mittelalt. Zünfte und Stadtverfassungen Englands scheint mir schlagend zu sein.

⁴⁾ Vgl. unten S. 14, 15.

H. Spencer, Einleitung in das Studium der Sociologie, deutsch von Marquardsen 1875, Cap. 10.

Fawcett, Manual of Polit. Economy, 5 ed. 1876, Buch II. Cap. 9.

Böhmert, Die Gewinnbetheiligung zc. 1878, Band I. Seite 49—55.

G. Howell, The Conflicts of Capital and Labour etc. 1878. Vergl. S. Adler in Schmoller's Jahrb. 1881 S. 393 ff.

E. Beckett, Trades' Unionisme and its Results, 1878. (5 Briefe an die Times mit einigen Ergänzungen.)

Moscher, Nat. Def. Bd. I. § 176, 177

Vergl. auch Holyoake History of the Cooperation in England. 2. Bd. 1875 u. 79 u. Brassey, Labour Question, 2. ed. 1878.

Frankreich.

Lexis, Gewerksvereine und Unternehmerverbände in Frankreich, 1879 und die wahrscheinlich von Lexis herrührende Abh. im „Gewerksverein“, 1877 S. 133 ff.

Stieda's Abh. in v. Holzendorff's Jahrb. für Gesetzg. 1878.

Vgl. auch Stieda's und Mücke's Abh. in der Zeitschr. des R. Preuß. Statist. Bureau's 1875—77 u. Leroy-Beaulieu, Question ouvrière, 1872.

Morsbach, Die Pariser Gewerksyndikate, 1879.

Italien.

Vgl. Echeberg's Uebersetzung bezüglich der Ausführungen von Ferraris in Schmoller's Jahrb. 1881.

Vereinigte Staaten.

Farnam, Die amerikan. Gewerksvereine, 1879. Vgl. auch F. Rapp in den Preuß. Jahrb. 1877 Bd. XL. S. 411 und A. v. Studnitz, Nordamerik. Arbeiterverhältnisse, 1879.

In Dänemark und zwar in Kopenhagen giebt es einen Gewerksverein Hirsch-Duncker'scher Richtung.

Auch in Oesterreich-Ungarn¹⁾ zc. giebt es Gewerksvereine von Buchdruckern und anderen Arbeitern. In den „Statuten des Unterstützungsvereins deutscher Buchdrucker“ (1879, S. 20, 21) werden auch luxemburgische, österreichische, ungarische, deutsch-, französisch- und italienisch-schweizerische und dänische Buchdruckervereine angeführt, deren Quittungsbücher als Ausweis zur Erhebung von Reisegehalt gelten. Die „Statuten des Unterstützungsvereins deutscher Hutmacher“ (1880 S. 15, 16) führen zu demselben Behufe auch Vereine in den B. Staaten,

¹⁾ Vgl. den „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker“, 1880 Nr. 123 und den G. B. 1879 S. 157, 1880, S. 3.

Belgien, Italien, Frankreich, Oesterreich, Ungarn, sowie die Hutmacher-Brüderschaften von Riga, Warschau und St. Petersburg an. In einer kurzen Biographie J. Tierney's, des Secretärs der National-Hut-Zurichter-Gewerkschaft der V. Staaten, die im „Correspondent für Deutschlands Hutmacher“ 1880 Nr. 13 erschien und offenbar eine Bearbeitung eines amerikanischen Originals ist, heißt es u. A.: „Seine Bemühungen uns [die Amerikaner] mit den Gewerkschaften anderer Länder in Verbindung zu bringen, waren von außerordentlichem Erfolg begleitet, indem sie uns in vollen Einklang brachten mit den Gewerkschaften Großbritanniens und Irlands, Deutschlands, Oesterreichs, Frankreichs, Russlands, der Türkei, Australiens und Canadas.“

Von den 316 Zweigvereinen des Gewerkvereins der englischen Maschinenbauer waren 1869 7 in Australien, 1 in Neuseeland, 1 in Queensland, 4 in Canada, 1 in Malta, 1 in Constantinopel, 13 in den V. Staaten, und 1864 wurde nach Einholung der Erlaubniß des französischen Polizeipräsidenten ein Zweigverein in Croix im Nord-Frankreichs errichtet.¹⁾

Die Gewerkvereine, welche in Deutschland bestehen, bzw. in den 1860er und 1870er Jahren bestanden, zerfallen in 4 Gruppen:

1) Der „Deutsche Buchdrucker-Verband“ oder, wie er seit 1878 heißt, der „Unterstützungsverein deutscher Buchdrucker.“

2) Der „Centralverein“ oder, wie er seit 1880 heißt, der „Unterstützungsverein deutscher Hutmacher.“

3) Die halb- oder ganz socialdemokratischen Gewerkvereine, s. g. Gewerkschaften (die natürlich mit den Gewerkschaften des Bergbaus nichts zu thun haben.)

4) Die Hirsch-Dunker'schen Gewerkvereine.

Das Organ des erstgenannten Gewerkvereins, der „Correspondent“²⁾ für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer“, erscheint seit 1863 und zwar unter der Redaction von N. Härtel³⁾ in Mendonitz bei Leipzig. Der Deutsche Buchdrucker Verband wurde 1866 in Folge eines 1865 in Leipzig ausgebrochenen Streikes daselbst begründet und zwar ohne jeden Einfluß englischer Gewerkvereins-Ideen, wie der „Correspondent“ (1872 Nr. 81) und Prof. A. Held, Die deutsche Arbeiterpresse, 1873, ausdrücklich constatiren. N. Härtel, der Begründer des „Corresp.“, war auch langjähriger Präsident des Verbandes, dessen Vorort um 1878 aus Leipzig nach Stuttgart verlegt wurde. Die 1881 (nach dem G.B.) auf c. 8000 gestiegene Mitgliederzahl betrug 1880 c. 7000. Die Zahl der Nichtverbands-Buchdrucker-gehülfen wurde 1880 von sachkundiger Seite auf c. 5000 geschätzt.

¹⁾ Vgl. Prentano, Arbeitergilden Bd. 1. S. 200.

²⁾ Nach einer Notiz in einem Zeitschriftenverzeichnis hatte er 1876 2800 Abonnenten. Um 1880 betrug die Abonnentenzahl 3900.

³⁾ Vgl. das Autorenregister der vorlieg. Schrift.

Monographien über die Gewerkvereine der Buchdrucker und Hutmacher wären deshalb von besonderem Interesse, weil es auch mindestens ein Arbeitgeberblatt¹⁾ beider Berufszeige giebt, und weil auch die Nichtverbands-Buchdrucker ein eigenes Organ haben.

Der „Correspondent des Centralvereins deutscher Hutmacher“ wurde 1871 in Offenbach begründet und 1872 nach Leipzig verlegt. Der Hutmacherverein ist nach dem Corresp. (1872 Nr. 9) und nach A. Held ebenfalls ohne das Vorbild Englands als das natürliche Entwicklungsproduct alter Gesellenverbrüderungen²⁾ entstanden. Er wurde 1871 in Leipzig begründet, zählte 1872 mindestens 1780 und 1879 c. 3000 Mitglieder. Der „Correspondent“ hatte 1876 (nach einem Zeitschriftenkataloge) 1100 Abonnenten. Am 20. Jan. 1879 wurde der Centralverein auf Grund des sächsischen Vereinsgesetzes vom 22. Nov. 1850, welches auch gegen die Hirsch-Duncker'schen Gewerkvereine³⁾ und gegen den Verband deutscher Buchdrucker 1879 angewandt wurde, vom Polizeiamt der Stadt Leipzig aufgelöst. Im Auflösungsdecret heißt es: „Da der Centralverein deutscher Hutmacher den Vereinen beizuzählen ist, welche sich mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftigen, dieser Verein sich auch mit auswärtigen Vereinen in Verbindung gesetzt hat, ohne, wie § 24 des Gesetzes, das Vereins- und Versammlungsrecht betreffend, von 22. Nov. 1850 erfordert, die Rechte der Körperschaft erlangt zu haben, so ist auf Grund von § 25 desselben Gesetzes der Verein aufzulösen.“ Am 1. Juli 1880 wurde in Altenburg eine (Central-) „Kranken- und Sterbecasse der Hutmacher“ begründet, und am 1. Jan. 1881 trat ebendasselbst ein „Unterstützungsverein deutscher Hutmacher“ in's Leben, der im März 1881 schon c. 2000 Mitglieder zählte. Nach § 1 bezweckt der Verein:

- a) Die Gründung einer Centralcasse;
- b) Die Unterstützung für Arbeitslose und Arbeitsunfähige (Invaliden);
- c) die unentgeltliche Arbeitsvermittlung;
- d) die Führung einer Vereins- und Gewerbestatistik;

Auch der „Correspondent“ erscheint seit 1879, oder 1880 in Altenburg.

Im § 1 des Statuts des Unterstützungsvereins der Buchdrucker werden dagegen folgende Zwecke angeführt:

- a) die Unterstützung für Arbeitslose, Kranke und Arbeitsunfähige (Invaliden);

¹⁾ Nach A. Held und J. Keller scheint es noch 3 andere Blätter der Buchdruckereibesitzer zu geben. Vgl. das alphabetische Verzeichniß deutscher gewerblicher Zeitschriften bei J. Keller, Das Handwerk etc. 2. Aufl. 1878 S. 219 ff.

²⁾ Vgl. auch Gierke, Das deutsche Genossenschaftsrecht Bd. 1. 1868 S. 944.

³⁾ Das bezügliche, wenn ich nicht irre in Chemnitz erlassene Verbot wurde in Folge einer persönlichen Intervention M. Hirsch's beim Minister des Innern bald wieder aufgehoben.

b) Erzielung möglichst günstiger Arbeitsbedingungen auf gesetzlichem Wege.

c) Strenge Aufrechterhaltung der mit den Principalen getroffenen Vereinbarungen in Bezug auf Arbeitspreise und Arbeitszeit."

Der letztgenannte Punkt fehlt in den Hirsch-Dunker'schen Statuten¹⁾; im Allgemeinen kann man indeß sagen, daß die unten Cap. II. angeführten Zwecke der Hirsch-Dunker'schen Gewerkvereine, formell betrachtet, auf eine Combination und Specialisirung der Zwecke der Buchdrucker- und Gutmacher-Vereine hinauslaufen. Thatsächlich dürften die Bestrebungen aller drei Arten von Vereinen noch größere Ähnlichkeiten aufweisen.

Auch die Handschuhmacher und Weißgerber sollen alte, über ganz Deutschland und wohl auch die Schweiz, Deutsch-Oesterreich u. verbreitete Gesellenverbände, eine Art Gewerkvereine, haben, und die Zahl localer gewerkvereinsähnlicher Genossenschaften der Gesellen verschiedener Handwerke soll sehr groß sein. Gedrucktes Material über diese Gewerkvereine dürfte es kaum geben, und auch ungedrucktes Material über dieselben dürfte schwer zu beschaffen sein.

Unter den socialdemokratischen Gewerkschaften²⁾ war namentlich der 1865 von Frißche begründete „Allgemeine deutsche Tabakarbeiter-Verein“ hervorzuheben, der indeß nur die Minderheit der Tabakarbeiter umfaßte. In Folge innerer Auflösung³⁾ und polizeilicher Verbote auf Grund des Socialistengesetzes scheinen alle socialistischen Gewerkschaften zu Grunde gegangen zu sein.

Eine eingehende Statistik der 1868 ff. begründeten Hirsch-Dunker'schen Gewerkvereine wird für ihren 7., 1881 stattfindenden Verbandstag vorbereitet. Kurze statistische Notizen findet man im „Verbreitungsbild und Adressenverzeichnis der . . . Gewerkvereine“ 1. und 2. Aufl. Sommer 1880, in den Verhandl. des 6. Verbandstags, 1879, bei H. Polke, Die Deutschen Gewerkvereine, 1879 und bei M. Hirsch, Was bezwecken die Gewerkvereine? 1—3 Aufl. 1880. Die Organisation umfaßte Ende 1878 14 nationale Gewerkvereine und 12 selbstständige Ortsvereine mit insgesammt 385 Einzelvereinen und 16,525 Mitgliedern. Das Nähere zeigt folgende Tabelle:

Gewerkverein der . . .	Ort.	Zahl der Einzelvereine.
1. Maschinenbau- u. Metallarbeiter.	Berlin	66
2. Tischler.	„	49

¹⁾ Vgl. übrigens den unten Cap. II. angef. M. Hirsch'schen Gesetzentwurf in Betreff der Einigungsämter.

²⁾ Vgl. A. Held und R. Meyer o. c.

³⁾ Vgl. den G. B. 1877 S. 143, 146, 147.

Gewerkverein der . . .	O r t.	Zahl der Einzelvereine.
3. Fabrik- u. Handarbeiter.	Burg bei Magdeburg	68
4. Stuhlarbeiter zc.	Guben	20
5. Maurer u. Steinhauer.	Spandau	44
6. Lithographen, Coloristen, Maler zc.	Gera	25
7. Porzellanarbeiter, Glasarbeiter zc.	Moabit	28
8. Schuhmacher u. Lederarbeiter.	Berlin	20
9. Schneider.	Berlin	14
10. Zimmerer.	"	15
11. Schiffszimmerer zc.	Danzig	8
12. Vergarbeiter.	Schoppinitz bei der Laurahütte in Oberschlesien	4
13. Cigarren- u. Tabakarbeiter.	Magdeburg	3
14. ¹⁾ Töpfer. zc.	Belten bei Dranienburg	4
		377

Ortsvereine der . . .	O r t.	Zahl der Ortsvereine.
1. Klempner u. Metallarbeiter.	Berlin	1
2. Buchbinder.	Nixdorf bei Berlin	1
3. Bildhauer.	Berlin	1
4. Vergolber.	"	1
5. Sattler.	"	1
6. Stuckateure.	"	1
7. Kaufleute.	"	1
8. Drucker u. Formstecher.	Gera	1
9. Heepschläger, Segelmacher u. Seiler.	Danzig	1
10. Buchbinder.	Posen	1
11. Bildhauer.	Magdeburg	1
12. Klempner.	Grabow bei Stettin	1
		12
dazu		373
		385

¹⁾ Ein 15. Gewerkverein, nämlich ein Gewerkverein der Klempner, sollte 1881 gebildet werden.

Die Gesamtzahl der Mitglieder der verschiedenen Gewerksvereine steht übrigens keineswegs immer in einem proportionalen Verhältnis zur Zahl ihrer Ortsvereine. Die Maschinenbauer dürften z. B. auch ihrer gesamten Mitgliederzahl nach an der Spitze der Hirsch-Dunker'schen Gewerksvereine stehen.¹⁾ Die Buchdrucker und die Maschinenbauer bilden überhaupt die Elite der Arbeiterwelt. Die Zahl der Mitglieder des Gewerksvereins der Maschinenbauer stieg von 1877 bis zum Jan. 1881 von 3600 auf 5500. Die Zahl von 3600 bedeutete das tiefste Niveau, auf welches die Mitgliederzahl in Folge der Geschäftstrocknung von 1873 ff. gesunken ist (G. B. 1881 S. 22). Das ist ein interessanter Beleg dafür, daß der Wiederaufschwung der Geschäfte schon 1877, d. h. also vor dem December-Briefe des Reichskanzlers von 1878 und vor dem Schutzzolltarif von 1879, begann. Die Zahl der betref. Ortsvereine war Ende 1880 auf 106 gestiegen. Die nominalen Mitgliederzahlen vieler Ortsvereine stimmen mit den wirklichen Zahlen nicht überein, weil an kleinen Orten mit geringer Mitgliederzahl ganz disparate Berufe in einem Ortsvereine vertreten sind. In einem Ortsvereine der „Schuhmacher“, oder „Tischler“ gehören z. B. auch Stuhlarbeiter, Lithographen etc.

Nach dem „Verbreitungsbilde“ stellte sich die Zahl der Einzelvereine und die Gesamtzahl der Mitglieder 1880 folgendermaßen:

Zahl der Einzelvereine incl. der selbstständigen Ortsvereine	Provinz, Staat etc.	Gesamtzahl der Mitglieder.
81	Brandenburg	4610
74	Schlesien	3246
87	Provinz Sachsen	2888
50	West- und Ostpreußen	2541
52	Pommern	1497
32	Thüringische Staaten	1213
26	Bayern, Württemberg, Baden	864
19	Hannover, Schleswig-Holstein, Hessen-Nassau, Rheinprovinz, Westfalen	618
18	Königreich Sachsen	534
13	Braunschweig, Oldenburg, Hamburg, Mecklenburg	482
452 ²⁾		18,493

¹⁾ Vergl. die Statistische Beilage der vorliegenden Schrift.

²⁾ 44 Ortsverbände, d. h. bloße Zusammenfassungen mitgezählter Ortsvereine, sind nicht mitgerechnet.

In Hessen-Darmstadt und Elsaß-Lothringen scheint es damals noch gar keine Ortsvereine gegeben zu haben.

Im „Verbreitungsbild“ heißt es: „Wenn in Reden und Artikeln die Mitgliederzahl auf 20,000 und mehr angegeben zu werden pflegt, so beruht Dies darauf, daß außer den officiell zum Verbands gehörigen Vereinen noch eine nicht unbeträchtliche Zahl solcher besteht, die sich zwar in Folge persönlicher, oder formeller Differenzen vom Verbands getrennt, jedoch die Grundsätze, Statuten und den Namen der Gewerkvereine beibehalten haben und sonach mit Recht der Richtung und Organisation zugerechnet werden. Endlich ist zu constatiren, daß gerade jetzt eine außerordentlich lebhafteste Bewegung in der Organisation herrscht, in Folge deren die Zahl der Ortsvereine und Mitglieder fortwährend und bedeutend wächst“¹⁾.

1880 und 81 wurden z. B. (nach dem G. B.) in Stuttgart, Chemnitz, Karlsruhe u. u., wenn ich nicht irre auch in München, neue Ortsvereine gegründet.

Die Berliner Wochenschrift „Der Gewerkverein“ erscheint seit 1869 und ist Verbandsorgan. Daneben erscheint noch, ebenfalls in Berlin, die Wochenschrift „Die Ameise“ als Organ des Gewerkvereins der Porzellanarbeiter. Die übrigen Gewerkvereine haben noch keine besonderen Organe.

Die Literatur über die Hirsch-Dunker'schen Gewerkvereine ist passim in der vorlieg. Schrift selbst angeführt. Die Gewerkvereins-Schriften sind, mit Ausnahme weniger vergriffener Schriften, vom Verbandsbureau in Berlin S. Alte Jakobstr. 64 zu beziehen. Dasselbst befindet sich auch die Redaction des „Gewerkvereins“. 1881 wurde die Erwerbung eines eigenen Verbandshauses in Berlin geplant. Es wurden verzinsliche Antheilscheine à 5, 10, 20, 30 M. ausgegeben, und einzelne Arbeiter zeichneten 100—1000 M.

Manche extreme Gegner der Hirsch-Dunker'schen Gewerkvereine schildern dieselben als eine specifisch deutsche und specifisch moderne Erscheinung. Beide Behauptungen sind unrichtig. Es giebt, wie erwähnt, auch in anderen Ländern Gewerkvereine. Ebenso unhaltbar ist die Vorstellung, daß sociale Kämpfe zwischen den arbeitenden und den besitzenden Classen sowie zwischen verschiedenen Classen der Arbeiter selbst der s. g. guten alten Zeit fremd gewesen seien, deren Dauer übrigens von ihren Verehrern selbst sehr verschieden bestimmt wird. Die „liberale“ Gesetzgebung der Jahre 1866 ff., der Erlaß der preussischen Verfassung im Jahre 1850, die Stein-Hardenberg'schen Reformen, die Reformen und überhaupt die Neuzeit werden von verschiedenen reactionären Richtungen als Endpunkte der guten alten Zeit bezeichnet. Sociale Kämpfe sind indeß so alt wie die Menschheit. Die Sclavenaufstände des Alterthums, die Bauernkriege des

¹⁾ Vgl. auch das Sachregister der vorlieg. Schrift unter „Gewerkvereine Hirsch-Dunker'sche, Mitgliederzahl der.“

Mittelalters, die Kämpfe zwischen Zünftern und Bönhasen sind allbekannt. Weniger bekannt sind folgende Thatfachen.

Auf dem Continent wurden die Gilden von der geistlichen und weltlichen Obrigkeit, von Concilien, Königen und Baronen verboten und verfolgt, weil die fränkischen, deutschen zc. Großen nämlich Vereinigungen der hörigen Handwerker haßten und fürchteten. Außerdem konnten die Verbote der Gilden im fränkischen Reiche (unter Ludwig dem Frommen) in Folge der mit ihnen stets verbundenen Völlereien und heidnischen Gebräuche noch mit religiösen Motiven beschönigt werden. Doch dürfte es nach Brentano¹⁾ schwer sein zu sagen, inwiefern diese Vorwürfe nur Vorwände waren zur Unterdrückung von aus politischen Gründen gefürchteten Vereinen. Diese Vorwürfe dürften in der That bloße Vorwände gewesen sein, da Frankreich damals schon seit mehr als 300 Jahren ein christliches Land war. Auch der Kampf der Geschlechter und der Handwerker wurde mit der äußersten Erbitterung geführt. So wurden z. B. in Magdeburg 1301 10 Altermänner der Handwerker Gilben lebendig auf dem Markte verbrannt (während selbst die Pariser Commune, wenigstens direct, 1871 nur Gebäude, nicht Menschen verbrannt hat). So wurden zu Köln 1371, nachdem die Weber die „Weberschlacht“ gegen die Geschlechter verloren hatten, 33 Weber hingerichtet, noch am anderen Tage Häuser, Kirchen und Klöster durchsucht, alle Aufgespürten ermordet, endlich 1800 derselben mit Weib und Kind verwiesen und ihr Zunfthaus, ein „Palast“ niedgerissen. Die Ausgewanderten fanden Aufnahme in Aachen, wo sie das Gewerbe sehr hoben. (Sie waren also tüchtige Männer, nicht etwa die Hefe der Weberklasse). Leicht ließen sich diese Beispiele nach Brentano vermehren. Andererseits waren z. B. die Schmiedegesellen zu Magdeburg so mächtig, daß sogar das Domcapitel ihnen nach Brentano im Jahre 1600 eine Strafe von 100 Thalern bezahlen mußte, was nach dem heutigen Geldwerthe mehrere 100 Thaler ausmachen würde.

Die Autonomie der Zünfte führte nicht selten zu Unordnungen und Gewaltthätigkeiten. Große Aufstände der Gesellen, Verrufe gegen einzelne Orte kamen öfters vor. Ein solcher Aufstand der Gesellen in Augsburg im Jahre 1721 veranlaßte das Reichsgesetz von 1731, welches den Gesellenstrikes „bei hoch getriebener Renitenz und wirklich verursachtem Unheil“ mit Lebensstrafe drohte. Noch 1841 sprachen die norddeutschen Maurergesellen einen Verruf gegen Hamburg aus, und es zeigte sich, daß die Gesellen in Lübeck, Bremen und Hamburg in einer genauen Verbindung standen, die sie zu mancherlei Bedrückungen einzelner Meister mißbrauchten.²⁾

¹⁾ Vgl. Brentano, Arbeitergilben, Bb. I. S. 11—14, 131, 233 und Gierke, Das deutsche Genossenschaftsrecht Bb. I. S. 236, 237.

²⁾ Vgl. Rau, Pol. Def. II. § 189, Roscher o. c. § 177, Gierke o. c. S. 403—407, 943, 944, Brentano o. c. S. 77 ff.

Die eben angeführten Thatfachen und zahllose andere Fälle, die hier der Kürze halber übergangen werden, zeigen, daß das idyllische, socialpolitische Stillleben, von welchem die Reactionäre fabeln, ein gänzlich unhistorischer Humbug ist.

Alle großen, erfreulichen und nicht erfreulichen Ereignisse der Weltgeschichte erschienen und erscheinen einer beschränkten ultramontanen, welfischen u. Geschichtsauffassung nicht als Producte einer langen, vielhundertjährigen Entwicklung, sondern als Zufälligkeiten. Es giebt noch heute Politiker, welche glauben, Luther habe die Reformation gemacht, weil er heirathen wollte, die Freimaurer hätten die französische Revolution gemacht, und Bismarck sei aus Langeweile und Ehrgeiz auf die Idee verfallen, ein Deutsches Reich zu schaffen. Es kann daher nicht Wunder nehmen, daß solche Staatsweise auch die Deutschen Gewerksvereine für eine zufällige Schöpfung des Dr. M. Hirsch halten, was, wie erwähnt, schon durch den um 2 Jahre älteren, ganz naturwüchsig entstandenen Verband der deutschen Buchdrucker, sowie den Gewerksverein der Hutmacher widerlegt wird. Die Geschichte aller Völker und Zeiten, vom grauesten Alterthum, von der Zeit der Kasten, an, zeigt, daß Gleich und Gleich sich gern gesellt, daß alle freien, halbfreien und zum Theil selbst unfreien Stände und Berufsclassen in der Regel einen unwiderstehlichen Drang haben, genossenschaftliche Interessenvertretungen u. u. zu bilden.¹⁾ Auch die alterthümliche und moderne Feldgemeinschaft der Germanen, Kelten, Russen und Südslawen, sowie die russischen Genossenschaften — *Arтели*²⁾ — fallen zum Theil unter den Begriff jener Interessenvertretungen. Diese *Arтели* zeigen, daß selbst in einem höchst unfreien, absolutistischen, halborientalischen Polizeistaate der genossenschaftliche Drang der arbeitenden Classen nicht zu unterdrücken war und ist, und vollends in Deutschland und anderen constitutionellen Staaten giebt es zahllose locale, provinzielle und nationale Vereine und Interessenvertretungen³⁾ der Großgrundbesitzer, Bauern, Fabrikanten, Handwerksmeister, Kaufleuten, Krämer, Schutzöllner, Freihändler, Theologen, Juristen, Nationalökonomien, Naturforscher, Philologen u. Wenn Jemand daher den arbeitenden Classen die Bildung von Gewerksvereinen verbieten will, oder an und für sich, abgesehen von etwaigen Mißbräuchen, verargt, so erinnert Das an das bekannte Wort: „Ja, Bauer, Das ist etwas And'ers!“ Sowohl consequente Conservative, als consequente Liberale müssen im Princip für Gewerksvereine sein, die Ersteren unter dem Gesichtspuncte der ständischen,

¹⁾ Vgl. J. V. Roscher, o. c. II. § 1—6 und Gierke, Das deutsche Genossenschaftsrecht, 2 B. 1868 und 73.

²⁾ Vgl. Frühauß in Jaucher's Viertelj. 1868 H. 1 und Engel in den Eisen. Verh. von 1872 S. 110.

³⁾ Vgl. das dicke, 1878 erschienene Buch des Schutzöllners R. v. Kaufmann, Die Vertretung der wirtschaftlichen Interessen in den Staaten Europas.

antiatomistischen, antirevolutionären Gliederung¹⁾ und die Letzteren unter dem Gesichtspuncte des Vereinsrechts, der wirtschaftlichen und politischen Selbstverwaltung und Volksbildung.²⁾

Alle beliebigen Vereinigungen fehlbarer Menschen haben ihre Mängel, und auch die besten Gewerksvereine müssen deshalb Mängel haben. Daraus darf man indeß nicht folgern, daß Gewerksvereine zu verbieten, oder principiell zu verwerfen seien. Auch hier gilt das alte Wort: *abusus non tollit usum*. Der Staat hat zwar das Recht und die Pflicht, gemeinschädliche Vereine beliebiger Art zu verbieten, z. B. den Jesuitenorden, polnische politische Clubs, die sich als landwirtschaftliche Vereine maskiren und nur polnische Chauvinisten, nicht auch deutsche und deutschfreundliche Polen aufnehmen, ferner socialistische „Fortbildungsvereine“ und Gewerksvereine (s. g. Gewerkschaften) etc. Auch Monopolpreis-Coalitionen zollgeschützter Fabrikanten müssen verboten werden, wie selbst das Hauptorgan der deutschen Schutzöllner 1880 halb und halb zugab, — aber es wäre thöricht, alle landwirtschaftlichen Gesellschaften, alle Fabrikantenvereine, alle Handelskammern und alle Gewerksvereine verbieten zu wollen, weil sie agrarische, bezw. schutzöllnerische, Manchesterliche und zünftlerische Tendenzen verfolgen könnten. Trotzdem sind ähnliche Gesetze wirklich gegeben worden, nämlich 1791 in Frankreich, wo 1791—1802 sogar die Handelskammern verboten waren!³⁾ Mit dieser Logik gelangt man ganz zu nihilistischen Consequenzen. Alles Menschliche, auch die Monarchie, die Republik, das Christenthum, die Freiheit, die Ordnung, das Eigenthum und die Ehe können gemißbraucht werden und sind gemißbraucht worden; folgt daraus etwa, daß diese Grundlagen der Cultur abgeschafft werden können und müssen?!

Wenn der Staat, Polizeibehörden und Arbeitgeber durch gesetzliche Verbote, die Nichtanerkennung freier Hülfscaffen, Chicanen in Bezug auf das Versammlungsrecht und ähnliche Mittel alle Gewerksvereine bekämpfen, so ist die Folge davon nicht, daß die Arbeiter apathisch werden; sondern daß die Gewerksvereine geheime Verbindungen mit argen zünftlerischen, zum Theil sogar verbrecherischen Ausartungen werden, oder daß viele Arbeiter der Socialdemokratie in die Arme getrieben werden, wie verschiedene Erfahrungen Englands, Frankreichs, Deutschlands und anderer Länder zeigen.

¹⁾ Vgl. Roscher, o. c. § 5 und Dens. Geschichte der Nat.-Def. S. 1024, 1044.

²⁾ Vgl. J. Prince-Smith in Kaucher's Viertelj. 1869 H. 1 S. 107 ff. Im Abdruck der Prince-Smith'schen Ausführungen im G. B. 1880 S. 205 muß es S. 23 v. o. 1869 statt 1868 und S. 50 v. o. Gemeininteressen statt Gemeindeinteressen heißen. Vgl. auch die Fabrikanten Gräff und Mez in den Eisen. Verh. von 1872 S. 130, 137, 138. Mez gehörte sogar der conservativ-protestantisch-orthodoxen Partei an. (Er starb 1881.)

³⁾ Vgl. Roscher, N.-Def. I. § 177 N. 1, Stieda in v. Holstenborff's Jahrb. 1878 S. 832 ff. und über die Aufhebung des französ. Coalitionsverbots im Jahre 1864 Mucke in der Zeitschr. des R. Preuß. Statist. Bureau's 1877.

Die Freihandelspartei, die A. Smith'sche Schule, hat sich daher, mit Brentano¹⁾ zu reden, ein „ewiges Verdienst“ erworben, indem sie 1824 in England und 1869²⁾ im Norddeutschen Bunde das Coalitionsverbot aufhob, und es ist kein Zufall, daß die Aufhebung des Coalitionsverbotes in Frankreich im Jahre 1864 ebenfalls mit der freihändlerischen Strömung von 1860 ff., 1862 ff. zusammenhing.

Die Entstehung der Hirsch-Duncker'schen Gewerkvereine war eine nothwendige, naturgesetzliche Folge der Aufhebung des Coalitionsverbotes im Jahre 1869, die bei der bekannten Stimmung der Regierung und der freihändlerischen Reichstagsmehrheit schon 1868 mit Sicherheit vorausszusehen war. In den Statuten des Gewerkvereins der Schneider wird z. B. am Schluß im § 1 der Uebergangsbestimmungen ausdrücklich auf die bevorstehende Aufhebung des Coalitionsverbotes Bezug genommen. Ein bekanntes schutzöllnerisches Börsenblatt sprach sich um 1872 für die Aufhebung der Coalitionsfreiheit aus.³⁾ Das war wenigstens offen; wenn gewisse Schutzöllner, Feudale und Manchestermänner dagegen die Coalitionsfreiheit formell anerkennen, aber jeden Gebrauch derselben, jede Stiftung von Gewerkvereinen offen, oder verkappt bekämpfen, so erinnert Das an die von Mommsen u. A. mit Recht getadelte Logik und Moral jener Antisemiten, welche die verfassungsmäßigen Rechte der Juden nicht offen aufheben, aber thatsächlich verkümmern wollten. Die Gewerkvereine sind eine natürliche Frucht der gesamten Culturentwicklung der Menschheit,⁴⁾ und wenn man die Gewerkvereine gründlich und auf die Dauer beseitigen wollte, so müßte man die Weltgeschichte rückwärts annulliren, unzählige geschehene Dinge ungeschehen machen, man müßte die Coalitionsfreiheit, die Gewerbefreiheit und Freizügigkeit, den Constitutionalismus, die Preßfreiheit, die Aufhebung der Hörigkeit, die allgemeine Wehr- und Schulpflicht, die Reformation, das Christenthum,⁵⁾ die griechisch-römische, jüdische und altorientalische Cultur aus der Weltgeschichte streichen, ähnlich wie der Kurfürst von Hessen 1814 die ganze Entwicklung Hessens auf den status quo von 1807 zurückschrauben wollte, und wie nach einer satirischen Volksfage auf dem Grunde eines deutschen Sees ein großer Krebs angekettet ist, dessen Loskommen höchst gefährlich wäre, Alles rückwärts brächte, den Greis zum Manne, Kinde zc. machte.

Es ist auch inconsequent, daß die Gegner der Gewerkvereine die

¹⁾ Vgl. Brentano, Die wissenschaftl. Leistung zc. S. 9, 10.

²⁾ Die Berliner Maschinenfabrikanten petitionirten nach H. C. v. Arnun und Vanberger S. 4, 5 bereits 1862 um Aufhebung des Coalitionsverbotes.

³⁾ Die Coalitionsfreiheit wurde damals von der Nordb. Allg. Stg. vertheilt, vgl. die Eisen. Verb. von 1872 S. 82, 115.

⁴⁾ Vgl. Gneist und Knies in den Eisen. Verb. S. 120 ff., 146.

⁵⁾ Vgl. die Abh. Der christliche Ursprung der modernen Freiheits- und Humanitätsideen in meinen „Kirchenpolit., volkswirthsch. und polit. Zeitragen“, Berlin 1875, Luthardt, S. 1 ff.

Schulze-Delitzsch'schen Associationen, d. h. den Keim der Gewerksvereine, loben.¹⁾

Eine landläufige fable convenue besagt, die Fortschrittspartei habe 1868 Dr. M. Hirsch nach England geschickt, damit er daselbst die Gewerksvereine studiere und als eine Wahlmaschinerie der Fortschrittspartei importiere. Der Verfasser der vorliegenden Schrift ist im Allgemeinen ein viel weiter rechts stehender Gegner der Fortschrittspartei,²⁾ aber grade weil ich Das bin, so protestiere ich dagegen, daß man jene — sit venia verbo — Zeitungssente nachspricht. Ein solcher Pfeil prallt auf den Schützen zurück und verwundet ihn selbst und zwar aus folgenden Gründen:

1. Man darf nicht jede Zeitungsnachricht unkritisch nachsprechen. Cassalle's bekanntes Wort von der „berufsmäßigen Unwissenheit“ und Bismarck's bekanntes Wort von den „Catilinischen Existenzen“ er-mangeln leider nicht einer partiellen Begründung, so kenntnißreiche Ehrenmänner auch in der Presse wirkten und noch wirken. Auch R. Meyer, der jene Zeitungssente in seinem angef. Werke hauptsächlich weiter verbreitet zu haben scheint, ist nichts weniger, als ein classischer Zeuge. Er wurde 1875 wegen verläumderischer³⁾ Beleidigung des Fürsten Bismarck verurtheilt, floh in's Ausland und soll jetzt in Wien Mitredacteur zweier feudal-ultramontaner Organe, nämlich des „Vaterlandes“ und der „Oesterreich. Monatschrift für Gesellschaftswiss.“ sein. Meyer versteigt sich sogar (o. c. Bd. I. 1874 S. 269) zu der Behauptung, daß Hirsch „fast von der ganzen Fabrikantenwelt protectionirt“ (soll heißen protegirt) werde!! Als Beweis (!) führt Meyer Namen wie „Ortsverein der Vorfiswerke, der Laurusütte“ etc. an. Ja, wie sollen sich die betreff. Ortsvereine denn anders nennen?! „Ortsverein zu R. Meyer's Utopie, oder Konjense, oder zu Abdera“ etc. können sie sich doch nicht nennen! R. Meyer behauptet auch (S. 225), der Abg. E. Richter sei ein Protector M. Hirsch's. Das ist ungefähr so, als wenn Jemand behaupten wollte, der Abg. v. Vennigsen sei ein Protector des Abg. Vasker, oder E. Richter gewesen!⁴⁾

2. Schulze-Delitzsch empfahl bereits 1853 in seinem „Associationsbuch“ (S. 17—19) eine Nachahmung der englischen Gewerksvereine und bedauerte, daß dieselbe, wegen der noch bestehenden Coalitionsverbote, damals in Deutschland noch nicht möglich war. Seit die Coalitionsfreiheit in bestimmter Aussicht war, wirkte Schulze-Delitzsch offen und begeistert für die Gewerksvereine. Er war der Mit-

¹⁾ Vgl. Dr. M. Hirsch, Vortrag in Grünberg, 1870, S. 8 und Deuf. bei H. Polke, Die Gewerksvereine und die Socialdemokratie, 1875, S. 39.

²⁾ Vgl. die scharfe Kritik derselben bei Walcker, Schutzzölle laissez faire, Freihandel etc., 1880, S. 644 ff.

³⁾ D. h. Meyer hatte dem Reichskanzler, nach Art der berüchtigten J. Gehlen'schen „Reichsglocke“, ein gewisses schmutziges Geldgeschäft angedichtet.

⁴⁾ Vgl. unten in diesem Cap. die Notiz über das E. Richter'sche Staatslexikon.

urheber der s. g. Hirsch-Dunker'schen Gewerkvereine. Ja, er wurde deshalb von einem Theile seiner bisherigen Anhänger, z. B. von Dr. Hammacher aus Essen, verfeuert. Der Letztere bekehrte sich indeß bald und ließ Schulze-Delitzsch gewerkvereinsfreundliche Broschüre: Der industrielle Großbesitz und die Arbeiterbewegung in Deutschland mit besonderer Hinweisung auf die Gewerkvereine, 1870, in Tausenden von Exemplaren drucken und verbreiten.¹⁾

3. Im Sommer 1868, als Hirsch nach England reiste, waren die englischen Gewerkvereine in Deutschland sehr wenig bekannt, oder als zünftlerisch-reactionäre Verbindungen, als Strikevereine, oder gar als angebliche Mitschuldige der Sheffielder Verbrechen verrufen, wie u. A. die Vorrede zu Brentano's Arbeitergilden S. IX zeigt; und die Fortschrittspartei konnte nicht wissen, daß ein damals noch namenloser junger Gelehrter, nämlich Brentano, 1871 und 72 ein Sensation machendes Werk über die englischen Gewerkvereine veröffentlichen werde, oder daß J. B. v. Schweitzer im Herbst 1868 socialdemokratische Gewerkschaften gründen werde.

4. Reisen continentaler Staatsmänner und Staatsgelehrten nach England waren und sind etwas ganz Gewöhnliches. Man denke an L. v. Vincke, F. v. Raumer, Gneist, Brentano, G. Cohn, L. de Lavergne, Cabour u. A. Dr. M. Hirsch machte schon 1855 und 56, gleich nach seiner Doctorpromotion, eine Studienreise nach Frankreich und Algerien und hat eine Skizze der volkswirtschaftlichen Zustände von Algerien und ein Reiseverf. über dasselbe geschrieben. Nach der Rückkehr privatisirte er in Göttingen und Breslau, um sich als Docent der Staatswissenschaften niederzulassen, woran ihn jedoch mehrjährige Kränklichkeit, die Folge der anstrengenden Reise, hinderte.²⁾ Er ist auch Begründer der Humboldt-Akademie in Berlin.

5. Auch wenn die Fortschrittspartei schon 1868 vorzügliche Informationen über die englischen Gewerkvereine gehabt hätte, so hätte die Mehrheit der Partei aus sachlichen und persönlichen Gründen doch nicht daran gedacht, Gewerkvereine gründen zu lassen und vollends durch Dr. Hirsch gründen zu lassen. Ein bezüglicher Beschluß in einer so hochwichtigen Angelegenheit hätte übrigens nur in einer förmlichen Vorstandssitzung gefaßt werden können, und die Anhänger jener Fabel bleiben jede Auskunft darüber schuldig, wer für und gegen die Idee gewesen ist, welches Vorstandsmitglied der Fortschrittspartei das angebliche Fraktionsgeheimniß verrathen hat, und an welchem Tage jene Vorstandssitzung stattgefunden hat. Die ganze Richtung der

¹⁾ Vgl. M. Hirsch's Grünberger Rede von 1870 S. 8, 9 und Dens. bei Polke, Die Gewerkvereine und die Socialdemokratie, 1875 S. 39.

²⁾ Vgl. den Art. „M. Hirsch“ im Meyer'schen Conversationslexikon und die anonyme, 2 S. lange, einem Holzschnitt-Porträt Dr. Hirsch's beigelegte Biographie desselben, Berlin 1875.

Mehrheit¹⁾ der Fortschrittspartei war und ist ferner in der Regel eine Manchesterlich-spießbürgerliche, und solche Socialpolitiker pflegen die Gewerksvereine als eine Geißel, als eine Plage zu betrachten und sind keineswegs gewillt, sich eine solche vermeintliche Ruthe wegen des möglichen Gewinnes einiger Wahlitze aufzubinden, ähnlich wie Oesterreich unter Metternich lieber Provinzen opferte, als die allgemeine Wehrpflicht und überhaupt die Entfesselung der Volkskraft adoptirte. Dr. Hirsch hatte sich ferner schon 1864 bei sehr Vielen mißliebig gemacht. Er hatte nämlich 1864, höchst wahrscheinlich in Nachahmung des bekannten Vorschlags von Lassalle, zur Beendigung des preussischen Verfassungsconflicts einen Strike der Abgeordneten vorgeschlagen²⁾ Dieser Strike hätte übrigens aller Wahrscheinlichkeit nach nur die unerfreuliche Wirkung gehabt, daß an Stelle der 1864—66 vereinbarten Gesetze conservativere, bezw. reactionäre octroyirte Verordnungen getreten wären.

M. Hirsch war der erste deutsche Nationalökonom, der etwas ausführlichere und quellengemäße Mittheilungen über die englischen Gewerksvereine machte. Das geschah, wie erwähnt, in seinen „Socialen Briefen aus England,“ d.*d. London, den 2. und 4. August 1868 in der Berliner „Volksztg.“ Hirsch hält es nicht für undenkbar, daß sowohl J. B. v. Schweitzer und Fritzsche, als Brentano durch Hirsch's Mittheilungen über die Gewerksvereine angeregt wurden. In Bezug auf Brentano scheint mir diese Hypothese zwar denkbar, aber unwahrscheinlich zu sein; da auch Brentano 1868 eine Studienreise nach England machte, um die dortigen Arbeiterverhältnisse zu studiren, und da er dabei die Macht der Gewerksvereine kaum übersehen konnte. In Bezug auf die genannten Socialdemokraten scheint mir dagegen die Hirsch'sche Vermuthung die größte Wahrscheinlichkeit für sich zu haben, da die Schweizer-Fritzsche'sche Agitation für socialdemokratische Gewerkschaften, für „die Organisation der Arbeitseinstellungen“, „den rücksichtslosen Krieg gegen das Capital“, vom Ende August und Anfang September 1868 datirt, da dem trägen Lebemann v. Schweitzer und dem Cigarrenarbeiter Fritzsche andere Quellen über die trades' unions schwerlich zu Gebote standen, und da die genannten socialistischen Parteiführer die „Volksztg.“, das damalige Hauptorgan der antisocialistischen Arbeiter, schon aus taktischen Gründen aufmerksam lesen mußten. M. Hirsch war daher geradezu moralisch verpflichtet, den drohenden Streich der Socialisten zu pariren, d. h. antisocialistische Gewerksvereine zu stiften, was Ende

¹⁾ Vgl. Walcker a. a. D. S. 649. Die angebliche oder wirkliche Thatsache, daß Glieder der Fortschrittspartei 1870 26,000 Thl. für die strikenden Waldburger beigeuert haben sollen, steht mit dem Obigen nicht in Widerspruch, denn die Gewerksvereine hatten schon damals einzelne Freunde in der Fortschrittspartei und in anderen Parteien. Vgl. M. Hirsch, Der neueste Gegner etc. S. 32.

²⁾ Verh. des 2. Verb. S. 35.

1868 geschah¹⁾). Schulze-Delitzsch schrieb schon 1870 in seiner Broschüre „Der industrielle Großbesitz etc. (S. 11): „Daher ist man den Arbeitern und Arbeiterfreunden, die dafür wirkten, die unaufhaltsame Bewegung vor verderblichen Abwegen zu schützen, in jeder Beziehung Dank schuldig.“ J. Dunder's Antheil an der Stiftung der Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereine scheint sich im Wesentlichen darauf beschränkt zu haben, daß er die damals in seinem Verlage erscheinende „Volksztg.“²⁾ zum Organ der Gewerksvereins-Bestrebungen machte und der großen constituirenden Volksversammlung vom 28. Sept. 1868 mit Geschick präsidirte.

Zwei landläufige Vorwürfe gegen die Gewerksvereine gehen darauf hinaus, daß die Letzteren bloß importirte³⁾, englische Institutionen und nicht naturwüchsig entstanden seien. Beide Vorwürfe sind immer, oder fast immer bloße Vorwände für reactionäre und verkappt reactionäre Gegner der Gewerksvereine. Sind denn die jüdisch-christliche und griechisch-römische Cultur, das römische Recht, die Dampfmaschinen, die Eisenbahnen und Telegraphen, der Constitutionalismus etc. auf deutschem Boden entstanden? Gneisenau's Plaidoyer für die allgemeine Wehrpflicht war nach dem General v. Fransecky zum Theil eine Folge der Siege der amerikanischen Milizen über die Engländer, bei denen Gneisenau stand, und Stein und Hardenberg waren Schüler A. Smith's, der seinerseits auf den Schultern der Physiokraten stand. Die preussische Verfassungsurkunde ist zum Theil eine Nachahmung der belgischen, und selbst der alte und neue Kaisertitel ist undeutschen Ursprungs. Auch andere Völker bedanken sich nicht, Ausländisches nachzuahmen. Man denke z. B. an Montesquien und an die englische Commission, welche in den 1830er Jahren zum Studium der Stein'schen Städteordnung nach Preußen geschickt wurde, und an den Siegeslauf um die Welt, welchen die preussisch-deutsche allgemeine Wehr- und Schulpflicht 1866 ff. begannen. Auch in England und Irland gewinnt die Idee der allgemeinen Schulpflicht, bezw. einer Stein-Hardenberg'schen Ablösungsgesetzgebung mehr und mehr Boden, und Comte übte einen großen Einfluß auf J. S. Mill und die übrigen englischen Radicalen aus. Fast die ganze Entwicklung der brandenburgisch-preussischen Militärcolonie beruhte auf einer nichts

¹⁾ Vgl. Hirsch o. c. S. 42, Polke, Die Gewerksvereine und die Socialdemokraten, 1875 S. 6 ff., wo es S. 2 v. o. 1869 statt 1868 heißen muß. Daß 1869 ein Druckfehler ist, ersieht man aus dem Zusammenhange und aus der 1879 erschienenen Broschüre Polke's über die Gewerksvereine S. 5.

²⁾ Dieselbe gab damals den Gewerksvereins-Mitgliedern einen Rabatt von ihrem Abonnementspreise, was 1880 und 1881 die fortschrittlichen (mir nicht zu Gesicht gekommenen) „Berliner Nachrichten“ thaten. Vgl. den G. V. 1880 S. 34, 36, 1881 S. 28. Die „Berliner Nachrichten“ wurden 1881 mit der „Volksztg.“ verschmolzen.

³⁾ Vgl. dagegen das Roscher'sche Motto der vorliegenden Schrift.

Walter, Arbeiterfrage.

weniger als naturwüchsig-quietistischen Politik von „Blut und Eisen“. Friedrich Wilhelm's IV. Wort, die deutsche Kaiserkrone könne nur auf einem Schlachtfelde gewonnen werden, ist bei Königgrätz und Sedan in Erfüllung gegangen. U. s. w.

Auch die Engländer selbst haben die eminente Bedeutung der wissenschaftlichen Arbeiten und praktischen Schöpfungen Dr. M. Hirsch's anerkannt. (Vgl. auch unten Cap. VI.) Eine englische, aus hohen Staatsbeamten und Notabeln bestehende, zur Untersuchung der Hülfs- und Baugesellschaften niedergelegte königliche Commission schloß sich 1874 in wesentlichen Punkten, zum Theil fast wörtlich, dem M. Hirsch'schen Entwurfe eines deutschen Hülfscaffen-Gesetzes an (M. Hirsch, Die Hülfscaffen, 1876, S. 2, 6, 190). Ein englisches Blaubuch über die friendly societies¹⁾ hob die Verdienste der Hirsch-Dunker'schen Gewerkvereine, insbesondere M. Hirsch's Vergleich zwischen den Wirkungen des Zwangs- und des Freicaffen-Systems, hervor und resumirte die Hirsch'sche Widerlegung des angeblichen Bankrottes von $\frac{7}{8}$ der englischen Hülfscaffen sowie seine Ausführungen zu Gunsten der periodischen Sachverständigen-Prüfungen unter Oberaufsicht des Reichs-Gesundheitsamtes (G. B. 1876 S. 42).

Dr. M. Hirsch wurde auch 1875, gleich anderen mit dem Hülfscaffenwesen vertrauten Männern, vom deutschen Reichskanzleramte zu einem Gutachten über den Hülfscaffen-Gesetzesentwurf aufgefordert²⁾, und Hirsch's Werk über die Hülfscaffen diente 1876 im Reichstage vielfach als Grundlage der Berathung des Hülfscaffen-Gesetzes.

Auch die, wie erwähnt, ganz unabhängig von M. Hirsch und F. Duncker entstandenen Gewerkvereine der Buchdrucker und Gutmacher beweisen den ächt nationalen Charakter dieser Institution, welche ja mit den althistorischen Gesellenverbänden und den Schulze'schen Genossenschaften zusammenhängt. Wenn wir die „naturwüchsige“ Entstehung der englischen Gewerkvereine slavisch nachahmen wollten, so müßten wir außerordentliche Thorheiten und noch Schlimmeres begehen, d. h. die Arbeiter unseres von Socialisten unterwühlten und von drei Großmächten umgebenen Vaterlandes absichtlich, künstlich, in eine halb verzweifelte Stimmung versetzen (!); denn die englischen Gewerkvereine, welche im 18. Jahrh. entstanden, waren eine Frucht einer Art Verzweiflung der Arbeiter, ähnlich wie die ungeheueren Opferwilligkeit von 1813³⁾ eine Reaction gegen die ungeheueren Bedrückungen der Bandamme, Davoust und Consorten war. Durch die oligarchische Mißregierung des 18. Jahrh., durch Mißbräuche vieler Fabrikanten,

¹⁾ Die betreffenden Blaubücher werden M. Hirsch von dem General-Registrator von Großbritannien und Irland regelmäßig zugesandt (G. B. 1880 S. 182).

²⁾ Vgl. M. Hirsch, Hülfscaffen, S. 226.

³⁾ 1870 machte die norddeutsche Kriegsanleihe anfänglich sogar Fiasco.

durch die Leiden des Ueberganges zum Dampf- und Großbetriebe etc. waren die englischen Arbeiter in eine Stimmung gerathen, in der sie im 18. und zum Theil noch im 19. Jahrh. nicht selten schwere Ausschreitungen und Verbrechen begingen, z. B. Maschinen und Fabriken zerstörten, Morde und Blendungen von mißliebigen Arbeitern begingen u. s. w. Eine solche Naturwüchsigkeit ist wahrlich nicht nachahmenswerth! Auch in England giebt es übrigens längst in den mittleren, höheren und höchsten Classen zahlreiche Gönner und Förderer der loyal gewordenen Gewerkvereine, während sich die höheren Classen in Frankreich in der Regel von allen Arbeitervereinen fern halten und dadurch wesentlich zur Förderung des Socialismus beitragen, wie der englische Jurist und Gewerkvereins-Freund Harrison (im Holtzendorff-Brentano'schen Jahrb. für Gesetzg. 1878 S. 670) treffend ausgeführt hat. Was wollen die reactionären Gegner der Gewerkvereine denn eigentlich? Wollen sie Männern wie A. G. Franke, B. A. Huber, Wichern, Schulze-Delitzsch, M. Hirsch u. A. das Recht absprechen, sich um die unteren Classen zu kümmern, weil die Genannten Glieder der höheren Classen waren, bezw. sind? Läuft denn Das nicht auf den socialdemokratischen Schwindel hinaus, daß die höheren Classen eine „reactionäre Masse“ seien, vor der die Arbeiter fern gehalten werden müßten?

Auch der bisherige „geringe“ Erfolg der Gewerkvereine beweist keineswegs, daß sie nicht naturwüchsig sind und keine Zukunft haben. Wenn man die außerordentlich ungünstigen Zeitverhältnisse, die zahllosen Hindernisse, Chicanen¹⁾ etc. berücksichtigt, mit welchen die Gewerkvereine 1868 ff. bis zur Gegenwart zu kämpfen hatten, so muß man sich eher darüber wundern, daß die Gewerkvereine überhaupt entstanden und gewachsen sind, als darüber, daß sie so „geringe“ Erfolge aufzuweisen haben. Auch der mächtige Baum der Schulze'schen Genossenschaften ist übrigens aus kleinen Anfängen entstanden. Nach Janson's Angabe (in den Eisen. Verh. vom 11. October 1874) versagte „die Polizei“ den von den Gewerkvereinen erbetenen polizeilichen Schutz gegen Socialdemokraten, welche die Gewerkvereins-Versammlungen sprengten, d. h. einen Landfriedensbruch begingen, der nach Art. 125 des Reichsstrafgesetzbuches bei den Rädelsführern mit Zuchthaus bis zu 10 Jahren bestraft wird. Der Ausdruck „die Polizei“ ist natürlich ungenau, es handelt sich nur um gewisse Polizeibeamte gewisser Orte. An und für sich scheinen die behaupteten Thatsachen indeß nur zu wahr zu sein. Auch von glaubwürdigen Nationalliberalen etc., z. B. von sehr reichen, den Gewerkvereinen gleichgültig, wenn nicht feindlich gegenüberstehenden Fabrikanten kann man ganz Uebliches über die Sprengung fortschrittlicher Versammlungen durch Socialdemokraten hören. Es gab und giebt particularistische und nichtparticularistische Feudale, denen, gleich gewissen

¹⁾ Vgl. M. Hirsch, Verbreitungsbild etc. S. 2.

Ultramontanen, socialdemokratische Wahlen viel lieber sind, als fortschrittliche, nationalliberale, oder gemäßigte conservative, weil sie nämlich nicht ohne Grund von der Voraussetzung ausgehen, daß man socialistische Wahlergebnisse zu einer reactionären Gesetzgebungs- und Verwaltungspolitik „fructificiren“ könne.

Auch manche wirthschaftliche und politische Sünden, die von gewerkvereins-Seite begangen wurden, schaden übrigens der Gewerkvereins-Bewegung. Dahin gehört z. B. der von Bamberger (o. c. S. 111—116) mit Recht getadelte Haltung, welche der „Gewerkverein“ 1872 gegenüber dem Abg. H. C. v. Unruh und dem Pronunciamento der streikenden Arbeiter der Pflug'schen Fabrik einnahm. (In Betreff des Pronunciamentos ist namentlich die von Bamberger gut ad absurdum geführte Forderung eines Dividendenmaximums von 5 pCt. zu bekämpfen. Ueber andere Fragen kann man vielleicht streiten, z. B. darüber, ob die Schließung der Fabrik und die Bebauung des Platzes mit Wohnhäusern nicht eine unvermeidliche¹⁾ Entwicklung war.)

Der Waldburger Strike scheint mir dagegen principiell gerechtfertigt²⁾, wenn auch in taktischer Beziehung ein Mißgriff gewesen zu sein. Uebrigens darf man nicht vergessen, daß auch gescheiterte Strikes den Arbeitern und überhaupt dem Gemeinwohl nützen können, indem sie zur Verhütung, oder Abstellung verschiedener Mißbräuche beitragen, wie Brentano u. A. treffend ausgeführt haben.

Eins der wichtigsten Hemmnisse, um nicht zu sagen das wichtigste Hemmniß des Wachstums der Gewerkvereine bestand und besteht ferner darin, daß die Arbeiter, welche den Gewerkvereinen beitraten, Gefahr liefen, doppelt zahlen zu müssen, nämlich für die Gewerkvereins-Cassen und für verschiedene andere Hilfs-Cassen, welche gesetzlich, oder wenigstens thatsächlich Zwangscassen waren, bezw. sind, oder gar ihr Brod zu verlieren. Bis zum Reichs-Hilfscassengesetz von 1876 wurden preussische Gewerkvereiner³⁾, trotz gegen-theiliger ministerieller und gerichtlicher Entscheidungen, von Localbehörden häufig gezwungen, zu den Zwangscassen beizutragen, und zahllose Bergleute und Fabrikarbeiter sind noch heute rechtlich, oder wenigstens thatsächlich gezwungen, einer Knappschafts- oder Fabrikcasse beizutreten, weil sie sonst keine Arbeit erhalten, und treten

¹⁾ Vgl. Walcker, Sociale Frage S. 93 und Brentano, Das Arbeitsverhältniß etc., S. 275 ff.

²⁾ Vgl. Rolke's Broschüre von 1875 S. 37 ff., Verh. des 1. Verb. S. 10, den G. B. 1870 S. 1 ff., 6, 10, 13, 18; 1880 S. 88; Hirsch's angef. Schrift gegen Brentano S. ff., 51, 52.

³⁾ Im G. B. wurde der Vorschlag gemacht, „Gewerkvereiner“ zu sagen, weil die Endsilbe „er“ etwas Geringschätziges ausdrücke. Das ist indeß keineswegs immer der Fall — man denke z. B. an „Künstler“ — und „Gewerkvereiner“ ist ungewöhnlich. Auch Brentano braucht in seinen „Arbeitergilden“ den Ausdruck „Gewerkvereiner.“

sie aus, so verlieren sie ihre Beiträge, wenn nicht gar ihr Brod. Ein Waldenburger Arbeiter verlor z. B. nach M. Hirsch 1870 150 Thlr., die er in 23 Jahren in die Knappschaftscasse gezahlt hatte. Er verlor diese für einen Arbeiter sehr beträchtliche Summe lediglich wegen seines Beitritts zum Gewerkverein, und mußte ohne jegliche Unterstützung als rechtloser Bettler in die Welt hinauswandern. In England waren und sind Zwangscassen dagegen so unbekannt, daß die englische Sprache nicht einmal ein Wort dafür hat. Auch die mächtige Gegnerschaft vieler Altgesellen gegen die Gewerkvereine ist hier zu erwähnen. Ein Redner im Liberalen Verein zu Elbing bemerkte hierüber 1881 (nach dem G. B.): „Besonders seien es die Herren Altgesellen, die sich gegen die Gewerkvereine sperren. Weshalb? Weil sie fürchten, die freien Tage zu verlieren und die Vergünstigungen, die sie aus ihrer Tasche nicht bezahlen könnten. Sobald wirkliche Hülfsassen eintreten, fallen auch die Zopfgelber fort.“ Viele Arbeiter ließen sich ferner durch die niedrigen Prämien localer Hülfsassen verlocken, ohne zu bedenken, daß es auch hier hieß „billig und schlecht.“ In manchen Gegenden kamen auch particularistische, oder ultramontane Antipathien gegen die „preussischen“ Gewerkvereine ins Spiel. Dazu kamen die Kornzölle und Lohnreduktionen von 1879 ff. zc.

Wenn die Gewerkvereine früher oder später von mächtigen Fabrikanten, Freihändlerführern, preussischen Staatsmännern und überhaupt von der öffentlichen Meinung moralisch, aber wirksam unterstützt werden, z. B. indem auch Fabrikarbeitern, Bergleuten und ländlichen Arbeitern die thatsächliche Freiheit des Eintritts in die Gewerkvereine gewährt wird, so werden allmählig Hunderttausende, ja Millionen den Gewerkvereinen beitreten. Wieviel auf die Unterstützung oder Bekämpfung einer Sache von Seiten der Staatsgewalt ankommt, ersieht man auch daraus, daß sowohl der Katholicismus, als der Protestantismus in den religiösen Kämpfen des 16. und 17. Jahrh. nur dort siegten, wo sie die Staatsgewalt für sich hatten und daß deutsche Kinder, Landsleute Goethe's, Schiller's, Humboldt's u. A., unter dem Mühlner'schen System von geistlichen (ultramontan-feudal-polnischen) Schulinspectoren in Posen und Oberschlesien polonisiert wurden.

Die erwähnte moralische Unterstützung der Gewerkvereine durch das Reich und die öffentliche Meinung ist aber eine bloße Frage der Zeit¹⁾. Man darf auch nicht übersehen, daß die Zahl der Gewerksvereins-Mitglieder ungefähr seit 1877 wieder bedeutend zunimmt²⁾.

Auch das gegenseitige Verhalten der Fortschrittsparthei und der Gewerkvereine von 1868 bis zur Gegenwart zeigt die Unhaltbarkeit der Fabel, daß Dr. M. Hirsch von der Fortschrittsparthei nach England geschickt worden sei.

¹⁾ Vgl. unten Cap. IV, V und VI.

²⁾ Vgl. oben S. 8 u. 9.

Am 4. März 1880 wurde vom Abg. Wöllmer in der fortschrittlichen „Freien Vereinigung“ ein Vortrag über das Stumm'sche Zwangscassenproject gehalten, woran sich eine Debatte über die Gewerkvereine schloß, in der ein Schriftsteller Viesenberg ein Bündniß zwischen der Fortschrittspartei und den Gewerkvereinen empfahl. Er beklagte den „tactischen Fehler“, daß die Fortschrittspartei diese Arbeiterbewegung nicht von Anbeginn „voll und ganz unterstützt“ habe. Letzteres ist ein starker Euphemismus für die feindliche Haltung, welche die Mehrheit der Partei von 1868 bis zur Gegenwart den Gewerkvereinen gegenüber einnahm und einnimmt.

Ueber das Verhältniß der Gewerkvereine zur Fortschrittspartei und nationalliberalen Partei finden sich in der Gewerkvereins-Literatur folgende Angaben.

Der „Gewerkverein“ empfahl 1870 und 1871, in erster Linie Fortschrittmänner und in zweiter Nationalliberale zu wählen, und Dr. M. Hirsch sagt (im G. B. 1873 S. 173), in einer ganzen Reihe von Wahlbezirken hätten die Nationalliberalen durch die Gewerkvereine gesiegt. Diese Angabe scheint sich auf die Wahlen von 1871, nicht von 1873 zu beziehen. Andererseits giebt Dr. Hirsch übrigens (im G. B. 1874 S. 25) an, daß seine Candidatur 1871 in nicht weniger als 4 Wahlkreisen, darunter 2 Berliner, von einem großen Theile der liberalen und Fortschrittspartei zu Falle gebracht worden ist.

Auf dem zweiten Verbandstage der Gewerkvereine im April 1873 erklärte Dr. M. Hirsch die Fortschrittspartei für „altersschwach“ und zwar wegen der Theiligung der Fortschrittspartei an dem Culturkampfe¹⁾, und weil die „Mehrheit der Fortschrittmänner“ seit dem Scheitern des Waldburger Strifes von den Gewerkvereinen „nichts wissen“ wolle. Sowohl die Nationalliberalen, als die Fortschrittspartei seien innerlich gespalten, hätten keine festen Principien, die Zukunft werde andere Parteienamen kennen, und die entschiedeneren Fortschrittmänner, wie z. B. der Redner, seien nur deshalb noch nicht aus der Fortschrittspartei ausgetreten, weil sie die Schmolzpolitik der häufig inhumanen Volks- oder demokratischen Partei mißbilligten, und weil sie anderswo nicht unterkommen könnten. (Verh. S. 34, 37, 38.)

Auch mehrere Arbeiter kritisirten die Fortschrittspartei in scharfer Weise; der Maschinenbauer Andread warf ihr z. B. mit Recht vor, daß sie in ihrem Wahlauftrufe von 1873 und überhaupt die sociale Frage umgehe (S. 22, 23).

Bei den Wahlen von 1873 wurden nach H. St. (H. Steinitz?) verdiente Candidaten der Fortschrittspartei nur wegen ihrer Gewerk-

¹⁾ Hirsch meinte damals (jetzt wohl schwerlich mehr), daß von der „alten Kirche“ (soll heißen: vom jesuitischen Ultramontanismus) keine wirkliche Gefahr mehr drohe (!).

vereins-Freundlichkeit von ihren Parteigenossen bekämpft, oder mangelhaft unterstützt (G. B. 1876 S. 161).

1876 erschien im „Gewerkverein“ (S. 233) ein Zeitartikel, in welchem empfohlen wurde, nur fortschrittliche Candidaten zu wählen, weil die Nationalliberalen durch das Compromiß in Betreff der Justiz-gesetze aufgehört (!) hätten, liberal zu sein. Dieser beliebte fortschrittliche Vorwurf gegen die Nationalliberalen ist völlig unlogisch formulirt. Man kann nur sagen: die Nationalliberalen waren 1876 durch ihre Schuld und durch die Schuld aller übrigen Parteien, einschließlich der Fortschrittspartei, in eine Zwangslage gekommen, in welcher ein provisorischer Verzicht auf einige gerechte¹⁾ Forderungen das weit kleinere²⁾ Uebel war. Wirklich tadelnswerthe Compromisse waren und sind dagegen bei E. Richter und anderen „Fortschritt“-Männern sehr häufig,³⁾ und auch der „Gewerkverein“ hat 1876 und 1877 in der Schutzoll-Frage solche Compromisse vorgeschlagen.⁴⁾

Bei den Wahlen von 1878 wurde Dr. Girsch „aus taktischen Gründen“ veranlaßt, seine Candidatur im 1. Berliner Wahlbezirke zu Gunsten Hänel's zurückzuziehen (G. B. 1878 S. 113, 114). Eine solche Taktik kann bei allen Parteien indicirt sein, obgleich sie immer etwas Peinliches und Mißliches hat, — aber der Umstand, daß Dr. Girsch von der Fortschrittspartei nirgends als Candidat aufgestellt und durchgebracht wurde, zeigt deutlich, daß die Partei überhaupt eine Demonstration gegen die Gewerkvereine beabsichtigte. Besaß die Partei doch mehrere sichere Wahlkreise, in denen sie sogar Nullen durchbringen konnte und zum Theil wirklich wählen ließ.

Ein Zeitartikel des „Gewerkvereins“ warnte 1878 (S. 117) vor der Wahl von „Scheoliberalen à la Treitschke“ und Anderen und empfiehlt „Männer der wirklich liberalen Partei.“ Die National-liberalen als solche wurden im angeführten Artikel nicht bekämpft, überhaupt nicht erwähnt.

In einem Miniatur-Staatslexikon,⁵⁾ welches 1879 in 5. Aufl. auf Kosten des Broschürenfonds der Fortschrittspartei erschien und nach Zeitungsnachrichten und mündlichen Angaben gut informirter Fortschrittsmänner vom Abg. E. Richter verfaßt ist, werden die Gewerkvereine (S. 3, 4, 27 etc.) völlig ignorirt, offenbar, weil man sie nicht empfehlen und auch aus Parteirücksichten, z. B. aus Rücksicht auf Schulze-Delitzsch, F. Duncker, Birchow, M. Girsch u. A. sowie aus Rücksicht auf gewerkvereininliche Wähler, nicht offen bekämpfen wollte. 1881 erschien unter dem Titel: ABC-Buch für freisinnige Wähler eine

¹⁾ Vgl. übrigens Walcker, Die Ursachen und Heilmittel der socialdemokr. Umsturzbestrebungen, 1879, S. 123, 124 in Betreff der Presjury-Frage.

²⁾ Vgl. die treffenden Ausführungen in der anonymen Schrift Bamberger's, Die Seceßion, 4. Aufl., 1881, S. 50–52.

³⁾ Vgl. oben S. 14 Note 2.

⁴⁾ Vgl. das Sachregister der vorliegenden Schrift unter „Schutzölle.“

⁵⁾ „Der liberale Wähler“ etc., Berlin, C. Barthel.

6., zum Theil sehr lesenswerthe, 211 enggedruckte Seiten starke Auflage, in der M. Hirsch und die Gewerkvereine (S. 4, 66, 75, 210) zwar nicht mehr ganz, aber doch nach Möglichkeit todts geschwiegen werden. Im Verzeichniß der bekannteren Mitglieder der Fortschrittspartei (S. 46) werden z. B. M. Hirsch und F. Duncker nicht (!) angeführt, und ein Artikel „Gewerkvereine“ fehlt noch immer.

Aus den angeführten Gründen ist es für die Mehrheit der Fortschrittspartei eine Phrase,¹⁾ oder wenig mehr als eine Phrase, wenn es im 1878er Programm der Partei u. A. heißt: „Gesetzliche Anerkennung der auf Selbsthilfe beruhenden Vereinigungen (Pensionscassen, Arbeitgeberverbände, Gewerkvereine, Einigungsämter).“

Der „Gewerkverein“ begann am 24. December 1880 auf vielseitigen Wunsch, ein Verzeichniß aller gewerkvereinsfreundlichen Blätter ohne Unterschied ihrer politischen Richtung zu geben, und liefert periodisch Nachträge²⁾ zum Verzeichniß. Die meisten dieser Blätter sind kleine Localblätter, deren politische Richtung mir nicht bekannt ist und zum Theil wohl auch als conservativ zu bezeichnen ist. Außer fortschrittlichen Blättern stehen in der Liste auch secessionistische und nationalliberale.

Namentlich die ersten, 1869 ff. erschienenen Jahrgänge des „Gewerkvereins“ enthalten verschiedene in wirtschaftlicher, politischer und religiöser Hinsicht extravagante Stellen von radicaler Färbung und hie und da finden sich solche Stellen noch bis in die neueste Zeit. Man darf indeß gerechter Weise Folgendes nicht außer Acht lassen:

1. Extravaganzen kommen in Blättern aller Richtungen vor.

2. Der „Gewerkverein“ war und ist keineswegs so einseitig demokratisch-fortschrittlich, als diejenigen glauben, welche ihn nur von Hörensagen kennen. Es fanden und finden sich in ihm auch gemäßigtere liberale, ja wahrhaft conservative Aeußerungen. Vgl. unten Cap. III.

3. Bis zur Secession eines Theiles der nationalliberalen Partei war es eine objectiv unmögliche Aufgabe, Arbeitermassen für eine conservativere Richtung, als die fortschrittliche zu gewinnen. Die Alternative lautet damals nicht: fortschrittlich, oder nationalliberal? (bezw. conservativ?), sondern: fortschrittlich, oder socialdemokratisch? Das Mißtrauen der Arbeiter und der Fortschrittspartei gegen jene „Conservative“ und „Liberale“, welche 1879 à la Vennigsen die Vertheuerung der nothwendigsten Lebensmittel und andere reactionäre Maßregeln durchsetzten, bezw. forderten, war nur zu berechtigt.

4. Gerade die politisch wichtigsten drei Hauptirrtümer der Fortschrittspartei, insbesondere ihres dictatorischen Führers E. Richters,

¹⁾ Ähnlich wie der Berliner Stadtrath Streckfuß die vom Programm ohne nähere Formulirung geforderte „Reform der Actiengesetzgebung“ als eine „leere Phrase“ bezeichnete. (Der 1. Parteitag der deutschen Fortschrittspartei, 1878, S. 41.)

²⁾ Auch der conservative „Samburger Correspondent“ dürfte, wie früher, gewerkvereinsfreundlich sein.

wurden und werden vom „Gewerkverein“ gar nicht, bezw. nur halb getheilt, d. h. der „Gewerkverein“ hat stets für weitere Fortschritte zur wirklich allgemeinen Wehrpflicht plaidirt, er hat ein Mal die Nothwendigkeit neuer Steuern, oder Steuererhöhungen zugegeben, und er muß consequenter Weise ein Freund des Reichs-Eisenbahn-Projectes werden, was er schon jetzt halb und halb ist.¹⁾

Zweites Capitel.

Kritik der Organisation²⁾ und volkswirtschaftlichen Bestrebungen der Hirsch-Dunker'schen Gewerkvereine.

Brentano spricht in seiner Schrift über die Arbeiterversicherung (1879, S. 222) von der „gänzlich unnöthigen, ja schädlichen Centralisation [der Hirsch-Dunker'schen Gewerkvereine] in einer Persönlichkeit, dem Gewerkvereins-Anwalt“ und dem „Schablonenhaften“ ihrer Organisation. Er schließt dabei offenbar: in England giebt es keinen solchen Anwalt, folglich darf es auch in Deutschland keinen solchen geben. Das ist ein ebenso schablonenhafter und falscher³⁾ Schluß, als wenn Jemand nach Art mancher Engländer sagen wollte: England kann sich mit einer kleinen geworbenen Armee begnügen, folglich ist die Scharnhorst-Gneisenau'sche Wehrpflicht auch für das Deutsche Reich unnöthig. Brentano übersieht dabei Folgendes:

1. Er selbst hebt irgendwo in seinen „Arbeitergilden“ hervor, daß es in den Händen Allan's, des außergewöhnlich tüchtigen (1874 verstorbenen) Secretärs des Gewerkvereins der englischen Maschinenbauer liege, ob dieser Gewerkverein „heilbringende, oder verderbliche Bahnen einschlage.“ Allan besaß also eine Dictatur, die Dr. M. Hirsch niemals besessen hat.

2. Der Londoner Gewerkvereins-Rath (London Trades' Council) und die Congresse der englischen Gewerkvereine üben eine wirtschaftlich und politisch keineswegs bedeutungslose Centralisation der Gewerkvereins-Bestrebungen aus. Brentano's Bemerkungen über jenen Rath

¹⁾ Vgl. unten Cap. III.

²⁾ Vgl. Volke, Die Gewerkvereine 1879, S. 17 ff. Theilweise polemische Erörterungen über die Verfassung der Gewerkvereine findet man in Damberger's angef. Schrift über die Arbeiterfrage. Ein Kritik seiner Ausführungen wäre überflüssig, da seine Schrift 1872, d. h. unter wesentlich anderen Verhältnissen, als den heutigen, abgefaßt ist.

³⁾ In dem Streite zwischen Brentano und Hirsch ist überhaupt meines Erachtens der Letztere im Recht, vgl. oben S. 2. Brentano's Vorwurf des Schablonenhaften wird von ihm z. B. durch Nichts bewiesen. Vgl. auch oben S. I.

(Arbeitergilden Bd. I. S. 228) sind etwas wortklaubertisch. Die Vertretung der Gewerkvereins-Interessen nach außen hin setzt ja ex vi termini voraus, daß man sich vorher im Innern darüber geeinigt hat, worin diese Interessen bestehen!

3) Jene Centralisation der Hirsch-Duncker'schen Gewerkvereine war und ist eine Nothwendigkeit, um den Intriguen v. Schweitzer's und anderer Socialisten und Reactionäre entgegenzutreten. Vgl. oben S. 16, 17.

4) Auch die Schulze'schen Genossenschaften haben einen Stifter und Anwalt, und Schmoller hob 1869 sogar hervor, daß dereinst, wenn Schulze-Deilitzsch nicht mehr ist, eine gewisse staatliche Aufsicht über die Genossenschaften nöthig sein werde¹⁾.

5) Brentano ist offenbar, wie schon M. Hirsch hervorgehoben hat, mit der Geschichte der deutschen Gewerkvereine fast völlig unbekannt; sonst hätte es ihm nicht entgehen können, daß M. Hirsch und der Centralrath nicht eine allzu große, sondern eher eine allzu kleine Autorität genießen, wie verschiedene Vorgänge auf den Verbandstagen und verschiedene Insubordinationen gegenüber dem Centralrath zeigten. Die Stralsunder begannen z. B. 1872 eigenmächtig, statutenwidrig, einen Strike, wie der „Gewerkverein“ und Bamberger übereinstimmend berichten. Der Ortsverein der Schneider zu Königsberg wurde 1880 wegen Nichterfüllung seiner Pflichten gegenüber dem Gewerkverein ausgeschlossen. Auf den Verbandstagen zeigte sich ferner eine gewisse Rivalität zwischen verschiedenen Berufsklassen von Arbeitern, z. B. zwischen Tischlern und Maschinenbauern, Schuhmachern und Maschinenbauern, Tischlern und Lederarbeitern etc. Mitunter zeigt sich in den Verbandstags-Verhandlungen eine Opposition gegen die Verbandsleitung, welche auffallend an die E. Richter'sche und überhaupt fortschrittliche Opposition gegen die preussische Finanzverwaltung erinnert, freilich mit dem bedeutsamen Unterschiede, daß die finanzpolitische Opposition E. Richter's und anderer Fortschrittmänner, wenigstens größtentheils, eine berechnete ist; während es mindestens zweifelhaft ist, ob die Opposition jener bewußten, oder unbewußten Nachahmer E. Richter's überhaupt irgend eine Berechtigung hat. Selbst so tüchtigen, verdienstvollen und opferfreudigen Männern wie Dr. M. Hirsch und G. Polke²⁾ gegenüber ließen es einzelne Persönlichkeiten, ja Ortsvereine und Generalräthe an der diesen Männern schuldigen Pietät und Dankbarkeit sehr wesentlich fehlen. —

Der Gewerkverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter hat eine eigene, von der allgemeinen Verbands-Invalidencasse getrennte Invalidencasse, und er hält sich auch, gleich den Tischlern, von der Verbandscasse für Arbeitslose und

¹⁾ Vgl. Walder, Soc. Frage S. 120.

²⁾ Polke ist seit 1873 Redacteur des G. B.

Reisende fern, die Statuten der Gewerksvereine zeigen in-
deß im Allgemeinen eine große Familienähnlichkeit¹⁾).

Ich werde daher im Nachfolgenden die wichtigsten Punkte des
Statuts der Maschinenbauer hervorheben und auf die kleinen
Modificationen anderer Gewerksvereins-Statuten hinweisen. Die Sta-
tuten der oben S. 7 unter 6 und 8 angef. Ortsvereine waren mir
nicht zugänglich. Bei der großen Familienähnlichkeit aller Hirsch-
Düncker'schen Gewerksvereins-Statuten dürften jene 2 Statuten indeß
keine wesentlichen Verschiedenheiten enthalten.

Unter „Zweck, Hauptmittel und leitende Grundsätze“ heißt es
im Maschinenbauer-Statut:

„§ 1. Der Gewerksverein der deutschen Maschinenbau- und Metall-
arbeiter bezweckt den Schutz und die Förderung der Rechte und In-
teressen seiner Mitglieder auf gesetzlichem Wege.

§ 2. Dieser Zweck soll hauptsächlich erreicht werden:

1) Durch Errichtung einer Kranken- = Unterstützungs-
casse . . .

2) Durch Errichtung einer Begräbniscasse . . .

3) Durch Errichtung einer Invaliden- und Altersver-
sorgungscasse . . .

4) Durch Unterstützung derjenigen Mitglieder, welche in Folge
von Aussperrung . . . oder Arbeitseinstellung ohne Arbeit sind
und durch Unterstützung in außerordentlichen Nothfällen. Die
Unterstützung derjenigen Mitglieder, welche in Folge von Geschäfts-
stockung arbeitslos werden, ist eine zukünftige Aufgabe des Gewerk-
vereins, sobald die Cassenverhältnisse es erlauben . . .

5) Durch Aufstellung und Fortbildung einer Arbeitsstatistik
des Maschinenbau-Gewerks und hierauf begründete Arbeits-
vermittlung . . .

6) Durch Beförderung der allgemeinen Bildung und des
gewerblichen Unterrichts, sowie Beaufsichtigung des Lehr-
lingswesens . . .

7) Durch Vertretung der Mitglieder gegenüber den Arbeit-
gebern, dem Publicum und den Behörden, bei aller Art
Beschwerden, event. durch Führung der Prozesse auf Vereins-
kosten . . .

8) Durch Gründung und Unterstützung von wirtschaftlichen
Genossenschaften, insbesondere Productivgenossenschaften . . .

9) Durch Verbindung mit den anderen deutschen Gewerk-
vereinen zur gegenseitigen Förderung und Unterstützung.

¹⁾ Beiläufig bemerkt, beweisen einige sprachliche Mängel, um nicht zu sagen
Fehler der Statuten, daß Arbeiter wesentlich an der Redaction derselben theilhaftig
gewesen sind (was viele Gegner der Gewerksvereine leugnen). Der Ausdruck
„Bejahrtheit“ ist ungewöhnlich; für „sich vertreten lassend“ sagt man besser „durch
Vertreter“, und „Begehung . . . eines . . . Lebenswandels“ kann man nicht
sagen.

Auch andere als die hier aufgeführten Einrichtungen und Maßregeln können durch Beschluß der Generalversammlung eingeführt werden, insofern sie dem statutenmäßigen Zwecke entsprechen.

§ 3. Der Gewerbeverein befolgt in Betreff der Arbeitsbedingungen für seine Mitglieder folgende leitende Grundsätze:

1) Der Arbeitslohn muß ausreichen zum kräftigen Unterhalt des Arbeiters und seiner Familie, mit Einschluß der Versicherung gegen jede Art von Arbeitsunfähigkeit, sowie der nöthigen Erholung und humanen Bildung.

2) Abzüge von dem bedungenen Lohne dürfen nur unter Theiligung der Arbeitnehmer gemacht werden;

3) Die Sonntagsarbeit ist, bis auf das unerläßlich Nothwendige, gänzlich abzustellen;

4) Die Arbeitszeit für Erwachsene ist auf höchstens 12 Stunden, incl. 2 Stunden Pause, zu normieren;

5) Die Nachtarbeit ist, ebenfalls bis auf das unerläßlich Nothwendige, einzustellen;

6) Jede neue Fabrik resp. Arbeitsordnung ist zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu vereinbaren;

7) Zur Erledigung von Differenzen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ist ein bleibendes Schiedsgericht zu bilden, welches zu gleichen Theilen von beiden Theilen gewählt wird und einen unparteiischen Obmann hat;

8) Die gewerbliche Arbeit der Kinder und Unerwachsenen muß so beschränkt werden, daß die vollständige körperliche, geistige und sittliche Ausbildung der Jugend dadurch nicht beeinträchtigt wird;

9) Die Zuchthausarbeit darf nicht von den Arbeitgebern, indem sie ihre Arbeit ganz oder theilweise durch Sträflinge verrichten lassen, zur Concurrenz mit der freien Arbeit mißbraucht werden."

Ein 12—2 = 10stündige Arbeitszeit wird auch in den meisten übrigen Statuten gefordert, die Bildhauer verlangen indeß eine höchstens 11—2 = 9stündige. Die Bergleute verlangen eine höchstens 8, bezw. 10stündige Arbeitszeit für Arbeiter in der Grube, bezw. außerhalb derselben. Daß alle übrigen Gewerbevereine (abgesehen von den Kaufleuten, welche die Frage gar nicht berühren) ein gleiches Maximum fordern, scheint mir wegen der verschiedenen körperlichen und geistigen Anstrengungen der verschiedenen Berufe nicht logisch zu sein¹⁾.

Im Statut des G. V. der Fabrik- und Handarbeiter heißt es unter § 3 8): „Das weibliche Geschlecht soll vollständige Arbeitsfreiheit genießen; doch ist das Arbeiten desselben in Fabriken und Werkstätten mit allen Sicherheiten für Gesundheit und Sittlichkeit zu

¹⁾ Vgl. Roscher in den Eisen. Verh. von 1872 S. 30.

umgeben.“ Gleichlautende, oder fast gleichlautende Bestimmungen finden sich in den meisten übrigen Statuten, ausgenommen diejenige Gewerbe, in denen Frauen überhaupt nicht thätig sind, wie Maschinenbau etc.

Im § 4 des Maschinenbauer-Statuts heißt es: „Mitglied kann jeder Maschinenbau-Arbeiter werden, der das 14. Lebensjahr vollendet hat. Das Stimmrecht beginnt jedoch [wie bei den Töpfern] erst mit dem vollendeten 17. Lebensjahre. [Das ist wohl zu früh.] Auch Arbeitgeber ¹⁾ des Maschinenbau-Gewerks, sowie Mitglieder anderer Gewerke, die noch nicht selbstständig einen Ortsverein bilden können, können von der Ortsversammlung aufgenommen werden. . .“

Im § 4 der Statuten anderer Gewerkvereine finden sich folgende Abweichungen:

- a) Auch Frauen werden als Mitglieder zugelassen.
- b) Viele Statuten verlangen kein Altersminimum. Der G. B. der Fabrikarbeiter verlangt nur die Vollendung des 16. Jahres.
- c) Derselbe Gewerkverein und viele andere Gewerkvereine fordern vom Eintretenden u. A., daß er „die Hebung des Arbeiterstandes zu Selbstständigkeit und Gleichberechtigung des Arbeiterstandes mit allen anderen Classen auf dem Wege der gesetzlichen Reform, insbesondere durch Berufsorganisation, Bildung und Genossenschaft, erstrebt und überhaupt den Grundsätzen der Deutschen Gewerkvereine (Hirsch-Duncker) huldigt und demgemäß durch einen Revers mit seiner Unterschrift erklärt, weder Mitglied, noch Anhänger der Socialdemokraten zu sein.“ Gleichlautende oder fast gleichlautende Bestimmungen finden sich auch in den Statuten einiger anderer Gewerkvereine. Daß diese Stelle in anderen Statuten fehlt, bedeutet offenbar keine sachliche Meinungsverschiedenheit, sondern nur eine zufällige redactionelle Verschiedenheit. Der 4., 1876 in Breslau abgehaltene Verbandstag führte jenen antisocialistischen Revers z. B. gleichzeitig bei allen Gewerkvereinen ein.

Fast alle Statuten enthalten die Bestimmung, daß auch Arbeitgeber Mitglieder des betreffenden Gewerkvereins werden können. Die Statuten der Schneider, Porzellanarbeiter und Kaufleute sagen Dasselbe mit anderen Worten.

Im § 6 4), § 7 1) des Statuts der Maschinenbauer heißt es, daß Mitglieder ausgeschlossen werden, welche der Ehre und den Interessen des Gewerkvereins zuwiderhandeln. Die übrigen Statuten enthalten, meist im § 6 und 7, ähnliche Bestimmungen, deren elastische Natur sehr gemißbraucht werden kann, indeß in der Natur der Sache liegt. Auch die Schulze-Dehlsch'schen Genossenschaften, unzählige Vereine aller Art, z. B. Honoratiorencasinos, und alle Parteien,

¹⁾ 1881 gehörten ungefähr 12 Großindustrielle (Maschinenfabrikanten etc.) und 1500–2000 selbstständige Gewerbetreibende (Schuhmacher, Schneider, Tischler etc.), sowie verschiedene Beamte und Lehrer den Gewerkvereinen an.

wenigstens alle einigermaßen einigen, regierungsfähigen Parteien, schließen ungeeignete Elemente aus. Ein Mißbrauch jenes Rechtes der Gewerkvereine läßt sich nur durch die Presse, die öffentliche Meinung zc., nicht durch Statutenparagraphen verhindern.

Nach § 7 2) und 3) ist jedes Mitglied verpflichtet, der Krankenz und Begräbnißcasse des Gewerkvereins, oder einer von demselben anerkannten Krankenz und Begräbnißcasse anzugehören und einen wöchentlichen Beitrag von 10 Pf. an die Casse des Gewerkvereins zu entrichten, sowie event. die statutenmäßig beschlossenen außerordentlichen Beiträge zu leisten.

Die übrigen Statuten enthalten ähnliche Bestimmungen, die meisten Gewerkvereine verlangen 10 Pf., die Schuhmacher indeß 6, die Bergelber mindestens 10, die Buchbinder 10—15, die Kaufleute 15 Pf. Fabrik- und Handarbeiterinnen zahlen 5 Pf.; Stuhlarbeiterinnen zahlen auch 5 Pf., erhalten aber nur die halbe Unterstützung. Schiffszimmerer zahlen gewöhnlich 40 Pf. monatlich = 9,2 Pf. wöchentlich, wofür ihre Ortsvereine noch den „Gewerkverein“ erhalten. Die Maurer zahlen im Januar, Februar und März 5 Pf., in den übrigen Monaten 10 Pf. wöchentlich.

Die Töpfer schließen solche Mitglieder, welche nur wegen politischer und Preß-Vergehen (nicht wegen gemeiner Verbrechen) die bürgerlichen Ehrenrechte verloren haben, nicht aus.

Als Ausschließungsgrund ist dagegen im Statut des Gewerkvereins der Töpfer und anderer Gewerkvereine die gänzliche Auswanderung aus Deutschland angeführt.

Im Statut der Maschinenbauer heißt es ferner:

„§ 9. Der Gewerkverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter soll ganz Deutschland umfassen und besteht aus allen Orts-, resp. Bezirksvereinen, welche sich auf Grund dieser Statuten bilden. . . .“

§ 10. Sobald mindestens 7 Arbeitnehmer des Maschinenbau-Gewerks an einem Orte, oder in einem Umkreise von höchstens 2 Meilen Durchschnitt zusammentreten, können dieselben auf Grund dieser Statuten einen Ortsverein gründen. . . . Beträgt die Mitgliederzahl in einer großen Stadt über 500, so müssen sich in dieser Stadt mehrere Ortsvereine . . . bilden. . . .“

Die meisten übrigen Statuten enthalten ähnliche Bestimmungen. Die betreffenden Zahlen betragen meist 5, 6, 7, oder 10 Mitglieder, 2 oder 3 Meilen und 300, 400 oder 500 Mitglieder. Im Statut der Porzellanarbeiter ist nicht von „ganz Deutschland“ die Rede, sondern es heißt im § 9: „Der Gewerkverein soll alle Länder umfassen, in welchen die betreffenden Personale dem bisherigen Wanderunterstützungsverbände¹⁾ angehören.“

¹⁾ Vgl. auch oben S. 3, 4.

Aus dem Statut der Maschinenbauer ist ferner Folgendes hervorzuheben: Jeder Ortsverein wählt nach § 11 einen Ausschuß von 3 bis 5 Personen.

„§ 17. Der Ortssecretär . . . hat . . . eine Liste über offene Arbeitsstellen und arbeitslose Mitglieder zu führen und mindestens jeden Monat die ihm zugesandten Formulare über Arbeitsstatistik z. sorgfältig auszufüllen und dem Vorort einzusenden . . .“

Der Ortsverein kann nach § 22 „auch Mitgliederversammlungen zum Anhören und Discutiren von Vorträgen einführen, zu deren Besuch jedoch kein Mitglied verpflichtet ist.“

Die Ortsversammlung beschließt nach § 24 7) und 8) über die Genehmigung von Arbeitseinstellungen, resp. Empfehlung derselben an den Vorort.

„§ 25. Die Generalversammlung wählt unter den Ortsvereinen einen Vorort¹⁾ des Gewerkevereins.

§ 26. Zur Verwaltung der gemeinsamen Geschäfte des ganzen Gewerkevereins wird ein Generalrath erwählt, bestehend aus 18 Mitgliedern, wovon 11 dem Vorort angehören müssen

§ 30. Der Generalsecretär unterhält die Verbindung zwischen dem Generalrath und den Ortsvereinen

§ 31. Die Generalversammlung [welche nach § 30 auch Delegirtenversammlung heißt] besteht aus Abgeordneten der sämtlichen Ortsvereine.

§ 36. Sämtliche Fonds der Ortsvereine sind gemeinschaftliches Eigenthum des ganzen Gewerkevereins, sowie andererseits sämtliche statutenmäßig geleisteten Ausgaben der Ortsvereine für Rechnung des ganzen Gewerkevereins gehen

§ 37. Am Jahresanfang soll regelmäßig eine allgemeine Ausgleichung der Fonds unter den sämtlichen Ortsvereinen erfolgen

§ 38. 60 % der statutenmäßigen Wochen-, resp. Monatsbeiträge der Mitglieder (§ 7) sind für die Generalraths-Cassen bestimmt, um daraus die Verwaltungskosten, das Verbandsorgan [den „Gewerkeverein“] und die Verbandsbeiträge zu bezahlen und einen stets verfügbaren Fonds für gemeinsame Zwecke des Gewerkevereins zu bilden“

Analoge Bestimmungen finden sich in den übrigen Statuten. Die Stelle über das Verbandsorgan fehlt indeß meist. Statt jener 60 % des § 38 (welche auch die Lithographen und Maurer zahlen) zahlen die Bildhauer 25, die Stuhlarbeiter, Cigarrenarbeiter, Tischler und Kaufleute 33 $\frac{1}{3}$, die Schiffszimmerer, Zimmerer und Porzellanarbeiter 50 %, die Klempner, Vergolder, Buchbinder, Sattler und Bergarbeiter weisen dem Generalrath 5 % des Gesamtfonds zu.

¹⁾ Vgl. die Tabelle oben S. 6, 7.

Ueber das Verhalten bei Arbeitslosigkeit (Aussperrung und Arbeitseinstellung) enthalten § 40—45 des Statuts der Maschinenbauer friedliebend gehaltene Bestimmungen, in denen u. A. empfohlen wird, Deputationen zu Arbeitgebern zu senden und die Vermittelung von angesehenen unbetheiligten Personen zu benutzen. Im § 45 heißt es u. A.: „Entsteht eine allgemeinere Arbeitslosigkeit in Folge von Geschäftsstockung, so hat der Ortsausschuß, resp. Generalrath möglichst in Verbindung mit den Arbeitgebern des Werks und den gleichfalls betroffenen anderen Gewerkvereinen geeignete Mittel zur möglichsten Abhilfe, z. B. Uebersiedelung und Auswanderung, energisch zu ergreifen.“

Diese Heilmittel, welche nur beispielsweise angeführt sind, sind unter Umständen empfehlenswerth, obgleich Geschäftsstockungen mehr oder minder gleichzeitig durch die ganze civilisirte Welt zu gehen pflegen. Im heutigen Deutschland sind indeß Eisenbahnbauten und landwirthschaftliche Reformen im wirthschaftlich vielfach zurückgebliebenen Nordosten und Aehnliches die wirksamsten und wirthschaftlichsten Heilmittel einer Geschäftsstockung.

Die letzten Paragraphen, § 46—53, führen folgende Ueberschriften: „Arbeitsstatistik und Arbeitsvermittlung. Allgemeine Bildung, gewerblicher Unterricht und Lehrlingswesen. Beschwerden gegen Arbeitgeber, Behörden und Publicum. Genossenschaften. Auflösung.“ Im § 47 wird die Betheiligung der Gewerkvereiner an Arbeiterbildungs- oder Handwerker-Vereinen, bezw. die Gründung solcher Vereine empfohlen. Im § 51 heißt es: „Der Gewerkverein hat unter seinen Mitgliedern die Betheiligung an wirthschaftlichem, auf Selbsthilfe begründeten Genossenschaften zu fördern, insbesondere die Gründung von solide fundirten Productivgenossenschaften. Die Letzteren sollen insbesondere bei beträchtlichen Aussperrungen und Arbeitseinstellungen zur Beschäftigung der arbeitslosen Mitglieder benutzt werden.“

Aehnliche, größtentheils wörtlich übereinstimmende Bestimmungen enthalten die übrigen Statuten.

Das Register der Statuten der Maschinenbauer enthält ferner folgenden Ueberschriften: „Invalidencasse. Reglement für den Rechtsschutz. Revers (gegen die Socialdemokratie). Statut für Schiedsgerichte innerhalb des Verbandes der deutschen Gewerkvereine. Statut des Unterstützungsfonds. Geschäftsordnung für die Versammlungen der Ortsvereine. Frauen-Begräbniscasse. Kranken- und Begräbniscasse.“ Der wohlthätige¹⁾ Rechtsschutz der Gewerkvereine bezieht sich namentlich auf Klagen gegen Arbeitgeber auf Grund des Haftpflicht-Gesetzes zc.

¹⁾ Vgl. M. Hirsch, Der Gegner zc., S. 28.

Dr. M. Hirsch's angef. Broschüre: Was bezwecken die Gewerkvereine? giebt eine gute, populäre Darstellung des Gegenstandes. Nur einzelne Stellen bedürfen einer, meist formellen Verbesserung. Das Bild vom Schwimmen und vom Boot auf S. 3 ist glücklich; aber die Worte „mit fanatischem Ausblick zu einem geträumten Jenseits“ sind unhaltbar, oder können wenigstens leicht mißverstanden werden. Man kann sie als eine Leugnung der Unsterblichkeit der Seele auffassen. Diese Auffassung wäre indeß irthümlich, da Dr. Hirsch in der halböffentlichen Berliner Maschinenbauer-Versammlung vom 24. October 1880 gelegentlich, ich entsinne mich nicht mehr in welchem Zusammenhange, die Unsterblichkeit der Seele anerkannte. Jene Worte können ferner so aufgefaßt werden, als ob die protestantischen und katholischen Orthodoxen die Arbeiter bloß auf den Himmel verweisen. Das ist indeß durchaus nicht der Fall. Sie bieten ihren Anhängern in Jünglingsvereinen, durch Banken u. allerlei irdische Annehmlichkeiten und sie versprechen ihnen, durch Zunftprivilegien, Zwangscassen, Schutzzölle u. u. eine Art Paradies auf Erden, so zu sagen das tausendjährige Reich, zu verschaffen. Sie versprechen also für das irdische Leben zu viel, nicht zu wenig. S. 3 wäre hervorzuheben, daß die Löhne in Nothzeiten zum Theil heruntergehen müssen. S. 3, Z. 20 und 21 v. o. müßte es: „von vielen Seiten“ stat „von allen Seiten“ heißen.

Die Statuten des Verbandes führen folgenden Titel: „Statuten des Verbandes der Deutschen Gewerkvereine und der demselben angehörigen Ortsverbände. Sowie Reglement betreffs Arbeits-einstellungen und Aussperrungen und Schiedsgerichtstatut nebst Geschäftsordnung für Ortsverbände. Neue, gemäß den Beschlüssen der Verbandstage¹⁾ von Leipzig, Breslau und Gera veränderte und vermehrte Auflage. Berlin, 1878.“

Dazu kommen noch die Statuten der allgemeinen Verbands-Invalideucasse, der Kranken- und Begräbniscassen der verschiedenen Gewerkvereine, der Verbandscasse für Reisende und Arbeitslose und zwei Nachträge zu den Verbandsstatuten. Der erste Nachtrag führt den Titel: „Anhang zu den Gewerkvereins- und Verbandsstatuten. Gemäß den Beschlüssen des 6. ordentlichen Verbandstages. Berlin 1880“ und enthält in 14 Paragraphen „Bestimmungen über Arbeits-Statistik und Arbeits-Nachweis.“ Der zweite Nachtrag enthält einige „Abänderungen und Zusätze zu den Statuten des Verbandes“ Auf Grund der Beschlüsse des 6. ordentlichen Verbandstages“ Ein Zusatz zu § 6 droht denjenigen Ortsvereinen mit Ausschliefung aus dem Verbands, welche Nichtberufs-

¹⁾ Die 6 bisherigen Verbandstage fanden in folgenden Städten statt: 1. und 2. 1871 und 1873 in Berlin, 3. 1875 in Leipzig, 4. 1876 in Breslau, 5. 1877 in Gera, 6. 1879 in Nürnberg. Der 7. soll im Juni 1880 in Stuttgart stattfinden.

Walder, Arbeiterfrage.



genossen statutenwidriger Weise (offenbar im Interesse ihrer Finanzen) bei sich festzuhalten suchen, und ein Zusatz zu § 13 bezieht sich auf die Untersuchung der Bücher und Cassen schlecht zahlender Gewerk- und Ortsvereine durch Verbandsrevisoren.

Aus den Statuten des Verbandes ist Folgendes hervorzuheben:

„§ 1. Der Verband der Deutschen Gewerkvereine bildet den, sofort bei Gründung der Gewerkvereine geplanten, auf dem Pöngstcongreß 1869 errichteten dauernden Bund aller Deutschen Gewerk- und Ortsvereine, welche gemäß den Berliner Musterstatuten die Hebung der Arbeiterklasse zu Selbstständigkeit und Gleichberechtigung mit allen anderen Classen auf dem Wege der gesetzlichen Reform, insbesondere durch Berufsorganisation, Bildung und Genossenschaften erstreben. — Der Verband bezweckt hauptsächlich die Förderung und Unterstützung der Deutschen Gewerkvereine durch Gründung und Verwaltung einer gemeinschaftlichen Invalidencasse, einer Frauen-Sterbecasse und anderer Hülfscaffen und eines der Gewerkvereins-Sache dienenden Preßorgans.“

Die Worte: „die Hebung der Arbeiterklasse“ bis „erstreben“ sind der landläufigen demokratischen Terminologie entnommen, deren sich mitunter auch nichtdemokratische Wahlcandidaten bei Wahlen als eines Ritters bedienen. Sene wohlgemeinten Worte lassen auch eine unverfängliche Deutung zu, aber sie können auch von einzelnen Schwarmgeistern innerhalb der Gewerkvereine und von vielen Gegnern der Gewerkvereine sehr mißdeutet und mißbraucht werden. Der Zusatz „auf dem Wege der gesetzlichen Reform“ schützt dagegen nicht, denn man kann auch auf diesem Wege Utopien erstreben, z. B. unter jener „Selbstständigkeit“ die völlige Abschaffung des Lohnverhältnisses (im Gegensatz zu einer bloß theilweisen Erziehung desselben durch eine Anzahl von Productivgenossenschaften) und unter jener „Gleichberechtigung“ nicht die verfassungsmäßige, verständige s. g. Gleichheit vor dem Gesetz, sondern jene Gleichmacherei verstehen, welche durch Ausdrücke wie „der Herr Diener A.“, „der Herr Hausknecht B.“, „der Herr Dienstmann C.“ u. gut persifliert wird und logischer Weise zum Communismus führt. Es wäre daher besser, logischer, exacter und politischer zu sagen: „die geistig-sittliche, physische¹⁾, wirthschaftliche und politische Hebung der Arbeiterklasse auf dem Wege“ u.

Im § 4 4) heißt es u. A.: „Jeder Gewerk- resp. Ortsverein hat mindestens 30 Exemplare [des Verbandsorgans „Der Gewerkverein“] auf je 100 Mitglieder . . . zu halten; existirt ein besonderes Organ des Gewerk- resp. Ortsvereins [wie z. B. die oben S. 9 angef.

¹⁾ Ein nicht unbeträchtlicher Theil der Arbeiter ist durch zu lange Arbeitszeit, schlechte Wohnungen, Trunksucht u. physisch verkümmert.

„Ameise“] so sind nur 4 Pflichtexemplare für jeden Ortsverein und den Generalrath notwendig.“

§ 4 5) lautet: „Die . . . Gewerk- und Ortsvereine sind verpflichtet, auf Beschluß des Centralraths, oder des Verbandstages . . . einen Theil des Cassenvermögens, jedoch nie über 10 % des Gesamtvermögens, einem [durch Aussperrungen, Arbeitseinstellungen, oder Geschäftsstockungen] bedrängten Gewerk- oder Ortsvereine . . . zur Disposition zu stellen.“

Aus den folgenden §§ ist Folgendes hervorzuheben:

„§ 7. Der Verband der Deutschen Gewerkvereine ist föderalistisch. Seine Organe sind:

1) der Verbandstag als beratende, beschließende und beaufsichtigende Behörde,

2) der Centralrath als vorbereitende, ausführende und verwaltende Behörde.

§ 8. Der Verbandstag . . . tritt alle 2 Jahre . . . zusammen . . .¹⁾

§ 9. Der Verbandstag besteht aus den Abgeordneten der verbundenen Gewerk- und selbstständigen Ortsvereine . . . [1879 bestand er aus 23 Abgeordneten, wozu noch 6 Verbandsbeamte z. kamen. Einzelne Bürgermeister, Stadträthe, Gelehrte, Fabrikanten, Handwerksmeister z. pflegen als Gäste an den Verbandstagen Theil zu nehmen.] Die Verhandlungen der Verbandstage sind für die Mitglieder der Gewerk- und Ortsvereine öffentlich, jedoch kann durch Beschluß des Verbandstages die Oeffentlichkeit ausgeschlossen werden.“ (Letzteres dürfte sich nach Analogie der geheimen Sitzungen von Stadtverordneten z. rechtfertigen lassen.)

Nach § 12 hat der Verbandstag u. A. zu beschließen: „7) die Wahl und Absetzung des Verbandscassiers, des Verbandscontroleurs und des Anwalts der Deutschen Gewerkvereine . . . 9) die Anstrengung und Aufrechterhaltung eines internationalen Bundes der sämtlichen Gewerkvereine.“

§ 13. Der Centralrath . . . hat seinen Sitz bis auf Weiteres zu Berlin . . . [Derselbe bestand 1880 aus 21 Personen excl. 3 Verbandsrevisoren, 1 Redacteur, nämlich H. Polke,²⁾ 1 Cassirer, 1 Controleur und 1 Bureangehülfe des Verbandes. Dazu kamen der Verbands-Sachverständige Dr. Zillmer, Director der Vaterländischen Lebensversicherungsgesellschaft A.-G. zu Elberfeld, früher Director des „Nordstern“ in Berlin, und der Anwalt der Deutschen Gewerkvereine, Dr. M. Girsch. Der Letztere nimmt nach § 18 „zum Centralrath und zum Verbande eine analoge Stellung ein,

¹⁾ Vgl. oben S. 33.

²⁾ Vgl. seine Biographie im 17. Bande der 3. Aufl. des Meyer'schen Conversationslexikons.

wie der Generalsecretär zum Generalrath und Gewerkverein. . . ."] „Die Redaction des Verbandsorgans wird durch den verantwortlichen Redacteur im Einverständniß mit dem Anwalt als Herausgeber geführt, so daß innerhalb der gesetzlichen¹⁾ Bestimmungen, die Ansicht des Letzteren maßgebend ist. Die Entschädigung des Anwalts und der Contract mit demselben werden . . . von dem Generalrath festgestellt“

Seit dem 1. October 1877 erhält Dr. M. Girsch, der sein mühevolltes Amt früher ganz ohne Entschädigung versah, eine Entschädigung von 3000 Mark jährlich, eine sehr geringe Gegenleistung für die großen Opfer, welche er seit 1868 der Gewerkvereins-Sache gebracht hat.

Ein wesentlicher Mangel des Verbandsstatuts besteht darin, daß eine Bestimmung fehlt, nach welcher der Anwalt ein nationalökonomisch gebildeter Jurist, oder wenigstens ein Nationalökonom von Fach²⁾ sein muß, ähnlich wie die Secretäre der großstädtischen Handelskammern immer, oder fast immer Doctoren der Rechte sind. Auch die Syndici der Vereins der Berliner Bau-, Maurer- und Zimmermeister und der deutschen Hutmacher-Principale sind Doctoren der Rechte. Bei dem in Bezug auf die Verbandsorganisation ultrademokratischen Geiste, der mehrfach auf den Verbandstagen zc. hervorgetreten ist, ist es möglich, um nicht zu sagen wahrscheinlich, daß dereinst ein Arbeiter zum Anwalt gewählt wird, und Das würde die Gewerkvereins-Interessen sehr schädigen. Ein Arbeiter, oder ein gewesener Arbeiter würde auf nationalökonomischem und vollends auf juristischem Gebiete stets mit den schweren Mängeln einer lückenhaften, dilettantischen, autodidaktischen Bildung zu kämpfen haben, er würde in der Regel nicht das wissenschaftliche Rüstzeug besitzen, um ungesunde Bestrebungen innerhalb der Gewerkvereine gleich beim Entstehen zu besiegen, und er würde im Reichstage und überhaupt bei den besitzenden Classen lange nicht den Einfluß besitzen, wie ein gelehrter Anwalt. Am wichtigsten wäre indeß die Erwägung, daß jede Wahl eines Arbeiters zum Anwalt höchst wahrscheinlich zu einer Sprengung des Verbandes führen dürfte. Auch wenn der betreffende Arbeiter ein Muster von Unparteilichkeit wäre, so würden die übrigen Gewerkvereine doch argwöhnen, daß er bewußt, oder unbewußt für seine Berufsgenossen, bezw. gewesenen Berufsgenossen unparteiisch sei. Würde z. B. ein Maschinenbauer gewählt, so würden vielleicht die Tischler, Schuhmacher zc. austreten, und würde ein Tischler, Fabrik- oder Handarbeiter gewählt, so würden vielleicht die Maschinenbauer austreten. Die Girsch-Duncker'schen Gewerkvereine dürfen nicht ver-

¹⁾ Richtiger wäre es hier „und statutarischen“ einzuschalten.

²⁾ Es kann ausnahmsweise zweckmäßig sein, einen mehr historisch, oder philosophisch, als juristisch gebildeten Nationalökonomem, oder einen nationalökonomisch gebildeten Kaufmann zc., einen Mann, wie z. B. den verstorbenen Prince-Smith, zum Anwalt zu wählen.

geffen, daß sie eine eigenartige Institution sind, daß die englischen Gewerkvereine weniger centralisirt sind und, gleich den Gewerkvereinen der deutschen Buchdrucker und Gutmacher, überhaupt keinen Anwalt haben. Nur ein gelehrter, über den offenen und verkappten Gegenständen der verschiedenen Arbeiter-Berufsklassen stehender Anwalt kann der Vertrauensmann aller dieser Classen sein.

Sene ultrademokratische Strömung zeigte sich auch in Folgendem. Auf dem Verbandstage von 1876 wurden Anträge gestellt, die Verbandsbeamten, ausschließlich, oder gar einschließlic des Anwalts, nur auf 1, 2, oder 3 Jahre anzustellen, und $\frac{2}{3}$ der Stimmen oder 34,7 % waren dafür. Ähnliche Anträge wurden auf dem Verbandstage von 1879 verworfen, aber die Minorität war gewachsen, sie betrug $\frac{1}{3}$ oder 43,4 % der Stimmen. Sollte sie die Majorität erlangen und ihren Willen durchsetzen, so wäre Das ein schwerer Schlag für die Gewerkvereine, ähnlich wie die erst vom Präsidenten Jackson in den V. Staaten eingeführte periodische Wahl der Beamten zu einer furchtbaren Corruption und Stellenjagd führte. Wenn ein Verbandsbeamter Gefahr liefe, ohne jedes Verschulden seinerseits nach 1 bis 2 Jahren von einigen rührigen Demagogen und Stellenjägern gestürzt zu werden, so würden sich grade die tüchtigsten und redlichsten Elemente wohl hüten, eine solche unsichere und unangenehme Stellung anzunehmen. Die häufigen Beamtenwahlen würden ferner zur Zerreißung des Verbandes führen. Die chicanöser Weise nicht wieder gewählten Verbandsbeamten und ihre Partei würden aus dem Verbande austreten.

§ 20 der Verbandsstatuten bestimmt, daß der Beitrag zur Verbandscaße 10 Pf. pro Quartal und Mitglied beträgt, und daß die Invalidencasse von der eigentlichen Verbandscaße völlig getrennt gehalten werden muß, obgleich dieselben Beamten beide Cassen verwalten und controliren.

§ 21—40 enthalten eine Ergänzung zu den Verbandsstatuten, die Ortsverbände betreffend. Dieselben bestehen aus den einzelnen Ortsvereinen. Im § 36 heißt es u. A.: „Bei dem Anschluß an bestehende Bildungsvereine, oder eine zu gründende Centralisation behufs Bildungszwecke¹⁾ hat der Ortsverbands-Ausschuß dahin zu wirken, daß die Aufklärung über Politik und sociale Frage nicht vernachlässigt werde, und daß überhaupt die Tendenz jener mit den Principien der Gewerkvereine nicht in Widerspruch stehe.“ Ähnlich wird im § 34 die Agitation²⁾ für die Gewerkvereine zu den obligatorischen Angelegenheiten der Ortsverbände gerechnet. 1878 wurde in Berlin eine „Agitatorenschule“ gegründet, in der M. Hirsch über Volkswirtschaft und ein fortschrittlicher Zeitungsredacteur über Rhetorik sprachen. Die Schule ging indeß 1879 ein. Da das Wort

¹⁾ Die Gesellschaft zur Verbreitung von Volksbildung wurde 1871 von Schulze-Delitzsch, Hammacher u. A. begründet.

²⁾ Dazu soll nach § 37 u. A. die Localpresse benutzt werden.

Agitation auch einen üblen Sinn hat, so wäre es, wie auch M. Hirsch einmal bemerkte, besser, dafür Propaganda (und für Agitator etwa Propagandist oder Reisedrucker) zu sagen.

Die Ortsverbände sollen nach § 40 auch Vereinsherbergen, womöglich mit offenem Lesezimmer u., einrichten.

Die Geschäftsordnung für Ortsverbände enthält 12 Nummern (richtiger Paragraphen). In denselben spricht sich das anerkennenswerthe Bestreben aus, eine allzu große Ueberbürdung derselben Person mit mehreren Aemtern zu vermeiden und die Aemter, trotz gewisser Diäten, soviel als möglich zu Ehrenämtern zu machen.

Auch die 12 Paragraphen des „Reglements betreffs Arbeits-einstellung und Aussperrungen im Verbands der Deutschen Gewerkvereine“ sind gemäßigt gehalten. Auch Gegner der Gewerkvereine erkennen Dies an und behaupten nur, daß die betreffenden Bestimmungen in der leidenschaftlichen Aufregung von Strikes nicht (?) gehalten werden würden. Es wäre daher überflüssig, das ganze Reglement hier abdrucken zu lassen. Im § 2 heißt es u. A., daß die Unterstützung des Verbandes unbedingt zu versagen ist, wenn der betreffende Ortsverein nicht mit allen Kräften die Errichtung eines bleibenden Schieds- und Einigungsamtes mit gleicher Vertretung beider Theile angestrebt hat. Im § 3 heißt es nach einer Mahnung an die Gewerkvereiner, sich nicht von Mitarbeitern einschüchtern zu lassen, die Mitglieder könnten auch Verbandshilfe erhalten, „wenn unwiderstehlicher, physischer, oder moralischer Zwang vorliegt, welcher die strikte Befolgung der Statuten unmöglich macht.“ Diese Bestimmung ist sehr elastisch und leicht zu Mißbräuchen zu benutzen, obgleich ihr ein gewisses wahres Gefühl zu Grunde liegt. Wenn Civilbeamte eines vom Feinde überzogenen Landes unter ähnlichen Verhältnissen bei Requisitionen u. mitwirken, so pflegen sie in juristischer und moralischer Beziehung nicht dafür verantwortlich gemacht werden.

Zur Erledigung gerechter Beschwerden in Betreff des Lohnes und der Arbeitszeit der Arbeit wird im § 5 empfohlen,¹⁾ daß ein Theil der Arbeiter, besonders der ledigen, allmählig an anderen Orten Beschäftigung sucht. Die Billigung, oder Mißbilligung eines beabsichtigten Strikes, oder mit anderen Worten die Gewährung, oder Versagung der Verbandsunterstützung sowie die Wiederaufnahme der Arbeit hängt in letzter Instanz vom Centralrath ab, dem die bezüglichen Actenstücke, statistischen Berichte u. zugehen.

Schließlich folgen in 10 §§ Bestimmungen über Ortsverbands-Schiedsgerichte und das Verbands-Schiedsgericht. Ausgeschlossen von der Entscheidung des Schiedsgerichts sind privatrechtliche Streitigkeiten, deren Object den Werth von 150 Mark übersteigt.

¹⁾ Vgl. A. Heib, Die Arbeiterpresse, S. 119, 120, 161.

Aus der Broschüre: „Statuten der Deutschen Verbandscasse für die Invaliden der Arbeit. Nebst Reglement für Mitglieder außerhalb Deutschlands. Geschäftsordnung für die Ortsvereine und Ortsverbände und ihre Beamten und Contractvertrag [der Verbands- und Maschinenbauer-Invalidencasse]. Gemäß den Beschlüssen der Verbandstage zu Leipzig, Breslau, Gera und Nürnberg, Berlin 1880“ ist Folgendes hervorzuheben:

Die Invalidencasse nimmt nur solche Gewerkvereiner auf, welche das 50. Lebensjahr noch nicht überschritten haben. Mitglieder welche 45 Jahre und darüber sind, dürfen sich nicht mehr in eine höhere Scala versichern (§ 2). Die Beiträge betragen je nach dem Aufnahmearter 14—47 Pf. wöchentlich. „Uebergangsbestimmung: Jedes vor dem 1. Mai 1875 beigetretene Mitglied zahlt vorläufig 20 Pf. pro Woche, bis die finanzielle Lage der Casse es gestattet, den Betrag wieder auf 10 Pf. herabzusetzen. — Sobald die alle 2 Jahr unter Beihülfe eines von dem Centralrath ernannten Sachverständigen vorzunehmende Berechnung ergibt, daß die Fonds und Einnahmen der Casse den Verpflichtungen derselben nicht genügen, so hat der Verbandstag der Deutschen Gewerkvereine als Generalversammlung der Invalidencasse die laufenden Beiträge entsprechend zu erhöhen“ (§ 4). Nach 6—12 wöchentlicher Nichtzahlung der Beiträge verlieren arbeitende, bezw. verdienstlose Mitglieder ihr Anrecht. Ausgeschlossene Ex-Gewerkvereiner erhalten nach 5 jähriger Mitgliedschaft eine Entschädigung, welche der Sachverständige nach den Principien der Versicherungswissenschaft feststellt (§ 5). Abgesehen von Berechtigungen beträgt die Carenzzeit 5 Jahre (§ 6). Jede Invaliditätserklärung ist dem Centralrath der Deutschen Gewerkvereine zur Bestätigung vorzulegen (§ 8). Ausgeschlossen von der Unterstützung sind Kaufbolde, pensionirte Militärinvaliden und Wahnsinnige (§ 10). Die wöchentlichen Pensionen betragen $4\frac{1}{2}$, 24 und 9 Mark, je nach der Höhe der Beiträge. Eine Erhöhung des $4\frac{1}{2}$ Mark-Satzes auf 6 und 9 Mark wird für Invaliden in Aussicht genommen, die nach 10-, bezw. 20jähriger Mitgliedschaft Invaliden werden (§ 12).

In der „Allgemeinen Vorbemerkung“ zur Geschäftsordnung heißt es u. A.: „Die Ortsvereine und Ortsverbände bilden nur die Agenturen der Verbands-Invalidencasse . . . Das Hauptmittel der wirksamen Controle für die Mitglieder ist aber das Verbandsorgan, aus dessen Bekanntmachungen sie ersehen, ob ihre Beiträge richtig abgeführt sind, oder nicht. Das Lesen und Halten des Verbandsorgans gewinnt hierdurch eine sehr praktische Bedeutung für alle Mitglieder der Verbands-Invalidencasse.“

Aus den Statuten der Verbandscasse für Reisende

und Arbeitslose¹⁾ ist Folgendes hervorzuheben. Nach einer nicht ganz klaren Bestimmung im § 2 scheinen nur unter 45 Jahr alte Mitglieder aufgenommen zu werden. Die Beiträge betragen wöchentlich 10, bezw. 20 Pf. (§ 3). Nichtzahlung des Beitrages während 6 Wochen führt Verlust der Mitgliedschaft herbei (§ 4). Der Anspruch auf Reiseunterstützung tritt nach 6monatlicher, der auf Arbeitslosigkeits-Unterstützung nach 2jähriger Carenzzeit ein (§ 5). Die Reiseunterstützung beträgt 10, bezw. 20 Pf. pro Meile bis zu gewissen Maximalsätzen (§ 6, 7). Die Arbeitslosigkeits-Unterstützung beträgt pro Woche 3, bezw. 6 Mark und hört nach 26 Wochen auf. Schon nach 13 Wochen sinkt sie auf $\frac{3}{4}$. Die Casse soll nach dem Centralraths-Beschluß vom 17. December 1880 in's Leben treten, sobald mindestens 500 Mitglieder beigetreten sind.

Bei der obigen objectiven Darstellung der wesentlichsten Punkte der Organisation und der statutenmäßigen Bestrebungen der Gewerksvereine habe ich nur hie und da kurze, den Zusammenhang nicht störende kritische Bemerkungen eingeschaltet und gehe jetzt zu einer eingehenderen Besprechung der wichtigsten Streitfragen der Gewerksvereins-Politik des Staates und der Gesellschaft über.

Die erste Streitfrage, die dabei aufgeworfen wird, ist die Frage, ob Gewerksvereine an und für sich, abgesehen von etwaigen Mißbräuchen, überhaupt berechtigt sind. Bereits im I. Cap. der vorliegenden Schrift ist gezeigt worden, zu welchen absurden und unpraktischen Consequenzen die Verneinung dieser Frage führen würde. (Vgl. auch unten Cap. IV.)

Als zweite Streitfrage ist wohl die Frage zu bezeichnen, ob die Hilfspassen der arbeitenden Classen, d. h. Kranken-, Begräbnis-, Invaliden-Cassen u. mit Gewerksvereinen verbunden sein sollen, oder nicht. Die Gründe gegen die Verbindung tragen meist, wenn nicht ausschließlich eine patriarchalische, oder einseitig assicuranztechnische Färbung. Manche Politiker, darunter selbst wohlmeinende Männer, z. B. humane Arbeitgeber, sind noch so sehr in den Traditionen der Hörigkeitszeit und des absoluten Staates befangen, daß sie bewußt, oder unbewußt, sogar die Existenzberechtigung von Gewerksvereinen leugnen und daher auch von einer Verbindung von Hilfspassen mit Gewerksvereinen nichts wissen wollen. Beachtenswerther sind die Einwände der zweiten Art, die übrigens meines Wissens von Versicherungsfachmännern selbst nicht erhoben worden sind. Die Vertreter dieses Standpuncts weisen darauf hin, daß das Eingehen eines Versicherungsvertrages in der Form der Renten- oder Capitalversicherung eigentlich mit einem Gewerksvereine nichts zu thun hat, daß Jemand wegen nationalökonomischer, politischer, oder kirchenpolitischer Meinungsverschiedenheiten, z. B. wegen seiner

¹⁾ Vgl. die Verh. des 6. Verb. S. 37—62 und den G.-B. 1880, S. 208, 1881, S. 3.

Nichtbetheiligung an einem Streite, oder durch irgend welche Chicanen aus seinem Gewerkverein und den mit demselben verbundenen Hilfs-
cassen ausgeschlossen werden kann, und daß aus versicherungstechnischen
Gründen eine volle Entschädigung des Ausgeschlossenen, oder freiwillig
Ausgetretenen nicht möglich ist.¹⁾ Bei der Fehlbareit der mensch-
lichen Natur werden solche Mißbräuche mitunter auch bei deutschen
Gewerkvereinen vorkommen, besonders wenn die Zahl ihrer Mitglieder,
wie zu erwarten ist, mit der Zeit gewaltig wächst. Trotzdem ist die
althistorische, schon bei den Zünften, ultramontanen Vereinen, Krieger-
vereinen u. vorkommende Verbindung von Genossenschaften mit Hilfs-
cassen das Naturgemäße, wie Thornton, der Graf von Paris, Prince-
Smith, Brentano, Schmoller, Rasse, Feld, Dannenberg, Zillmer, Dr.
M. Hirsch u. A. gut ausgeführt haben. Ein Verbot der Verbindung
von Gewerkvereinen und Hilfs-
cassen wäre principiell nicht zu rechtfertigen, und es würde die gefürchteten Uebel verschlimmern, nicht
verbessern, d. h. die Gewerkvereine, bezw. Hilfs-
cassen in geheime, von
Mißbräuchen strotzende Gesellschaften verwandeln; denn die Gewerk-
vereine haben eine natürliche Tendenz, zugleich Hilfs-
cassen zu werden
und umgekehrt (vgl. Dr. M. Hirsch's trotz einzelner Mängel treffliches,
sehr verdienstvolles, an Gneist's Schriften über die preußische Kreis-
ordnung u. erinnerndes Werk, Die gegenseitigen Hilfs-
cassen und die
Gesetzgebung 1876, S. 58 ff., besonders S. 61, 62, 251 ff., 333,
334). Nur durch die Verbindung von Gewerkvereinen und Hilfs-
cassen wird ferner ein opferfreudiger esprit de corps erzeugt. In
den Hirsch-Duncker'schen Gewerkvereinen und Hilfs-
cassen wird z. B.
der größte Theil der Arbeiten unentgeltlich, oder halb unentgeltlich von
Arbeitern selbst besorgt, während rein bureaukratische, oder capitalistische
Hilfs-
cassen ungeheure kostspielige Beamtenheere erfordern würden.
Als der reactionäre Theil des preußischen Herrenhauses sich 1872
gegen die Annahme des Kreisordnungs-Entwurfes opponirte, so soll
Kaiser Wilhelm nach der „Allg. Ztg.“ an ein Herrenhaus-Mitglied
ein Schreiben gerichtet haben, in welchem er zur Annahme des Ent-
wurfes rieth und mahnend daran erinnerte, daß die besoldeten
preußischen Beamten an Zahl zwei Armeecorps gleich kämen. Analoges
gilt auch hier: man darf nicht vergessen, daß die Beamtenzahl der

¹⁾ Ja, die englischen Gewerkvereine gewähren gar keine Entschädigung,
ihre Haupteinnahmequelle besteht sogar aus partiellen Vermögensconfiscationen,
um diesen Ausdruck zu gebrauchen, d. h. die Guthaben der wegen angeblicher, oder
wirklicher Unbotmäßigkeit gegen die nicht selten despotischen und unverständigen
Führer massenhaft ausgeschlossenen Mitglieder verfallen der Gewerkvereins-Casse,
so daß die Mehrheit ein egoistisches Interesse daran hat, die Guthaben der wohl-
habendsten Arbeiter sich durch willkürlichen Ausschuß derselben anzueignen, d. h.
einen f. a. seinen Diebstahl zu begehen. Das ist ein sehr wunder Punkt, wie
Mosher N. Def. I. § 176 Note 9, Bamberger, G. B. Oppenheim u. A. mit
Recht hervorheben, und wie auch Brentano in seiner Schrift über die Arbeiterver-
sicherung, 1879, im Widerspruch mit seiner früheren (auch von mir in meiner
„Soc. Frage“, S. 108 bekämpften Ansicht) zugiebt.

als Actiengesellschaften constituirten Versicherungsgesellschaften in's Ungeheure steigen müßte, wenn diese Gesellschaften auch die ganze Masse der arbeitenden Classen in den Preis ihrer Geschäftsthätigkeit ziehen wollten und könnten, was nur bis zu einem gewissen Grade möglich und wünschenswerth ist.

Beiläufig bemerkt, hat der „Gewerkverein“ nicht mit Unrecht darauf hingewiesen, daß die Gegnerschaft einzelner Versicherungsgesellschaften auf Brodneid beruht.

Kurz, die erwähnten Mißbräuche, zu welchen die Verbindung von Hilfscassen mit Gewerkvereinen führen kann und mitunter führt, sind nicht durch die Trennung beider Institute, sondern durch die öffentliche Meinung, die Presse, unter Umständen auch durch concurrirende Gewerkvereine von Berufsgenossen zu bekämpfen und zu verhüten.

Auf dieser Stelle sind einige principielle Einwände gegen alles Versicherungswesen, bezw. gegen die Rentenversicherung zu berücksichtigen. H. V. Oppenheim's Broschüre: Die Hilfs- und Versicherungs-Cassen der arbeitenden Classen, 1875, hat ihre Verdienste, Oppenheim's principieller Angriff gegen das Versicherungswesen auf S. 12, 13, 54, 55 schießt indeß über das Ziel hinaus.¹⁾ Auf S. 12 scheint er zu übersehen, daß auch die Mitglieder einer nicht durch neue Mitglieder ergänzten Hilfscasse sterben, und daß S. 54 über die s. g. Selbstversicherung Bemerkte trifft nicht einmal eine (aus anderen Gründen verwerfliche) Reichs-Zwangs-Zuvalidentcasse, denn die Arbeiter, Bourgeois etc., sind weder Häuser, noch Schiffe, noch Sklaven, die von ihrem Besitzer unterhalten werden!

Auch Freunde der Gewerkvereine, wie z. B. der Reichstagsabgeordnete F. Wöllmer²⁾, geben zu, daß die Rentenversicherung eine der unwirtschaftlichsten Formen der Versicherung darstellt, da in der Rentenversicherung eine Capitalvernichtung vor sich geht. Gegenseitigkeitsanstalten, wie z. B. Gewerkvereins-Hilfscassen werden zwar von diesem Nachtheil weniger betroffen, besonders wenn die Kinder der Mitglieder wieder diesen Cassen beitreten, was ja in der Regel der Fall sein wird. Trotzdem dürfte es rathlich sein, bei den Gewerkvereins-Zuvalidentcassen auch Capitalversicherungen neben den Rentenversicherungen einzuführen und den Mitgliedern dieser Cassen die Wahl zwischen beiden Versicherungsarten zu gestatten.

Wenn man von wirklich freien Gewerkvereins-Hilfscassen etc. absieht, so lassen sich die übrigen, in Wirklichkeit bestehenden und projectirten Hilfscassen etwa folgermaßen einteilen:

¹⁾ Vgl. Dr. Zimmer in den Eisen. Gutachten über Alters- und Zuvalidentcassen, 1874, S. 29 ff., besonders S. 31, und Dr. W. Girsch in der Broschüre: Die Gewerkvereine und die Baare'sche Zeitschrift 1880, S. 21.

²⁾ Vgl. seine Broschüre, Die Zuvalident-Pensions-Cassen etc., 1879, S. 31, 32, wo auch S. 40 ff. der beachtenswerthe, von den Abg. Dr. Gareis, Struve, Dr. Günther und F. Wöllmer eingebrachte Gesetzesentwurf, betreffend die eingeschränkten Versorgungscassen, abgedruckt ist.

a) Gewerkvereins-Hülfsassen, die von Arbeitgebern oder Beamten thatsächlich bevormundet werden.

b) Fabrik- und Gutsassen.

c) Knappschaftsassen.

d) Städtische und ländliche communale Zwangsassen.

e) Eine freie Reichs-Alters- und Invaliden-Casse.

f) Eine Reichs-Zwangs-Alters- und Invaliden-Casse.

a) So nützlich und nothwendige in einträchtiges Zusammengehen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in Einigungsämtern und bei unzähligen anderen Gelegenheiten ist, so thöricht ist doch die von manchen Feudalen, Schutzhülfern und Manchestermännern offen, bezw. verschämt gestellte Forderung, daß die Arbeitgeber zu den Hülfsassen der Arbeiter beitragen¹⁾ und dieselben bevormunden sollen. Grade die wahrhaft aristokratisch gesinnten Freunde des socialen Friedens haben hier dringende Veranlassung, zu sagen: „Gott bewahre uns vor solchen Freunden!“ Jene „patriarchalisch“ gesinnten Reactionäre, die zum Theil persönlich wohlwollende, humane Arbeitgeber zc. sind, vergessen, daß unklare, ungesunde Rechtsverhältnisse selbst das Verhältniß von Ehegatten, Geschwistern und intimen Freunden trüben, ja vergiften können, und daß die wohlgemeinteste Einnischung des Arbeitgebers und seiner Beamten in solche sie nichts angehende Dinge die Arbeiter mit Mißtrauen erfüllen, zur Liebedienerei mancher Arbeiter und zur Verbitterung der übrigen führen würde.²⁾ Analoges gilt von einer Bevormundung der „freien“ Hülfsassen durch Beamte. Auch andere Classen und Völker lassen sich eine solche Bevormundung, selbst in absoluten Staaten, nicht gefallen. Einer der wesentlichsten Gründe der Petersburger Studentenumruhen von 1862 bestand z. B. darin, daß die Universitätsbeamten, unter der Regide eines neuen, reactionären Cultusministers, plötzlich die bisherige Selbstverwaltung der studentischen, nur durch Beiträge der Studenten selbst unterhaltenen Hülfsassen aufhoben und allerlei Nepotismus begingen, so daß die öffentliche Meinung in dieser Angelegenheit für die Studenten Partei nahm.³⁾

Eine Mitwirkung von Männern aus den gebildeten Classen bei der Verwaltung der Hülfsassen ist allerdings aus vielen Gründen wünschenswerth, z. B. um die auch von M. Hirsch u. A. zugegebenen

¹⁾ Vgl. M. Hirsch, Die Hülfsassen, S. 26 ff., die daselbst S. 271 angef. Bemerkungen Engel's und einen Ungeannten, höchst wahrscheinlich J. Faucher selbst, in der Viertelj. für Volkswirthsch. 1876, S. 1, S. 178.

²⁾ Ich kann daher M. Hirsch nicht beistimmen, wenn er es S. 274 billigt, daß tüchtige Arbeitgeber in „freier“ Wahl in den Vorstand der „freien“ Assen gewählt werden sollen. Reichstagswahlen sind etwas ganz Anderes; an ihnen nehmen auch Bauern, Handwerker zc. Theil, und der Reichstag ist keine Arbeiter-Hülfsasse.

³⁾ Vgl. den conservativen, zum Theil sogar reactionären Publicisten J. Eckardt, Jungrußisch zc., 2. Aufl., 1871.

Mißbräuche mancher leitender Persönlichkeiten solcher Cassen zu verhüten, zu bekämpfen, bezw. zur Bestrafung zu bringen, — aber es müssen Personen in unbefangener Stellung sein: z. B. Gymnasial- und Realschul-Lehrer der Mathematik, Volksschullehrer, Kaufleute, Bankiers, Postbeamte, Rentiers, Handwerker, Advocaten, Aerzte etc.

b) Die Fabrikcassen und Gutscassen sind verwerflich, weil sie die Freizügigkeit der Arbeiter illusorisch machen, weil der Arbeitgeber bankrott werden kann¹⁾ etc. Nach Analogie des englischen, deutschen etc. Verbots des Trucksystems, z. B. der Truckläden, müßten auch Fabrikcassen und Gutscassen verboten werden.²⁾

c) Die Knappschaftscassen leiden trotz ihren Vortheilen an fundamentalen Mängeln, die selbst ein namhafter Lobredner dieser Cassen, nämlich Hiltrop³⁾ theilweise zugiebt. Die unständigen Mitglieder, welche ungefähr die Hälfte derselben ausmachen, sind zurückgesetzt, die Knappschaftscassen stehen unter bureaukratischer Bevormundung und werden überdies häufig bankrott.⁴⁾ Sie bedürfen daher einer Reform im Sinne der freien Hülfsassen.

d), e) und f) Unter dem Cassenzwange versteht man die Verpflichtung, überhaupt irgend einer vom Staate als lebensfähig anerkannten, „eingeschriebenen“ Hülfskasse anzugehören und unter einer Zwangscasse eine bestimmte Cassenart, der gewisse Classen der Bevölkerung angehören müssen. Das Reichsgesetz vom 7. und 8. April 1876 behielt z. B. Zwangscassen bei, aber es hob den Cassenzwang auf, es gestattete Gesellen etc., den Hirsch-Duncker'schen Hülfsassen und anderen „eingeschriebenen“ „freien“ Hülfsassen statt den städtischen Zwangscassen beizutreten. Der Cassenzwang führt übrigens indirect zu Zwangscassen, wenn es nämlich am betreffenden Orte an einer eingeschriebenen freien Cassenart fehlt.

Der Ausdruck Cassenfreiheit⁵⁾, d. h. die Befugniß, einer beliebigen eingeschriebenen Hülfskasse beizutreten, ist allgemein üblich und nothwendig. Man darf daraus indeß nicht den Schluss

¹⁾ Wie M. Hirsch o. c., Brentano, Die Arbeiterversicherung u. A. gezeigt haben. Selbst Gegner der Gewerkvereine, wenigstens ihrer Verbindung mit Hülfsassen, geben Dies mitunter zu, vgl. A. Sartorius v. Waltershausen, Die Stellung des Staates zu der Alters- und Invalidenversorgung für Lohnarbeiter, 1880, S. 46.

²⁾ Vgl. Oppenheim o. c. S. 4, 5, M. Hirsch o. c. S. 37, 83, Dens., Die Perle der Gewerkvereine, 2. Aufl. S. 10.

³⁾ Vgl. die oben S. 42 angef. Eisen. Gutachten S. 120.

⁴⁾ Vgl. M. Hirsch, Hülfsassen, S. 43–46, 99, 139, Engel in den Eisen. Verh. von 1874 S. 123, den G. B. 1879 S. 45, 90, 174, 1880 S. 173, 174, 189, 1881, S. 1, 38, 39, die Freihandels-Correspondenz, 1880, Nr. 130 und Schmoller's oben S. 1 Note 1 angef. Abh.

⁵⁾ Vgl. über und für dieselbe die Verhandl. der Volkswirthsch. Congresse von 1872 und 1874 zu Danzig, bezw. Krefeld, die Eisen. Verh. von 1874 und die angef. Schriften und Gutachten von M. Hirsch, Oppenheim, Brentano, Dr. Gyllmer, F. Wöllmer u. A.

ziehen, daß es in der Hülfscassen-Frage, die mit der Armenfrage eng zusammenhängt, in letzter Instanz um die Frage: Zwang, oder Freiheit? handele. In letzter Instanz handelt es sich vielmehr um die Frage, für welche Art¹⁾ des Zwanges, oder für welche Combination von Freiheit und Zwang man sich entscheiden will. Man darf nicht übersehen, daß Armensteuern Zwangssteuern sind, daß Armenhäuser etwas Abscheuliches haben sollen²⁾, und daß viele Menschen der Armenpflege zur Last fallen, wenn sie nicht durch den Zwang, der Sitte, durch genossenschaftlichen³⁾ Zwang, oder durch den Zwang des Gesetzes, des Staates genöthigt worden sind, durch den Beitritt zu einer Hülfscasse selbst für ihre Zukunft zu sorgen. Sogenannte Zwangscassen sind daher im Princip⁴⁾ viel haltbarer, als die meisten Anhänger der Cassenfreiheit glauben; die großen, unüberwindlichen, oder fast unüberwindlichen Schwierigkeiten der Sache beginnen erst bei dem Versuche, ein rationelles und gerechtes Zwangscassen-System gesetzgeberisch und praktisch durchzuführen.

Jede landwirthschaftliche, gewerbliche, kaufmännische u. Production muß im Allgemeinen und auf die Dauer ihre Productionskosten, einschließlich des Unternehmerlohnes und der Arbeitslöhne, ohne verkappte Zuschüsse aus der Armenkasse decken.⁵⁾ Es wäre z. B., um ein A. Smith'sches Beispiel anzuführen, thörichtes „Sisyphismus“⁶⁾, schottischen Treibhaus-Besitzern durch Staatszuschüsse die Production von Citronen zu ermöglichen. Brentano's bezügliche Ausführungen sind im Allgemeinen treffend, obgleich er übersieht, daß man von einem durchschnittlichen Selbstkostenpreise der gemeinen Arbeit in Deutschland wegen der qualitativen Unterschiede der verschiedenen Arbeiter, wegen der localen Verschiedenheiten der Consumtionsitten, Lebensmittelpreise und Miethen nicht die Rede sein, und obgleich Schutzzölle für die Geschützfabrikation schon deshalb sinnlos wären, weil ja der Staat der einzige inländische Consument von Geschützen ist.

Die Anhänger des Cassenzwanges haben ferner nicht Unrecht, wenn sie behaupten, daß viele Arbeiter u. aus Indolenz freien

¹⁾ Vgl. Moscher, N. De. I. § 97 Note 10.

²⁾ Vgl. Rickert bei Dannenberg, Das Handwerk u., 1872, S. 142, 147 und Brentano, Arbeiterverf. S. 70.

³⁾ Vgl. Dannenberg S. 144, Oppenheim S. 50.

⁴⁾ Vgl. auch W. Hirsch, Hülfscassen S. 26, 35, 36, 241, 291.

⁵⁾ Vgl. Moscher N. De. I. § 173, den Text und Note 9, Gneist, Selbstgov. 2. Aufl. 1863, S. 1019, Gunninghaus, Das Armenwesen, 1870, S. 600, A. Wagner in den Eisen. Verh. von 1874 S. 127, 128, Brentano o. c. S. 192 ff. 226 ff. und den conservativen bayerischen Reg.-Rath Luthardt, Armenpflege und Unterstützungswohnsit, 1880.

⁶⁾ Bekanntlich ein Ausdruck Bastiat's.

Cassen nicht beitreten und später der Armenpflege zur Last fallen, obgleich die Arbeiter und Arbeiterinnen in Berlin und an vielen anderen Orten nur einen kleinen Theil der Armen ausmachen¹⁾. Es ist ferner zuzugeben, daß dieser und jener Einwand gegen den Cassenzwang wenig, oder gar nicht in's Gewicht fällt, Dahin gehört z. B. der Einwand, daß die Arbeiter dann niemals striken könnten, oder wenigstens ihre Ansprüche an die Casse verlieren würden. Letzteres ließe sich durch eine Recognitionengebühr verhüten²⁾, und wenn die Arbeiter durch eigene, oder fremde Mittel die Möglichkeit haben, einige Wochen, oder gar noch länger ohne Arbeit zu leben, so könnten sie selbst die verhältnißmäßig geringen Cassenbeiträge leisten. Ob ein solcher Strike durch diese Zwangsbeträge um 1, oder 2 Tage verkürzt wird, oder nicht, wird in der Regel für den Erfolg des Strikes gleichgültig sein.

H. Wagner's Vertheidigung des Cassenzwanges in Eisenach im Jahre 1874 (Verh. S. 126, 127) enthält die auch von vielen Andern, z. B. von M. Hirsch (Verh. des 2. Verb. S. 144) anerkannte und von Oppenheim o. c. übersehene Wahrheit, daß unser heutiges Armenwesen der „ärgste Communismus“³⁾ ist. Es ist z. B. höchst ungerecht, daß kleine Rentiers, Beamte, Wittwen, Waisen u. Fabrikarbeiter unterstützen sollen, die vor 2 Jahren durch einen reichen Industriellen in die Gemeinde gezogen und zu niedrig gelohnt worden sind, oder die ihre genügenden, vielleicht hohen Löhne größtentheils vertrunken haben. Jene Armensteuerzahler haben von den Arbeitern keinen Vortheil, wohl aber durch Steigen der Mieten und Lebensmittelpreise Nachtheile gehabt, und auch die Gewerbe- und Handeltreibenden haben von den Arbeitern nur in sehr verschiedenem Grade, zum Theil gar nicht, Vortheil gehabt. Die landläufige, nicht bloß gegen die Zwangsversicherung, sondern auch gegen die Gewerksvereine und andere Freunde der Cassenfreiheit angeführte Phrase der Schutzzöllner, die Industrie könne die Fabrikarbeiter-Armenlast nicht tragen, ist ein Humbug. Lebensunfähige Zweige der Großindustrie giebt es in Deutschland kaum, schon gegenwärtig läßt die Armenpflege Niemand verhungern, und um eine Verbesserung des standard of life der Armen handelt es sich auch nicht: es handelt sich nur um die Frage, wer die nicht neu einzuführende, sondern bereits bestehende Fabrikarbeiter-Armenlast tragen soll, ob dürftige Wittwen, Waisen u. reichen, überdies zollgeschützten Fabrikanten vermittelt der Armensteuern Geschenke machen, gleichsam Almosen geben sollen, oder ob die Arbeiter durch

¹⁾ Vgl. Bamberger S. 180, 181 und den G. B. 1880, S. 189.

²⁾ Vgl. Hiltrop o. c. S. 121.

³⁾ Vgl. auch die Resolution des Mainzer Volkswirthsch. Congresses gegen Armensteuern in Jauchers Viertelj. 1869, S. 3, S. 149, 150, Schmoller und Schäffle bei Popper, Gewerbliche Hilfscassen u. c., 1880, S. 2, 116, Walcker, Soc. Frage, S. 119 und H. Wagner Volkswirthschaftslehre Bd. I. § 244 a.

Gewerkvereine, genügende Löhne, Hilfscaffen zc. selbst für sich sorgen sollen.

Wagner's Erinnerung an den Brandcaffen-Zwang des 17. Jahrhunderts und an die Beamten-Pensionscaffen ist ganz schief, denn in beiden Fällen handelt es sich um ganz andere, viel einfachere und unverfänglichere Dinge, als eine Reichs-Arbeiter-Pensionscaffe, oder einen sonstigen Caffenzwang für Millionen Arbeiter.

Schon die Frage: Welche Personen sollen dem Caffenzwange unterliegen? führt zu extremen Consequenzen¹⁾. Wenn Schäffle in seiner Steuerpolitik (1880 S. 624 ff.) für eine Reichs-Zwangsversicherung der Fabrikarbeiter plaidirt, so ist Das unlogisch, da Fabrikarbeiter, wie oben S. 46 erwähnt, in vielen Orten nur einen kleinen Theil der Armen ausmachen. Etwas logischer ist es, mit Behm²⁾ in den Eisenacher Gutachten von 1874 auch die ländlichen Arbeiter heranzuziehen; noch logischer ist es indeß, mit F. Kalle³⁾ in denselben Gutachten (S. 8) zu sagen: „Die letzte Consequenz wäre . . . die, daß Jedermann zu den Pensionscaffen beizutragen verpflichtet würde, denn Jedermann, er mag nun noch so reich sein, kann einmal in die Lage kommen, daß er der öffentlichen Unterstützung bedarf . . .“ Nur Besitzer riesiger unveräußerlicher und unverschuldbarer Landgüter, oder Capital-Fideicommissse wären etwa auszunehmen. Kalle will jene Consequenz für die Gesetzgebung indeß nicht ziehen, er schlägt (S. 11) folgende Bestimmung vor: „Beitragspflichtig sind alle Staatsbürger mit Ausnahme Derjenigen, welche ein Vermögen nachweisen, resp. notorisch besitzen, welches mindestens gleich kommt der capitalisirten Pension invalider Arbeiter in dem betreffenden Caffen-district; Derjenigen, welche akademische Bildung besitzen; Derjenigen, welche als Staats- oder sonstige Beamten Anspruch auf eine Pension haben zc.“ Was heißt hier „notorisch“? Gurney, Overend & Comp. galten noch am Vorabend ihres Bankrotts im Jahre 1866 für sehr reich, für ganz sicher, und ähnlich ging und geht es mit zahlreichen Fabrikanten, Kaufleuten zc. Auch akademisch gebildete Personen verfallen mitunter der öffentlichen oder privaten Armenpflege.

Logischer wäre es, die Kalle'sche Forderung folgendermaßen zu formuliren: Es wird von Reichs wegen eine Enquête darüber veranstaltet, welchen Berufsklassen die von der communalen, privaten und kirchlichen Armenpflege unterstützten Armen sowie die von der Polizei aufgegriffenen Vagabunden beiderlei Geschlechts angehören. Das Reich müßte dann die Armenlast nicht wie bisher den Communen, sondern

¹⁾ Vor denen sich der bekannte Vimetallist D. Arendt übrigens nicht schent. Vgl. seine Broschüren: „Allgemeine Staatsversicherung und Versicherungssteuer“ und „Die Reichs-Unfallversicherung“ zc., 1881.

²⁾ Vgl. gegen Behm, M. Hirsch, Hilfscaffen S. 96, 97.

³⁾ Vgl. gegen andere Behauptungen Kalle's M. Hirsch S. 19 ff., 63, 64. Auf der Versammlung des Vereins für Socialpolitik im Jahre 1874 hat Kalle sich übrigens den Freunden der Caffenfreiheit nicht unwesentlich genähert (Berh. S. 76).

nationalen Zwangscorporationen der betreffenden Berufsgenossen auferlegen, soweit die Letzteren nicht bereits durch freie Hilfscassen für sich gesorgt haben. Auch die Wahl zwischen der Renten- und Capitalversicherung könnte frei bleiben.

Der Einwand, daß die schlesischen Handwerker zc. und auch verschiedene andere Arbeiter zu wenig verdienen, um überhaupt die Cassenbeiträge leisten zu können, würde nicht allzu schwer in's Gewicht fallen, denn jene Weber müssen auf dem Wege der Staats- und Selbsthilfe zur Großproduction¹⁾, oder zu anderen Berufen übergehen, und Arbeiter lebensfähiger Großindustrien können sich durch Gewerksvereine zc. genügende Löhne verschaffen²⁾. Aus folgenden Gründen ist indeß³⁾ an eine Reichs-Invalidencasse nicht zu denken:

a) Manche Berufsclassen können gleichzeitig von schweren Unglücksfällen heimgefußt werden. Viele, wenn nicht gar alle Weinbauern, können z. B. gleichzeitig durch die Reblaus, oder Nachtfröste leiden.

b) Die Zustände und Benennungen der verschiedenen Classen der Bauern und ländlichen Arbeiter sind in verschiedenen Gegenden Deutschlands außerordentlich verschieden. Für ländliche Gemeinden oder Kreise, die fast nur von Bauern, ländlichen Arbeitern und Rittergutsbesitzern bewohnt werden, hat eine locale Armensteuer eine gewisse Berechtigung; denn sie läuft im Großen und Ganzen auf eine berufsgenössische Armensteuer hinaus, da die wenigen Handwerker und Krämer häufig auch Landwirthschaft treiben und jedenfalls von den Landleuten leben.

c) Manche Arbeiter haben ein Häuschen, ein Stück Acker, ein Sparcassenguthaben von 900—1200 Mark, oder es ist für sie vortheilhafter, sich allmählig ein Häuschen oder kleines Geschäft zu erwerben, ihre Kinder besser zu erziehen zc.

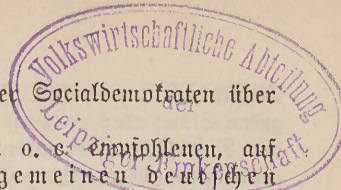
d) Die Zahl der modernen Berufsclassen ist sehr groß, und die Grenzen zwischen denselben, z. B. Krämern und Großhändlern, Schuhmachern und Schuhfabrikanten, sind oft fließend.

e) Schon aus politischen Gründen wäre eine Reichs-Zwangsinvalidencasse nicht ausführbar. Diese Idee würde als einheitsstaatlich, staatsocialistisch, bureaukratisch, socialistisch zc. von vielen mächtigen Parteien mit Recht bekämpft werden. Die häufig aufgestellte Behauptung, daß jede Zwangscasse rein bureaukratisch verwaltet werden müsse, ist übrigens nicht richtig, ähnlich wie Zwangs-Ehrenämter das Fundament des englischen und preussischen Selbstregiments sind. Bei den Berliner Zwangscassen giebt es z. B. eine gewisse Selbst-

¹⁾ Vgl. übrigens Walder, Schutzölle S. 180.

²⁾ Die häufig aufgestellte Behauptung, daß die Zwangscassen nothwendig zu einer staatlichen Lohnregulirung führen, ist daher nicht richtig.

³⁾ Es bedarf kaum einer Bemerkung, daß hier immer von Invaliden der Arbeit, nicht des Krieges die Rede ist.



verwaltung, die sogar zu einer Herrschaft der Socialdemokraten über die Zwangscassen geführt hat¹⁾).

Der von Sartorius v. Waltershausen o. c. empfohlenen, auf freiwilligen Beitritt berechneten allgemeinen deutschen Alters- und Invalidencasse stehen viele Schwierigkeiten und Bedenken einer Reichs-Zwang-Invalidencasse nicht entgegen. In Frankreich, Belgien, England und Sachsen giebt es bereits ähnliche Institute, und auch die Wilhelms-Spende ist an dieser Stelle zu erwähnen. Manche dieser Einrichtungen, z. B. die caisse des retraites etc. Napoleon's III. und die Wilhelms-Spende²⁾, bedürfen indeß durchgreifender Reformen.

Städtische Zwangscassen³⁾ sind schon deshalb verwerflich, oder nur als ein im Vergleich zu einer hohen Armensteuer kleineres Uebel vorläufig zu dulden, weil sie die Freizügigkeit halb illusorisch machen, gleich den Fabriccassen durch Mißverwaltung, oder Epidemien nicht selten bankrott werden können, und weil sie, wie eben erwähnt, sogar zu einem Machtmittel der Socialdemokraten werden können, welche z. B. in einigen kleinen Orten Sachsens die Mehrheit des Gemeinderaths bilden. Abgesehen etwa vom letzten Puncte sprechen die eben angeführten Gründe auch gegen ländliche communale Zwangscassen, die sich höchstens als ein temporäres Erziehungsmittel für rohe polnische u. Arbeiter rechtfertigen lassen.

Schon jetzt müßten übrigens alle Zwangscassen genöthigt werden, ihren ausgeschlossenen oder ausgetretenen Mitgliedern den ihnen versicherungstechnisch zukommenden Antheil auszusahlen und zwar unter Aufsicht des Reiches.

Als wünschenswerthe Arten von Hülfsassen sind also freie Hülfsassen der Gewerkvereine und sonstiger Berufsgenossenschaften und allenfalls eine freie Reichs-Hülscasse zu bezeichnen.

Das Unterstützungswesen der Gewerkvereine hat übrigens noch eine Lücke, welche mit der Zeit auszufüllen ist: tränkliche Arbeiter pflegen von freien Cassen (wie von Fabriccassen u.) nicht aufgenommen zu werden.⁴⁾ Einäugige, oder fast Einäugige werden z. B. von der Invalidencasse der Maschinenbauer nicht aufgenommen. Die Verbands-Invalidencasse nimmt, wie erwähnt, nur solche Gewerkvereiner auf, welche das 50. Lebensjahr noch nicht überschritten haben, und Trunkenbolde, Raufbolde und Wahnsinnige erhalten keine Unterstützung. Falsche Angaben der Mitglieder der verschiedenen Gewerkvereins-Krankencassen⁵⁾ ziehen den Verlust der

¹⁾ Vgl. M. Hirsch, Hülscassen S. 39, 253, 254.

²⁾ Vgl. M. Hirsch, Die Perle u. S. 10 ff.

³⁾ Vgl. die oben S. 44 angef. Schriften von Hirsch und Brentano.

⁴⁾ Vgl. Bamberger o. c. S. 194, 195.

⁵⁾ Auch syphilitische u. Mitglieder scheinen von den Gewerkvereins-Krankencassen nicht unterstützt zu werden. Jedenfalls ist Das nothwendig.

Mitgliedschaft nach sich. U. s. w. Solche Bestimmungen haben einen guten Sinn; aber es muß anderweitig¹⁾ von den Berufsgenossen, incl. der Nicht-Gewerkvereiner, dafür gesorgt werden, daß die nicht Aufgenommenen, bezw. Ausgeschlossenen im Falle ihrer Hilfsbedürftigkeit auf Kosten der Berufsgenossen und nicht der Armensteuerzahler verpflegt werden. Das oben S. 45 erwähnte Princip der Selbstkostendeckung jedes Gewerbes verlangt Dies. Ehemalige Mitglieder von Hilfsscaffen, welche wegen erweislich falscher Angaben ausgeschlossen sind, müssen natürlich auch wegen Betruges bestraft werden.

Die Nothwendigkeit, die communalen Armensteuern allmählig soviel als möglich, wo möglich gänzlich, durch die berufsgenössische Armenpflege²⁾ zu ersetzen, wurde bis auf die 1870er Jahre selbst von der Wissenschaft und öffentlichen Meinung wenig, oder gar nicht beachtet, wie z. B. das große, 1870 erschienene, verdienstvolle Emminghaus'sche Sammelwerk über das Armenwesen zeigt. Die ganze Culturentwicklung drängt indeß dahin, die oben S. 47 erwähnten statistischen Erhebungen anzustellen und zu publiciren und es zu einer Ehrensache für jede Berufscasse zu machen, daß ihre Mitglieder möglichst wenig oder gar nicht der communalen Armenpflege zur Last fallen, oder als bettelnde Reisende verhaftet werden. Der „Unterstützungsverein deutscher Buchdrucker“³⁾ soll bereits dahin gelangt sein, daß keins seiner Mitglieder⁴⁾ als Armer oder bettelnder Reisender dem Publicum zur Last fällt. Der „Correspondent“ sagt darüber a. a. O., nachdem er statistische Daten über den „Unterstützungsverein deutscher Buchdrucker“ gegeben: derselbe „sorgt . . . für seine Mitglieder und entlastet gleichzeitig die öffentliche Armenpflege in einer Weise, wie sich dessen keine zweite Vereinigung in Deutschland wird rühmen können. Wenn trotzdem noch viele Buchdrucker dem Verein nicht angehören und hin und wieder einige die öffentliche Wohlthätigkeit in Anspruch nehmen müssen, so beruht Dies theilweise auf dem Unverstande der Betreffenden, theilweise aber auch auf den egoistischen Bestrebungen vieler unserer Arbeitgeber, die . . . zu allerhand Machinationen greifen, um die Arbeiter vom Eintritt in einen so segensreichen⁵⁾ Verein abzuhalten . . .“

¹⁾ Ein Anklang an diese Idee findet sich im § 3 des Statuts der Frauen-Begräbniscasse der Maschinenbauer.

²⁾ Selbstverständlich erfordert dieselbe nicht, daß es besondere Hospitäler, Armenhäuser u. s. für jede einzelne Arbeiterklasse giebt, oder daß zahlungsfähige nahe Verwandte eines Armen von ihrer Unterstützungspflicht entbunden werden. Auch der kirchlichen Armenpflege, unbefoldeten communalen Arbeitsplegern nach dem Elberfelder System, Wohlthätigkeitsgesellschaften u. s. wird stets ein weites Thätigkeitsfeld übrig bleiben.

³⁾ Vgl. den Correspondent für Deutschlands Buchdrucker, 1880, Nr. 123.

⁴⁾ Vgl. oben S. 4.

⁵⁾ Daß der Verein im Großen und Ganzen wirklich segensreich wirkt, hat bekanntlich auch der Vorsitzende des Arbeitgeber-Bundes, kein Geringerer als Dr. C. Brockhaus, bei Gelegenheit gewisser Angriffe auf den Verein anerkannt.

Die Buchdrucker gehören zwar im Allgemeinen zu den bestbezahlten Arbeitern, indeß auch die schlechter situirten Arbeiter¹⁾ können und müssen dasselbe Ziel erreichen. Wenn die Schuhmacher z. B. Rohstoffgenossenschaften bilden, auf genossenschaftlichem Wege den Baarverkauf an ihre Kunden und etwa nothwendige Lohnerhöhungen in großen Schuhfabriken durchsetzen u. s. w., so brauchen sie hinter den Buchdruckern nicht zurückzustehen, so können sie allmählig die Reform durchführen. Analoges gilt von anderen Arbeitern. Dabei ist noch zu beachten, daß den Armencaffen der Gewerkvereine allmählig durch Stiftungen reich, oder wohlhabend gewordener Berufsgenossen bedeutende Capitalien zufließen dürften, und daß auch arbeiterfreundliche Stimmen behaupten, junge unverheirathete Fabrikarbeiter am Rhein zc. vergeudeten oft ihren sehr reichlichen Verdienst für Bzechelage und Dirnen und darboten dann später als Familienväter. Solche Verschwender müßten durch die vereinten Anstrengungen der Schule, der Kirche, der Eltern und der Gewerkvereine, kurz durch die Sitte, moralisch gezwungen werden, zu sparen, z. B. reichliche Beiträge zu den Gewerkvereins-Hilfscassen zu leisten. Daß junge Arbeiter den Gewerkvereinen dann fern bleiben, oder aus denselben treten, braucht man im Allgemeinen nicht zu befürchten; denn die jungen Arbeiter sind vielfach von den älteren Arbeitern abhängig und betrachten die Mitgliedschaft eines tüchtigen Gewerkvereins als eine Ehre.

Ein ausführliches Eingehen auf ver sicherungstechnische Fragen der Gewerkvereins-Hilfscassen gehört nicht zum Plane der vorliegenden Schrift. Ich will mich nur auf wenige Bemerkungen beschränken.

Oppenheimer leugnet (o. c. S. 28, 49) die Möglichkeit eines Cartells zwischen Hilfscassen. Ein solches Cartell wurde indeß 1880 zwischen Hilfscassen der Hirsch-Duncker'schen Gewerk- und selbstständigen Ortsvereine abgeschlossen.²⁾

Die Frage der Entschädigung der aus den Hilfscassen ausgeschlossen oder freiwillig Ausgetretenen ist von großer Wichtigkeit³⁾ Bis zum Jahre 1873 erhielten die ausgeschlossenen Mitglieder der Verbands-Invalidencasse keine Entschädigung. Das war ungerecht, aber keineswegs eine Neuerung, wie die Gegner der Gewerkvereine gewöhnlich behaupten, sondern das bei den englischen Gewerkvereinen, bei Fabrikcassen, Knappschaftscassen, städtischen Zwangscassen zc. noch heute Uebliche. Auch die freiwillig ausgetretenen Mit-

¹⁾ Der Einwand in Betreff der Handweber ist bereits oben S. 48 widerlegt.

²⁾ Vgl. die Verb. des 6. Verb. S. 172—176, den Wortlaut des Vertrages im G. B. 1880, S. 147 und oben S. 39.

³⁾ Vgl. H. v. Hirsch o. c. S. 57, 184—186; Bamberger S. 217, 273; Verb. des 2. Verb. S. 133, 134, 196, des 3. Verb. S. 54, 55, 78, des 4. Verb. S. 57, 58, des 6. Verb. S. 11, 162; Oppenheim S. 20, 23, 24, 29, 51, 52; Zimmer in den Eisen. Gutachten von 1874 S. 33, 34; F. Duncker in den Eisen. Verb. von 1874, S. 91, 92, 95; Sartorius S. 60.

glieder dieser Cassen erhalten keine Entschädigung. Ebenso verfahren die Zünfte,¹⁾ und selbst der Unterstützungsverein deutscher Buchdrucker verfährt nach § 8 seiner Statuten von 1879 so. Auf dem 3. Verbandstage der Hirsch-Dunder'schen Gewerkvereine 1875²⁾ wurde folgender Antrag M. Hirsch's angenommen: „Personen, welche aus einem Gewerk- oder Ortsverein ausgeschlossen sind, verlieren die Mitgliedschaft der Verbands-Invalidencasse, erhalten aber nach 5jähriger Mitgliedschaft eine Entschädigung, welche der Sachverständige nach den Principien der Versicherungswissenschaft feststellt.“³⁾ Logischer und gerechter wäre es, auch Denjenigen, welche wegen eines Berufswechsels, wegen nationalökonomischer Meinungsverschiedenheiten zc. aus dem Gewerkverein freiwillig auscheiden, dieselbe Entschädigung zu gewähren. Auch die Feststellung derselben durch einen Sachverständigen kann zu Mißgriffen, oder Mißbräuchen führen. Es wäre wohl besser, die Entschädigungsnormen gesetzlich festzustellen, vielleicht auch eine Appellation an eine Reichs-Versicherungs-Behörde zu gestatten.

Auch die ausgeschlossenen, oder ausgetretenen Mitglieder der übrigen Gewerkvereins-Hülfsassen müßten eine entsprechende Entschädigung erhalten. Als eine solche dürfte diejenige Entschädigung wohl noch nicht anzusehen sein, welche die Statuten der Gewerkvereins-Krankencassen auf Grund der § 15 und 7 des Reichs-Hülfsassen-Gesetzes vom 7. April 1876 gewähren.

Von der Verbands-Invalidencasse der Gewerkvereine sind die gefährlichen Gewerbe ausdrücklich ausgeschlossen.⁴⁾ Daraus folgt natürlich nicht, daß die Invaliden zc. dieser Gewerbe den Gemeindesteuern zur Last fallen dürfen: diese Gewerbe müssen auf genossenschaftlichem Wege, durch Hülfsassen und Gewerkvereine, für sich selbst sorgen. Der größeren Gefahr dieser Berufe muß ein höherer Arbeitslohn entsprechen. Selbst die Verbands-Invalidencasse der Gewerkvereine⁵⁾ dürfte sich bei einem starken Wachsthum der Letzteren in Invalidencassen der einzelnen Gewerkvereine auflösen, ähnlich wie die Maschinenbauer schon jetzt ihre eigene Invalidencasse haben, und wie die Buchdrucker- und Gutmacher-Gewerkvereine sich den Hirsch-Dunder'schen Gewerkvereinen, höchst wahrscheinlich aus finanziellen Gründen, nicht angeschlossen haben. Nach § 9 der Statuten der Verbands-Invalidencasse ist jede Invaliditätserklärung, wie erwähnt, dem Centralrath der Gewerkvereine zur Bestätigung vorzulegen.

¹⁾ Vgl. auch Ganguin in den Eisen. Gutachten über das Lehrlingswesen, 1875, S. 91, 92.

²⁾ Ein ähnlicher, auf Nicht-Stricken-Wollende bezüglicher Antrag M. Hirsch's wurde 1873 auf dem 2. Verbandstage abgelehnt.

³⁾ § 5 des Statuts der Maschinenbauer-Invalidencasse enthält dieselbe Bestimmung.

⁴⁾ Vgl. Böllmer S. 7.

⁵⁾ Vgl. M. Hirsch, Die Perle der Gewerkvereine. 2. Aufl., 1880, Denf. Was bezwecken die Gewerkvereine? 3. Aufl., 1880, S. 13, 14.

Es ist evident, daß diese Bestimmung nur so lange haltbar ist, als die Zahl der Verbandsmitglieder gering ist, z. B. 20,000 beträgt; aber unhaltbar werden würde, sobald diese Zahl sich auf Hunderttausende, oder gar auf Millionen belaufen sollte.

Behm forderte (o. e. S. 153) eine Verdreifachung der damals, 1874, bestehenden Invalidencasse. Diese Forderung scheint übertrieben gewesen zu sein¹⁾; Oppenheim hat aber schwerlich Unrecht, wenn er (S. 25) annimmt, daß die 1875 auf dem 3. Verbandstage, zu Leipzig, beschlossene Erhöhung der Beiträge und Verminderung der Pensionen mindestens theilweise auf ein Gutachten eines competenten Sachmannes zurückzuführen ist, welches Rickert 1874 veröffentlichte.²⁾

Auf dem 2. Verbandstage zu Berlin, 1873, wurde wegen vorgerückter Zeit die Debatte über einen Antrag, den Beitritt zur Invalidencasse für die Gewerkvereiner obligatorisch³⁾ zu machen, abgelehnt. M. Hirsch bemerkte, es lasse sich ungeheuer viel dafür, aber auch dagegen sagen (Verh. S. 139, 140). Auf dem 6. Verbandstage zu Nürnberg, 1879, beklagte M. Hirsch die Abnahme der Zahl der jüngeren Mitglieder der Invalidencasse und die Abnahme der Mitgliederzahl mancher Ortsvereine. Ein Antrag des Centralraths: „Eventuell Erhöhung der Beiträge zur Verbands-Invalidencasse, entsprechend dem Gutachten des Sachverständigen“⁴⁾, wurde mit 17 Stimmen gegen 1 Stimme angenommen. Die nothwendige Erhöhung wurde von M. Hirsch auf 33½ und von dem Verbandscaßirer Böhm auf 50 % geschätzt. Es dürfte sich daher empfehlen, den erwähnten Zwangsbeitritt der Gewerkvereiner zur Invalidencasse in Erwägung zu ziehen. Die Zahl der Mitglieder der Letzteren betrug 1880 (nach dem G. B. S. 181) 9500.

Die in sicheren Papieren⁵⁾ angelegten Fonds der Invalidencasse sind bei der Oldenburger Spar- und Leihbank deponirt. Es scheint mir indeß zweckmäßiger zu sein, die Fonds bei der Reichsbank zu deponiren, welche großartige Sicherheitsvorkehrungen gegen Feuer- und sonstigen Gefahren aller Art besitzt. Auch die Gründung einer eigenen Depositenbank könnte vielleicht jetzt oder später in Frage kommen.

Zu Betreff der Krankencassen der Gewerkvereine sind die Verbandstags-Verhandlungen von 1873 (S. 154 ff.) und 1879 (S. 25)

¹⁾ Vgl. M. Hirsch, Hilfskassen, S. 96, 97.

²⁾ Vgl. M. Hirsch in den Eisen. Verh. von 1873, S. 3 ff., den G. B. 1874, S. 47, 80, 81 und Rickert, Die Leistungsfähigkeit der deutschen Arbeiter-Verbandskasse, Danzig, 1874.

³⁾ Der Justizrath und Director der Wilhelmsspende, R. Stämmeler, confunbirt in seiner Broschüre „Haben sich die Invalidencassen der Deutschen Gewerkvereine bewährt?“ 1881 S. 18 jene autonome Bestimmung mit dem schablonenhaften Zwange der Zwangskassen. Seine Broschüre ist überhaupt eine Parteischrift. Vgl. den G. B. 1881 S. 37, 38, 45, 46.

⁴⁾ Dessen Gutachten Krankheits halber noch nicht eingegangen war.

⁵⁾ Vgl. Verh. des 6. Verb. S. 188.

beachtenswerth.¹⁾ Zu § 30 der Statuten ist zu bemerken, daß schon eine Gewissenlosigkeit eines Cassenarztes ein Grund zur Absetzung wäre.

Schon der 2. Verbandstag sprach sich 1873 auf M. Hirsch's Antrag für eine Verbands-Wittwen- event. auch Waisen-Pensions-Casse aus. (Verh. S. 142—154).

Bei den englischen Gewerkvereinen existirt die f. g. Casseneinheit, d. h. es giebt keine besonderen Cassen für die verschiedenen Zwecke der Gewerkvereine; bei den Hirsch-Dunker'schen Gewerkvereinen herrscht dagegen die f. g. Cassentrennung, d. h. es existiren besondere Cassen für die verschiedenen Zwecke der Gewerkvereine. Da die Unterschiede beider Systeme in gewissem Sinne auf Formalitäten hinauslaufen,²⁾ und da ich mich in dieser Frage im Allgemeinen M. Hirsch anschließe, so ist ein näheres Eingehen auf dieselbe nicht erforderlich. Die Cassentrennung ist schon aus buchhalterischen und versicherungstechnischen Gründen nothwendig, ähnlich wie z. B. ein Kaufmann, Landwirth etc., der mehrere Erwerbszweige neben einander betreibt, für jeden Zweig ein besonderes Conto führen muß, weil sonst beständige Verluste bei einem Erwerbszweige durch die Gewinne anderer Erwerbszweige verdeckt werden können, wie auch M. Hirsch einmal auf einem Verbandstage hervorhob.

Manche wichtige Verbesserungen im Feuerwehr-Wesen und überhaupt in der Brandpolizei sind auf Betrieb capitalistischer und gegenseitiger Feuerversicherungsgesellschaften durchgeführt worden, und ähnlich haben die Gewerkvereine schon wegen ihrer Pflicht zur Unterstützung arbeitsloser Mitglieder ein dringendes Interesse daran, die Hauptursache von Geschäftsstockungen und „Handelskrisen“, richtiger Industriekrisen, nämlich eine durch Schutzölle, ungedeckte Banknoten, eine mangelhafte Productions-, Vorraths- und Consumtions-Statistik etc. erzeugte industrielle Ueberproduction, zu bekämpfen.³⁾

Die Haltung des „Gewerkvereins“ gegenüber der Freihandelspartei ließ vor 1879 mitunter Manches zu wünschen übrig. Er überschätzte 1868 ff. den Rathedersocialismus und unterschätzte die strenge Freihandelschule, welche sich übrigens damals trotz dem oben S. 12 erwähnten Votum ihres Führers Prince-Smith vielfach gleichgültig, ja feindselig gegen die Gewerkvereine verhielt. Auch in handelspolitischer Beziehung war die Haltung des Organs nicht immer correct.

Im „Gewerkverein“ 1876 befindet sich ein Zeitartikel des verstorbenen „fortschrittlichen“ Abgeordneten Dr. E. Zimmermann über

¹⁾ Vgl. auch Popper o. c. S. 36 ff.

²⁾ Vgl. M. Hirsch, Der Gegner etc., S. 30 und passim. Vgl. ferner Oppenheim S. 21, Brentano, Arbeiterversch. S. 183, 184 und Polke, Gewerkvereine, 1879, S. 44—48.

³⁾ Vgl. Walder, Schutzölle S. 800 unter „Handelskrisen“ und Densf. Notenbankfrage, 1876, S. 71 ff., 95 ff.

den (vom Reichstage abgelehnten) Zollausgleich-Gesetzentwurf. Dieser Artikel ist namentlich wegen seiner geschickt verhüllten eisenzöllnerischen Tendenzen tadelnswerth, er ähnelt in frappanter Weise den „freihändlerischen“ Reden, welche — Stumm 1869 im Zollparlament gegen die Aufhebung der Eisenzölle hielt.

Unzulässige Concessionen an die Schutzzöllner finden sich ferner im Jahrg. 1873, S. 29, 30 und 1877 S. 59, 60. Zwei namhafte, wohlwollende Führer der Gewerkvereine forderten 1876 (S. 29) und 1877 (S. 29) eine mäßige schutzzöllnerische Begünstigung inländischer Fabrikanten bei Lieferungen für die Commune Berlin und den preussischen Staat. Eine laissez-faire-Politik wäre allerdings auch für die Gewerkvereine unberechtigt und unzweckmäßig gewesen; indeß daraus folgte noch nicht die Nothwendigkeit einer principwidrigen Concession an die Schutzzöllner, welche durch Zugeständnisse ebenso wenig zu entwaffnen sind, wie z. B. die Jesuiten. Das Geld, welches die Commune, oder der Staat reichen Schutzzoll-Millionären schenken, welche die englische Industrie in Deutschland und im Auslande, zum Theil in England selbst, mit Erfolg bekämpfen, fällt ja nicht vom Himmel, sondern es sind mühsam erworbene Steuergroschen der Arbeiter und der übrigen Steuerzahler. Principiis obsta. Mit solchen Concessionen nützt man nur unbewußt der eisen-, textil- und fornzöllnerischen Coalition. Eine Art Staatshilfe durch landwirthschaftliche Reformen, Be- und Entwässerungen, Aufforstungen, Eisenbahn- und Chausseebauten¹⁾ u. wäre dagegen unversäglich gewesen, hätte dem überhaupt lebensfähigen, nicht aus faulen Gründungen bestehenden Theile der Hüttenwerke u. mehr Beschäftigung gebracht und allen Theilen genützt;²⁾ während die Schutzzollaera von 1879 mit verschwindenden Ausnahmen keine Erhöhung, ja in vielen Fällen sogar eine Herabsetzung der Arbeitslöhne zur Folge gehabt hat.³⁾

Es war dagegen kein taktischer Fehler, sondern ganz praktisch, daß der „Gewerkverein“ auch Artikel von schutzzöllnerischen⁴⁾ Arbeitern u. brachte, um die betreff. Fehlschlüsse dann von freihändlerischen Arbeitern, bezw. von der Redaction selbst, aufdecken zu lassen. Charakteristisch für die schlechte Sache und Kampfweise der Schutzzollagitatoren ist eine Briefkastennotiz im „Gewerkverein“ 1876, S. 60, nach welcher ein Schutzzöllner H. wiederholt den (natürlich vergeblichen) Versuch gemacht hat, die Redaction des „Gewerkvereins“

¹⁾ Aehnliche Reformen werden übrigens auch im G. B. 1877, S. 29, empfohlen.

²⁾ Vgl. Walcker, Schutzzölle S. 536 ff.

³⁾ Vgl. die „Arbeitsstatistik der . . . Gewerkvereine . . . für I. Vierteljahr 1880, letzte Seite, die Freihandels-Correspondenz“ 1881 Nr. 22 (Auszüge aus den Fabrikinspectoren-Berichten), Walcker o. c. S. VII, XIV, XVI, 792 unter „Arbeitslohn“ und schon W. Hirsch, Hilfskassen, S. 16.

⁴⁾ Vereinzelt kommt auch einmal (1879, S. 194) eine Empfehlung einer überseeischen Colonisationspolitik vor. Vgl. auch den G. B. 1881, S. 33, 37.

im Interesse der Schutzzollpartei zu bestehen. Wenn man S. 51, 52 desselben Jahrganges mit dieser Notiz vergleicht, so wird es sehr wahrscheinlich, daß H. derselbe Schutzzöllner ist, dessen voller Name auf der eben angeführten S. 51 zu finden ist.

Die Schutzzöllner wurden 1876 ff. im „Gewerkverein“ auch von Dr. M. Weigert, vom freireligiösen Prediger und ehemaligen „Volkszeitungs“-Redacteur Sachsse u. A. gut abgefertigt. Der Letztere polemisirte z. B. gegen die von H. C. v. Unruh s. g. Fabrikantensteuer, d. h. den Schutzzoll, ja er bezeichnet den Schutzzoll sogar (S. 41) als eine „ungeheuerliche Fabrikantensteuer.“ Ähnlich wurden im „Gewerkverein“ Bamberger's Brief an seine Wähler (Berlin 1879), Oppenheim's Broschüre über die englischen Kornzölle u. gelobt. Daß der „Gewerkverein“ vorzugsweise die Kornzölle angreift, ist eine ganz richtige Taktik, denn dieselben sind der Schlüssel der schutzzöllnerischen Position. Die Redaction des „Gewerkvereins“ bemerkte 1879, die überwiegende Mehrzahl der Gewerkvereiner bekenne sich zum gemäßigten Freihandel, und diese Bemerkung hat eine große innere Wahrscheinlichkeit für sich. Es dürfte auch ein (erfreuliches) Zeichen der Zeit sein, daß ein so hervorragender Freihändler und nationalliberaler Secessionist wie Braun-Wiesbaden 1881 ein Mitarbeiter des „Gewerkvereins“ geworden ist.

Verwandt mit schutzzöllnerischen Bestrebungen, ja die logischen Consequenz derselben ist die Eifersucht auf ausländische, schwedische u. Arbeiter, welche sich bei einzelnen Gewerkvereinern zeigt. Im „Gewerkverein“ wurde 1869 eine Notiz der „Magdeburger Btg.“ reproducirt, wonach ein „Harter,“ namentlich bezeichneter Fabrikant S. in A. über 100 Arbeiter und Arbeiterinnen aus Schweden kommen ließ, weil seine Arbeiter etwas höheren Lohn verlangten. Ueber die mir ganz unbekannte Persönlichkeit des Herrn S. enthalte ich mich natürlich eines Urtheils; indeß das ist unzweifelhaft, daß ein Verfahren, wie das geschilderte, in wirthschaftlicher und moralischer Beziehung Tadel verdienen kann, daß allzu niedrige Arbeitslöhne sowohl dem wohlverstandenen Interesse der Arbeitgeber, als des ganzen Volkes widerstreiten können. Andererseits darf man jedoch das Recht der internationalen Freizügigkeit und das moralische und positive, verfassungsmäßige Recht der Arbeitgeber zur Berufung fremder Arbeiter nicht leugnen. Dies Recht ist eine Consequenz der Gewerbefreiheit und überhaupt der ganzen modernen Cultur: Deutschland darf sich nicht durch eine chinesische Kunst-Mauer gegen den Zugang fremder Arbeitskräfte abschließen. Das würde auch zu der Consequenz führen, daß schlesische u. Arbeiter in Berlin nicht arbeiten dürfen und Berliner nicht in Potsdam, München u., ja es hat¹⁾ schon zu solchen und ähnlichen Forderungen geführt, welche die Einheit des Deutschen Reiches, des Zollvereins, ja der preussischen Monarchie

¹⁾ Vgl. Walcker o. c. S. 792 unter „Arbeiter, auswärtige.“

und des nationalen Verbandes der Deutschen Gewerksvereine negiren. Es kann daher mindestens gemißdeutet werden, wenn in einer Wochenschau des „Gewerkvereins“, 1876, S. 122 der Import schwedischer Diensthofen durch einen Lübecker Commissionär als „Ausfuhr von Menschenfleisch“ (!) bezeichnet wird. Ein Artikel eines Arbeiters (im G. V. 1869) verlangt sogar, daß die „Händler“ (sic!) mit schwedischen Arbeitern mit Zuchthaus bestraft werden sollen (!!!). Das erinnert an das „antifemistische“ Verlangen, die Einwanderung polnischer Juden zu verbieten, und geht noch über die „Strafen“ hinaus, welche mecklenburgische u. Feudale für Agenten verlangen, die ihre Arbeiter zur Auswanderung nach Amerika „verführen.“ Auf die Klagen eines Arbeiters über die Concurrenz italienischer und böhmischer Arbeiter entgegnet die Redaction 1880 u. A. mit Recht, daß mindestens ebenso viele (richtiger: viel mehr) deutsche Arbeiter im Auslande diese Vortheile genießen, wie die fremden Arbeiter bei uns. Das Recht der deutschen Arbeitgeber, ausländische Arbeiter anzustellen, ist einfach ein Correlat zum Rechte der deutschen Arbeiter, auszuwandern. Wenn ein Arbeiter dies Auswanderungsrecht conserviren will (wie man ja gar nicht anders kann) und zugleich das entsprechende Recht der Arbeitgeber aufheben will, so gleicht er einem Menschen, der da verlangen wollte, daß der eine Theil von zwei Duellanten dem bewaffneten anderen Theile waffenlos gegenübergestellt werden soll!

In der Bankfrage hat der „Gewerkverein“ bedeutsame Berührungspunkte mit den strengen Freihändlern. Auch M. Hirsch bekämpft die ungedeckten Banknoten in principieller Weise (G. V. 1874 S. 169 ff., 179, 193). Ja, er plaidirt sogar für die Verwandlung der Reichsbank in ein reines Staatsinstitut (G. V. 1873, S. 243, 1875 S. 9, 10). Das ist eine gerechte Forderung, die zur Zeit nur von Wenigen vertreten wird.¹⁾

Auch auf dem Gebiete der Statistik haben die Gewerksvereine sehr Anerkennenswerthes geleistet, z. B. in Betreff der Statistik der Arbeitslosigkeit, deren Anfänge erst von den Gewerksvereinen geschaffen worden sind (Verh. des 6. Verb. S. 50). Die Mängel der oben S. 55 angeführten Arbeitsstatistik werden auch vom Bearbeiter derselben, von M. Hirsch, auf S. 14 zugegeben. Er hebt z. B. hervor, daß manche Arbeiter fürchteten, sich durch Mittheilung etwas besserer Löhne die Concurrenz oder den Steuerfiscus auf den Hals zu ziehen. Auf S. 16 wird dieser wichtige Umstand von Hirsch nicht nach Gebühr beachtet. Er behauptet (im G. V. 1881, S. 25), daß ein großer Theil der deutschen Arbeiter nicht über 200 (?) Mk. Jahresverdienst hinauskommt, und daß Tausende ihn nicht einmal erreichen. (?) Er scheint ferner zu übersehen, daß die ländlichen Arbeiter der östlichen preussischen Provinzen sich in materieller Beziehung oft recht

¹⁾ Vgl. Walcker, Schutzölle S. 585.

gut stehen, wenn man nämlich die Naturalien, die sie erhalten, mit in Rechnung bringt¹⁾, und daß ein Theil der scheinbar enorm niedrigen Löhne sich auf unverheirathete Arbeiter bezieht, oder durch die Mitarbeit der Frauen und Kinder in Fabriken, als Wäscherinnen, Aufwärterinnen, Schneiderinnen zc. wesentlich erhöht wird²⁾. Ich war schon a priori dieser Ansicht, und habe außerdem von gut informirter Seite gehört, daß in einem nicht-Hirsch-Dunker'schen Gewerkvereine viele Mitglieder die Antwort auf die Frage: „Hat Ihre Frau Nebenverdienst?“ verweigert haben. Damit soll übrigens nicht geleugnet werden, daß, auch abgesehen von schlesischen und sächsischen Webern zc., in Deutschland zu niedrige Arbeitslöhne existiren dürften.

Nicht als ein Gegenbeweis gegen das eben Bemerkte, sondern als ein statistisches Problem anderer Art mag hier die Frage aufgeworfen, für welche Leser des „Gewerkvereins“ die Prachtwerks-Annoncen desselben bestimmt sind. Daß erfahrene Verlegerfirmen, wie Hallberger, Spemann zc., ihr Geld für unwirksame Annoncen ausgeben sollten, ist nicht wahrscheinlich, und ebenso unwahrscheinlich ist es, daß viele reiche Fabrikanten den „Gewerkverein“ halten. Wahrscheinlich werden jene Prachtausgaben von Shakespeare zc. von wohlhabenden Handwerksmeistern gekauft, welche Mitglieder der Gewerkvereine sind.

Auf dem 6. Verbandstage meinte ein Waldburger Porzellanarbeiter, die Beiträge zu der projectirten Reise- und Arbeitslosigkeits-Unterstützungscasse seien nicht so schwierig aufzubringen, denn er habe gefunden, „daß die Arbeiter für Beiträge an andere Vereine, wie z. B. Turn- und Gesangsvereine³⁾, noch Geld genug übrig haben.“ Ein Berliner Stuhlarbeiter bestritt die letzte Behauptung.

Der Nutzen der Arbeitsvermittlung⁴⁾ der Gewerkvereine ist schon jetzt bedeutend, und er wird noch größer werden, wenn die Gewerkvereine an Mitgliederzahl und Macht zunehmen und im Bunde mit den Freihändlern und selbst mit dem verständigeren Theile der Schutzöllner Ueberspeculationen und Geschäftsstockungen durch Präventivmittel bekämpfen, ähnlich wie die neuere Medicin darnach trachtet, die Krankheiten mehr zu verhüten, als zu heilen. Wenn Brentano (Arbeiterversch. S. 216, 217) behauptet, Absatzkrisen seien unzertrennlich von der Individualität des Consums, so ist Das gewaltig übertrieben⁵⁾. Daraus, daß solche Krisen im 19. Jahrhundert mehrfach mit einer gewissen Regelmäßigkeit in etwa 10jährigen Perioden wiedergekehrt sind, darf man noch durchaus nicht schließen, daß es

¹⁾ Vgl. Walder o. c. S. 315.

²⁾ Leider kommen auch Fälle von Bettelerei, Diebstahl, Prostitution zc. vor.

³⁾ Mit dem Obigen soll die Harmlosigkeit und Nützlichkeit solcher Vergnügungen natürlich nicht geleugnet werden.

⁴⁾ Vgl. Holte in den Verh. des 3. Verb. S. 73 und Walder, Soc. Frage, S. 107, 118, 119.

⁵⁾ Vgl. auch A. Wagner Volkswirtschaftslehre Vb. I. 2. Aufl. S. 467.

immer so sein wird. Deutschland und das übrige Europa wurden auch in früheren Jahrhunderten von Zeit zu Zeit von der Pest schwer heimgesucht, was jetzt, Dank der verbesserten Medicinalpolizei, nicht mehr der Fall ist. Ein gewisses Schwanken zwischen Hausse- und Baisseperioden der Industrie wird sich allerdings nie ganz vermeiden lassen; aber man kann und muß diese Krisen so mildern, wie etwa die Pockenkrankheit durch die Impfung gemildert worden ist, und die Arbeiter haben ein ganz specielles Interesse an dieser Reform, da sie von Nothperioden, Lohnreductionen und Arbeitslosigkeit noch viel mehr leiden, als die besitzenden Classen. Durch die oben S. 54 angeführten Reformen auf dem Gebiete der Bank- und Handelspolitik und der Statistik läßt sich außerordentlich viel für die Verhütung von Handelskrisen thun¹⁾. Wenn die Freihändler z. B. im günstigsten Moment, d. h. im Frühling 1871, für die Aufhebung der Eisenzölle gesorgt hätten, und wenn mächtige Gewerksvereine in den rheinisch-westfälischen Eisendistricten existirt und durch höhere Lohnforderungen (etwa nach einer gleitenden Scala), durch Hinwegdirigiren von Arbeitern, die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit²⁾, Einigungsämter u. d. Ueber speculation bekämpft hätten, so wäre die ganze Krisis von 1873 ff. verhütet worden, oder wenigstens viel milder verlaufen. Auch der Staat kann hier sehr wohlthätig wirken, indem er in Haussezeiten möglichst wenig und in Baissezeiten möglichst viel Eisenbahnen, Staatsgebäude u. d. baut, bezw. Meliorationen (Flußcorrectionen u. d.) vornimmt³⁾.

Dasjenige, was M. Smith (Wealth of Nations V, 1, 3, 3) über den sittlich erziehenden Einfluß mancher Secten auf die ihnen angehörigen großstädtischen Arbeiter und Handwerker bemerkt, paßt, so paradox es im ersten Augenblicke klingt, mutatis mutandis auch auf die Gewerksvereine; denn das Wesentliche ist in beiden Fällen die genossenschaftliche sittliche Zucht, die freilich, gleich der Kirchenzucht und überhaupt jeder Zucht, auch gemißbraucht werden kann. Da die Künste zur Zeit Smith's verrottet waren, und da ihm die geheimen, verbotenen, extravaganten Gewerksvereine seiner Zeit höchst wahrscheinlich unbekannt waren, so blieb ihm nur jenes Secten-Beispiel übrig.

An den vom Verein für Socialpolitik veranlaßten Erörterungen über die Lehrlingsfrage⁴⁾ haben sich auch Mitglieder der Hirsch-

¹⁾ Vgl. auch M. Hirsch, Was bezwecken u. S. 8.

²⁾ Die Bedeutung dieser Präventivmittel gegen Ueberproductionen und Krisen ist von M. Hirsch mit Recht betont worden.

³⁾ Vgl. Walder S. 732. M. Hirsch scheint diesen wichtigen Gesichtspunct in den Verb. des 2. Verb. S. 85 übersehen zu haben.

⁴⁾ Vgl. die Eisen. Verb. und Gutachten von 1875, 1877 und 79, Verb. des 2. Verb. S. 165, G. B. 1870, S. 61 und über die Nothwendigkeit von Mehrgeschulen nach amerikanischen Muster die Wiener „Neue Freie Presse“ 1880 Nr. 5853.

Dunker'schen Gewerkvereine und des Buchdruckerverbandes betheiligt. Auch entschiedene Anhänger der Gewerbefreiheit müssen zugeben, daß eine im Verhältniß zur Gehülfsenzahl allzu große Zahl von Lehrlingen eines Gewerbes schädlich ist. Andererseits dürfen die Gewerkvereine nicht übersehen, daß auch eine zu kleine Zahl von Lehrlingen schädlich ist. Auch ein großer Theil der Arbeitgeber rekrutirt sich ja aus den Gehülfsen, und eine künstliche, übermäßige Verminderung der Lehrlinge würde die Industrie im Auslande, ja zum Theil selbst im Inlande, concurrenzunfähig machen und als natürliche Reaction eine wenigstens temporäre übermäßige Einstellung von Lehrlingen hervorgerufen.

Ältestencollegien der Arbeiter sind eine nützliche Ergänzung der Gewerkvereine¹⁾.

Wenn man die, übrigens evidente Nothwendigkeit des genossenschaftlichen Rechtsschutzes der Arbeiter²⁾ gegen inhumane Arbeitgeber und die Nothwendigkeit von Reichs-Fabrikinspectoren beweisen will, so kann man auch auf die Schilderungen des Egoismus der Schutzzöllner verweisen, welche liberale und conservative Freihändler, bezw. Manchestermänner und selbst gemäßigte Schutzzöllner 1879 sowie früher und später im In- und Auslande gegeben haben. Trotz gelegentlicher Uebertreibungen enthalten diese Schilderungen nur allzu viel Wahres.

J. Dunker schlug 1872 gemischte, aus Arbeit-Gebern und Arbeitern gebildete Commissionen zur Durchführung und Fortbildung der Fabrikgesetzgebung vor. Man kann darüber streiten, ob solche Commissionen neben den Gewerkvereinen, Einigungsämtern und den von M. Hirsch u. A. empfohlenen Arbeiterkammern³⁾ noch nöthig sind; Hirsch hat indeß entschieden Recht, wenn er 1872 darauf hinwies, daß die Gewerkvereine auch dadurch nützen, daß sie lästige oder parteiische Beamte (Fabrikinspectoren etc) controliren und anspornen. 170 Trotz der auch von Hirsch anerkannten Trefflichkeit der deutschen Fabrikinspectoren kann es mitunter auch Ausnahmen geben. Die Nothwendigkeit der Fabrikinspectoren und überhaupt des staatlichen Schutzes der Arbeiter beruht auch darauf, daß die abhängigen Arbeiter nicht gern gegen den Arbeitgeber klagen⁴⁾, und daß manche Arbeiter den Arbeitgebern gegenüber „feige“ sind, wie auch der „Gewerkverein“ einmal klagte.

Damit soll natürlich nicht geleugnet werden, daß auch die Arbeiter

¹⁾ Vgl. den G. B. 1877 S. 193, J. Keller, Das deutsche Handwerk, 2. Aufl. 1878, S. 140, 141, die „Concordia“, Jahrg. 1880 und Walder S. 590

²⁾ Vgl. oben S. 27, M. Hirsch, Was bezwecken etc. S. 9, 10, Polke, Die Gewerkvereine, 1875 S. 29, 30, Verh. des 6. Verb. S. 11.

³⁾ Vgl. den G. B. 1875 S. 5, 6 und über Gewerbekammern Dr. A. Meyer u. Polke in den Verh. des 4. Verb. S. 23 ff., Polke, Die Gewerkvereine 1875 S. 29 und Schmoller in den Eisen. Verh. 1877 S. 194 197.

⁴⁾ Vgl. Roscher, Ansichten der Volkswirthsch. 3. Aufl. 1878 Bd. II. S. 285—291.

selbst in Bezug auf Sicherheitsvorrichtungen in den Fabriken 2c. individuell und als Gewerksvereine viel thun können und sollen. Selbst die extrem schutzöllnerischen „Deutschen Volkswirtschaftlichen Monatshefte“, die Monatsausgabe der „Deutschen Volkswirtschaftl. Corresp.“, des vom Frhr. v. Noëll herausg. Organs des „Centralverbandes Deutscher Industriellen“ plaidirte 1880 für „Mitwirkung der Arbeiter bei Bestimmung der Schutzvorrichtungen gegen Unfälle“ und hob hervor, daß ein einfacher Arbeiter die beste Schutzvorrichtung gegen Kreissägen erfunden hat. Es dürfte sich empfehlen, die erwähnte Mitwirkung auch in den Statuten der Gewerksvereine zu fordern.

Ein vollständiges Verzeichniß aller privaten und selbst amtlichen Ausführungen über die Reformbedürftigkeit der deutschen Fabrikarbeiter- und überhaupt Arbeiter-Zustände müßte sehr lang werden; ich hebe daher beispielsweise einige der wichtigsten Quellen hervor. Schon 1872 wurde in Eisenach von namhaften Männern, u. A. von zwei Hauptvertheidigern des Schutzolltarifs von 1879, nämlich von Prof. Schmoller und dem Landrath und nachmaligen Geh. Regierungsrath und Vorsteher der Reichskanzlei Tiedemann, die Nichtbefolgung der Fabrikgesetze in zahllosen Fabriken Preußens, Württemberg's, Baierns, Sachsens 2c. hervorgehoben. (Verh. S. 10 ff.) Ähnliches Material findet man in den 1873 vom Verein für Socialpolitik herausg. Gutachten über Fabrikgesetzgebung 2c. und in den Berichten der 1876 veranstalteten Reichs-Enquêtes über die Frauen- und Kinderarbeit¹⁾ und die Verhältnisse der Gesellen, Lehrlinge und Fabrikarbeiter. Auch Prof. Frhr. v. d. Goltz's Schrift über die ländliche Arbeiterfrage (2. Aufl. 1874), die 1873er und 1877er Verhandl. des Vereins für Socialpolitik²⁾, viele Artikel im „Gewerksverein“, A. Thun's Abh. über Fabrikinspectoren in Schmoller's Jahrb. 1881 2c. sind hier anzuführen. Charakteristisch sind u. A. Brentano's Citate aus einer Rede Stumm's und aus der „Concordia“³⁾ in den Eisen. Verh. von 1872 (S. 49). Zu den ärgsten Gräueln, welche in Fabriken vorkommen, gehören z. B. folgende. In Folge mangelhafter Beleuchtung oder ungenügender Treppen laufen die Arbeiter nicht selten Gefahr, von Maschinen zerrissen, „gerädert zu werden“, wie es in dem Berichte eines Fabrikinspectors heißt, oder bei Fenerzbrünsten zu verbrennen (G. B. 1881 S. 9). In schlesischen 2c. Zündwaarenfabriken werden die Gesichtsknochen der Arbeiter und Arbeiterinnen durch den weißen Phosphor entseßlich zerfressen und müssen ausgesägt werden (G. B. 1878 S. 169). Das einzige

¹⁾ Trotz den zum Theil tendenziösen Mängeln dieser Enquête, vgl. Stieda in v. Holtendorff's Jahrb. 1877.

²⁾ Aus den 1877er Verh. sind M. Hirsch's, Schmoller's, und Dannenberg's Ausführungen hervorzuheben.

³⁾ Diese um 1875 eingegangene Zeitschrift ist nicht mit B. A. Huber's Concordia (1847) und der 1879 begründeten „Concordia“ zu verwechseln.

Mittel zur Abhülfe dieser Gräuel, nämlich das Verbot¹⁾ der Verwendung des weißen Phosphors, war 1880²⁾ noch nicht erlassen worden, und dürfte auch später noch nicht erlassen sein, weil sonst der „Gewerkverein“ und die Zeitungen eine bezügliche Notiz gebracht hätten. Obgleich 1879 ein Schutzoll für die Bündwaaren eingeführt wurde, so überließen die Schutzöllner den Uebergang zur Fabrikation phosphorfreier Bündwaaren dem Belieben (!) der Fabrikanten, einem laissez faire schlimmster Art (!).

1871 war M. Hirsch (im G. B. S. 208) gegen Reichs-Fabrikinspektoren, wenn nicht gar gegen alle Fabrikinspektoren. Von dieser Gegnerschaft gegen das Reichs-Fabrikinspektoren-Institut dürfte Hirsch inzwischen zurückgekommen sein. Eine solche Gegnerschaft wäre auch unlogisch³⁾, da er eine Reichsbank als reines Staatsinstitut fordert, da er schon 1871 (im G. B. S. 158) eine Reichs-Sanitätsbehörde forderte, da das 1878er Programm der Fortschrittspartei ein verantwortliches Reichsministerium fordert, da die Gewerbeordnung und die Gewerkvereine nationale Institutionen sind, und da er 1880 mit der größten Anerkennung von den Fabrikinspektoren sprach.⁴⁾ Unter dem Reichs-Fabrikinspektoren-Institut verstehe ich hier, ähnlich wie G. v. Schönberg, eine collegialische, Rundreisen machende, aus Technikern, Ärzten, Baumeistern⁵⁾ etc. bestehende Behörde. Auch Hirsch spricht sich (in den Verh. des 2. Verb. 1873 S. 86, 87) für eine solche collegialische, Inspectionsreisen machende Fabrikinspektoren-Behörde aus. J. Keller hob 1876 mit Recht hervor, daß 1 Fabrikinspector für Schlesien viel zu wenig ist, und daß die Fabrikinspektoren auch größere Befugnisse haben müssen (Verh. des 4. Verb. S. 43). Ähnlich führte Ludwig-Wolf 1872 in Eisenach (Verh. S. 66) aus, daß für Sachsen 4 Fabrikinspektoren viel zu wenig sind, und ähnlich klagte die von Müffel, einem Gewerkvereins-Mitgliede redigirte, in Nürnberg erscheinende „Süddeutsche Arbeiterztg.“ 1879 über die faumselige Einsetzung von Fabrikinspektoren in Baiern. Die bayerische Verordnung vom 17. Febr. 1879 stellte für

¹⁾ Ähnlich sagte mir ein gemäßigt schützöllnerischer Rentier, ein ehemaliger Eisenindustrieller, 1880 gesprächsweise, eine gewisse Art eiserner, verzierter Defen müsse verboten werden, weil ihre Herstellung die Gesundheit der Arbeiter ruinäre.

²⁾ Vgl. den gemäßigten Schutzöllner Bayerdörffer im VI. Supplement zu Hilbrand's Jahrb. d. R. Def. 1880 S. 59 ff.

³⁾ Vgl. auch Brentano und Schönberg in den Eisen. Verh. von 1872 S. 26, 27, 69, 70, den Geh. Reg.-Rath Jacobi in den Eisen. Gutachten von 1873 S. 15, Walder, Soc. Frage, S. 115 ff., Dens. Schutzölle S. XII., 518, 590, 649, 725, 726, 780.

⁴⁾ Vgl. die Broschüre: Die Gewerkvereine und die Baare'sche Denkschrift, 1880 S. 7. Vgl. auch das Citat aus Marr im G. B. 1878 S. 113.

⁵⁾ Nach sächsischen Fabrikinspektoren-Berichten von 1880 sind manche Fabrikgebäude zu klein, um Sicherheitsvorkehrungen bei Maschinen anbringen zu können. In solchen Fällen sind Erweiterungen nöthig. Schon der Umstand, daß das Fabrikgebäude zu klein geworden ist, beweist ja den Aufschwung des betr. Geschäfts.

Nordbairern, Südbairern und die Pfalz nur je 1 Fabrikinspector auf. „Ein Blick auf die Industrie der drei Franken allein zeigt, daß Dies bei weitem nicht genügt.“ (G. B. 1879 S. 66.) Die Majorität des reuß-geraischen Landtags lehnte 1880, auf den Rath der Handelskammer und des Ministers v. Beulwitz, die Anstellung eines Fabrikinspectors für das Fürstenthum ab, obgleich Gera bekanntlich eine bedeutende Industriestadt geworden ist (G. B. 1880 S. 182, 190. Dasselbst finden sich interessante Auszüge aus den betreffenden Debatten).

H. B. Oppenheim plaidirte schon 1877 im Verein für Socialpolitik für Reichs-Fabrikinspectoren, während Schmoller nur für einzelstaatliche plaidirte.

Da die deutschen Arbeiter, im grellen Gegensatz zum englischen Usus, bei den Reichsenquäten von 1876 und 1878 gar nicht vernommen worden sind, so wäre es gut, eine bezügliche Forderung in die Statuten der Gewerkvereine aufzunehmen. Für den preussischen Volkswirthschaftsrath¹⁾ schlugen die Gewerkvereine Dr. M. Hirsch und 13 andere Mitglieder vor. Von diesen wurde nur ein Mitglied, der Vertreter der Maschinenbauer im Centralrath, H. Namien, berufen. Auch Schulze-Delitzsch wurde nicht berufen. Seine Vorschläge waren nicht etwa inconsequent: auch alle übrigen freihändlerischen Gegner der neuen schutzzöllnerischen, zünftlerischen etc. Aera haben die Berufungen in den Volkswirthschaftsrath angenommen, um der Reaction in demselben nicht ganz das Feld zu überlassen.

Die Gewerkvereine haben sich auch über und für eine internationale Fabrikgesetzgebung ausgesprochen.²⁾

Dasjenige, was die Statuten der Gewerkvereine über Productivgenossenschaften³⁾ sagen, ist maßvoll, nothwendig, fast selbstverständlich. Privatim fanden und finden sich indeß bei einer gewissen Anzahl von Mitgliedern und Freunden der Gewerkvereine viel weiter gehende Tendenzen, d. h. diese Politiker erstreben die dereinstige vollständige Abschaffung des Lohnverhältnisses, die Ersetzung desselben durch lauter Productivassociationen ohne⁴⁾ Staatshilfe. M. Feld (Die Arbeiterpresse, 1873, S. 164, 173) und Polke (o. c. S. 31) scheinen anzunehmen, daß alle Gewerkvereiner diese Tendenz theilen; M. Hirsch sagt dagegen im „Gewerkverein“ (1874 S. 118) nur, daß „viele strebsame Mitglieder“ der

¹⁾ Vgl. über den Zusammenhang desselben den G. B. 1880 S. 197, 1881 S. 10.

²⁾ Vgl. die Verh. des 4. Verh. S. 43, 44, 46, die Eisen. Verh. von 1872 S. 22, 43 und Walder, Schutzzölle S. 296 ff.

³⁾ Vgl. über die Statistik derselben Polke, Gewerkvereine 1875, S. 51 52 und Schulze-Delitzsch's Jahresberichte über seine Genossenschaften. Die bedeutendsten Productivgenossenschaften sollen die Prod. Genoss. der Tuchmacher, Cigarrenarbeiter und Tischler in Burg bei Magdeburg sein.

⁴⁾ Ja, ein Gewerkvereiner, nämlich Namisch, sprach sich sogar für Staatshilfe aus. Vgl. unten S. 64.

Gewerkvereine diese Ansicht hegen. Da die strebsamen Mitglieder nicht bloß in den Gewerkvereinen, sondern in allen, oder fast allen menschlichen Gemeinschaften die Minderheit bilden, so folgt schon aus dieser Angabe Hirsch's, daß die Ultra-Productivgenossenschaftler (um diesen Ausdruck zu gebrauchen) die Minderheit aller Gewerkvereiner bilden. Ja, sie dürften sogar die Minderheit, nicht die Mehrheit, der strebsamen Minderheit bilden, weil die Gewerkvereiner wie viele Symptome¹⁾ zeigten und zeigen, im Allgemeinen nüchterne, verständige Männer sind, und weil sich im „Gewerkverein“ zc. verschiedene scharfe Entgegnungen auf jene ideologischen Äußerungen finden (vgl. unten).

Zunächst ist die weitestgehende Ansicht, nämlich die Ranisch'sche Ansicht, zu widerlegen. Ranisch, ein Verbandsabgeordneter der Maschinenbauer, der auch 1872 zur Versammlung zur Besprechung der socialen Frage nach Eisenach geladen war und daselbst mehrfach das Wort²⁾ ergriff, ein zum Lassalleanismus neigender Anhänger F. Jacoby's, plaidirte 1871 auf dem 1. Verbandstage der Gewerkvereine für Aufhebung der Lohnarbeit durch allmälige Ueberführung des Lohnsystems in das System der freien genossenschaftlichen Arbeit und für die Förderung industrieller wie landwirthschaftlicher Productivgenossenschaften durch Gewährung von Staatscredit und Staatshilfe. Dagegen sprachen Andread (der Generalsecretär des Gewerkvereins der Maschinenbauer), Dr. F. Schneider (der Secretär der Anwaltschaft der Schulze-Dehlig'schen Genossenschaften), Dr. M. Hirsch u. A. Der Antrag wurde abgelehnt (Verh. S. 66 ff.). Ranisch theilte sich noch 1873 an den Verhandlungen des 2. Verbandtages, später kommt sein Name indeß nicht mehr vor.

Auch entschiedene Gegner des Socialdemokratismus und Staats-socialismus können und müssen zugeben, daß der Staat Productivgenossenschaften wie überhaupt nützliche Unternehmungen aller Art durch mancherlei unverfängliche nichtsocialistische und nichtschützöllnerische Mittel direct und indirect fördern kann und muß; aber eine pecuniäre Staatshilfe kann dabei nicht in Frage kommen, obgleich sich auch Fürst Bismarck im Herbst 1878 im Reichstage im Anschluß an Lassalle in bedingter Weise für eine solche Staatshilfe aussprach. Dieser ganze Heilplan ist schon deshalb verfehlt, weil er so zu sagen auf einer falschen Diagnose des Uebels beruht³⁾. Nicht

¹⁾ Z. B. die unter den Gewerkvereiner weit verbreitete Ueberzeugung von der Schädlichkeit allzu hoher Arbeitslöhne und die ächt staatsmännische Äußerung eines Gewerkvereiners, daß ein conservativer Freihändler einem „liberalen“ Schützöllner vorzuziehen ist. Vgl. das Sachregister der vorliegenden Schrift unter „Arbeitslohn“ und „Freihändler.“

²⁾ Seine Bemerkungen über den bei Strikes unterlaufenden „Terrorismus“ und über die Schädlichkeit von Strikes überhaupt zeugen übrigens von anerkennenswerther Mäßigung.

³⁾ Vgl. Walcker, Die Ursachen und die Heilmittel der socialdemokr. Umsturzbestrebungen 1879 S. XXI. Note 1 und gegen Lassalle Walcker Zeitfragen 1875 S. 147 ff. Aus Lassalle's Briefen an Rodbertus (Berl. 1879) ersieht man übr-

Mangel an Capital und Credit, sondern Mangel an kaufmännischer und allgemeiner Bildung, an Einigkeit, an Subordination und, zuletzt nicht am wenigsten, an angeborenem Organisations- und Speculationstalent der Arbeiter sind die Hauptgründe, welche die allgemeine Verbreitung der Productivgenossenschaft und ihren Sieg über das Lohnsystem verhindern (vgl. Roscher's Bemerkungen über Hargreaves und Actienfabriken, N. Def. I § 196 Note 1, 196 a und Thornton S. 495 ff.). Die Productivassociation der Berliner Shawlweber ist z. B. nach Schulze-Delitzsch nicht aus Mangel an Credit zu Grunde gegangen, sondern im Gegentheil durch allzu leichten Credit, den sie fand. Die Elemente der kaufmännischen Correspondenz und Buchführung, der Wechselkunde etc. können in Fortbildungsschulen und zum Theil selbst in Elementarschulen für Knaben und Mädchen gelehrt werden, wie verschiedene Volksschulen Deutschlands und des Auslands, z. B. Livlands, beweisen; aber Einigkeit, Subordination und vollends ein seltenes, angeborenes Organisations- und Speculationstalent kann der Staat den Arbeitern nicht verschaffen, nicht schenken.

Die vollständige Ersetzung des Lohnsystems durch Productivassociationen ohne Staatshilfe wurde in zuversichtlicher oder zweifelnder Weise an folgenden Stellen von verschiedenen Seiten empfohlen: im „Gewerkverein“ 1872, S. 67, 83, 88, 1874, S. 118, Verhandl. des 2. Verbandstages, 1873, S. 65 ff. Auf dem 1. Verbandstage 1871 verlangte ein Redner, ohne Bezugnahme auf die geträumte völlige Beseitigung der Lohnarbeit, die Productivgenossenschaften der Gewerkvereine sollten gezwungen werden (!), jeden Gewerkvereiner aufzunehmen, der da einen moralischen Lebenswandel führe, und auf dem 2. Verbandstage 1873 verlangte ein anderer Redner im Interesse der „Erlösung der Arbeiterklasse aus dem Lohnverhältniß“, daß die Productivgenossenschaften gezwungen (!) werden sollten, jeden Gewerkvereiner aufzunehmen, „wenn nicht ganz bestimmt formulierte Gründe gegen ihn vorliegen“ (Verh. S. 67, 68). Gegen diesen Zwang wären die extremsten Zwangscassen¹⁾ und Zwangscorporations-Projecte der Schutzzöllner Zünftler, Staatsocialisten und „Christlich“-Socialen die reine Freisinnigkeit! Selbst amerikanische, russische etc. Sklavenbesitzer bezw. Hörigenbesitzer sind meines Wissens selten soweit gegangen, ihre Leute zu zwingen, bestimmte Frauen zu heirathen, und in ökonomischer Beziehung sind eine Productivgenossenschaft und eine Ehe nahe verwandt. Eine Zwangs-Productivgenossenschaft wäre ein Seitenstück zu einer Zwangs-Collectivgesellschaft von Kaufleuten, zu einer Zwangs-Freundschaft und zu jenen Zwangs-Ehen, welche noch am Anfange

genß, daß er an seine Idee selbst nicht recht glaubte, wie sein frivolcs, berühmtes gewordenes Wort beweist: „Man muß dem Mob etwas bieten.“

¹⁾ Vgl. die treffende Bemerkung M. Hirsch's, Hilfszassen S. 257.

des 19. Jahrh. bei den Herrnhutern durch das Loos bestimmt wurden, wobei einmal ein Schuhmacher in der Capstadt eine Gräfin in Riga gewonnen haben soll.

Der Redner von 1873 motivirte seine Zwangs-Forderung folgendermaßen: „In neun unter zehn Fällen habe ich gefunden, daß die Herren Genossenschaftler, wenn das Geschäft gut ging . . . , Niemanden mehr hineinfließen . . . ; wenn die Productivgenossenschaften nur dazu dienen sollen, die besten Kräfte der Arbeiter zu Bourgeois, und zwar zu engherzigen, egoistischen Bourgeois zu machen, dann danke ich für die Productivgenossenschaften“ (S. 68). Obgleich diese Stelle fast wörtlich mit einer Stelle bei Lassalle übereinstimmt, in welcher derselbe gegen die „Bourgeois“-Tendenzen der älteren, zu Actionären gewordenen und bloße Lohnarbeiter annehmenden Rochedaler Pioniere polemisiert, so kann man zugeben, daß Productivgenossen mitunter, im Widerspruch mit ihrem eigenen Interesse und mit dem Interesse des ganzen Volkes, einen tüchtigen Mann, oder einige tüchtige Männer mit Unrecht zurückweisen können; indeß in der Regel werden sie ihre eigenen Interessen besser verstehen, als irgend welche andere Menschen. Grade Liberale und Demokraten mit ihrer Hochhaltung der persönlichen Freiheit können am wenigsten für eine bezüglich quasi-staats-socialistische Bevormundung stimmen. Grade wenn der erwähnte Rochedaler Usus auch bei den deutschen Productivgenossenschaften zum Durchbruch kommt, was eine bloße Frage der Zeit ist, — so werden die Productivgenossen aus Eigeninteresse, genossenschaftlichem Sinn und Humanität ihre tüchtigsten Lohnarbeiter allmählig zu Productivgenossen machen. Jener Zwang wäre einfach undurchführbar, er würde zum Austritt der Productivgenossen aus den Gewerkvereinen führen. Der Redner vergaß ferner, daß die Gewerkvereiner „Harmonieapostel“¹⁾ sein wollen, sollen und meist auch sind. Wenn ein Rajahknabe zum Janitscharen gemacht wurde, so war er für seine slawischen Landsleute verloren, er wurde ein Feind seines Volkes; aber wenn ein deutscher Arbeiter ein deutscher Bourgeois wird, so ist er für das deutsche Volk nicht verloren; er hat im Gegentheil eine Stellung errungen, in welcher er für das Wohl aller unserer Mitbürger, auch der Arbeiter, mehr leisten kann, als bisher. Man denke z. B. an den englischen Fabrikanten Mundella, der ursprünglich ein einfacher Arbeiter war, und dessen Schiedsgerichte von den englischen und deutschen Gewerkvereinen mit Recht adoptirt worden sind, und an so manche deutsche zc. Mundella's.

Derselbe Redner erkannte übrigens (S. 65) die ungeheueren Schwierigkeiten der Productivgenossenschaft an und erzählte (S. 69) folgenden charakteristischen Fall. In Freiburg in Schlessien bildete sich um 1870 aus Mitgliedern des Ortsvereins der Maschinenbauer

¹⁾ Die Gewerkvereiner werden nach Hirsch und Polke von den Socialisten als „Harmonieapostel“ und „Capital-Schweifwedler“ bezeichnet.

und Metallarbeiter eine Uhrmacher-Productivgenossenschaft, welche vom Berliner Ortsverein der Maschinenbauer 500 Thlr. geliehen erhielt und zwar aus idealistischen Gründen zum ungewöhnlich niedrigen Zinsfuße von $3\frac{1}{2}\%$. Die Productivgenossen machten gute Geschäfte, waren indeß 1873 sämmtlich aus dem Freiburger Ortsverein und überhaupt aus dem Verbanne der Deutschen Gewerksvereine ausgetreten (!).

Ein Theil Dessen, was M. Hirsch 1869 in seinem Zittauer Vortrage (S. 4) gegen die Lassalle'sche Staatshülfe bemerkte, paßt auch vollkommen auf Diejenigen, welche von der völligen Ersetzung des Lohnverhältnisses durch Productivgenossenschaften träumen. Er sagte u. A.: Die Arbeiter müssen „unter sich Einen wählen, der die Association leitet, sie werden ihre Wahl voraussichtlich [?] auf den rechtschaffensten Mann lenken. Ist aber mit dem ehrenwerthen Charakter eines Mannes auch schon die Garantie gegeben, daß derselbe eine ganze Fabrik zu leiten, Rohstoffe einzukaufen, glücklich zu speculiren versteht? Das sind ja Befähigungen, die nicht Jedem gegeben sind. Wie gesagt, müssen also Einige gewählt werden, die die Sache führen; in diesen haben Sie schon wieder eine Aristokratie! Diese müssen auch besser bezahlt werden, als Jene, welche nur mit ihrer Muskelkraft arbeiten. Es ist aber auch nicht gesagt, daß die Wahl stets auf den rechten Mann fällt, denn oft hat Einer wohl ein gutes Mundwerk, aber dahinter steckt kein Eifer; und würde nicht diese Stellung von Manchem dazu benutzt werden, daß sich derselbe selbst bereichert?“

Eine treffende, auf französische Erfahrungen gestützte Widerlegung der so zu sagen allein seligmachenden Productivgenossenschaft giebt auch ein gewisser S. W. im „Gewerkverein“ 1879 (S. 63). Er erklärt die alleinige Herrschaft der Productivgenossenschaft mit Recht für etwas Widernatürliches, Unmögliches.

Bemerkenswerth ist auch eine ähnliche Ausführung, welche der Pariser Ausstreicher Finance 1878 auf dem Lyoner Arbeitercongreß gab. Ich entnehme dieselbe einem Referate über den Congreß, welches der bekannte Advocat und Gewerksvereins-Freund Harrison in der Fortnightly Review, Mai, 1878, veröffentlicht hat, und welches Brentano im v. Holzkendorff'schen Jahrb. 1878 übersezt¹⁾ hat. Finance ist selbst für die Productivgenossenschaft (S. 674), ja er ist sogar ein Socialist, er verrammelte um 1875 seine Wohnung und schoß auf den ihn verhaften wollenden Polizeibeamten, Finance ist also nichts weniger als conservativ, — aber eben deshalb ist seine Widerlegung des ultra-productivgenossenschaftlichen Aberglaubens, trotz einzelner socialistisch gefärbter Stellen, um so bedeutamer²⁾ Er sagt

¹⁾ Die Citate beziehen sich auf die Uebersetzung.

²⁾ Auch M. Bloch hob einmal in Jaucher's Viertelj. Finance's Begabung hervor.

(S. 680, 681): „Und sollen alle Uebelstände des [bäuerlichen] Besitzes dadurch gehoben werden, daß wir den Besitz zu einem gemeinschaftlichen machen? Nein! Die unpersönliche, namenlose Form des Besitzes ist die schlimmste von allen. Ein einzelner Besitzer kann ein offenes Herz für Mitleid, Gerechtigkeit und Scham haben, eine Cooperation als Besitzer hat keine Eingeweide für Barmherzigkeit, kein fühlendes Gewissen. Wie die Sache jetzt steht, beutet eine kleinere Zahl von Capitalisten mehr oder weniger die größere Zahl der Bürger aus. [?] Unter dem System des Collectivismus sind die Rollen gewechselt, und was soll die Ueberszahl verhindern, die Minderzahl zu drücken? Steht der Minorität frei, sich abzusondern, so ist die Zusammengehörigkeit gebrochen und nach einer Absonderung nach der anderen gelangen wir zuletzt wieder zum Privateigenthum. Wenn aber das Gesetz die Minderheit zwangsweise verhinderte, sich abzusondern, könnte die Minorität nichts Anderes thun, als sich in Geduld zu fügen, oder im Namen der Freiheit zu revoltiren. Wir können vor der Tyrannei eines Mannes entfliehen, wenigstens wenn wir uns vom Tyrannen befreien; wie aber sollten wir uns der Tyrannei einer Menge entziehen? ¹⁾ Man sagt, die Mehrzahl hätte immer Recht, oder doch gewöhnlich Recht. Nein! Es ist das Gegentheil [der Fall]! Es ist immer [?] die Minderheit, und manchmal ist es ein Mann, der gegen Viele Recht hat.

Wir eifern gegen viele Missethaten der Eigenthümer. Aber wer wird uns gegen diese Missethaten beschützen, wenn der Eigenthümer ein bloßes Aggregat ist? Wenn der bäuerliche Grundeigenthümer conservativ ist, wird er ein Mann des Fortschritts werden, einfach weil er nunmehr Einer von Vielen ist? Wenn die Bauern jetzt vollständig Egoisten sind: warum sollen sie dem socialen Fortschritt ergeben werden, wenn wir sie in Gruppen zusammenballen? Die Majorität ist oft intolerant, bedrückend, gesetzverlegend. Woher sollte die Disziplin kommen, die Selbstaufopferung, die Mäßigung der „Collectivisten?“ Wer kann ihnen irgend ein Gesetz, oder eine Moral auferlegen? Welche Macht soll sie die Pflicht lehren, oder sie zur Einigkeit verbinden? Aus der Anarchie, sagen sie, soll plötzlich Harmonie entstehen; Dies ist allerdings ein Wunder, das die Wunder des Evangeliums übertrifft. Es übersteigt mein Verstandniß.“

Dasjenige, was Finance von allein herrschenden landwirthschaftlichen Productivgenossenschaften sagt, paßt fast Wort für Wort, oder wenigstens in ähnlicher Weise auf den Uberglauben an die industrielle Productivgenossenschaft als dereinstige alleinige Unternehmungsform.

Auch ein Mann, dem der „Gewerkverein“ (1880 S. 185) einen warmen Nachruf widmete und auf dessen Grab die Gewerksvereine durch Prof. Rasse mit Recht einen Lorbeerfranz ²⁾ nieder legen ließen,

¹⁾ [Vergl. Roscher, N. Def. I § 82.]

²⁾ Der betreff. Beschluß des Centralraths wurde einstimmig gefaßt.

nämlich der zu früh für die Wissenschaft und das Volkswohl verstorbene Prof. A. Held, warnt die Gewerkvereine dringend vor jenem Aberglauben und zwar „auf die Gefahr hin“, mit ihnen „in Widerspruch zu gerathen“ (o. c. S. 173, 174). Ja, er sagt sogar (S. 179), ein Anhänger jener Ideologie trete „bewußt, oder unbewußt aus den Reihen der socialen Reform zu den Vertretern utopischer Revolutionsideen über.“ Held's Ausführungen haben einige nebensächliche Mängel. Die Idee der völligen Abschaffung des Lohnverhältnisses ist höchst utopisch, aber nicht nothwendig auf gewaltthätigen Umsturz gerichtet; während umgekehrt eine Revolution, wie z. B. die englische von 1688, sehr nüchterne und gemäßigte Ziele erstreben und erreichen kann. Es ist ferner unrichtig, daß in der alleinherrschenden Productivgenossenschaft zunächst alle ständische Gliederung aufhören würde.¹⁾ Held's Polemik gegen die „Nivellirung der Stände“ (S. 178) überschießt ferner das Ziel.²⁾ Die Verwerflichkeit, ja Unmöglichkeit jeder communistischen, oder socialistischen Nivellirung der Stände ist selbstverständlich; indeß diejenige Nivellirung riesiger Vermögen, welche durch die Aufhebung der Fideicommissse, der Wiederherstellung des grundbesitzenden Bauern- und Arbeiterstandes in England zc., die Aufhebung der Schutzzölle, die Beseitigung geldoligarchischer Mißbräuche zc. erfolgen kann und wird, ist eine himmelweit verschiedene Sache, die auch von „Manchester Männern“, soll heißen: von entschiedenen Freihändlern³⁾ vertreten wird, die Held mit Unrecht kurzweg zu den hinter dem Zeitgeist zurückgebliebenen Ultraconservativen wirft.

Indeß Das sind Nebensachen, wenigstens Nebensachen für die in Rede stehende Polemik Held's. Derselbe führt (S. 174 ff.) den Irrthum der Ultra-Productivgenossenschaftler auf zwei falsche Prämissen zurück, nämlich auf das socialistische, objectiv unmögliche Verlangen nach Ersetzung des Arbeitslohnes durch den „vollen“ Arbeitsertrag⁴⁾ und auf die „schwärmerische Idee“ der Abschaffung aller Standesunterschiede. Daß Held an und für sich nicht ein Gegner, sondern ein Freund der Productivgenossenschaft ist, ist selbstverständlich und wird von ihm (S. 172, 174, 180) ausdrücklich betont.

Auch J. Jacoby plaidirte in seiner zweiten, socialistischen Periode für die Abschaffung des Lohnsystems. Prince-Smith entgegnete darauf: wenn Dr. med. Jacoby seiner Köchin einen genossenschaftlichen Antheil an seiner Praxis geben wolle, so würde sich ihre Vergütung nicht nach ihrer Kochkunst, sondern nach Jacoby's Heilkunst richten. Das ist richtig, aber an eine falsche Adresse gerichtet: in dieser Weise

¹⁾ Vgl. M. Hirsch oben S. 67 und Held S. 171.

²⁾ Auch Held's Schrift über Socialpolitik, 1878, leidet trotz ihren Vorzügen an diesem Mangel.

³⁾ Vgl. Walcker, Schutzzölle, S. 582, 579, 580.

⁴⁾ Vgl. Walcker, Ursachen zc. S. 39 ff.

kann man extreme Anhänger der Industriellen Partnerschaft, aber nicht die principiellen Gegner des Lohnsystems ad absurdum führen. Diese Gegner müßten consequenter Weise das Dienstbotenverhältniß abschaffen, denn die Dienstboten eines Arbeitgebers, auch eines trefflichen Arbeitgebers, sind ohne Zweifel viel abhängiger von ihm, als seine Arbeiter. Das würde zu den tollsten Consequenzen führen: ein kinderloser Premierminister von England, ein Präsident der Vereinigten Staaten, oder ein Frhr. v. Rothschild müßte sich z. B. seine Stiefeln selbst wischen, und seine Frau müßte die Treppen selbst scheuern und bei Tisch selbst aufwarten, wenn sie eine kleine Gesellschaft geben wollte. Eine größere Gesellschaft könnte sie in Ermangelung einer Magd überhaupt nicht geben! Folgerichtig müßten auch alle Staats- und Localbeamten und alle s. g. liberalen Professionen (die Berufe der Advocaten, Aerzte, Gymnasiallehrer, Professoren etc.) abgeschafft werden. Ein Verwaltungsbeamter ist z. B. in jedem Staate, auch in einem socialistischen Staate, von seinen Vorgesetzten, bezw. Wählern abhängig, und grade der socialistische oder halbsocialistische Bevormundungs- und Zwangsstaat¹⁾ würde ganze Armeen von Beamten brauchen, z. B. um auszuspioniren, ob der Bürger A Hausknecht oder Productivgenosse des Krämers B, oder des Handwerkers C ist.

Macaulay verspottet irgendwo in seiner Geschichte Englands einen englischen Lord des 17. Jahrh., der in seinem unreifen Republikanismus die Venetianer seiner Zeit für freie Männer hielt, bloß weil sie keinen König über sich hatten (obgleich die venetianische Oligarchie vielleicht die furchtbarste Despotie der Weltgeschichte war, da kein Patricier und Nichtpatricier einen Augenblick sicher davor war, auf einen vagen Verdacht, oder die falsche Denunciation eines Feindes hin, zu Tode gefoltert zu werden). Ganz ähnlich verfallen die Ultra-Productivgenossenschaftler in den schon von der täglichen Erfahrung²⁾ widerlegten Wahn, daß ein Arbeiter, oder mehrere Arbeiter nur von Höherstehenden, nicht auch von Gleichstehenden, bedrückt werden können; während Arbeiter (wie überhaupt Glieder aller Classen) am schwersten gegen Bedrückungen von Seiten Gleichgestellter zu schützen sind. Gegen schlechte Arbeitgeber und Vorkühler kann man Arbeiter durch Fabrikinspectoren, Gewerkvereine, die Presse etc. wirksam schützen; aber es ist äußerst schwierig, zum Theil unmöglich, Arbeiter, vollends Productivgenossen, gegen übelwollende Mitarbeiter zu schützen. Man muß dabei nicht bloß an die Sheffielder Verbrechen, an die in England noch im 19. Jahrhundert vorgekommenen Ermordungen und Blendungen oppositioneller Arbeiter durch ihre Genossen denken. Bei Hamburger etc. Strikes ist es nach Dannenberg (o. c. S. 106, 107), 1870 ff., vorgekommen, daß Arbeiter, welche nicht striken wollten, von den Strikenden auf offener Straße schwer gemißhandelt wurden, daß

¹⁾ Kranke, faule, trunks- oder zankfüchtige etc. Arbeiter würden z. B. irgend einer Productivassociation zwangsweise (!) aufgehaßt werden müssen.

²⁾ Vgl. auch Finance oben S. 68.

man ihnen bei Bauten schwere Steine auf den Kopf, oder in Fabriken glühendes Eisen auf die Füße fallen ließ, und daß die Schuldigen straffrei ausgingen, weil es in Betreff der Mißhandlungen an Belastungszeugen fehlte, und weil die Stein- und Eisenattentate für Zufälle ausgegeben wurden. Auch Productivgenossen, die unredlichen oder unfähigen *zc.* Leitern der Productivgenossenschaft eine unbequeme Opposition machen, kann es ähnlich gehen. Arbeiter können ferner im täglichen Umgange von ihren Collegen durch unzählige kleine Chicanen und Zeichen der Mißachtung auf's äußerste gepeinigt werden, ohne daß solche Kränkungen sich unter den Begriff Injurien, oder socialer Verruf subsumiren und juristisch beweisen und bestrafen lassen *zc.*

Die Ultra-Productivgenossenschaftler gehen ferner von der naiven Voraussetzung aus, daß es stets eine positive, einige, feste, verständige Majorität geben werde; während es im englischen, französischen, deutschen, österreichischen, ungarischen *zc.* Parlament an einer festen Mehrheit zu fehlen pflegte und pflegt. In England gaben z. B. nicht selten die Frey und in Preußen-Deutschland die Ultramontanen und die Polen im Parlament den Ausschlag zwischen Conservativen und Liberalen. Aehnlich können je 30, 25, 20, 15 und 10 % der Glieder einer Productivgenossenschaft Das und Das wollen, so daß überhaupt gar keine absolute Mehrheit für eine bestimmte Ansicht besteht.

Die Ultra-Productivgenossenschaftler sollten schon dadurch entnüchtert werden, daß ihre Utopie nur beiläufig von einzelnen Arbeitern und Nichtarbeitern empfohlen wird, daß aber kein einziger nationalökonomischer Schriftsteller im weitesten Sinne des Wortes, mit Einschluß der extremsten, phantastischsten Socialisten und Communisten, den Versuch gemacht hat, jene Utopie irgendwie wissenschaftlich zu begründen.

Mitglieder und Freunde von Gewerkvereinen können denselben und überhaupt der gesunden socialen Reform kaum mehr schaden, als durch die Aufstellung jener Utopie, welche so manche wohlwollende Arbeiterfreunde zu weit nach rechts treiben kann, obgleich die ganze Sache lange nicht so gefährlich ist, als sie aussieht. Solche theoretische Extravaganzen junger Reformbewegungen gleichen den Extravaganzen tüchtiger jugendlicher Individuen, d. h. man darf sie nicht zu tragisch nehmen.¹⁾ Auch in England herrschte um 1852 eine ungesunde, als politische Kinderkrankheit längst überwundene Schwärmerei für Productivgenossenschaften²⁾.

¹⁾ Vgl. Prince-Smith's oben S. 12 angef. Abh. S. 108 und Selbst. S. 181, 189. Auch Dr. Julius Schulze, der 1881 als Hilfsarbeiter in's Reichsstatistik-Innere berufen wurde, Mitarbeiter der „Allg. Conservativen Monatschrift“, Dr. v. Nathusius³⁾ ist und früher Secretär der Mainzer Handelskammer und Hamburger Gewerbekammer war, plaidirte 1872 im G. B. S. 287-88 für die „endliche Beseitigung jeder Lohnarbeit“.

²⁾ Vgl. Brentano, Arbeitergilden Bd. I S. 175, 176, 222-226, Bd. II S. 322 ff., 334 ff.



Andererseits brauche ich, gleich Geld u. A., kaum zu versichern, daß ich der Productivgenossenschaft an und für sich freundlich gesinnt bin.¹⁾ Jeder Versuch einer Productivgenossenschaft nützt in dieser oder jener Weise der Sache der Ordnung und des gesunden socialen Fortschritts. Mißlingt er, so ist Das traurig für die Betheiligten, aber zugleich ein schlagender Beweis für das Unternehmerrisiko, für die Berechtigung des Unternehmerlohnes, — und gelingt er, so macht er selbst Socialisten zu Ordnungsmännern, zu Gegnern des Socialismus, wie sich in Frankreich,²⁾ in San Francisco³⁾ u. u. gezeigt hat. Durch reine Arbeiter-Productivgenossenschaften und namentlich durch die von Schulze-Delüsch mit Recht empfohlenen gemischten, aus Capitalisten, Technikern und Arbeitern bestehenden Productivassociationen können in einem Großstaate allnählich zahlreiche tüchtige, strebsame Lohnarbeiter Arbeiteractionäre, kleine Bourgeois werden, und diese Milderung geldoligarchisch-demokratischer, bezw. proletarischer Gegensätze durch Stärkung des gesunden Mittelstandes wäre ein großer Segen.

Mit der Industriellen Partnerschaft⁴⁾ haben sich die Gewerkvereine wenig beschäftigt. Ranisch gab indeß 1873 einen interessanten, wenn auch vielleicht einseitigen Bericht über das Ende der Borchert'schen Partnerschaft (G. B. 1873, S. 74).

Sehr interessant und praktisch bedeutsam sind dagegen gewisse Erörterungen im „Gewerkverein“ über Arbeitslöhne und Lohnpolitik.

Die Hirsch-Duncker'schen Gewerkvereine verlangen, abweichend von den englischen, kein Lohnminimum und keine Lehrzeit⁵⁾ von den sich zur Aufnahme meldenden Arbeitern. Daher kommt es, daß die meisten englischen industriellen Arbeiter, ca. 3 Millionen (nach einer von englischen Arbeitgebern angestellten, vom Examiner⁶⁾ und vom G. B. 1874 S. 129 mitgetheilten Berechnung), außerhalb der Gewerkvereine stehen, deren Mitgliederzahl von Brentano 1878 auf über 1 Million geschätzt wurde. Ueber jene $\frac{2}{3}$ Mehrheit der englischen industriellen Arbeiter fehlt es an guten wissenschaftlichen Arbeiten, die parlamentarischen Enquêtes und die Literatur beschäftigen sich vorzugsweise mit den Gewerkvereinen.

¹⁾ Vgl. Walcker, Soc. Frage S. 105.

²⁾ Vgl. den oben S. 67 angef. Aufsatz von S. W.

³⁾ Vgl. Noyes, Hist. of American Socialisme, 1870. Auch die von Noyes gegründete socialistische Gesellschaft zu Oneida hält sich für schwere Arbeiter Lohnarbeiter. Vgl. L. v. Stein in „Nord u. Süd“, Nov. 1880, S. 216.

⁴⁾ Vgl. Roscher's Rec. des bekannten Böhmert'schen Werkes im Literar. Centralblatt 1878 No. 31, Walcker, Ursachen S. 169 ff. und Thornton S. 391 ff., 462 ff.

⁵⁾ Die Statuten der Unterstützungsvereine der Buchdrucker und Hutmacher setzen im § 2 eine Lehrzeit voraus, enthalten indeß keine Bestimmung über die Länge derselben.

⁶⁾ Zum Theil abweichende Schätzungen giebt Thornton S. 173, 207, 265, 327, 333. Vgl. auch Roscher, N. Def. I § 176 Note 11.

Da die Hirsch-Dunker'schen Gewerkvereine, wie erwähnt, keinen Lohnceusus verlangen, so kommt es vor, daß an kleinen Orten alle, oder fast alle Arbeiter eines Berufszeuges zu einem Gewerkverein gehören, wie ich von gut informirter Seite gehört habe.

1870 erschien im „Gewerkverein“ (S. 61) vom damaligen Vorsitzenden des Gewerkvereins der Maschinenbauer in Spandau, Görliger, ein Leitartikel unter der Ueberschrift: „Ist die Lohnfrage durch Arbeitseinstellungen zu lösen, oder nicht?“ Der Verfasser ist gegen eine „plötzliche Lohnerhöhung für die Arbeiter aller Berufsklassen“, er führt aus, daß die Arbeiter auch Consumenten seien, daß jene Lohnerhöhung zu einer Geldentwerthung führen würde, daß die Arbeiter „nicht den geringsten Nutzen“ von jener Lohnerhöhung hätten, und er will die Zahl der Lehrlinge auf Grund der Arbeitsstatistik angemessen beschränken.

M. Hirsch führte hiergegen (S. 65 ff., 69 ff.) Folgendes aus: Die Geldentwerthung habe seit dem Mittelalter und dem 19. Jahrhundert (1492 ff., 1847 ff. zc.) solche Fortschritte gemacht, daß Lohnerhöhungen nöthig seien. „Selbstverständlich ist damit keineswegs jede höhere Lohnerhöhung gerechtfertigt.“¹⁾ Die Ausgleihung des Niveaus werde in der Nationalökonomie wie in der Physik häufig durch Reibungen verhindert, ein Kaufmann in einem Freihafen schlage gleich auf, ein Schullehrer, Gerichtsbote, oder Briefträger erhalte nur allmählig einen höheren Lohn; eine „allgemeine gleichmäßige Lohnsteigerung“ finde niemals statt, im Maschinenbau seien z. B. vor 20—30 Jahren (1840—1850) die Löhne außerordentlich gestiegen; während gleichzeitig die Leinweber Noth gelitten hätten, daher sei eine „möglichste Ausgleihung des Arbeitsverdienstes in den verschiedenen Beschäftigungen und Gegenden“ zu erstreben. „Soweit über Erhöhung des Geldlohnes. Die Frage der wirklichen Lohnerhöhung, d. h. eines größeren Antheiles der Arbeiter am Gesamterzeugniß der Nation, wird unser 3. und letzter Artikel behandeln.“ Ein Artikel unter der gleichen Ueberschrift („Hat eine allgemeine Lohnerhöhung Nutzen für die Arbeiter?“) ist nicht erschienen, M. Hirsch's Artikel über die Arbeiter-Partnerschaft (industrial partnership) S. 101 ff. sind indeß wohl als eine Fortsetzung der in Rede stehenden Artikel anzusehen.

1871 wurde als Beilage zu Berliner Zeitungen ein Circular der Berliner Bau-, Maurer- und Zimmermeister veröffentlicht, welches eine Antwort auf die Forderung der Maurergesellen war, die (wievielftündige?) Arbeitszeit um 1 Stunde zu verkürzen. In diesem Circular heißt es u. A.: „Ein Erfahrungssatz der Volkswirtschaft ist es, daß durch Steigerung der Löhne über ein gewisses Maß eine Verbilligung des Geldes eintritt; je allgemeiner diese Steigerung ist, desto größer ist die Verbilligung. Die Wirkung derselben ist, daß der

¹⁾ M. Hirsch hebt im G. B. 1873 S. 179 die oft vorkommenden Nachtheile eines plötzlich emporgeschwellten Arbeitslohnes hervor.

Arbeitnehmer zwar mehr Geld für seine Leistung erhält, aber dafür nicht mehr an nothwendigen Bedürfnissen erstehen kann, als früher bei verhältnißmäßig geringem Lohne; denn die nothwendigsten Bedürfnisse: Wohnung, Nahrungsmittel, Kleider, steigen im Preise nach Maßgabe der Lohnerhöhung über eine gewisse Grenze." M. Hirsch sah von dem speciellen Streit mit den Maurergesellen ab,¹⁾ entgegnete indeß (im G. B. S. 113) Folgendes: „In der That . . . hat eine allg. meine Lohnerhöhung nicht den geringsten Einfluß auf den Werth des Geldes . . . Die Höhe des Arbeitslohnes bezeichnet einfach die Quote, welche von dem Gesamterzeugniß eines Landes der Arbeit zufällt — steigt diese Quote, so sinkt Dem entsprechend die Quote des Capital- und Unternehmervorgewinnes. Die Preise sowohl der Waaren als des Geldes hängen im Wesentlichen nicht von dem Arbeitslohn, sondern von dem Arbeitsquantum ab, das zu ihrer Herstellung gewohnheitsmäßig erforderlich ist . . .“ Folgt eine Verufung auf Roscher, Nat. Def. I. § 173.

Ähnlich bemerkte M. Hirsch auf dem 2. Verbandstage 1873 (Verh. S. 109): „Die Pseudo-Wissenschaft im Munde der Manchestermänner [?] hat es wohl verstanden, bis in die Kreise der Arbeiter hinein die Meinung zu verbreiten, daß Lohnerhöhung für den Arbeiter nutzlos sei! In unserer Mitte sitzt ein Vertreter, der sich vor Kurzem bei der Redaction [des „Gewerkvereins“] über die Nichtaufnahme eines Artikels beschwerte, in welchem er ausführt, daß durch Strikes ein für alle Mal nichts erreicht werden könne, indem der höhere Lohn nur die Preise der Producte erhöhe. Das ist ja eine „volkswirtschaftliche Wahrheit,“ die Sie in der „Volkszeitung“ und hundert anderen liberalen Zeitungen²⁾ finden, daß die Strikes nur der thörichteste Circel sind, in dem die Arbeiter sich bewegen, weil sie Alles, was sie etwa durch die Strikes gewinnen, in den Preisen der Lebensbedürfnisse wieder hergeben müssen.“

Auch Kollmann, ein Mitglied des Ortsvereins der Schneider in Berlin, vertrat 1873 in einem Zeitartikel des „Gewerkvereins“ (S. 134) die von M. Hirsch bekämpfte Ansicht. Er sagte u. A.: „Die Vortheile, welche bei für Arbeitern günstig ausfallendes Strikes derselben zu Theil werden, sind höchstens ein paar Groschen Lohn, welche sie mehr erzielen können, wogegen gleichzeitig der Nachtheil entsteht, daß der Fabrikant die Erzeugnisse der Arbeit um so viel Procent, wie der Lohnaufschlag beträgt, in die Höhe schraubt, ein Nachtheil also für die Consumenten — und zu diesem gehören ja auch die Arbeiter!³⁾ Man nimmt mit der einen Hand, um mit der anderen zurückzugeben, was man genommen, ohne einen Nutzen daraus zu

¹⁾ Was ich ebenfalls thue.

²⁾ Möglicher Weise sind diese Citate aus dem Gedächtnisse ungenau, möglicher Weise haben die erwähnten Zeitungen nur den wahren Kern jener Uebertreibungen vertreten.

³⁾ Bon mir unterstrichen.

ziehen, und Das ist ja durch die Steigerung aller Lebensbedürfnisse zur Genüge bewiesen.“ Die Redaction, d. h. Dr. M. Hirsch, erklärte Das für „einen äußerst verbreiteten und der Arbeitersache äußerst gefährlichen (?) Irrthum.“¹⁾

Von einer Kritik²⁾ der in der That zum Theil irrthümlichen, d. h. übertriebenen Ansicht Kollann's sehe ich zunächst ab und constatiere die interessante, in Gelehrten- und Arbeitgeber-Kreisen sehr wenig bekannte Thatsache, daß Ansichten, wie die eben erwähnte Kollann'sche Ansicht, nach dem classischen, ebenso sachkundigen, als unerbätlichen Zeugniß M. Hirsch's in Arbeiterkreisen äußerst verbreitet sind. Diese Thatsache ist im Allgemeinen höchst erfreulich, denn es ist kaum anzunehmen, daß irgend welche Arbeiter sich durch die Kollann'sche Theorie abhalten ließen, oder lassen, eine gerechtfertigte (oder ungerechtfertigte) Lohnerhöhung zu fordern, und die Uebertreibungen Kollann's sind leicht zu widerlegen. Der wahre Kern, der von ihm und sehr vielen anderen Arbeitern vertretenen Ansicht ist dagegen eine werthvolle Garantie für den socialen Frieden, eine Bürgschaft dafür, daß sehr viele Arbeiter, auch in ihrem eigenen wohlverstandenen pecuniären Interesse, im Bunde mit Reformfreunden aller Classen solche Reformen erstreben werden, welche den arbeitenden Classen nützen, ohne ihnen als Consumumenten zu schaden.³⁾

Auch in Frankreich u. sind ähnliche Ansichten wie die Kollann'schen unter den Arbeitern verbreitet. Obgleich die 1878 in Lyon versammelten französischen Arbeiter⁴⁾ radicalen, halb-socialistischen und zum Theil mehr als halbsocialistischen Ansichten huldigten, so wandte sich der Deputirte aus Vienne doch „gegen die Anschauung von der Möglichkeit einer allgemeinen Steigerung der Löhne, welche, wie er ausführte, von einer allgemeinen Preißeigerung gefolgt würde.“

M. Hirsch's Reaction gegen die zu weit gehenden Ansichten von Görlicher, Kollann u. A. war bis zu einem gewissen Punkte nothwendig und berechtigt, indeß auch berechtigte Reactionen gehen häufig nach der anderen Seite zu weit. So war es auch hier, und M. Hirsch's Ausführungen gegen Görlicher und das Baumeister-Circular von 1871 stehen sogar in einem, Hirsch unbewußten, Widerspruche. Seine 1870er Ausführungen gegen Görlicher stimmen im Ganzen mit der treffenden Polemik Hermann's, Vastiat's, Brentano's, Roscher's u. A. gegen die f. g. Senior'sche Lohnfondstheorie⁵⁾ überein; während seine 1871er Ausführungen gegen das Baumeister-Circular den Senior'schen Irr-

¹⁾ Von mir unterstrichen.

²⁾ Vgl. unten auf dieser Seite.

³⁾ Vgl. unten in diesem Capitel über Entwässerungen u.

⁴⁾ Vgl. oben S. 67.

⁵⁾ Vgl. Roscher, N. Def. I § 166 Note 6 u. 7, Walder, Schutzölle S. 144 und die daselbst angeführte Literatur. Thornton ist übrigens nur ein inconsequenter halber Gegner der Senior'schen Theorie, u. selbst Brentano ist nicht ganz consequent.

thum theilen, der übrigens viel älter ist als Senior, überhaupt dem trügerischen Scheine entspricht und von Bastiat u. A. ohne specielle Bezugnahme auf Senior bekämpft wird. M. Girsch vermengt ferner mitunter zwei ganz verschiedene Arten von Fragen, nämlich:

1) Die Fragen: Waren und sind die und die bewilligten, bezw. geforderten Lohnerhöhungen berechtigt?

und 2) die Fragen: Schaden übermäßige, in Wirklichkeit vorgekommene und noch vorkommende, oder bloß hypothetisch angenommene Lohnerhöhungen gewisser Arbeiter-Berufsklassen bloß den Unternehmern und überhaupt den besitzenden Classen, oder schaden sie noch weit mehr den Arbeitern aller übrigen Berufsklassen?

Sichere Daten über allzu hohe Arbeitslöhne der Vergangenheit und Gegenwart sind nicht leicht zu sammeln, denn man darf nicht jeder beliebigen Zeitungsnachricht Glauben schenken. Die Behauptung, daß Maurer-Handlanger 1871 ff. in Berlin aus Weißbier-Gläsern Champagner getrunken hätten und in Droschken I. Classe spazieren gefahren seien, wird z. B. auch Nichtsocialisten, wenn ich nicht irre, auch von F. Mehring, bestritten. Verschiedene Fälle vorübergehend, oder dauernd allzu hoher Löhne scheinen indeß unbestreitbar zu sein.¹⁾ Andererseits kann es jedoch keinem Zweifel unterliegen, daß zahlreiche Lohnerhöhungen der Vergangenheit und Gegenwart berechtigt waren, denn durch die steigende Gold- und Silberproduction, die von M. Girsch und F. Bujarsky²⁾ mit Recht betonte Ueberschwemmung mit ungedeckten Banknoten und Papierscheinen, die steigenden Productionskosten landwirtschaftlicher Producte u. c. entstand eine f. g. Geldentwerthung, und zahlreiche Lohn- und Besoldungserhöhungen waren nur ein, zum Theil nicht einmal genügendes Aequivalent für jene Geldentwerthung.³⁾

Aus dem Gesagten darf man indeß nicht folgern, daß eine übermäßige Lohnerhöhung einiger Arbeiterclassen den übrigen Arbeiterclassen, der ungeheueren Mehrheit der Arbeiter und überhaupt des ganzen Volkes, gleichgültig sei. Die an diesen Irrthum Glaubenden übersehen, daß in letzter Instanz nicht die sogenannten Arbeitgeber, sondern die Consumenten die wirklichen Arbeitgeber sind. Die Arbeitgeber verhalten sich zu den Consumenten ähnlich wie etwa ein mit Tantiemen, vielleicht mit hohen Tantiemen vom Reingewinn besoldeter Verwalter eines Gutes, oder industriellen Etablissements zum Eigenthümer desselben. Die Richtigkeit dieses Satzes zeigt sich sofort, wenn ein Gewerbszweig ganz untergeht,⁴⁾ oder wenn der Ab-

¹⁾ Vgl. z. B. Thornton S. 193 ff., 370 u. passim u. Trümpelmann in den Theolog. Studien u. Kritiken, Jahrgang 1879, S. 419.

²⁾ Vgl. den G. B. 1873 S. 138 ff.

³⁾ Wer im Namen der Geldentwerthung Lohnerhöhungen fordert, Der muß übrigens auch zugeben, daß die unwahrscheinliche, aber doch mögliche Steigerung des Geldwerthes in Folge von Goldknappheit zu Lohnherabsetzungen berechtigen würde.

⁴⁾ Man denke an die Armbrustmacher des Mittelalters u. c., vgl. Rau, Pol. Def. II § 183 Note c.

saß stockt, weil zu viel producirt ist, oder weil die Consumenten, bezw. die Zwischenhändler, sich an andere in-, oder ausländische Unternehmer wenden. Eine nothwendige Erhöhung des Arbeitslohnes kann mitunter zum großen Theil auf Kosten des Unternehmerlohnes erfolgen, eine übermäßige Erhöhung des Arbeitslohnes einer Arbeiterklasse kann indeß nur vorübergehend dem Unternehmerlohn zur Last fallen, sie fällt auf die Dauer den Consumenten, d. h. in erster Linie den übrigen Arbeitern, zur Last,¹⁾ sie ist, ähnlich den Schutzzoll-Privilegien der Schutzzoll-Millionäre, eine Besteuerung der Massen zu Gunsten Weniger. Dasjenige, was M. Hirsch (oben S. 74) über den Arbeitslohn und das Arbeitsquantum bemerkt, soll wohl heißen, daß der Arbeitgeber und die Consumenten nichts verlieren, wenn der Lohn um 10 % steigt und wenn gleichzeitig die Arbeitsleistung um 10 oder gar 12 % steigt. Das ist unbestreitbar, beweist indeß nichts für die Senior'sche Theorie. Ebenso wenig beweist der von M. Hirsch angezogene § 173 Roscher's etwas für diese, wie erwähnt,²⁾ auch von Roscher bekämpfte Theorie. Ähnlich sagt Schmoller in seiner Schrift gegen G. v. Treitschke an einer vom „Gewertverein“ 1875 (S. 134) beistimmend citirten Stelle nach einem Plaidoyer für hohe Arbeitslöhne: „Aber daneben freilich halte ich an dem Satze fest, daß das Steigen der Löhne nicht das wichtigste, jedenfalls nicht ein für sich allein ausreichendes Mittel der Besserung sei. Ich behaupte außerdem, das Steigen sei ein zu wenig allgemeines. Es hat sich bei uns, wie anderwärts, in der Hauptsache auf die großen Städte und die Gewerbe beschränkt, die unter der besonderen Gunst der Conjunction standen.“

Auf Kosten des Unternehmergewinnes kann eine übermäßige Erhöhung des Arbeitslohnes auf die Dauer nicht stattfinden; einzelne Unternehmer können dabei vielleicht bankrott werden, auswandern, oder Rentiers³⁾ werden; indeß die übrigen Unternehmer würden die unnöthige Mehrbelastung auf die Consumenten abwälzen. Sie müssen Das um so mehr, da der Unternehmerlohn die unwiderstehliche Tendenz hat, mit der steigenden Cultur zu fallen.⁴⁾ Wenn M. Hirsch dagegen etwa auf die deutschen Schutzzoll-Erhöhungen und Restaurationen von 1879 und Ähnliches hinweisen wollte, so wäre Das unlogisch und zwar aus folgenden Gründen:

1) In England sind die industriellen und landwirthschaftlichen Schutzzölle, abgesehen vom Spiritus-Schutzzoll und gewissen Chicanen der Viehimporteure, bereits gefallen.

2) Auch Schutzzoll-Tarife vermögen nur wenigen besonders mächtigen Unternehmerclassen Privilegien auf Kosten der übrigen

¹⁾ Vgl. Roscher, N. Def. I § 97 Note 6, 210 Note 6 und Faucher in seiner Vierteljahresschr. 1869 J. 4 S. 108.

²⁾ Vgl. oben S. 75 Note 5.

³⁾ Vgl. Vamberger S. 114--116, 93, 94.

⁴⁾ Vgl. die Citate aus Roscher bei Walder Schutzzölle, S. 524.

Unternehmer, Arbeiter *zc.* zu gewähren. Durch den Zolltarif von 1879 werden z. B. Woll- und Baumwollspinner, Hohofenbesitzer *zc.* auf Kosten der s. g. Exportindustrie, der Müller, der Landwirthe, der Arbeiter *zc.* begünstigt.

3) Als Freihändler und Fortschrittsmann kann M. Hirsch die selbst von conservativen Freihändlern, ja von Schutzöllnern anerkannte Wahrheit nicht leugnen, daß die Beseitigung aller deutschen und ausländischen Schutzölle eine bloße Frage der Zeit ist.

Zu den Consumenten gehören nicht bloß die Arbeiter, sondern auch die s. g. besitzenden Classen, und eine gerechtfertigte, oder übermäßige Lohnerhöhung kann bis zu einem gewissen Grade vorübergehend, oder selbst dauernd, auf Kosten der besitzenden Classen erfolgen. Diese Wahrheit wird indeß von Manchen, z. B. von Brentano (Arbeitergilden, Bd. II S. 239) und von A. Wagner (Rede über die sociale Frage, 1871, S. 23 ff., Pol. Def. I § 9 Note 22 der 1. — Note 13 der 2. Aufl.) gewaltig übertrieben. Selbst die Rentiers, die Pensionirten *zc.*, d. h. die von G. Hirth s. g. fixirte Bevölkerung, sind in ökonomischer Beziehung keineswegs so wehrlos, als jene Autoren annehmen. Wittwen und Waisen, Offiziere, Soldaten, Invaliden der Arbeit, zahllose Subalternbeamte *zc.* leiden allerdings durch übermäßige Lohnerhöhung sehr; aber grade je größer die Lohnerhöhung ist, desto eher müssen Erhöhungen der Besoldungen und Pensionen auf Kosten der Steuerzahler, d. h. in erster Linie der Arbeiter, eintreten. Selbst Rentiers können sich zum Theil wehren. Wenn Industrieactien z. B. in Folge allzu starker Lohnerhöhungen zu niedrige Dividenden geben, so werden Rentiers und andere Capitalisten dazu veranlaßt, statt deutscher Industrieactien¹⁾ russische Prioritäten, österreichisch-ungarische Goldprioritäten, nordamerikanische Staatspapiere, ungarische Goldrente *zc.* zu kaufen, d. h. Tausenden von deutschen Arbeitern eine sonst mögliche, wenn nicht gar schon bestehende, Brod gebende Beschäftigung zu entziehen.

Brentano giebt (o. c. Bd. II. S. 233—244) Ausführungen über eine angebliche unbedingte Lohn-Interessen-Harmonie der verschiedenen Arbeiterclassen, Ausführungen, die hie und da eine triviale Wahrheit, oder einen schiefen Satz enthalten, indeß im Ganzen ein würdiges Seitenstück zu der Behauptung gewisser Schutzöllner sind, daß die Ausländer die Bölle tragen, Ausführungen, welche an die bekannten Fehl- und Trugschlüsse erinnern, durch welche im ancien régime die Unschädlichkeit, ja Nützlichkeit eines verschwenderischen Regierungssystems, allzu hoher Militärausgaben, einer allzu langen militärischen Dienstzeit, einer drückenden Steuer- und Schutzoll-Last „bewiesen“ wurden. Selbstverständlich kann es hier nicht meine Aufgabe sein, jene 9 Seiten Brentano's Satz für Satz zu besprechen und durchzucorrigiren; ich hebe nur beispielsweise einige Bruchstücke von

¹⁾ Vgl. Bamberger S. 93, 94.

Fehlschlüssen hervor. Auf S. 234 leugnet Brentano allen Ernstes, daß das Volkseinkommen eines abgelaufenen Jahres eine bestimmte Größe ist, obgleich er Dies S. 239 selbst zugiebt.¹⁾ Röstlich ist Brentano's Beweis S. 234 und 235, daß Lohnsteigerungen einer Arbeiterklasse den übrigen Arbeiterclassen nicht schaden, Brentano sagt nämlich: „Es findet in Folge einer derartigen Preissteigerung nur eine Aenderung in der Person des Nachfragenden statt; es findet dieser Aenderung entsprechend auch eine Aenderung in der Art der begehrten Producte statt; die Größe der Nachfrage nach Producten bleibt aber gänzlich dieselbe.“ Mit dieser Logik kann man auch beweisen, daß X., dem 1000 Mark von Y. gestohlen worden sind, in Wirklichkeit gar keinen Verlust hat(!), vorausgesetzt, daß Y. das Geld bald wieder „unter die Leute bringt,“ was ja in der Regel der Fall ist. Wenn irgendwo, z. B. in London, das Verhältniß der verschiedenen Unternehmer- und Arbeitslöhne gerecht ist, und wenn darauf durch irgend welche Mißbräuche, oder Conjecturen eine Verschiebung zu Gunsten einer Classe, oder einiger Classen eintritt, so kann man die Benachtheiligten nicht damit trösten, daß die Gewinnenden dafür mehr ausgeben. Man kann z. B. Schuhmachern nicht sagen: „Ihr müßt jetzt Fleisch, Thüren und Fensterahmen allzu theuer, viel theurer als früher, bezahlen, weil die Londoner Fleischer und Bantischler jetzt in Folge ihrer Preiscoalitionen allzu hohe Unternehmer-, bezw. Arbeitslöhne beziehen. Tröstet Euch indeß: in Wirklichkeit verliert Ihr gar nichts; wenn Ihr Euch in Bezug auf Euren Consum von Fleisch u. auch einschränken müßt, so gewinnen doch die Arbeiter [soll heißen: die Unternehmer, wenigstens zunächst die Unternehmer] von Champagner- und Seidenfabriken, von Goldschmiede-Geschäften u. weil die Fleischer und Bantischler ihnen jetzt mehr abkaufen, als früher.“

Mit der oben charakterisirten Logik und logischen Ausführungen ähnlichen Werthes gelangt Brentano S. 243 zu dem kühnen Schlusse: „Die Arbeiter aller Gewerbe haben schließlich Vortheil [!] von der Erhöhung des Lohnes der Arbeiter eines Gewerbes. . . .“ Dies ist nicht einmal in Bezug auf nothwendige, von der Gerechtigkeit und Humanität geforderte Erhöhungen eines Unternehmers, = oder Arbeitslohnes richtig, geschweige denn in Bezug auf übermäßige Unternehmer-, oder Arbeitslohn-Erhöhungen. Wenn z. B. der Lohn der Elementarlehrer, oder Handwerker irgendwo zu niedrig ist, so haben die übrigen Classen wohl ein Humanitätsinteresse und vielleicht auch ein militärisches²⁾ und politisches Interesse, aber sicherlich kein egoistisch-wirtschaftliches Interesse an der Erhöhung der betreff. Löhne. Dabei ist natürlich die Voraussetzung gemacht, daß die Güte der betreff. Arbeit durch ihre schlechte Bezahlung nicht gelitten hat, und Das ist häufig der Fall. Es giebt z. B. schlecht bezahlte Elementarlehrer,

¹⁾ Vgl. auch Mosher, N. Def. I § 148.

²⁾ Durch Entbehrungen kann die militärische Leistungsfähigkeit einer Classe leiden.

Subalternbeamte, höhere Beamte *z.*, die in Folge ihrer Tüchtigkeit und Pflichttreue gleich viel, ja mehr leisten, als gut, oder übermäßig hoch bezahlte Berufsgenossen.

Die Unrichtigkeit der oben bekämpften Brentano'schen Ausführungen wird von ihm selbst an einer anderen Stelle (o. c. Bd. II. S. 328) zugegeben.

Bei der schwer, ja zum Theil gar nicht zu hebenden Mangelhaftigkeit der Steuerstatistik ist es kaum möglich, einen mathematischen Beweis dafür zu führen, daß in Deutschland und anderen Culturstaaten die Einkommen der Millionen kleiner Leute zusammen vielmehr ausmachen, als die mittleren und großen Einkommen, — indeß Vieles spricht doch dafür¹⁾. Fabrikanten und Kaufleute trachten vornehmlich nach dem *s. g.* Massenabsatz, auf dem auch die Einträglichkeit rationaler Finanzzölle auf Kaffee, Zucker, Thee, Branntwein, Tabak *z.* beruht. Man darf auch nicht übersehen, daß die Entwicklungstendenz der Cultur dahin geht, durch Aufhebung der Fideicommiss und Schutzzölle und durch Beseitigung goldoligarischer Mißbräuche eine gleichmäßigere, wenn auch immerhin freisinnig-aristokratische Vermögensvertheilung zu schaffen. Es giebt ferner äußerst wenige Waaren, deren Preis für Arbeiter, kleinere Handwerker, Bauern *z.* gleichgültig ist. Rechte Diamanten und Brüsseler Spitzen kann man hier nennen; aber Sammt, Seide, goldene Trauringe und Schmuckgegenstände, Champagner, Auster und dergl. schon nicht. Fachmänner wie K. Vogt und A. halten es für möglich, Auster durch Massenproduction zu einem Volksnahrungsmittel zu machen, was in den nordamerikanischen Küstengegenden schon zum Theil der Fall sein soll. Der Unteroffizier in Gukow's „Rittern vom Geist“, der seiner Geliebten ächten Champagner zu 2 Thlr. die Flasche vorseht, ist wohl nach dem Leben gezeichnet. Auch der Preis derjenigen Waaren, bei deren Production vorzugsweise Maschinen thätig sind, hängt mittelbar sehr wesentlich von den Arbeitslöhnen ab, denn die betreff. Maschinen und Gebäude müssen ja reparirt, bezw. erneuert werden.

Am deutlichsten tritt der Schaden allzu hoher Arbeitslöhne hervor, wenn der Staat in eigenen Etablissements zu eigenem Gebrauch Kanonen, Schiffe *z.* produciren läßt. Dann muß dies Plus einfach von den Steuerzahlern getragen werden. Selbst diejenigen Arbeiter, welche eine allzu große Lohnerhöhung durchgesetzt haben, verlieren einen Theil ihres Gewinnes meist wieder in ihrer Eigenschaft als Consumenten. Wenn sie *z. B.* Maurergesellen wären, so müßten sie ihre Wohnungen theurer bezahlen, obgleich ihr Gewinn dabei, wenigstens zunächst, größer wäre, als ihr Verlust. Die übrigen Arbeiter würden dabei in doppelter Weise leiden, nämlich einmal in ihrer Eigenschaft als Miether und dann in ihrer Eigenschaft als Schuhmacher, Schneider, Tischler *z.*; denn wegen der theuren

¹⁾ Vgl. Walcker, Schutzzölle, S. 106.

Mietthen müßten zahlreiche Arbeiter und Kleinbürger ihre Nachfrage nach den Producten der genannten Arbeiter einschränken. Ebenso evident wäre der Schaden etwaiger allzu hoher Vergarbeiter-Löhne für die übrigen Arbeiter u. aller Berufsclassen.

Verschiedenheiten der Lohnhöhe sind sowohl unter verschiedenen Arbeitern desselben Berufes, als unter verschiedenen Arbeiterclassen naturgemäß; obgleich einzelne englische Gewerkvereine thöricht genug sind, die Löhne aller Arbeiter eines Berufes und Ortes, z. B. aller Maurergesellen eines Ortes, *a la L. Blanc*,¹⁾ nivelliren zu wollen. Die seltenen, oder häufigen persönlichen Erfordernisse und Selbstkosten, das Risiko, die Unterbrechungen und die Unannehmlichkeiten einer Arbeit machen eine verschiedene Höhe der Arbeitslöhne verschiedener Berufszweige naturgemäß;²⁾ indeß die wirkliche Höhe der Lohnverschiedenheiten verschiedener Berufe pflegt von diesem Gerechtigkeits-Ideale sehr wesentlich abzuweichen.³⁾ Auch hier gilt häufig das biblische Wort: „Wer da hat, Dem wird gegeben“ u. (Vgl. selbst Brentano, Arbeitergilden, Bd. II. S. 328.) Manche widerliche und gefährliche Arbeiten werden zu niedrig bezahlt, und Nähtinnen, Weber, Weichensteller, Elementarlehrer, Subalternbeamte u. werden häufig schlecht gelohnt, weil sie sich auch auf dem Wege der Association und Petition schwer, zum Theil gar nicht helfen können. Eine gewisse aristokratische Minderheit der Arbeiter, zu der je nach den Verhältnissen des betreffenden Volkes und Zeitalters bald diese, bald jene Classen gehören, hat dagegen häufig starke Chancen, durch Zunftmißbräuche und andere Mißbräuche auf Kosten der übrigen Arbeiter und Nichtarbeiter einen zu hohen Lohn zu erpressen. Nach Thornton (S. 260) sind z. B. in den Jahren 1828—1868 die Löhne der englischen Gewerkvereiner je nach dem betreff. Gewerk um 15, 25, 30 und 50% gestiegen, also in sehr verschiedenem Grade, keineswegs proportional der Geldentwerthung und dem viel gleichmäßigeren Aufschwunge aller, oder fast aller englischen Industriezweige. Die Gesellen großstädtischer Baugewerbe⁴⁾, Bäcker- und Fleischermeister⁵⁾ u., können nicht selten zu hohe Arbeits- oder Unternehmerlöhne durchsetzen. Da 50—60 Spinner einer Fabrik durch einen Strike 7—800 Weber u. zum Müßiggange zwingen können,⁶⁾ so haben sie unter sonst gleichen Umständen viel größere Chancen, eine gerechtfertigte, oder selbst ungerechtfertigte Lohnerhöhung durchzusetzen, als die 7—800 Weber u. Kurz, der f. g. Lohnkampf zwischen der Arbeit und

¹⁾ Vgl. Roscher, N. Def. I § 167 Note 6.

²⁾ Vgl. Roscher § 167—170.

³⁾ Vgl. Roscher § 170 den Text und Note 1. Aehnlich große Verschiedenheiten des Unternehmergewinnes verschiedener Berufsclassen sind in freihändlerischen und zum Theil selbst in schützöllnerischen Ländern kaum möglich. Vgl. Roscher § 180.

⁴⁾ Vgl. Roscher § 176 Note 7 und 10, Thornton 299 ff., 317, 318.

⁵⁾ Vgl. Thornton S. 318, Walcker, Schützölle, S. 320, 321.

⁶⁾ Vgl. Roscher § 176 N. 9, Thornton S. 281.

dem Capital ist in Wirklichkeit vielmehr ein Lohnkampf zwischen den verschiedenen Classen der Arbeiter selbst, und das Volkswohl verlangt, daß die öffentliche Meinung, die Volkssitte, die Gesellschaft und unter Umständen, z. B. beim Kampfe gegen Zunftmißbräuche, selbst der Staat diejenigen Arbeiterclassen moralisch und juristisch unterstützen, welche Gefahr laufen, zu wenig Lohn zu erhalten, und diejenigen, nach Land und Zeit wechselnden Arbeiterclassen in ihre Schranken zurückweisen, welche durch Zunftmißbräuche, oder andere Mißbräuche einen zu großen Theil des Volkseinkommens an sich zu reißen streben.

Auch für die praktische Socialpolitik, für die Strategie und Taktik der socialen Kämpfe, ist diese alte Wahrheit von großer Wichtigkeit, wie auch zwei hervorragende socialpolitische Antipoden, nämlich, Bamberger (S. 102) und Brentano (Die „wissensch. Leistung“ 2c. S. 18) ziemlich übereinstimmend hervorheben; denn Brentano's Redensarten von „hezen“ und „hassen“ sind ebenso parteiisch und unwissenschaftlich, als wenn Jemand sagen wollte, Luther, Joseph II., Stein und Hardenberg hätten die Laien, bezw. die Hörigen aufgehebt. Ausnahmsweise mag es ja vorkommen, daß ein englischer Fabrikant in seiner Vertheidigung der Interessen der ungelerten Arbeiter und überhaupt des Publicums zu weit geht; indeß auch hier gilt der Satz: *abusus non tollit usum*. Jene ungelerten Arbeiter, welche unter der Tyrannei einiger englischer Gewerkvereine, z. B. der Bauhandwerker in Lancashire, leiden,¹⁾ sind doch so zu sagen auch Menschen und Staatsbürger.

Uebermäßige Lohnerhöhungen sind also in der Regel nur in Betreff des extremen Theiles der Arbeiteraristokratie auf Kosten des maßvollen Theiles derselben Aristokratie sowie der Demokratie der Arbeiter, d. h. der Arbeitermassen, sowie überhaupt auf Kosten des ganzen übrigen Volkes zu besorgen.

Der Socialdemokratismus ist schon deshalb ein bewußter oder unbewußter Schwindel, weil er die Wahrheit ignoriert, daß die von ihm allen Arbeiter-Berufsclassen versprochene riesige Steigerung ihres Einkommens im geträumten Socialistenstaate hauptsächlich auf Kosten der Consumenten, d. h. in erster Linie der Arbeitermassen selbst, erfolgen müßte, d. h. eine objective Unmöglichkeit ist. Wenn man einen Socialdemokraten in Verlegenheit setzen will, so braucht man ihn nur, nach dem Muster praktischer Amerikaner,²⁾ zu fragen, nach welchen Principien der Antheil der verschiedenen Arbeiterclassen der Groß- und Kleinindustrie, der Landwirthschaft 2c. am Volkseinkommen im Zukunftsstaate bestimmt werden soll. Wenn ein social-

¹⁾ Vgl. auch Brentano selbst Arbeitergilben, Bb. II S. 188, 328.

²⁾ Vgl. Walder, Schutzölle S. 606, 607.

demokratisches, aus Mitgliedern aller Berufsclassen bestehendes, constituirendes Parlament diese heikle Frage entscheiden sollte, so würde es ähnlich gehen, wie unter Gassenjungen, unter welche Jemand Geldstücke geworfen hat, d. h. die Vertreter der verschiedenen Berufsinteressen würden sich schimpfen und prügeln. Beides soll auf einigen Congressen der socialdemokratischen „Internationalen Friedens- und Freiheitsliga“ schon vorgekommen sein.

Manche Kornzöllner argumentirten 1879 folgendermaßen: In verschiedenen Gegenden Deutschlands ist der Kornpreis ohnehin verschieden, in Königsberg beträgt er z. B. n und in Constanz $n + m$ Mark, folglich kommt es den Consumenten nicht (!) darauf an, ob sie noch z Mark (den Kornzoll nebst Zollespesen) zahlen, oder nicht. Das ist eine grobe Sophistik, welche die Thatfache nicht aus der Welt schafft, daß die Königsberger wie die Constanzer Consumenten mit z Mark zu Gunsten der kornbauenden Landwirthe, insbesondere der Großgrundbesitzer, belastet worden sind. Uebrigens sagen Manche: „Der Preis aller, oder fast aller Waaren hängt von zahlreichen vertheuernden und verbilligenden Factoren, nicht bloß von der Höhe der Arbeitslöhne ab.“ Das ist richtig, aber man darf nicht fortjahen: „Folglich ist es für die Consumenten gleichgültig, ob der Arbeitslohn in einem Productionszweige um n Mark erhöht wird, oder nicht.“ Auch wenn eine ungerechtfertigte, oder selbst eine gerechtfertigte Lohnerhöhung von n Mark durch verbilligende Factoren, z. B. durch technische Fortschritte, theilweise, oder ganz, vorübergehend, oder dauernd, compensirt wird, so haben die Consumenten, d. h. in erster Linie die übrigen Arbeiter, in der Regel n Mark mehr für die betreffenden Waaren zu zahlen, als sie sonst zahlen müßten. Die Arbeiter und die übrigen Staatsbürger haben daher ein dringendes pecuniäres Interesse daran, solche Reformen durchzuführen, welche die wohlverstandenen, berechtigten Interesse aller Volksclassen befördern, welche den arbeitenden Classen nützen, ohne ihnen als Consumenten zu schaden¹⁾ (natürlich mit dem Vorbehalt der Unvollkommenheit in allen menschlichen Dingen). Man muß dabei übrigens genau rechnen. Manche erheben z. B. ein großes Geschrei über kleine und vorübergehende Verluste, die sie durch eine Reform erleiden, verschweigen aber, daß sie vorher durch unverdiente, künstliche Extragewinne im Voraus eine sehr viel größere Entschädigung für ihre Verluste erhalten haben. Man denke z. B. an Fabrikanten, welche durch eine Papiergeldentwerthung (und Schutzzölle) enorme Gewinne gehabt haben und mit Unrecht klagen, wenn sie bei der Wiederherstellung einer Metallwährung vorübergehend etwas verlieren. Solche, welche durch die Beseitigung reiner Mißbräuche Verluste erleiden, z. B. Geheimmittelschwindler, haben natürlich gar kein Recht, sich zu beklagen; denn

¹⁾ Nähere Ausführungen über solche Reformen findet man in meinen oben S. 2, 13, 14, 23 angef. Schriften.

Niemand hat ein Recht darauf, seine Mitmenschen zu betrügen. Ebenso wenig dürfen diejenigen sich beklagen, welche durch das Gesetz, oder die Volkssitte genöthigt werden, von irgend einer Uebertreibung einer an und für sich berechtigten Forderung, von irgend einer Ueberschneidung ihrer Mitmenschen abzustehen. Diejenigen endlich, welche bei einer Reform wirklich, wenn auch vorübergehend, verlieren, müssen, wie auch Bastiat anerkennt, durch Staatsvorschüsse, oder dergleichen entschädigt werden. Man denke z. B. an Arbeiter, welche durch neue Maschinen vorübergehend brodblos werden, aber eben wegen dieses technischen Fortschritts bald mehr verlangt und besser bezahlt werden, als früher.¹⁾

Es ist hier natürlich nicht der Ort, jene gemeinnützigen Reformen eingehend zu besprechen, oder auch nur vollständig aufzuzählen. Ich will nur hervorheben, daß dieselben etwa in folgender Weise classificirt werden können:

1. Productions-Reformen.
2. Vertheilungs-Reformen.
3. Consumtions-Reformen.

Die Productions-Reformen hängen noch mehr von dem allgemeinen Culturzustande des betreffenden Volkes, als von dem Maße des in der ganzen Welt vorhandenen technischen Wissens und Könnens ab. Die Mehrzahl der civilisirten und halbcivilisirten Menschen aller Erdtheile besteht z. B. aus Katholiken, und Nichts würde daher der Production einen gewaltigeren Aufschwung²⁾ geben, als der Sieg culturfeindlicher katholischer (oder protestantischer) Richtungen über den culturfeindlichen, jesuitischen Ultramontanismus, dessen Bestreben dahin geht und gehen muß, das Schulwesen in einem möglichst schlechten Zustande zu erhalten, dem gar keine Volksschulen noch viel lieber sind, als noch so schlechte Volksschulen. Gewisse Ultramontane haben z. B. im Interesse ihrer Machtstellung und der Peterspfennig-Sammlungen³⁾ die von vielen Millionen geglaubte Fabel vom verfaulten Kerkerstroh des Papstes in Cours gesetzt, und der Geist der Kritik, der Reform, des Unternehmungsgeistes ist untheilbar. Herrscht er auf dem Gebiete der landwirthschaftlichen und gewerblichen Technik, so läßt er sich auch auf dem religiös-kirchenpolitischen und politischen Gebiete auf die Dauer nicht unterdrücken.

Durch eine rationellere, intensivere Landwirthschaft mit stärkerer Viehzucht und stärkerem Handelspflanzenbau, durch Ent- und Bewässerungen, Wiederbewaldungen, Rodungen, eine colonisatorische deutsche Auswanderung nach den nichtdeutschen Theilen des Deutschen Reiches und Oesterreich-Ungarns zc. könnten die Landwirthschaft, die Industrie und der Handel beider Großstaaten sehr gehoben werden.

Bei den Vertheilungs-Reformen muß man nicht bloß

¹⁾ Vgl. Roscher, Ansichten der Volkswirthschaft, Bd. II.

²⁾ Vgl. Walder, Schulzelle, S. 638.

³⁾ Vgl. Walder o. c. S. 80.

an Bohnfragen, die Verschlagung der Latifundien und die Beseitigung der Schutzzölle und sonstiger geldoligarchischer Mißbräuche, z. B. der Gründerbetrügereien, sondern auch an die Bekämpfung der Todten Hand, der allzu hohen Bischofsgagen und der Sinecuren Englands und anderer Länder, an Verkoppelungen, Zusammenlegungen von Zwergwirthschaften, die Aufschließung Afrikas und Asiens für den Welthandel u., denken.

Zu den Consumtions-Reformen gehören nicht bloß der Kampf gegen Verschwendungen aller Classen,¹⁾ sondern auch die Vermeidung unnützer Kriege,²⁾ Ueberspeculationen, Fabrik- und Hüttenwerks-Bauten, Verbesserungen der industriellen und häuslichen Feuerung u.

Bei der organischen Natur der Volks- und Weltwirthschaft ist es natürlich, daß viele Reformen sowohl als Productions-, wie als Vertheilungs- und Consumtions-Reformen betrachtet werden können. Man denke z. B. an Verkoppelungen und die locale Decentralisation der Industrie, des Handels und der Bevölkerung.³⁾

In Betreff der Arbeitszeit⁴⁾ muß man sich sowohl vor einer zu langen, als zu kurzen Dauer derselben hüten. Eine allzu lange Arbeitszeit widerspricht nicht nur der Humanität, sondern sie gefährdet auch die wirthschaftliche und die militärische Leistungsfähigkeit des Volkes. Von erschöpften Arbeitern kann man nur geringe und schlechte Leistungen erwarten; eine maßvolle Abkürzung einer allzu langen Arbeitszeit hat sich daher stets auch für die Arbeitgeber als vortheilhaft erwiesen,⁵⁾ die Leistung der Arbeiter ist sich gleich geblieben, oder gar gestiegen, und die Unternehmer sparen außerdem an Beleuchtung und Feuerung. Trotzdem existiren in Deutschland und anderen Ländern noch so manche allzu lange Arbeitszeiten für Kinder⁶⁾, die in der Fabrik oder Hausindustrie beschäftigt sind, für Weichensteller, Bahnwärter und Locomotivführer, junge Mädchen, die in gewissen Confectionsgeschäften arbeiten, mitunter auch für erwachsene Arbeiter und Arbeiterinnen.⁷⁾

Andererseits darf man auch nicht für eine zu kurze Arbeitszeit

¹⁾ Vgl. Roscher, N. Def. I § 78 N. 2, Walcker, Soc. Frage, S. 113. Roscher tadelt es irgendwo mit Recht, daß die englischen (und nichtenglischen) Arbeiter meist soviel Geld für Tabak, Bier u., d. h. für flüchtige, den Frauen und Kindern nicht zu gute kommende Genüsse der erwachsenen Männer ausgeben.

²⁾ Durch Abkürzungen der Dienstzeit u. lassen sich übrigens nicht so große Ersparnisse erzielen, als die Laien im Gegensatz zu W. Rüßow, Graf Molke u. A. meist glauben; vgl. Walcker, Schutzzölle u. S. 303.

³⁾ Vgl. das Sachregister der vorlieg. Schrift unter „Decentralisation“ u.

⁴⁾ Vgl. auch oben S. 6, 28, 34, 38.

⁵⁾ Vgl. A. Cunningham, Allg. Gewerkslehre, 1868, S. 78 ff., den im G. B. 1871 S. 181 angef. Bericht des Mittelrhein. Fabrikantenvereins, Brentano in den Eisen. Verh. von 1872 S. 21, Walcker o. c. S. 294.

⁶⁾ Im Widerspruch mit den gesetzlichen Bestimmungen über Kinderarbeit vgl. den G. B. 1873 S. 23 und Stieba a. a. D.

⁷⁾ Vgl. den G. B. 1869 S. 50, 80, 1875 S. 183, 203.

schwärmen. Wenn eine Arbeiterklasse oder einige Arbeiterklassen eine zu kurze Arbeitszeit expressen, so läuft Das einfach auf eine Besteuerung aller übrigen Staatsbürger, insbesondere aller übrigen Arbeiter, zu Gunsten der betreffenden Faulenzer hinaus. Eine allzu kurze Arbeitszeit aller höheren, mittleren und niederen Berufsclassen ist in Wirklichkeit kaum jemals zu befürchten (abgesehen etwa von tropischen Ländern und ultramontan-indolenten Völkern). Für Länder wie Deutschland würde jene allzu kurze Arbeitszeit einfach darauf hinauslaufen, daß die Arbeiter und überhaupt alle Staatsbürger, mit Ausnahme der reichsten, sich in Bezug auf Wohnung, Kleidung, Nahrung, Comfort etc. viel schlechter stehen würden, als bisher. Wenn die Einführung einer allzu kurzen Arbeitszeit für eine Arbeiterklasse durch ein entsprechendes Sinken des Lohnes compensirt wird, so haben nur die Faulenzer, aber nicht die übrigen Arbeiter und Nichtarbeiter einen Schaden davon. Das Sinken des Lohnes kann sowohl auf eine Lohnreduction als auf die Stagnation des Lohnes gegenüber anderen steigenden Löhnen hinauslaufen.

Die 10stündige Arbeitszeit, von welcher die 1868 und 1869 verfaßten Statuten der deutschen Gewerkvereine sprechen, entspricht ungefähr den damaligen Bestrebungen der englischen Gewerkvereine.¹⁾ Der 13. Congreß der Letzteren nahm indeß 1880 (nach dem G. B.) eine Resolution an, in welcher eine wöchentliche Arbeitszeit von höchstens 51 Stunden, also von 8½ Stunden täglich, empfohlen wurde.²⁾

Das nordamerikanische Ideal (täglich 8 Stunden für Arbeit, 8 Stunden für Essen, Schlaf etc, 8 Stunden für Ruße) würde nach Roscher (N. Dek. Bd. I., 14. Aufl., § 173 N. 6) nur bei sehr geistig thätigen Völkern unschädlich sein.

Auf dem 2. Verbandstage der Deutschen Gewerkvereine 1873 plaidirte ein Danziger Schiffszimmerer mit Berufung auf die amerikanische Achtstundenarbeit unter „großer Heiterkeit“ der Versammlung für eine 8½, höchstens 9stündige Arbeitszeit, inclusive der 2 Stunden Pause, also so zu sagen für eine Netto-Arbeitszeit von 6, höchstens 7 Stunden. Diese Forderung scheint ganz, oder vorwiegend ein Scherz gewesen zu sein.

Schon die Forderung einer 8stündigen Arbeitszeit dürfte auf die Einführung eines neuen Privilegiums und zwar diesmal zu Gunsten der handarbeitenden Classen hinauslaufen, denn die meisten Glieder der mittleren und höheren Classen dürften mehr als 8 Stunden täglich arbeiten, und die geistige, oder halb geistige Arbeit ist nicht minder anstrengend als die körperliche Arbeit. Eine rein geistige Arbeit hat übrigens fast Niemand, die meisten Geistesarbeiter haben sehr viel zu schreiben etc.

Die angemessene Länge der Arbeitszeit der verschiedenen niederen

¹⁾ Vgl. M. Hirsch's Bittauer Vortrag S. 7.

²⁾ Vgl. auch Brentano, Arbeitergilben Bd. I S. 163, Bd. II S. 85—99, 355, 356.

und höheren Berufsclassen ist eine Thatfrage, deren Beantwortung schwieriger ist, als die Meisten glauben. Wenn die Arbeiter eines bestimmten Productionszweiges bei einer n -11stündigen (z. B. 9stündigen) Arbeitszeit ebenso viel leisten wie bei einer n stündigen (z. B. 10stündigen), so ist damit keineswegs immer bewiesen, daß die n -11stündige Arbeitszeit der n stündigen vorzuziehen ist. Wenn die Arbeiter sich bei der kürzeren Arbeitszeit so anstrengen müssen, daß sie vorzeitig Invaliden werden, so ist die längere Arbeitszeit vorzuziehen.

Die wichtige Frage, ob es sich nicht empfiehlt, neben der Mittags- und Frühstückspause noch andere kleine Pausen einzuführen, event. mit theilweiser Verkürzung der Mittagspause, ist meines Wissens in der nationalökonomischen und medicinischen Literatur noch nicht erörtert worden. Die technischen Schwierigkeiten der Sache dürften nicht unüberwindlich sein, und der etwaige Verlust an Feuerungskosten dürfte durch die vermehrte Arbeitsfrische und Arbeitsenergie der Arbeiter, wenigstens in vielen Industriezweigen, aufgewogen werden.

Eine maßvolle, nicht zu lange Arbeitszeit ist auch im Interesse der von den Gewerkvereins-Statuten (§ 3, 1) mit Recht geforderten humanen Bildung der Arbeiter nothwendig, welche auch im pecuniären und politischen Interesse der Arbeitgeber und überhaupt des Staates liegt.¹⁾

Auch die von den Gewerkvereinen geforderte Vereinbarung jeder neuen Fabrik-, resp. Arbeitsordnung ist wenigstens im Allgemeinen ein billiges Verlangen.²⁾ Es ist auch wünschenswerth, daß die Arbeiter der Fabriken, landwirthschaftlichen Betriebe u. darauf bringen,³⁾ daß die nöthigen Sicherheitsvorkehrungen getroffen werden, und daß jeder neu eintretende Arbeiter in Betreff der beim Betriebe vorkommenden Gefahren von den Werkführern u. unterwiesen wird.

Die Haftpflichtgesetz-Frage⁴⁾ ist natürlich auch von den Gewerkvereinen viel erörtert worden.⁵⁾ Der verstorbene Stralsunder Gymnasiallehrer Dr. F. v. Gruber schlug 1871 (nach dem G. B.) einen Zusatz zum Gesetz vor, wonach den Arbeitern das Recht zustehen

¹⁾ Vgl. oben S. 54, 58, 59 u. unten Cap. V.

²⁾ Vgl. F. Schulze in Eisen. Verh. von 1872 S. 105, 1874 S. 54, F. J. Neumann in den Eisen. Gutachten von 1873 S. 193, 194.

³⁾ Vgl. unten S. 87, 88 (den v. Gruber'schen Vorschlag).

⁴⁾ Vgl. Braun-Wiesbaden und die Verh. des Mainzer Volkswirth. Congr. in Jaucher's Viertelj. 1869 S. 1 S. 229 ff., S. 3 S. 245 ff., Schmoller und Dannenberg in den Eisen. Verh. von 1877 S. 202, 226, Prof. Viedermann's Artikel in der „Gartenlaube“ 1880, A. Helb, Baron u. A. in den Eisen. Gutachten von 1880 und Walcker Soc. Frage S. 118, Schutzölle S. 295, 589, 590, 703.

⁵⁾ Vgl. den G. B. 1871 S. 72 (wo Prof. Viedermann's, Ulrich's und Websky's bezügliche Verdienste hervorgehoben und der f. g. Lasker-Paragraph bekämpft wird), die Verh. des 4. Verb. S. 27 ff., die Verh. des 5. Verb. S. 15 ff., die interessante Reichsgerichts-Entscheidung im G. B. 1880 S. 170.

soß, durch eine erwählte Commission den Unternehmer auf gefahrbrohende Mängel der Einrichtung oder Abnutzung aufmerksam zu machen. Im Falle der Nichtbeachtung soll mit Recht unbedingte Haftpflicht eintreten.

M. Hirsch und der Reichstagsabgeordnete Wöllmer verlangten 1880 mit Recht, daß die Versicherungsgesellschaft nicht zahlen soll, wenn der Unternehmer schuldig ist,¹⁾ damit die Sicherheitsvorkehrungen nicht vernachlässigt werden. Die allein auf Preußen fallende Zahl von 6000 Tödtungen und Verwundungen jährlich²⁾ kann und muß bedeutend vermindert werden. Schon aus diesem Grunde würde der 1881 publicirte Entwurf eines Reichs-Unfallversicherungs-Gesetzes sehr schädlich, inhuman, unchristlich wirken, wie auch der Eisenformer und Gewerkvereins-Vertreter Ramien im Volkswirtschaftsrathe hervorhob (G. B. 1881 S. 18).

Eine im Ganzen durchaus treffende Kritik dieses Gesetzesentwurfes³⁾ hat M. Hirsch (im G. B. 1881 S. 17 ff.) gegeben. Das von ihm angezogene Baron'sche Gutachten fällt um so mehr in's Gewicht, als Baron zum Staatssocialismus neigt, wie seine 1878 ff. im „Staatsocialist“ und in „Nord und Süd“ erschienenen Aufsätze zeigen.

Da manche große und kleine Arbeitgeber bankrott werden, so liegt es nahe, die Unfallversicherung für die Unternehmer obligatorisch zu machen. Das würde indeß voraussetzen, daß der Staat (d. h. das Reich) Normativgesetze für solche Versicherungsgesellschaften erläßt und durch seine Controle eine Art moralischer Garantie für eine genügende Höhe der Prämiensätze und für die Solidität der betreff. Anstalten übernimmt, was seine Schwierigkeiten und Bedenken hätte.

Die Einigungsämter-Frage ist von M. Hirsch zuerst in seiner (vergriffenen) Broschüre: Normalstatuten für Einigungsämter⁴⁾ nebst Geschäftsordnung und Erläuterungen, 3. vermehrte Aufl., 1872, behandelt worden. Diese Statuten sind nach seiner eigenen Angabe fast vollständig den Mundella'schen Statuten nachgebildet. Hirsch be-

¹⁾ Vgl. die Gewerkvereine und die Baare'sche Deutschrift Berl. 1880, S. 13, 14, 26, 27. M. Hirsch constatirt daselbst S. 10 auch, daß Hammacher der eigentliche Urheber des § 4 des Haftpflichtgesetzes ist.

²⁾ Vgl. M. Hirsch a. a. O. S. 14.

³⁾ Dieselbe ist unter dem Titel: Das Reichs-Unfallversicherungs-Gesetz und die Arbeiter. Referate der Herren Dr. M. Hirsch und H. Ramien zc. 1881 auch als Sonderabdruck erschienen. Die 2. Aufl. berücksichtigt auch die vom Bundesrathe vorgenommenen Veränderungen des Entwurfes. Vgl. auch Dr. F. Blum's Broschüre: Die erste Frucht des Staatsocialismus, 1881.

⁴⁾ Dieselben sind auch bei Polke, Die Gewerkvereine, 1879, S. 32, 54 ff. abgedruckt. Vgl. auch die Berh. des 2. Verb. S. 196 ff., die Eisen. Gutachten über Fabrikgesetzg. zc. 1873, Brentano, Ueber Einigungsämter. Eine Polemik Herrn mit Dr. A. Meyer, 1873, die 1877er Berh. des Vereins für Socialpolitik S. 196, 197, 225, Thornton S. 338 ff., Brentano, Arbeitsverhältniß zc. S. 146 ff., 264 ff. S. 348 ff. ist daselbst das bezügliche englische Gesetz von 1872 mitgetheilt.

trachtet in dieser Schrift das Dettle'sche Schiedsamt als eine, womöglich zu überspringende Vorstufe zum Mundella'schen Einigungsamt. Die Geschäftsordnung enthält u. A. die Bestimmung, daß factische Verichtigungen gänzlich unzulässig sind. Diese Bestimmung findet sich in allen Geschäftsordnungen der Gewerksvereine und hat den Zweck, eine verkappte Wiederaufnahme der Debatte zu verhindern.

In Eisenach äußerte M. Hirsch 1872 (Verh. 160), er sei früher gegen eine Zwangsexecutive des Einigungsamtes gewesen, er sei indeß durch die Wortbrüchigkeit mancher Arbeitgeber und Arbeiter anderen Sinnes geworden.

M. Hirsch und Brentano legten 1873 dem Verein für Socialpolitik zwei wesentlich verschiedene, in den Verhandlungen des Vereins (S. 164 ff.) abgedruckte Gesetzentwürfe vor, durch welche den Entscheidungen freiwillig und richtig gebildeter Einigungsämter¹⁾ Rechtskraft verliehen werden sollte. Aus dem M. Hirsch'schen Gesetzentwurf ist Folgendes hervorzuheben. Die Competenz eines Einigungsamtes kann sich auf das ganze Deutsche Reich erstrecken. Die Einigungsvertreter versehen ihr Amt, abgesehen von Reisekosten zc., unentgeltlich. Behufs Entscheidung bei Stimmengleichheit kann ein Obmann gewählt werden. Das Einigungsamt kann sich Bücher, Documente und Rechnungen vorlegen lassen. Dabei ist wohl vorausgesetzt, daß die Mitglieder eidlich zur Discretion verpflichtet werden, was im Brentano'schen Entwurfe ausdrücklich erwähnt ist. Die wichtigsten Bestimmungen des M. Hirsch'schen Entwurfes sind folgende:

„§ 19. Solche Einigungsgenossen, die wiederholt und absichtlich den Entscheidungen des Einigungsamtes oder eines Schiedsamtes (§ 6) zuwider handeln, insbesondere sich der Verletzung der vereinbarten Arbeitsbedingungen (Arbeitscontractbruch) schuldig machen, können durch Beschluß des Einigungsamtes zeitweilig aus der Einigungsgenossenschaft des ganzen Reiches ausgeschlossen werden. Ist der Ausgestoßene ein Arbeitgeber, so ist es Ehrensache der Arbeitnehmer-Einigungsgenossen, während der bestimmten Zeit nicht bei ihm, oder für ihn zu arbeiten; ist der Ausgestoßene ein Arbeitnehmer, so ist es Ehrensache der Arbeitgeber-Einigungsgenossen, ihn nicht zu beschäftigen.“ M. Hirsch bemerkt hierzu: „Dieser letzte Satz gehört eigentlich in das Gesetz, ist vielmehr nur zur Erläuterung hinzugefügt.“

„§ 20. Sind contractbrüchige Einigungsgenossen Mitglieder eines anerkannten Coalitionsvereins (Gewerkvereins), so ist dieser verpflichtet, im Falle fruchtloser Execution die Entschädigungen und Ordnungsstrafen für seine Mitglieder zu zahlen und bei wiederholtem absichtlichem Contractbruch dieselben zeitweilig auszustoßen.“

¹⁾ Zwangs-Einigungsämter sind natürlich eine andere Sache, vgl. Brentano a. a. O. S. 172.

Ein anerkannter Coalitionsverein, welcher nachweisbar einem, oder mehreren seiner Mitglieder zum Contractbruch, oder zur Verletzung anderer Einigungsamtsbeschlüsse durch Reiseunterstützung und dgl. mit Absicht behülflich ist, kann als solcher zeitweilig aus dem Einigungsamte ausgestoßen werden; findet eine solche Unterstützung wiederholt statt, so wird auf Antrag des Einigungsamtes der Gewerksvereine von den ordentlichen Gerichten der staatlichen Anerkennung und aller daraus fließenden Rechte verlustig erklärt."

Die wichtigste Bestimmung des Brentano'schen Entwurfes ist folgende:

"§ 10. Gewerksvereine von Arbeitgebern, oder Arbeitnehmern, welche diesen Bedingungen sich unterwerfen und als Garantie ihrer Beobachtung derselben bei der Communalbehörde des Ortes, an dem das Einigungsamt seinen Sitz hat, eine je nach der Kopffzahl ihrer Mitglieder kleinere, oder größere Cautiön hinterlegen, erhalten Corporationsrechte. Werden fällige Straffsummen nicht von den Gewerksvereinen bezahlt, so werden dieselben den hinterlegten Cautiönen entnommen; werden die so geschmäälerten Cautiönen nicht wieder ergänzt, so werden die Corporationsrechte den Gewerksvereinen wieder entzogen."

Verwandte, sehr beachtenswerthe Einrichtungen und Vorschläge werden von Roscher (Nat. Def. I § 177 Note 8) erwähnt.¹⁾

Das Einigungsamt bildet gleichsam die gesetzgebende, das gewerbliche Schiedsgericht die richterliche Gewerksbehörde, beide Institute fließen daher vielfach ineinander über.²⁾

Der Entwurf zu einem Reichsgesetze über Gewerksgerichte scheiterte 1878 an der Frage der Bestätigung des Vorschlagenden durch die Regierung.

Es ist unleugbar, daß Einigungsämter sich in England, Deutschland u. in einer Reihe von Fällen bewährt³⁾ haben. M. Hirsch sagte z. B. 1873 in Eisenach, die Erfolge der Einigungsämter würden von den meisten Zeitungen todt geschwiegen [größtentheils wohl nur übersehen]: „Der gewöhnliche Zeitungsleser . . . hat nie erfahren, daß schon seit dem J. 1870 in Grünberg, in Guben, in Danzig, in Berlin, in Stralsund, Barth und Rügen, in Rostock, in Diebrich⁴⁾ Einigungsämter, meist auf Betreiben der Gewerksvereine, errichtet und so manchen drohenden, oder bereits ausgebrochenen Strike weggeräumt, so manche nützliche und humane Einrichtung geschaffen haben. Man hat es nie gewußt, oder sehr schnell vergessen, daß die riesige Aussperrung in den Berliner Bauhandwerken im Frühjahr 1872 während der höchsten Höhe der Wohnungsnoth durch die Gewerksvereine vermittelst

¹⁾ Vgl. auch Constantin Mößler in den Eisen. Verh. von 1874, S. 53.

²⁾ Vgl. M. Hirsch a. a. D. S. 163.

³⁾ Wie auch der Volkswirthsch. Congreß zu Lübeck 1871 anerkannte.

⁴⁾ Vgl. Polke, Gewerksvereine 1875 S. 26.

Einigungsamtes beseitigt wurde.“ Letzteres wurde in Eisenach (Verh. S. 132) auch von Dr. Hilse, dem Syndicus der Berliner Bau-, Maurer- und Zimmermeister, trotz seiner sonstigen Gegnerschaft gegen die Gewerkvereine, dankend constatirt.

Andererseits muß man sich indeß vor einer Ueberschätzung der Einigungsämter hüten¹⁾.

1) Auch das beste Einigungsamt kann direct nur in solchen Fällen wirken, wo es gilt, einen gewissen mittleren Durchschnitt zwischen den Forderungen beider Theile zu ziehen, oder einem der beiden Theile einfach Recht zu geben, was ja auch vorkommen kann. Die Ursachen des Uebels können indeß tiefer liegen, sie können volkswirtschaftlicher Natur sein. Durch Schutzzölle, ungedeckte Banfnoten, Gründer u. kann z. B. eine Ueberspeculation und Geschäftsstockung hervorgerufen sein, die Rentabilität der Fabrik kann wegen der theueren großstädtischen Mieten und Lebensmittelpreise nur durch eine Verlegung der Fabrik gewahrt, bezw. gesteigert werden²⁾, auswärtige Schutzzölle oder Kriege können den Absatz stören u. Auch in den genannten Fällen können Einigungsämter und überhaupt eine erhöhte Bildung der arbeitenden Classen übrigens viel Nutzen schaffen. A. Wagner's Behauptung, daß die Gewerkvereine den Arbeitern nur bei steigenden Conjunctionen und Preisen nützen, nicht auch bei fallenden, ist unrichtig; denn die Gewerkvereine verfolgen noch viele andere Zwecke, als eine Erhöhung des Arbeitslohnes, und auch in Baißzeiten können Gewerkvereine den Arbeitern vielfach nützen, z. B. indem sie eine unnötige, oder übermäßige Herabdrückung der Löhne verhindern. Gewerkvereine können und sollen ferner Industriekrisen vorbeugen, oder dieselben wenigstens mildern.³⁾

2. Die erzielte Einigung hält mitunter nicht lange vor, wie z. B. 1873 bei den Buchdruckern.⁴⁾

3. Das Einigungsamt kann mitunter von reichen Fabrikanten vermittelt bestochener Arbeiterführer dazu gemißbraucht werden, um unbequeme, wenn auch schwächere Concurrenten zu chicaniren oder todt zu machen, wie Thornton (S. 234 ff.), Faucher's Vierteljahrsschrift (1869 S. 3 S. 300 ff) und Roscher (N. Def. I § 176 N. 13) mit Bezug auf englische Vorkommnisse hervorgehoben haben.⁵⁾ In Betreff eines nebensächlichen Punctes mögen Brentano's⁶⁾ Ausführungen gegen Faucher richtig sein; im Allgemeinen sind indeß Faucher's Angaben, die auch durch Thornton bestätigt werden, nicht zu bezweifeln. Auch in Deutschland sind ähnliche Fälle vorgekommen, wie

¹⁾ Vgl. auch Dannenberg, Das Handwerk, S. 139 ff.

²⁾ Vgl. oben S. 20.

³⁾ Vgl. oben S. 54, 58, 59.

⁴⁾ Vgl. M. Hirsch a. a. D. S. 155, 156, 193.

⁵⁾ Vgl. auch Walder, Schutzzölle S. 544.

⁶⁾ Vgl. Brentano, Ueber Einigungsämter u. S. 46 ff.

der rheinische Landrath (und spätere Geh. Reg.-Rath) Tiedemann 1874 in Eisenach (Verh. S. 39, 40, 44, 45) treffend ausführte.

Auch abgesehen von solchen Mißbräuchen habe ich schwere Bedenken¹⁾ dagegen, daß der Staat die Entscheidungen der Einigungsämter, wenn auch „freiwilliger“ Einigungsämter, zwangsweise durchführt. Man darf nicht vergessen, daß auch Einigungsämter nicht unfehlbar sind, und daß sich die Gerechtigkeit und Zweckmäßigkeit ihrer Entscheidungen nicht mathematisch beweisen läßt. Der mißgestimmte Theil kann sich zum Theil durch allerlei Hinterthüren und Chicanen der Durchführung der Entscheidungen entziehen. Wenn ein Theil sich der Entscheidung widersetzt, weil sie verfehlt war, oder in Folge veränderter Umstände verfehlt geworden ist, oder wenn er sich unwillig fügt, und wenn die Entscheidung zu Unheil führt, so würden die Gewerksvereine dadurch bei sehr Vielen discreditiert werden.

Andererseits darf man die Einigungsämter auch nicht unterschätzen. Viele englische, deutsche u. Strikes hätten verhütet werden können, wenn die betreff. Arbeitgeber nicht in falscher Bornehmtheit jede Verhandlung mit Arbeitern abgelehnt, oder die Arbeiter im Einigungsamt grob behandelt hätten.²⁾ Auch im „Gewerksverein“ kommt, oder kam wenigstens der Ausdruck „Vom socialen Kriegsschauplatz“ mitunter vor. Dieser bildliche Ausdruck ist schief, weil man im Kriege wohl berechtigt ist, den Feind zu tödten, zu vernichten; während Arbeitgeber und Arbeiter bei socialen Kämpfen nicht berechtigt sind, nach der wirthschaftlichen Vernichtung, nach dem Bankrott des anderen Theiles zu trachten. Es ist politischer, den milderen Ausdruck „Socialle Kämpfe“ zu gebrauchen; indeß in einer Beziehung erinnern dieselben doch an gewisse Kriege. Für Deutschland war es z. B. 1870 und 1871 nach Sedan von großer Wichtigkeit, daß sich in Frankreich überhaupt irgend eine feste, monarchische oder republikanische Regierung bildete, mit der man Frieden schließen konnte. Aehnlich ist es für die Arbeitgeber von Wichtigkeit, überhaupt mit festen Arbeiterorganisationen, mit Gewerksvereinen, in Einigungsämtern verhandeln zu können.

In den 1874 vom Verein für Socialpolitik veröffentlichten Gutachten über Bestrafung des Arbeitsvertragsbruches³⁾ finden sich auch Gutachten von M. Girsch und von verschiedenen Ortsvereinen. Bei den Gewerksvereinen finden sich im Wesentlichen zwei Ansichten über diese Frage, nämlich die Ansicht Derjenigen, welche Contractbruch-

¹⁾ Vgl. auch Ludwig-Wolf in den Eisen. Gutachten S. 49, 50, gegen jeden Zwang R. Härtel, den damaligen Präsidenten des Buchdrucker-Gewerksvereins selbst S. 86 und Giesel in den Eisen. Verh. von 1873 S. 183, 185. In meiner Soc. Frage S. 111 habe ich jene Bedenken zu wenig beachtet.

²⁾ Vgl. Thornton S. 344, Brentano, Arbeitsverh. S. 285 ff.

³⁾ Vgl. Verh. des 4. Verb. S. 46, 47, Eisen. Verh. von 1872 S. 110, 134, 135, 141, von 1874 S. 4 ff., von 1877 S. 195, 201, 202, 225; Dannenberg, Handwerf S. 115 ff., 121, 139 ff.; Walder, Lehrbuch der Nat. Def. 1875, S. 69.

Strafen überhaupt verwerfen und die Ansicht, welche im oben S. 89 erwähnten Hirsch'schen Gesetzentwurfe vertreten wird. Ich stimme in dieser, bisher nur in der Ueberspeculationsperiode von 1871—73 lebhaft ventilirten Frage ungefähr mit A. Held überein, d. h. ich halte die Bestrafung aller Contractbrüche aller Classen für principiell zulässig, ja gerecht, glaube indeß, daß die Sache in der Regel, abgesehen von dem bekannten Falle der Londoner Gasarbeiter und ähnlichen Fällen, sehr große praktische Schwierigkeiten hat.

Die Gewerkvereine haben sich natürlich auch mit der Frage der Frauen- und Kinderarbeit beschäftigt.¹⁾ Da viele Dienstmädchen beim Fensterputzen verunglücken, so müßte der Staat vorschreiben, daß bei Neubauten alle Fenster so construirt werden müssen, daß sie sich nach innen öffnen, und daß die Fenster in alten Häusern in dieser Weise umgearbeitet werden. In einigen preussischen Städten soll diese Reform schon durchgeführt sein. (Aehnlich müßte der Staat für die Eisenbahnwaggons das amerikanisch-württembergisch-russische System innerer Durchgänge einführen, weil viele Conducteure beim Trittbretts-Gehen verunglücken).

Dasjenige, was die Gewerkvereins-Statuten (oben S. 28) über die Zuchthausarbeit²⁾ bemerken, ist bestreitbar, oder wenigstens nicht glücklich formulirt. Nicht die Concurrenz der Gefangenen an und für sich, sondern eine zu billige Vermietbung, oder Berechnung³⁾ ihrer Arbeitskraft ist vom Uebel, wobei natürlich zu berücksichtigen ist, daß der Unternehmer ungeschickten Anfängern nicht den ortsüblichen Lohn zahlen kann, und daß die Gefangenenarbeit in Bezug auf den Maschinenbetrieb und überhaupt den Großbetrieb ihre Nachtheile hat. Auch Nepotismus und eine zu geringe Concurrenz der Bietenden⁴⁾ mögen übrigens häufig die Miethpreise herabdrücken. Es dürfte sich daher manchmal empfehlen, daß der Staat für eigene Rechnung arbeiten läßt, etwa unter Assistenz von Unternehmern, die feste Honorare sowie Lantiemen dafür erhalten, und daß er die Gefangenen, was bereits jetzt vorkommt, mit landwirthschaftlichen Arbeiten und öffentlichen Bauten beschäftigt.

Die Klagen der Gewerkvereine über die Concurrenz von Mili-

¹⁾ Vgl. den G. B. 1873 S. 23, die Verh. des 4. Verb. S. 41 ff., Walcker Soc. Frage S. 117 und oben S. 28, 58, 61, 85.

²⁾ Vgl. die Verh. des 4. Verb. S. 31 ff., den G. B. 1877 S. 1 ff., 1878 S. 38, 1879 S. 81, A. Bauer in v. Holkenborff's Jahrbuch 1878 S. 727 ff. und den Corresp. für Gutmacher vom 1. Mai 1880.

³⁾ Letzteres bezieht sich auf den Fall, daß der Staat für eigene Rechnung arbeiten läßt.

⁴⁾ Diese beiden Ursachen sollen auch, auf Kosten der Steuerzahler, in gewissen deutschen (und wohl auch nichtdeutschen) Ländern dazu führen, daß Bahnhofsrestaurationen für ein Spottgeld verpachtet werden. Solche Verpachtungen müßten in den Gastwirths- und Kellner-Zeitschriften gehörig bekannt gemacht werden, und die Volksvertretungen und die Presse müßten sich mit der Sache beschäftigen. Vgl. Walcker, Schutzzölle S. 127.

tär-Handwerkern (Schuhmachern etc.) dürften mindestens eine Prüfung verdienen.¹⁾

In einem 1873 von M. Hirsch (im G. B.) erlassenen Wahlaufrufe wird u. A. eine gemeinnützige Regelung des LieferungsweSENS²⁾ verlangt und das übliche Vergeben der colossalen Staatslieferungen an Großcapitalisten statt an mittlere und kleine Gewerbetreibende getadelt. Darin liegt etwas Wahres, obgleich der Großbetrieb hier oft unerlässlich ist, und obgleich die Steuerzahler sehr viel verlieren könnten, wenn der Staat jungen, kleinen Productivgenossenschaften große Lieferungen anvertrauen wollte.

Die Bestimmung der Gewerkvereins-Statuten, daß auch Arbeitgeber von der Ortsversammlung als Mitglieder aufgenommen werden können, kann angegriffen werden, indem man sagt, daß bevormundungslustige Arbeitgeber auf diese Weise nach einem im schlechten Sinne des Wortes patriarchalischen Verhältniß trachten könnten. Darauf ist indeß zu entgegnen, daß solche Arbeitgeber nicht zu einem so plumpen Mittel zur Erreichung ihres Zweckes greifen würden, und daß ein Zusammenwirken der Arbeit-Geber und Nehmer in Gewerkvereinen³⁾ im Interesse des socialen Friedens liegt. Nach einer Angabe, welche M. Hirsch 1879 auf dem 6. Verbandstage machte, gehörte schon damals eine bedeutende Zahl selbstständiger Gewerbetreibender und Arbeitgeber zu den Gewerkvereinen. (Vgl. oben S. 29.)

Ueber die Vermeidbarkeit oder Unvermeidbarkeit eines bestimmten Strikes konnte und kann man unter Umständen streiten, aber im Princip herrscht in der wissenschaftlichen Nationalökonomie, also abgesehen von extremen Socialisten und Reactionären, keine wesentliche Meinungsverschiedenheit über Strikes.⁴⁾ So schädlich jeder Strike für die Arbeitgeber und Nehmer und überhaupt für die ganze Volkswirtschaft ist, und so frivol unberechtigt viele Strikes waren, so muß man doch anerkennen, daß einzelne Strikes das kleinere von zwei Uebeln waren. Aus der bloßen Thatfache, daß irgendwo in der und der Zeit kein Strike der und der Arbeiter vorgekommen ist, darf man übrigens andererseits nicht ohne Weiteres schließen, daß die betreff. Arbeiter nicht zuviel verlangt haben; denn sie konnten durch ihren Gewerkverein, oder durch allerlei Zunftnißbrände so mächtig sein, daß sie auch ungerechte Ansprüche ohne Strikes durchsetzen konnten.⁵⁾

¹⁾ Vgl. den G. B. 1878 S. 155 ff., 170, 1881 S. 15.

²⁾ Vgl. auch Faucher's Viertelj. 1871 H. 3 und 1880 H. 3 und Walder Schutz. S. 811 unter „Submissionen.“

³⁾ Vgl. das Citat aus einer Rickert'schen Reichstagsrede vom März 1880 im G. B. 1880 S. 51.

⁴⁾ Wie eine Vergleichung der Ansichten Roscher's (N. Def. I § 176, 177), Faucher's (in Gras Jahrbuch für Volkswirtschaft. Bd. 1, 1868) Brentano's und M. Hirsch's passim u. A. zeigen. Vgl. auch Thornton S. 235 ff. und Walder, Soc. Frage. S. 106 Note 2 u. oben S. 20.

⁵⁾ Vgl. Dannenberg, Handwerk, S. 102 und Bamberger, S. 334. Vgl. auch Brentano, Arbeitergilden Bd. I. S. 173.

Selbst ungerechtfertigte Lohnerhöhungs-Forderungen, oder Strikes können übrigens in Zeiten von Ueberspeculationen als eine Art Gegengift, als ein zur Besinnung führender „kalter Wasserstrahl“ wirken,¹⁾ um ein Bild zu gebrauchen, welches vom Fürsten Bismarck einmal mit Bezug auf die auswärtige Politik gebraucht worden ist. Selbst Directoren fauler Gründungen können nicht jeden beliebig hohen Arbeitslohn zahlen, und noch weniger können es Directoren solider Actiengesellschaften, oder Besitzer von Privatfabriken. Auch hier zeigt sich die Schädlichkeit von Zwangscassen der Fabriken und Knappschaften, welche die Arbeiter allzu abhängig machen und jenes Sicherheitsventil der Ueberspeculationen, d. h. Lohnerhöhungs-forderungen, gleichsam verstopfen, so daß es später zu einem um so schlimmeren Bruch kommt. Die Schutzöllner, welche gegen Gewerkvereine und freie Hilfscaffen declamiren, vergessen, daß diese Institute an und für sich, von Mißbräuchen abgesehen, nur Anwendungen der verfassungsmäßigen, auf der Gleichheit vor dem Gesetze beruhenden Coalitionsfreiheit der Arbeiter sind, und daß rheinisch-westfälische Hoch-ofenbesitzer, Spinner etc. unmöglich mehr Recht beanspruchen können, als andere Arbeitgeber, z. B. Berliner Maschinenfabrikanten, deren Arbeiter Gewerkvereiner sind und freie Hilfscaffen haben.

Auf dem 1. Verbandstage der Gewerkvereine 1871 sprach Baldwin, ein fortschrittlicher Journalist und ehemaliger Tischler, gegen Leichtsinrige, von gutbezahlten agents provocateurs angeführte Strikes, wie z. B. den Berliner Tischlerstrike von 1871. Das bezieht sich ohne Zweifel auf einen Strike von Nichtgewerkvereiner, vielleicht von Socialdemokraten.

1874 bemerkte M. Hirsch im Verein für Socialpolitik: „Vergleichen Sie. . . innerhalb Deutschlands die Gegenden und Industriezweige, wo Gewerkvereine bestehen, mit denen, wo sie nicht bestehen, so finden Sie die Thatsache. . . daß die größten und bedenklichsten Strikes grade in Gegenden und Gewerken vorkommen, wo wir keine Gewerkvereine haben.“ Man denke z. B. an den großen Tuchmacher-Sstrike in Burg 1864 und an den Berliner Maurer-Sstrike von 1869. Auch der Strike, der um 1872 in der Lauenstein'schen Wagenfabrik in Hamburg stattfand, dürfte hier anzuführen sein. Von den seit der Einführung der Coalitionsfreiheit im Jahre 1869 ausgebrochenen 204 Strikes fielen nach einer vom Generalsecretär des Deutschen Handelstages um 1872 aufgestellten Berechnung nur 3 auf die Gewerkvereine.²⁾

Zum Theil werden Strikes der Hirsch-Dunker'schen Gewerkvereine auch durch den an und für sich nicht erfreulichen Umstand erschwert, daß in manchen Ortsvereinen Mitglieder verschiedener Be-

¹⁾ Vgl. oben S. 59.

²⁾ Vgl. Polke, Gewerkvereine, 1879, S. 31.

rufe vereinigt sind, weil die örtlichen Genossen jedes Berufes zu gering an Zahl sind, um einen besonderen Ortsverein zu bilden.¹⁾

Ein großer Strike eines Gewerkvereins hat sowohl in England als in Deutschland in der Regel nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn er von den übrigen Gewerkvereinen moralisch und pecuniär unterstützt wird. Da nun übertriebene Lohnansprüche einer Arbeiterklasse in der Regel und in erster Linie die eigensten pecuniären Interessen aller übrigen Arbeiterklassen verletzen,²⁾ so liegt in der Unentbehrlichkeit jener Unterstützung ein nicht unwichtiges Sicherungsmittel gegen frivole Strikes, besonders da die Macht des Centralraths der Hirsch-Dunker'schen Gewerkvereine über die einzelnen Gewerkvereine thatsächlich und rechtlich noch größer ist, als die bezügliche Macht des London Trades' Council, das übrigens auch über die Unterstützungswürdigkeit von Strikes zu entscheiden hat.³⁾ Aehnlich bemerkte M. Hirsch 1873 auf dem zweiten Verbandstage (S. 51) in der Verathung des Strikereglements: „... Sie wissen alle, welche Früchte die Vermischung aller Gewerksunterschiede bei den Laffalleanern getragen hat! Unsere Organisation muß bleiben eine Organisation nach Berufszweigen, und deshalb, sage ich, ist es Pflicht, daß zunächst die Berufsgenossenschaften mit allen ihren Kräften einen nothwendigen Strike unterstützen, und dann erst, wenn die eigenen Kräfte . . . verzehrt zu werden drohen, dann appellirt man an die Gesamtheit! Erst in diesem Momente können die Cigarrenarbeiter, die Maschinenbauer, oder die Maurer beanspruchen, daß die anderen Gewerke ihnen zur Hülfe eilen, denn, vergessen Sie nicht: in den Berufszweigen, die zur Mitleidenschaft herangezogen werden sollen, herrschen oft viel schlimmere Verhältnisse, als in denen, die den Strike machen! Die Stuhlarbeiter haben Ortsvereine, wo nicht der dritte Theil verdient wird, wie dort, wo man Strike macht, um noch mehr zu erzielen, und die Ungerechtigkeit ist auf's höchste gestiegen, wenn solche darbenende Arbeiter herangezogen werden sollen, um andere, die schon 10 Thlr. wöchentlich verdienen, noch mehr erlangen zu lassen⁴⁾ Es muß daher feste Regel werden . . . nur diejenigen Strikes zu unterstützen, die allgemein als nothwendige anerkannt werden müssen!“

Nach der Edinburgh Review und nach Moscher (M. Def. I § 176 N. 9) gehen die meisten Strikes von einer kleinen Minorität, gewöhnlich von den bestbezahlten Arbeitern, (d. h. Individuen der betreff. Arbeiterklasse) aus, und dasselbe gilt auch von den bestbezahlten Arbeiterklassen, wie englische, deutsche u. Erfahrungen

¹⁾ Vgl. die Verh. des 6. Verb. S. 68, wo Zeile 20 v. u. offenbar „Strike“ statt „Streit“ zu lesen ist.

²⁾ Vgl. oben S. 73—83.

³⁾ Vgl. Brentano, Arbeitergilben, Bd. I. S. 228.

⁴⁾ Von mir unterstrichen.

und auch die eben angeführten Worte M. Hirsch's beweisen. Darin liegt also ein bedeutendes Gegengewicht gegen unnötige Strikes. Auch aus diesem Grunde hat es nicht viel zu bedeuten, wenn auf dem 6. Verbandstage 1879 (Verh. S. 23, 24, 26) ein Antrag angenommen wurde, von dem Verbandscapital 3000 M. als „eisernen“, dem Anschein nach auch zu Strikezwecken bestimmten Fonds anzulegen.

Unter den Vorwürfen, welche gewisse Schriftsteller den englischen und deutschen Gewerkvereinen machen, figurirt auch der Vorwurf, daß dieselben ein bloßer Uebergang zur Socialdemokratie seien. Schon der Umstand muß Mißtrauen gegen die Richtigkeit dieser Behauptung einflößen, daß sie hauptsächlich von R. Meyer vertreten wird, der feudal-schutzöllnerisch-ultramontan-socialistische Tendenzen vertritt und, wie erwähnt, auch wegen verläumberischer¹⁾ Beleidigung des Fürsten Bismarck 1875 gerichtlich verurtheilt wurde. Auch aus inneren Gründen fällt jene Behauptung in sich selbst zusammen.²⁾ Die Führer und die einfachen Mitglieder der englischen Gewerkvereine bilden ja eine, zum Theil engherzige und durch zünftlerische Mißbräuche privilegierte Aristokratie der Arbeiter,³⁾ die bei einer allgemeinen Theilung, bei einer Auflösung in einen socialdemokratischen Urbrei nur verlieren würde! Beim allgemeinen gleichen und zwar socialdemokratischen Stimmrecht würden sie sofort von den ungelernten Arbeitern majorisirt werden.⁴⁾ Die Hirsch-Dunker'schen Gewerkvereine sind zwar weniger exclusiv, sie fordern keine Lehrzeit und kein Lohnminimum; indeß auch sie bilden eine Elite der Arbeiter, welche sich bei der socialdemokratischen Nivellement nur verschlechtern würde und welche die genossenschaftliche Selbsthülfe hoch hält, ja häufig sogar in Manchesterlicher Weise überschätzt. Der Umstand, daß einige charakterlose Elemente 1869 ff. mit dem Gewerksvereins-Ströme schwammen und dann zur Socialdemokratie abfielen, beweist nichts für das Gegentheil; denn ähnlich ging und geht es je der Partei. Auch der Nationalpartei und der Freihandelspartei erging es 1849 ff., bezw. 1879 so, und bei der nächsten freihändlerischen Schwentung der preussisch-deutschen Regierung werden zahllose Wetterfahnen, die 1879 eifrige Schutzöllner waren, wieder „Freihändler“ werden. M. Hirsch bemerkte 1873 auf dem 2. Verbandstage (Verh. S. 54) in der Debatte über das Strikereglement: „Solche Ortsvereine . . ., die sich von vornherein mit dem Gedanken auf Strike gründen, sind die gefährlichsten von allen. Das sind Ortsvereine, die schnell zu Hunderten von Mitgliedern anwachsen und in der Regel ebenso schnell sich auflösen, oder zu anderen Parteien ab-

¹⁾ Vgl. oben S. 1 und 14.

²⁾ Vgl. auch Roscher, R. Def. I § 177 R. 9.

³⁾ Vgl. oben S. 72, 82.

⁴⁾ Vgl. oben S. 72 und Brentano, Arbeitergilden Bd. I. S. 164, 285, Bd. II. S. 331 ff.

fallen. . . . Das sind die Vereine, von denen aus die Socialdemokraten uns höhnen: „Ihr bildet ja nur unsere Rekruten aus!“ Diesem Treiben wurde durch § 1 des Strikereglements ein Riegel vorgeschoben. In diesem Paragraph wird nämlich u. A. verlangt, daß der betreffende Ortsverein mindestens 6 Monate zum Gewerkverein gehört und die vorgeschriebenen Einigungsversuche gemacht haben muß.

Einer Berichtigung, welche H. Polke 1875 der „Frankfurter Ztg.“ einsandte, und welche in der Nummer vom 1. December 1875 abgedruckt ist, entnehme ich Folgendes. Der Gewerkverein der Gold- und Silberarbeiter, welcher mit Ausnahme des Ortsvereins Breslau ganz in das socialdemokratische Lager überging, wurde mit 3000 Mitgliedern begründet, zählte aber in Folge der socialistischen Wühlereien bei seinem Abfall vom Verbande am 27. December 1871 nur noch 2000 Mitglieder. Der Ortsverein zu Pforzheim verlor nach dem „Genossenschaftler“, dem Organ der Goldarbeiter, 1600 Mitglieder. Die Mitgliederzahl sank nämlich von 2300¹⁾ auf 700. Der Gewerkverein der Steinmetzen hatte bei seinem Austritt aus dem Verbande am 1. Jan. 1873 400 Mitglieder, und der Ortsverein der Klempner und Glaser in Nürnberg bei seinem Austritt am 25. October 1871 80 Mitglieder. Vom Gewerkverein der Fabrik- und Handarbeiter fielen 800 Mann ab. Trotz jenen Abfällen²⁾ und trotz den ungünstigen Conjunctionen der J. 1873 ff. stieg die Mitgliederzahl des größten Theils der Gewerkvereine damals, wie folgende Zahlen beweisen:

Gewerkverein	Mitgliederzahl am 1. Jan. 1873.	Mitgliederzahl am 1. Oct. 1875.
Maschinenbau- und Metallarbeiter	4869	— 6342
Lithographen	390	— 910
Tischler	1273	— 2814
Fabrikarbeiter	2483	— 3674

„Trotz des Abfalls von 800 Mitgliedern hat der Gewerkverein der Fabrikarbeiter also heute [im Nov. 1875] noch einen größeren Bestand als 1873. Um 400, resp. 300 und 200 Mitgliedern sind die Gewerkvereine der Maurer, Zimmerer und Stuhlarbeiter gewachsen. Die übrigen Gewerkvereine der Porzellanarbeiter, Schneider, Schuhmacher etc. haben ihre alte Mitgliederzahl behauptet. Von einem nennenswerthen Rückgang (um etwa 100 Mitglieder) ist bei keinem Gewerkverein die Rede. Daß geringfügige Schwankungen in der Mitgliederzahl bei einigen Gewerkvereinen stattgefunden, kann für Niemanden, welcher mit Arbeiterorganisationen vertraut ist, be-

¹⁾ Diese Zahl stimmt nicht mit der angegebenen Gesamtzahl von 2000 Mitgliedern im J. 1871 überein, indeß die vom „Genossenschaftler“ selbst zugegebene Thatsache des Niederganges jenes abgefallenen Vereins ist beachtenswerth.

²⁾ Die abgefallenen Vereine sollen, wie oben S. 6 erwähnt, sämmtlich zu Grunde gegangen sein.

fremd sein. Die Gesamtmitgliederzahl des Verbandes belief sich allerdings 1869 auf 30,000. Der deutsch-französische Krieg rief aber Tausende unter die Fahne, und ein ganz ansehnliches Häuflein kehrte nicht wieder zurück. Die Mitgliederzahl sank auf 19,000, hob sich aber bald wieder der Art, daß der Verband gegenwärtig (im Nov. 1875) 24,600 Mitglieder zählt."

Die Abnahme der Mitgliederzahl in den Jahren 1875 ff. scheint im Wesentlichen darauf zurückzuführen zu sein, daß die wirthschaftliche Krisis um 1877 ihren schlimmsten Punct erreichte, was sich natürlich auch in den Arbeiterverhältnissen abspiegeln mußte.¹⁾

Schon auf dem 4. Verbandstage 1876, also 2 Jahre vor den Attentaten und dem Socialistengesetz, wurde auf Antrag M. Hirsch's ein Revers²⁾ gegen die socialdemokratischen Bestrebungen eingeführt, den jedes neu eintretende Mitglied unterschreiben muß. Es erklärt darin, „weder Mitglied, noch Anhänger der Socialdemokratie“ zu sein. Durch Abfall zu derselben gingen den Gewerkvereinen der Ortsverein der Goldarbeiter zu Berlin und Pforzheim und der Schiffszimmerer zu Rostock verloren.³⁾

Der „Gewerkverein“ brachte 1878 (S. 134 ff.) drei Artikel, in welchen das Socialistengesetz mit Gründen, welche größtentheils auf eine Gespensterfurcht hinauslaufen, gänzlich verworfen wird. Obgleich nach dem „Gewerkverein“ und nach Zeitungsnachrichten einige wenige Fälle vorgekommen sind, in denen das Socialistengesetz in Folge von Uebergriffen subalterner Polizeiorgane, oder falscher Denunciationen gegen einzelne Gewerkvereiner mißbräuchlich angewandt worden ist, so hat die Erfahrung jene Befürchtungen doch widerlegt. Auch in jenen 2 bis 3 Ausnahmefällen haben höhere Instanzen das Unrecht wieder gut gemacht, und ich glaube, daß der Aufschwung, den die Gewerkvereine 1878 ff. genommen haben, neben anderen Gründen, z. B. dem naturgemäßen, durch die amerikanische Eisennachfrage beschleunigten Ende der Krachperiode, auch dem Socialistengesetz⁴⁾ zuzuschreiben ist. F. F. Stahl sagt mit Recht, im Kampfe gegen Socialisten und Communisten könnten die aristokratischen Turniergeetze der Tories und Whigs nicht gelten, weil die revolutionären Parteien diese Turniergeetze selbst nicht anerkennen und beobachten.

Kapell's verbotenes, schon durch seinen Titel die Gemeinheit des Inhalts verrathendes Pamphlet gegen Dr. M. Hirsch ist mir nicht zu

¹⁾ Vgl. oben S. 8.

²⁾ Im Gewerkverein der Tischler bestand längst ein solcher Revers (Verh. S. 84).

³⁾ Verh. S. 83, vgl. auch M. Hirsch's Broschüre gegen Brentano S. 37 und oben S. 49.

⁴⁾ Vgl. Walcker, Die Ursachen und Heilmittel der socialdemokr. Umsturzbestrebungen, 1879 und Dens. Schutzvölle S. 810 unter „Socialismus“. Einzelne Mißgriffe oder Mißbräuche lassen sich bei der Fehlbarkeit der menschlichen Natur bei der Anwendung keines beliebigen Gesetzes ganz vermeiden: *abusus non tollit usum*.

Gesicht gekommen; aus dem Referat im „Gewerkverein“ 1873 S. 14 ersieht man indeß, daß das Ganze eine Travestie, eine Posse ist, und daß der Verfasser einer sachlichen Discussion im Gefühl der sachlichen Schwäche des Socialismus¹⁾ wohlweislich aus dem Wege geht. Auch die „Zukunft“ und die „Neue Gesellschaft“ haben meines Wissens keine Kritik der Gewerkvereine gebracht, die auch von F. A. Lange und Schöffle empfohlen worden sind.²⁾ Sehr erbaulich sind die im „Gewerkverein“ 1872 (S. 61) aus den Berichten über den Leipziger Hochverrathsprozess abgedruckten Eingeständnisse Bebel's über die grenzenlose Faulheit zweier die Arbeitergrößen verwüsthender (soll heißen: vergeudender) Socialistenführer. (Von gut informirter Seite habe ich 1880 gehört, daß ein Socialistenführer sich so vornehm geberdet, daß er auf der Eisenbahn nur II. Classe fährt.)

Die Socialisten fürchten die Gewerkvereine als ihre gefährlichsten Gegner, wie z. B. daraus hervorgeht, daß sie wiederholt in Berlin und anderswo, mit und ohne Erfolg, den Versuch gemacht haben, Gewerkvereins-Versammlungen friedensbrecherischer Weise zu sprengen. 1880 drängten sie sich z. B. in Leipzig in eine in der Centralhalle abgehaltene Gewerkvereins-Versammlung und ließen M. Hirsch nicht zu Worte kommen, was ihm erst in einer zweiten daselbst abgehaltenen Versammlung unter dem Schutze der Polizei gelang. Obgleich der Eintritt nur Mitgliedern und Freunden der Gewerkvereine gegen Karten gestattet war, so hatten sich auch dies Mal viele Socialdemokraten (vermittelst gefälschter Karten) eingeschlichen. Ich wohnte der Versammlung bei, und es war mir interessant, Folgendes zu beobachten. Sowohl während des Hirsch'schen Vortrages, als während der nachfolgenden Debatte zollten die Socialisten den Worten Hirsch's wiederholt Beifall. Zum Theil war dieser Beifall ironisch, zum Theil aber auch aufrichtig gemeint. Verschiedene volksfreundliche, wenn auch entschieden antisocialistische Ausführungen M. Hirsch's imponirten den Socialisten offenbar. Auch ein anderer anwesender, keineswegs für die Gewerkvereine schwärmender Gelehrter hat denselben Eindruck empfangen.

Für eine staatsmännisch-reformfreundliche freihändlerische Regierung wäre es ein Leichtes, die verführten socialistischen Massen, von geringen Ausnahmen abgesehen, wieder auf den Boden des gesunden Menschenverstandes zurückzuführen; denn dre geträumte socialistische Zukunftsstaat würde, mit Heine zu reden, einem großen „National-Zuchthaus“ gleichen. Die Socialisten wenden dagegen ein, daß die Leiter der Production frei gewählt werden sollen. Als ob ein unschuldiger, freiheitsliebender Mensch, z. B. ein Arbeiter, sich dadurch in's Zuchthaus locken ließe, daß man ihm versprache, er dürfe seine Aufseher selbst wählen! Ueberdies würden die Wahlen im socialisti-

¹⁾ Vgl. auch Helb, Arbeiterpresse, S. 91–94.

²⁾ Vgl. Roscher, N. Dek. I S 177 N. 9.

schen Staate noch unfreier sein, als sie es heute in den V. Staaten an manchen Orten schon sind, wo der „freie“ Wähler Gefahr läuft, von den die Wahlurnen belagernden Howdies einen Messerstich, oder eine Kugel zu erhalten, wenn er nicht nach dem Commando ihrer Corruptionspartei stimmt. Bei jenem Bilde ist ferner zu beachten, daß Gefangene schon heute auch außerhalb ihres Gefängnisses mit landwirthschaftlichen u. Arbeiten beschäftigt werden, und daß die Hauptsache beim Vergleich, nämlich das Eigenthumsrecht der heutigen Zuchthäusler und der Mitglieder des socialistischen Zukunftsstaates, im Wesentlichen durchaus stimmt. Der Abg. E. Richter sagt treffend in seiner Broschüre: Die Fortschrittspartei und die Socialdemokratie, 2. Aufl. 1878: „Sehr richtig erklärt Liebknecht (Die Grund- und Bodenfrage¹) S. 149), daß als Gegenstand des Privateigenthums im Socialistenstaat übrig bleibt, „was wir persönlich brauchen und verbrauchen“, also z. B. aus Mangel an Appetit aufgesparte Mundportionen, alte Möbel, über die reglementsmäßige Zeit hinaus geschonte Kleider. Es wird somit von den Socialisten ein Eigenthumsrecht beibehalten, das allerdings etwas weiter gehend ist, als das Eigenthumsrecht [bezw. Nutzungsrecht] des Sträflings innerhalb des Zuchthauses, jedoch nicht ganz das Eigenthumsrecht [bezw. Nutzungsrecht] von alten Spittelfrauen.“

Die internationale Verbindung aller (antisocialistischen) Gewerkvereine, welche von den Verbandsstatuten der Hirsch-Dunker'schen Gewerkvereine (oben S. 35) in Aussicht genommen wird, hat sich bis jetzt auf Folgendes beschränkt. 1876 kam ein Mitglied und Vertreter der großen englischen Gewerkvereine nach Deutschland und trat mit den deutschen Gewerkvereinen in Beziehung. Die letzteren sandten ein Begrüßungsschreiben an den englischen Gewerkvereins-Congreß nach Leicester, und 1877 auf dem 5. Verbandstage der deutschen Gewerkvereine traf eine freundschaftliche Antwort ein. Es wird darin u. A. das „edle Benehmen“ etlicher 20 deutscher Steinhauer gerühmt, die, durch falsche (?) Darstellungen verleitet, nach London kamen, um an einem großen Regierungsgebäude zu arbeiten, die aber, sobald sie entdeckten, daß dort ein Strike war, wieder nach Deutschland zurückkehrten. „Diese factische Anerkennung der Identität der internationalen Arbeiterinteressen werden die englischen Arbeiter nimmer vergessen.“ Auf demselben Verbandstage wurde ein Schreiben der streikenden englischen Steinhauer verlesen, in welchem es hieß, daß einige Baumeister deutsche und italienische Steinhauer kommen ließen, und in welchem um Abhaltung deutschen Zuzuges gebeten wurde. Der Verbandstag ging einstimmig darauf ein (Verh. S. 12, 115, 116). Trotzdem scheint mir die Gerechtigkeit des Strikes, bei

¹) 2. Aufl. 1876.

der nach Zeitungsnachrichten auch Mißhandlungen deutscher zc. Arbeiter vorgekommen sein sollen, sehr fraglich zu sein.¹⁾

1879 richtete der Edinburgher Congreß der englischen Gewerksvereine ein Glückwunschschreiben an den 6. Verbandstag der deutschen Gewerksvereine (Verh. 6, 7).

Die Wochenschrift „Der Gewerkverein“, Organ des Verbandes der deutschen Gewerksvereine sowie für Einigungsämter, Versicherung- und Productiv-Genossenschaften (Eigenthum des Verbandes). Herausgegeben unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände von Dr. Max Hirsch“ erscheint seit dem 23. Mai 1869 und kostet durch die Post bezogen 1 M., unter Kreuzband 1 M. 25 Pf. vierteljährlich. Eine Charakteristik der ersten vier Jahrgänge des G. V. giebt M. Held (o. c. S. 158 ff.). Die politischen Uebersichten, von welchen Held spricht, sind, ungefähr seit der Mitte der 1870er Jahre, gänzlich fortgefallen. Die Auflage betrug 1877 16,000 Exemplare und dürfte seitdem noch zugenommen haben. Als verantwortlicher Redacteur fungirt seit 1873 G. Polke.²⁾ Am Anfange der 1870er Jahre hatte die Redaction einen Hilfsarbeiter, der mit Rücksicht auf die „unter dem früheren Verbandscassirer Landgraf zerütteten Finanzen“³⁾ entlassen wurde. 1876 wurde ein anderer Hilfsarbeiter, nämlich F. Bujarsky, angestellt. Derselbe ist zugleich Vertreter der Stuhlarbeiter im Generalrath und hat in den vom Verein für Socialpolitik 1875 herausg. Gutachten ein interessantes Gutachten über die Reform des Lehrlingswesens erscheinen lassen.

Der Antrag, den „Gewerkverein“ für alle Gewerksvereine obligatorisch⁴⁾ einzuführen, wurde 1879 auf dem 6. Verbandstage abgelehnt. Auf einigen Verbandstagen wurde von einzelnen Seiten das Verlangen gestellt, den „Gewerkverein“ in ein politisches Tageblatt (!) zu verwandeln, ihm polytechnische Beilagen zu geben u. s. w. Der 5. Verbandstag ging 1877 über folgenden Antrag des Ortsverbandes Breslau zur Tagesordnung über: „Das Organ soll, mehr als bisher zu geschehen pflegte, auch alle ungünstigen Vorkommnisse in der Organisation veröffentlichen und besprechen, um vor weiteren Schaden zu schützen“ (Verh. 146, 147). Das war also eine taktische Meinungsverschiedenheit, eine principielle Opposition gegen die nationalökonomische und politische Haltung des Organs wurde indeß auf keinem Verbandstage erhoben. Charakteristisch für den Geist des „Gewerkvereins“ ist das Verzeichniß „neuester Schriften über die Arbeiterfrage, resp. die Gewerksvereine zc.“, welches er von Zeit zu Zeit bringt. In der Nummer vom 2. Januar 1881 sind z. B. außer Schriften von M. Hirsch und Polke und Sonderabdrücken aus dem „Gewerk-

¹⁾ Vgl. Brentano, Arbeiterversch. S. 183, 184, Polke, Gewerksvereine, 1879, S. 47 und oben S. 55, 56, 98.

²⁾ Vgl. oben S. 6, 35.

³⁾ Verh. des 4. Verb. S. 77.

verein" folgende, durch das Verbandsbureau zu beziehende Schriften aufgeführt: Vortrag über die Gewerkvereine vom Schuldirektor Pache in Lindenau bei Leipzig, früher in Bittau, einem der ältesten und eifrigsten Freunde der Gewerkvereine; Die englischen Gewerkvereine (Bremen 1880, Nordwestdeutscher Volkschriftenverlag N. G.); J. Wöllmer, Die Invalidenpensionscassen und die Gesetzgebung; Die Eisenacher Verhandlungen von 1872; Schulze-Dehlißsch's oben S. 17 angef. Broschüre über die Gewerkvereine (1870) und sein Arbeiterkatechismus; Brentano, Das Arbeitsverhältniß u.; Ders., Ueber das Verhältniß von Arbeitslohn u.; die Eisenacher Gutachten über die Bestrafung des Arbeitsvertragsbruchs; J. Keller, Das Behlingswesen u.; Ders., Das Handwerk u.; Prof. Dr. G. v. Schönberg in Tübingen, Die sittlich-religiöse Bedeutung der socialen Frage, 1876 (eine kleine Volkschrift); Dannenberg, Das Handwerk u.; die Jahresberichte der Fabrikinspectoren für 1877 und 1878; die Löwenthal'sche Uebersetzung von A. Smith's *Wealth of Nations*; Dr. G. Ebert's Broschüre über Schiedsgerichtswesen.

Trotz diesen und jenen Mängeln der angeführten Schriften zeugt diese Liste von der gesunden, maßvollen Richtung des „Gewerkvereins“, von seinem Eintreten für den socialen Frieden und von seiner Unbefangenheit; denn die Liste ist nichts weniger als tendenziös fortschrittlich, oder demokratisch zusammengestellt. Ein Arbeiterblatt, welches seinen zahlreichen Lesern A. Smith, die Eisenacher Verhandlungen von 1872 mit den Reden Moscher's, Gneist's u. A. u. empfiehlt, ist eine höchst erfreuliche Erscheinung. Ja, v. Schönberg und Dannenberg gehen sogar in einzelnen Punkten zu weit nach rechts, so wohlwollend und verdienstvoll ihre Arbeiten auch sind. Wenn Schönberg sagt: „Die sittlichen Pflichten, deren strenge Erfüllung zur Lösung der Arbeiterfrage kategorisch gefordert werden muß, sie sind auch die Forderungen der christlichen Religion,“ so ist Das nur zu loben; die berufsmäßige Beschäftigung der Geistlichen mit der Arbeiterfrage, welche er zur Hebung des Einflusses der Geistlichen auf die unteren Classen und zur Stärkung des religiösen Sinnes empfiehlt, wäre dagegen eine sehr bedenkliche, bezw. eine verwerfliche Sache. Obgleich Schönberg, dessen Broschüre schon 1876 erschien, den „Christlich“-Socialen¹⁾ à la Stöcker fern steht, so scheint er doch hier ihren obersten Irrthum, die Verkennung des Satzes, daß ein Seelsorger dem politischen Parteitreiben fern bleiben soll, zu theilen; denn die Frage, welche tadelns-, oder lobenswerthe Politik der betr. Seelsorger treibt, kommt erst in zweiter Linie in Betracht. Die von Schönberg mit Recht beklagte Irreligiosität eines Theiles der Arbeiter und Nichtarbeiter hat ganz andere Gründe, als Schönberg unter dem Einflusse orthodox-conservativer Vorurtheile anzunehmen scheint. Der geringe und vornehme Pöbel haßt überhaupt jeden ernstern, sittlichen

¹⁾ Vgl. Walcker, Ursachen u. S. 166, 167.

Geistlichen, oder Nichtgeistlichen, wie aufgeklärt und freisinnig derselbe auch sein mag. Protestantische, katholische, griechische und jüdische Orthodoxe erregen ferner bei denkenden Arbeitern und Nichtarbeitern Anstoß, indem sie allerlei unhaltbare Behauptungen aufstellen, die mit der naturwissenschaftlichen, historischen und philosophischen Kritik im Widerspruche stehen.¹⁾ Der Umstand, daß manche christliche und jüdische Orthodoxe persönlich sehr achtbare, fromme Männer sind, kommt hier nicht in Betracht, besonders da viele Orthodoxe bona, oder mala fide mit der feudalen, schutzzöllnerischen, bureaukratischen u. Reaction allirt sind. Zu den erwähnten Beziehungen gilt es Wandel zu schaffen, dann wird das Christenthum auch den Arbeitermassen gegenüber seine läuternde, heiligende, weltüberwindende Macht beweisen. Schönberg stellt dem Christenthum, ohne es zu wissen und zu wollen, ein großes, glücklicher Weise unrichtiges Armuthszeugniß aus. Eine Religion, die sich nur dadurch halten könnte, daß ihre Geistlichen auf dem disparaten Gebiete der Nationalökonomie Leistungen nach Art der Fabrikinspectoren u. aufzuweisen hätten, eine Religion, die nicht durch ihre specifisch religiösen und ethischen Leistungen den Arbeitern und Nichtarbeitern imponirte, wäre eine traurige Religion! Glücklicher Weise verhält es sich mit dem Christenthum ganz anders, wie die Zeiten Christi und der Apostel, der Reformation und auch der Gegenwart beweisen.

Dannenberg ist ferner, trotz seiner Arbeiter- und Gewerkvereins-Freundlichkeit, eine entschieden conservativ angelegte Natur, ein Mann, der nicht nur die Bestrafung des Arbeitsvertragsbruchs, sondern auch den Cassenzwang vertheidigt.

Diese und jene Urtheile Polke's über Sachen und Personen mögen einseitig sein, oder zu weit gehen, Das kommt bei Publicisten aller Richtungen vor; aber im Allgemeinen muß jeder Unbefangene zugeben, daß Polke, der im Interesse der Arbeiterfrage ihm angebotene bessere Stellungen ausgeschlagen hat,²⁾ ein Redacteur ist, der für den „Gewerkverein“ wie geschaffen ist, und es war daher ein sehr glücklicher Griff M. Hirsch's, Polke in die Redaction des „Gewerkvereins“ zu ziehen. Einerseits ist Polke entschieden arbeiterfreundlich, und andererseits zeichnet er sich doch durch ein gebildetes, maßvolles Wesen, durch ein ernstes und erfolgreiches Streben nach Objectivität und Unparteilichkeit aus. Er hebt z. B. im „Gewerkverein“ hervor, daß es auch unter den Conservativen und den obereschlesischen Ultramontanen einzelne aufrichtig volksfreundliche Männer giebt, er äußert sich in sehr maßvoller Weise über die englische Agrarfrage und die socialen Verhältnisse Rußlands, lobt die Polemik des conservativ-orthodoxen Prof. Th. Frh. v. d. Goltz gegen die Agrarier u. s. w.

Der „Gewerkverein“ enthält fast in jeder Nummer eine dringende

¹⁾ Vgl. Walcker, Schutzzölle u. S. 593 ff., 680.

²⁾ Vgl. Kamien in den Verh. des 6. Verb. S. 138.

Bitte der Redaction, Agitations-, Gewerkvereins- und insbesondere Stiftungsfestberichte ganz kurz zu fassen, um für nationalökonomische Zeitartikel, Correspondenzen etc. mehr Raum zu schaffen.¹⁾ Der Umstand, daß diese Bitte so oft wiederholt werden muß, zeigt indeß, daß sie ziemlich erfolglos geblieben ist. Hier kann offenbar nur eine Radicalcur helfen, nämlich ein Verbandstags-Beschluß, der etwa folgendermaßen lauten könnte:

1. Stiftungsfestberichte, Berichte über Beamtenjubiläen, Agitationsberichte etc. können nur als bezahlte Annoncen aufgenommen werden.

2. Berichte über die Stiftung neuer Ortsvereine dürfen weiter nichts enthalten als die Angabe des Ortes, des Gewerkes und der Mitgliederzahl. Schon die Mittheilung der den meisten Lesern des Organs doch unbekannten Namen der Stifter ist verboten und gehört in befreundete Localblätter, oder in den Annoncentheil²⁾ des „Gewerkvereins“, bezw. in die bestehenden oder neu zu gründende Fachblätter der Gewerkvereine, z. B. die „Ameise.“

3. Das „Verbreitungsbild“ ist alle 1—2 Jahre, womöglich jährlich, in neuer Auflage herauszugeben und hat die Zu- und Abnahme der Mitgliederzahl der verschiedenen Orts- und Gewerkvereine in absoluten Zahlen und nach Procenten anzugeben.

Die Nothwendigkeit dieser Radicalcur ergibt sich schon daraus, daß die Festberichte etc. auf einen starken Band wöchentlich (!) anschwellen würden, wenn die Zahl der Gewerkvereiner auf Hunderttausende, oder gar auf Millionen stiege, was doch jeder Gewerkvereiner wünschen muß. Andere Gewerkvereine scheinen bereits ähnlich gehandelt zu haben, in der mir vorliegenden Nummer des „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker“ etc. vom 22. Oct. 1880 findet sich z. B. nicht ein einziger Festbericht.

Berichte über die Centralrathssitzungen und manche sonstige Verbandsnachrichten gehören natürlich in den „Gewerkverein“, indeß auch hier dürften noch Raumersparnisse möglich sein. Folgende Rubriken könnten wohl ganz, oder fast ganz fortfallen, d. h. in den Theil der bezahlten Annoncen des „Gewerkvereins“, bezw. der Localblätter verwiesen werden:

1. Anzeigen von Versammlungen in Berlin und an anderen Orten. Schon deshalb ist es nothwendig, solche Annoncen bezahlen zu lassen, weil ja nicht alle Ortsvereine gleich oft Versammlungen halten und weil ein Theil der Versammlungs-Ankündigungen schon jetzt unter den bezahlten Annoncen steht.

2. Juristischer Brief- und Fragekasten. Die Antworten könnten gegen Einsendung des Portos und einer mäßigen Consultationsgebühr brieflich ertheilt werden. Die meisten Anfragen sind unverfänglicher Natur, nur mitunter sieht sich der antwortende Jurist genöthigt, un-

¹⁾ Vgl. unten Cap. IV.

²⁾ Vgl. die Verb. des 2. Verb. 119, 120.

gesetzliche und unmoralische Zumuthungen privater, unpolitischer Natur gebührend zurückzuweisen. (Der Jur. V. u. F. ging 1881 ein).

3. Die Sterbetafel. Sie würde bei einem einigermaßen bedeutenderen Wachsthum der Gewerkvereine von selbst fortfallen müssen.

4. Quittungen über Beiträge zu den Hilfskassen und Gelder für die Drucksachencasse sowie Verzeichnisse der von den Hilfskassen gezahlten Unterstützungen. Auch hier gilt das soeben unter 3. Bemerkte. Die betreff. Notizen könnten handschriftlich, oder durch den Druck u. vervielfältigt den Verbandstagen u. vorgelegt werden.

Aus buchhalterischen Gründen empfiehlt es sich, auch für die Selbstverlags-Annoncen des Verbandes Annoncengebühren in Rechnung zu setzen.

Von der Aufnahme offener Schwindelannoncen im Annoncentheile hat sich der „Gewerkverein“ im Allgemeinen freigehalten. Nur die Geheimmittel-Annonce im Jahrg. 1874 S. 224 und vielleicht auch das im Jahrg. 1877 S. 601 angezeigte medicinische Buch machen eine Ausnahme davon.

In der Centralraths-Sitzung vom 2. Juli 1880 wurde der Antrag gestellt, eine stehende Arbeitsmarkts-Kubrik für arbeitssuchende Mitglieder unentgeltlich im Organ einzuführen. Dieser Antrag wurde mit der Maßgabe angenommen, die Kubrik auch den Arbeitgeber zu unentgeltlicher Benutzung einzuräumen (G. B. 1880 S. 112). Oben rechts unter dem Titel enthält der „Gewerkverein“ folgende Worte: „Inserate betr. Versammlungen 20 Pf. — Geschäftsanzeigen 30 Pf. — Arbeitsmarkt 15 Pf.“ In der Abonnementsaufforderung der Nummer 52 von 1880 heißt es dagegen: „Arbeitsmarkt-Anzeigen gratis.“ Dieser scheinbare Widerspruch ist dadurch zu erklären, daß der „Kopf“ des Blattes schon gegossen war, als die Gratisaufnahme der betreff. Anzeigen beschlossen wurde, und daß die Aenderung des Kopfes noch nicht angängig war. Das Motiv jenes Beschlusses soll der Wunsch gewesen sein, durch Gratisannoncen die Arbeitsvermittlung der Gewerkvereine zu befördern (also etwa ähnlich wie Zeitschriften Probenummern gratis liefern). Dies Argument scheint mir indeß nicht haltbar zu sein. Arbeiter und vollends Arbeitgeber, die überhaupt im „Gewerkverein“ Arbeitsmarkts-Annoncen erscheinen lassen wollen, werden sich durch 15 Pf. Insertionsgebühr pro Zeile nicht abhalten lassen. Es dürfte sich empfehlen, für die Arbeitsmarkts-Annoncen wieder Bezahlung zu nehmen und den Annoncenbureau einen angemessenen Rabatt für solche Annoncen zu gewähren. Dann werden diese einflußreichen Bureau dem „Gewerkverein“ massenhafte Arbeitsmarkts- und andere Annoncen zuweisen, denn die meisten Annoncenaufgeber lassen sich in Betreff der zu wählenden Insertionsorgane von den Annoncenbureau beraten. Es dürfte auch zweckmäßig sein, den größten Industriellen Deutschlands, Deutsch-Oesterreichs u. gedruckte Prospekte in Betreff der Arbeitsmarkts-Annoncen des „Gewerkvereins“ zuzusenden und bezüglichliche An-

noncen in die gelesensten nationalökonomischen und schutzzönerischen Zeitschriften zu setzen.

Die Verhältnisse der ländlichen Arbeiter¹⁾ sind bisher vom „Gewerkverein“ nur selten berührt worden. Gegenwärtig (im Mai 1881) dürfte es in der ganzen civilisirten Welt nur einen ländlichen Gewerkverein geben, denn ländliche Maschinen-, Productiv- und Antheils-Genossenschaften sind andere, wenn auch zum Theil verwandte Sachen²⁾. Der Rittergutsbesitzer Bunge auf Griebow bei Büßow in Pommern gründete nämlich 1874 (nach dem G. B. S. 69) einen Gewerkverein seiner ländlichen Arbeiter. Aus dem „Verbreitungsbilde“ ersieht man, daß derselbe 1880 9 Mitglieder zählte. Der Vorsitzende war ein „Wirthschaftsstatthalter“, der Secretär ein Schmiedemeister und der Cassirer ein Lehrer.

Der Landesökonomierath Dr. Thiel hielt 1876 im Reichstage eine Rede, in welcher er sich (ähnlich wie H. B. Oppenheim und Hänel) für Gewerkvereine³⁾ und Cassenfreiheit aussprach.

Nach den Reichstagsverhandlungen von 1869 (Stenogr. Ber. S. 1114) sind die ländlichen Arbeiter inconsequenter Weise noch immer der Coalitionsfreiheit der gewerblichen Arbeiter nicht theilhaftig.

Ein verdienstvolles Circular dreier preussischer Ministerien in Betreff der Sicherheitsvorkehrungen bei landwirthschaftlichen Maschinen wird im „Gewerkverein“ 1880 No. 40, Weil., mit verdienter Anerkennung besprochen.

Die Frage der Standorte der Industrie, der localen Hypercentralisation und Decentralisation der Industrie und der Bevölkerung wird auch im „Gewerkverein“ mitunter berührt. In einer wohl von Dr. J. Schulze, dem damaligen Secretär der Mainzer Handelskammer, herrührenden Correspondenz aus Süddeutschland im Jahrg. 1869 heißt es, daß die süddeutschen ländlichen Fabrikarbeiter auch beim reichlichsten Lohne darben, um mit ihren Ersparnissen Land zu kaufen und dasselbe fast gartenmäßig zu bebauen. In einem 1872 vom Centralrath der Gewerkvereine (im G. B.) erlassenen Aufrufe an die Arbeiter heißt es u. A. behufs Empfehlung der nationalen, nicht bloß localen Gewerkvereins-Hülfscaffen: „Sage Niemand, ich werde meinen Wohnort, meine Fabrik nie verlassen. Wer kann Das in jetziger Zeit bestimmen? Erleben wir doch alle Tage, daß durch neue Erfindungen, durch Veränderung der Mode, der Handels- und Zollverträge und Steuergesetze, durch Krieg und Geschäftskrisen ganze Industriezweige ihre bisherigen Sitze verlassen müssen.“⁴⁾

¹⁾ Vgl. über das Verhältniß der englischen Gewerkvereine zu den ländlichen Arbeitern, Brentano, Arbeitergilden, Bd. II. S. 328, 368.

²⁾ Vgl. Walcker, Schutzzölle S. 802 unter „Landwirthschaft“ und „Landwirthsch. Genossenschaften“.

³⁾ Vgl. auch die Eisen. Verh. von 1872 S. 66 und Walcker, Schutzzölle S. 807 unter „Reichsinspectoren der ländl. Arbeiter“.

⁴⁾ Vgl. auch Brentano, Einigungsämter, S. 33, 40 und oben S. 20.

Dr. med. E. Mendel, Arzt in Pantow-Berlin und fortschrittlicher Reichstagsabg. für Niederbarnim, veröffentlichte 1877 im „Gewerkverein“ einen Zeitartikel: Zur Frage über Arbeiterwohnungen. Er plaidirt u. A. für eine locale „Decentralisation“ der Bevölkerung, er wünscht, daß die Arbeiter meilenweit von Berlin wohnen können, mitunter einen Morgen Land pachten und Kartoffeln selbst bauen. Er beklagt, daß die meisten Eisenbahnen zu wenig Anhaltspunkte in der Nähe der Stadt haben, die Stettiner z. B. erst nach 23 Kilometern, und er verlangt eine strenge Baupolizei in Bezug auf gesunde Luft und Wohnungen (d. h. die vorgeschlagenen Arbeiterwohnungen bei Berlin).

In England dürfen Altermietthen nur abgeschlossen werden, wenn pro Bewohner 300 (?) Kubikfuß Luftraum in der Wohnung vorhanden sind. Eine ähnliche Vorschrift wurde 1877 im „Gewerkverein“ (S. 146) gegen das rheinische¹⁾ Quartiergängerwesen empfohlen und ist auch mit Rücksicht auf das Berliner u. Schlafstellenwesen empfehlenswerth. Auch bei der Wohnungsfrage bewährt sich übrigens die alte Wahrheit, daß die besten Einrichtungen nichts helfen, wenn die betr. Patienten, bildlich gesprochen, die Vorschriften der wissenschaftlichen Medicin nicht befolgen. Nach einer Breslauer Correspondenz des „Gewerkvereins“ von 1877 wohnen z. B. viele Breslauer Arbeiter theuer und schlecht, weil sie zu bequem und als Großstädter zu vornehm (!) sind, um in den benachbarten Dörfern Pöpel: wiß u. zu wohnen, und weil sie gefällige Rücksichten nehmen. Die Letzteren würden von selbst wegfallen, sobald sich Massen von Arbeitern in den Dörfern niederlassen, was durch locale Dampf- und Pferdebahnen u. befördert werden könnte.

Ein Wahlausruf von M. Girsch sprach sich schon 1873 (im G. B. S. 243) für Staats-, Kreis- und Gemeinde-Eisenbahnen oder wenigstens für die „schärfste Controle“ durch den Staat aus. Ähnlich war der „Gewerkverein“ 1876 (S. 79) unter der Voraussetzung eines wahrhaft constitutionellen verantwortlichen Reichsministeriums dem Reichs-Eisenbahn-Projekt gar nicht abgeneigt; und ähnlich äußerte sich der damalige Volkszeitungs-Redacteur und spätere freireligiöse Prediger H. E. Sachse (im G. B. 1876 S. 151). Er bekämpfte ausdrücklich das unpatriotische Bündniß der Agrarier²⁾ mit particularistischen Gegnern des Reichs-Eisenbahn-Projekts. 1879 wurde dasselbe im „Gewerkverein“ mit den üblichen fortschrittlichen Gründen bekämpft. Es heißt u. A.: „Wer die Eisenbahnen hat, hat die Volkswirtschaft.“ Das ist in bedingter Weise zuzugeben, spricht aber grade für Staatsbahnen (wie auch M. Girsch an der eben angeführten Stelle hervorhebt) und gegen 6—7 „Eisenbahnkönige“ nach Art der B. Staaten. Ein Zeitartikel auf S. 109 desselben Jahrgangs

¹⁾ Val. über die schlechten Essener Wohnungsverhältnisse die Eisen. Verh. von 1872 S. 82, 104, 131.

²⁾ Hier scheint übrigens ein thatsächlicher Irrthum abzuwalzen.

hält den Sieg des Reichs-Eisenbahn-Projects für wahrscheinlich, aber schädlich, die Bahnen würden verpachtet und schließlich wieder verkauft werden. Eine Verpachtung ist allerdings wahrscheinlich, aber sie würde ja den Verkauf unnöthig machen und überhaupt die meisten beachtenswerthen Bedenken gegen das Project beseitigen.

Der „Gewerkverein“ hat sich mitunter auch mit Börsen- und Gründermißbräuchen beschäftigt. Seine Polemik gegen die 1869 geplante Eisenbahn-Prämienanleihe war z. B. lobenswerth. Auch das muthige Vorgehen des „Gewerkvereins“ gegen gewisse, von Lascker und Anderen mit Recht als Gründer bezeichnete Persönlichkeiten in den Jahren 1869 ff. war anerkanntenswerth. Nicht lobenswerth war es dagegen, daß der „Gewerkverein“ immer nur von (wirklichen oder angeblichen) conservativen und nationalliberalen Gründern sprach. Auch in der Fortschrittspartei und bei den Ultramontanen muß es schutzgöllnerische zc. Gründer und Gründergenossen gegeben haben, denn sonst hätten diese beiden Parteien den nationalliberalen (später secessionistischen) Abg. Lascker bei seinem Kampfe gegen die Gründer nicht im Stich gelassen. 1877 fand in Berlin eine große fortschrittliche Versammlung in Betreff der Nothstandsfrage statt, und ein höchst wahrscheinlich selbst fortschrittlicher Handwerksmeister „glaubte [nach dem G. B.] der Fortschrittspartei viele Unterlassungssünden auf volkswirtschaftlichem Gebiete zuschreiben zu müssen, insbesondere, daß sie nicht energisch genug gegen das Gründerthum eintrat.“ Dies „genug“ ist übrigens ein starker Euphemismus, da die Fortschrittspartei (gleich der „Volkspartei“ und der Socialdemokratie) in dieser Beziehung nichts, oder fast nichts gethan hat.

Der Volkszeitungs-Redacteur und spätere freireligiöse Prediger H. E. Sachse lieferte 1875 im „Gewerkverein“ (S. 201) eine scharfe Polemik gegen ungenügend, oder gar nicht motivirte neue Steuern oder Steuererhöhungen, er leugnete aber nicht unbedingt, daß neue Steuern nöthig werden könnten. Da fast alle Löhne auf die Dauer steigen, so muß auch der Lohn der großen Collectiv-Arbeiter steigen, die wir Staat, oder Gemeinde nennen.¹⁾

Das Tabaksmonopol wird vom „Gewerkverein“ zu unbedingt²⁾ verworfen. Das englisch-portugiesische System der Tabaksbesteuerung dürfte allerdings einträglicher und überhaupt vorzüglicher sein; indeß selbst das Tabaksmonopol wäre für die Arbeiter und Nichtarbeiter ein kleineres Uebel, als eine Papiergeldentwerthung, die ohne die Einführung eines jener beiden Systeme im nächsten großen Kriege mit ein oder zwei Großmächten kaum zu vermeiden sein dürfte.³⁾

Nach dem Vorbilde des englischen Gesetzes vom 18. Mai 1866

¹⁾ Vgl. Walcker, Schutzölle S. 303, 722—724, 741.

²⁾ Vgl. dagegen auch Rickert in den Verh. des preuß. Abg. Hauses vom 5. Febr. 1881.

³⁾ Vgl. Walcker, Schutzölle S. 767, 811.

empfahl M. Hirsch 1871 einen gewissen Staatscredit zur Heilung der Wohnungsnoth, und 1877 forderte er die Eröffnung eines staatlichen Nothstandscredits¹⁾ an die Gemeinden (V. B. 1871 S. 158, 165, 1877 S. 30). Solche und ähnliche Forderungen M. Hirsch's und Anderer werden von Vielen, wenn ich nicht irre auch irgendwo von M. Hirsch selbst, als ein schlagender Beleg dafür aufgefaßt, daß Diejenigen, die solche Forderungen stellen, von Manchesterlichen (socialpolitischen²⁾) Tendenzen frei sind. Das ist unrichtig. Jene Forderungen beweisen an und für sich höchstens, daß Jemand kein extremer Manchestermann ist. Entschieden anti-Manchesterlich sind nur die Standpunkte Derjenigen, welche dem Staate (bezw. der Kirche, der öffentlichen Meinung und der Volksitte) in wahrer, halbwarer, oder zum Theil selbst falscher Weise volkspädagogische, regulatorische Aufgaben stellen.³⁾ Man denke z. B. an Ablösungsgesetze, Zwangsverköpplungen, Eisenbahntarife, durch welche der localen Hypercentralisation der Industrie und der Bevölkerung entgegen gewirkt wird, Fabrikinspectoren etc. Legt man diesen Maßstab an den „Gewerkverein“, so findet man in der That, namentlich in den ersten Jahrgängen, neben entschieden anti-Manchesterlichen Tendenzen, z. B. der M. Hirsch'schen Forderung rein staatlicher Nationalbanken, auch Manchesterliche Tendenzen. M. Hirsch schrieb z. B.⁴⁾ 1871 (S. 203) in einer theilweise polemisch, wenn auch andererseits anerkennend gehaltenen Besprechung der G. Schönberg'schen Broschüre über Arbeitsämter: „Unseres Erachtens giebt es nur zwei Grundpfeiler, auf denen das sociale Gebäude der Zukunft sich erheben kann: Bildung und genossenschaftliche Organisation.“ M. Hirsch verkennt hier, daß es zahlreiche wichtige Reformaufgaben gab und giebt, die wohl von Einzelnen und Genossenschaften angeregt, aber schlechterdings nur von der Gesetzgebung und Verwaltung des Staates, bezw. seiner Localverbände durchgeführt werden können. Man denke z. B. an die Aufhebung der Fideicommissse und Schutzzölle, die oben S. 110 erwähnte Regelung der Eisenbahntarife, an den Kulturkampf, an die Hebung der Volksschule, Steuerreformen, die militärische Jugenderziehung, die Abkürzung der militärischen Dienstzeit etc. etc. Die genossenschaftliche Selbsthülfe allein könnte ferner häufig viel zu spät kommen. Wenn wir z. B. warten wollten, bis die Schaffung eines grundbesitzenden ländlichen Arbeiterstandes im Nordostens Deutschlands durch ländliche Gewerkevereine durchgeführt ist, so könnten wir lange warten, und inzwischen könnten die Auswanderung der ländlichen Arbeiter

¹⁾ Die oben S. 59 erwähnten Maßregeln wären wohl zweckmäßiger gewesen.

²⁾ In specifisch handelspolitischer Beziehung kann man überhaupt von verwerflichen Manchesterlichen Tendenzen nicht sprechen.

³⁾ Vgl. auch den von M. Hirsch mitunterzeichneten, vom 31. Mai 1873 datirten „Aufruf zur Gründung eines Vereins für Socialpolitik.“ Der Aufruf ist dem III. und IV. Bande der Schriften des Vereins vorgehsetzt.

⁴⁾ Vgl. auch oben S. 62.

und die socialdemokratische Bewegung unter denselben eine gefährliche Ausdehnung gewonnen haben. Wenn der Staat dagegen nach H. v. Treitschke's Vorschlag eine neue Ablösungsgesetzgebung erläßt, oder wenigstens, was besser sein dürfte, eine *douce pression* in dieser Richtung ausübt, so würde der Brunnen zugedeckt werden, ehe das Kind hineingefallen wäre. Auch im Interesse der finanziellen, diplomatischen und militärischen Machtstellung des Deutschen Reiches sind wir verpflichtet, durch freisinnige staatliche Reformen, z. B. durch Beförderung der rationellen Landwirthschaft, ferner durch Gewerkvereine u. dgl. dafür zu sorgen, daß der deutsche Boden eine möglichst zahlreiche, wohlhabende und leistungsfähige Bevölkerung ernährt.

Schulze-Delitzsch warnte schon in einer seiner ersten Schrift mit Recht vor der Ueberschätzung des genossenschaftlichen Princip's, er hob hervor, daß auch staatliche u. Reformen nothwendig seien. Auch M. Girsch erkannte Dies 1873 an.¹⁾ In demselben Sinne ist das im „Gewerkverein“ 1881 S. 4 abgedruckte Programm der Vorlesungen über die sociale Frage disponirt, welche M. Girsch an der Humboldt-Akademie in Berlin 1881 hielt, obgleich die Eisenbahnpolitik²⁾ und die Frage der Standorte der Industrie im Programm nicht ausdrücklich erwähnt sind. Beiläufig bemerkt, wäre der Druck der ohne Zweifel sehr inhaltsreichen und interessanten Girsch'schen Vorlesungen wünschenswerth.

Ein anonym, ziemlich Manchesterlich gehaltener Zeitartikel im „Gewerkverein“ 1879 S. 57 verwirft Wuchergesetze viel zu unbedingt und principiell.³⁾

Drittes Capitel.

Die politische und religiöse Haltung der Gewerkvereins-Literatur.⁴⁾

Eine Aufzählung und Besprechung aller bezüglichen lobens- und tadelnswerthen Stellen des „Gewerkvereins“, der Verbandstags Verhandlungen u. dgl. wäre natürlich weitläufig und überflüssig. Das Nachfolgende kann nur die Aufgabe haben, die bezüglichen geistigen Strömungen kurz zu charakterisiren und zum Theil auch zu kritisiren.

¹⁾ Vgl. oben S. 110 Note 3.

²⁾ Ueber Eisenbahnwesen werden übrigens von drei anderen Männern an der Humboldt-Akademie Vorlesungen gehalten.

³⁾ Vgl. für die principielle Verurtheilung des Wuchergesetzes von 1880. Walder, Schutzölle S. 814 u. v. Lienthal in Hilbrand's Jahrb. 1880.

⁴⁾ Vgl. auch oben S. 20, 102—104.

In den ersten Jahrgängen des „Gewerkvereins“ 1869 ff. finden sich auch extreme Aeußerungen, die ebenso wenig in ein Gewerkvereins-Blatt gehören, wie etwa ein Plaidoyer für, oder wider die N. Wagner'sche Zukunftsmusik, oder eine Abhandlung über den Fixstern Sirius, oder irgend eine andere Abschweifung von der Sache. Ein gewisser N. W., der, wenn ich nicht irre (nach einer Notiz im G. B.), 1872 Hülfsredacteur desselben war, erlaubte sich z. B. im „Gewerkverein“ 1872 (S. 102) eine höchst frivole Aeußerung über den (überdies mit zahllosen Mordbrennereien und sonstigen Gräueln verbundenen) Carlstenaufrstand gegen den wohlwollenden, allgemein geachteten König Amadeus von Spanien. Kechnlich polemisirte die Redaction des „Gewerkvereins“ 1871 (S. 138) im Namen der „freien philosophischen Bildung der Deutschen“ gegen Mazzini's Vertheidigung eines persönlichen Gottes und der persönlichen Unsterblichkeit.¹⁾ Als ob die pantheistischen Systeme J. G. Fichte's, Hegel's und Schelling's nicht längst ihre Gläubigen verloren hätten, und als ob J. G. Fichte, Herbart und last not least Kant nicht so zu sagen auch Philosophen wären! Verwandt mit jener Stelle sind die beständigen Empfehlungen der Uhlisch'schen Schriften, welche sich in den ersten Jahrgängen des „Gewerkvereins“ finden. Ja, Uhlisch wird sogar einmal mit einem „Apostel des Urchristenthums“ (!!) verglichen. Es ist hier nicht der Ort, eine philosophische und theologische Widerlegung des Uhlischianismus zu geben, und eine solche ist überhaupt nicht meine Sache; ich will hier nur einige politische Gesichtspuncte hervorheben. Einzelne Austritte aus den evangelischen Landeskirchen mögen für die Betreffenden eine sittliche, oder äußere (durch die Kirchenbehörden²⁾ herbeigeführte) Nothwendigkeit gewesen sein; aber solche Austritte sind stets ein beklagenswerthes Uebel, schwächen nur die Widerstandskraft des Protestantismus und überhaupt der modernen Cultur gegenüber dem Ultramontanismus, wie man z. B. am englischen und amerikanischen Sectenwesen sehen kann. Der Pantheismus, dem Uhlisch in seiner zweiten Periode huldigte, ist ferner eine in sittlicher Beziehung, trotz der individuellen Sittlichkeit mancher Pantheisten, höchst gefährliche Verirrung, die leicht in Materialismus, Atheismus und unsittliche Trivolität übergeht, namentlich bei Halbgebildeten und Ungebildeten. Auch N. Held (o. c. S. 116 ff.) und Roscher (Gesch. der N. Def. S. 1025) warnen die Gewerkvereine mit Recht vor Irreligiosität u. vgl. auch Held's Grundriß d. N. Def. 2. Aufl. 1878 S. 88, 89.

Ungefähr seit 1873, oder 1874 ist übrigens Dasjenige eingetreten, was ein großes nationalliberales, früher gewerkvereins-

¹⁾ Vgl. dagegen oben S. 33.

²⁾ Wie wenig das System Eichhorn-Maunier-Mühler selbst auf dem Gebiete des Religionsunterrichts geleistet hat, ersieht man auch daraus, daß ein Anonymus im G. B. 1876 S. 19 das Matth. 7. 20 stehende Wort Christi: „An ihren Früchten“ u. für ein modernes Dichterwort (!) hält.

feindliches und jetzt mehr gewerkvereinsfreundliches (und secessionistisches) Organ um 1877 die (wirthschaftliche, politische und religiöse) „Selbstberichtigung der Führer“ genannt hat. Ungefähr seit 1873, oder 1874 verschwinden nicht bloß die Empfehlungen des Uhlidianismus, sondern fast alle Berührungen religiöser Gegenstände aus dem „Gewerkverein“. Der objectiv nothwendige Kampf desselben gegen die reactionär-staatsocialistischen „Christlich“-Socialen wird, trotz gelegentlicher Ausnahmen, im Allgemeinen objectiv und maßvoll geführt. Es war auch gerechtfertigt, daß der „Gewerkverein“ einen Bericht über die Berliner Arbeiterversammlung brachte, in welcher die f. g. Judenhege nach Gebühr verurtheilt wurde, da diese Hege im Wesentlichen ein reactionäres Wahlmanöver ist, durch welches die liberalen und conservativen Freihändler, die Gegner der Kornzölle etc., bei den Reichstagswahlen verurtheilt werden sollen, und da nach der Angabe eines christlichen Maschinenbauers (im G. B. 1881 S. 10, 11) jüdische Handwerker und Arbeiter schon vor der Hege in manchen Werkstätten verhöhnt wurden. Das ist eine Noth, die nicht bloß im Namen der Toleranz, sondern auch der volkswirthschaftlichen Interessen, d. h. einer gesunden Verhältnißmäßigkeit zwischen der Zahl der Reproducenten, Stoffveredler und Kaufleute, bekämpft werden muß.

Schon in seiner radicalen Jugendperiode war der „Gewerkverein“ übrigens lange nicht so einseitig radical, wie die Gegner der Gewerkvereine meist glauben, oder wenigstens aussprechen. B. A. Huber und die conservativ-orthodoxe, 1870 von rheinischen Fabrikanten gegründete Zeitschrift „Concordia“ wurden schon 1869, bezw. 1871 im „Gewerkverein“ mit der größten Anerkennung erwähnt. In M. Hirsch's Grünberger Rede von 1870 heißt es: „Wenn Letztere [die Arbeitgeber], und wenn die besitzenden Classen überhaupt wirklich Herz haben, wenn sie in wirklich christlichem Sinne wirken wollen, so werden sie bereit sein, mit uns zu gehen, denn wir wollen nur Menschliches und Vernünftiges.“ Ähnlich heißt es im Weihnachtsleitartikel des „Gewerkvereins“ 1871, daß die Gewerkvereine auch „die Verwirklichung des rechten Christenthums [der Gerechtigkeit, Brüderlichkeit etc.] erstreben.“¹⁾ Der oben S. 71 erwähnte Dr. Julius Schulze veröffentlichte 1872 einen Leitartikel²⁾ unter der Ueberschrift: „Was unterscheidet uns von den Socialdemokraten?“ im „Gewerkverein“ (S. 83 ff.). Er protestirt daselbst gegen die „gewissenlose Leichtfertigkeit“, mit welcher „Darwinsche etc. Lehren“ gegen die Religion verwendet werden, und gegen die Darwin selbst protestiren würde, er constatirt die grauenvolle Corruption, welche in den Ver. Staaten, in England und in der Schweiz vorkommt und weist auf den kläglichen Ausgang der reinen Demokratien frühe-

¹⁾ Das Gesperrte ist von mir unterstrichen.

²⁾ Die Redaction weist S. 83 auf einige Mängel des Schulze'schen Artikels hin, bezeichnet ihn indeß S. 96 mit Recht als (im Allgemeinen) „trefflich“.

rer Jahrhunderte hin. „Man sagt den Arbeitern gradezu, daß sie nur gute Socialdemokraten zu sein brauchen, um „genug“ gebildet zu sein. Die Wahrheit ist aber, daß die jetzige Bildung des Arbeiterstandes in den weitaus meisten Fällen nicht einmal hinreicht, um das A B C der Tagesfragen gehörig zu würdigen, geschweige denn um selbst miturtheilen zu können.“ Der Werth des Bestehenden im Staate und in der Gesellschaft wird emphatisch betont. „Der Staatsgedanke . . . kommt zum Ausdruck . . . bei der Armee, welche — ungeachtet alles Barbarischen [?], was ihr anhaftet — . . . ein Träger der großartigsten sittlichen Idee geworden ist.“ Der Verfasser spricht ferner von den „Heiligthümern des Glaubens und der Sitte, welche das vielgeschmähte Bürgerthum in seinem Schooße bewahrt hat“, und plaidirt für „Vermeidung des Unfehlbarkeitsdünkels“ mancher Arbeiter, für „Anfangen mit dem eigenen Besserwerden, Anerkennung des reell und zunächst unersetzbaren Werthes unserer, wenn auch noch so mangelhaften Zustände.“

Im „Gewerkverein“ und in den Verhandlungen des Verbandstages von 1873 findet sich einige Mal die leichte, leicht mißzu deutende Phrase einer Trennung von Staat und Kirche, eine Phrase, hinter der in manchen Fällen offenbar ein kirchenpolitisches laissez faire, eine Vogelstraußen-Politik gegenüber dem Ultramontanismus steckt. Andererseits tadelt die Wochenschau des „Gewerkvereins“ 1870 (S. 194), daß Herr von Mühler den Infallibilismus protegire, die Unfehlbarkeitserklärung wird (ähnlich wie von den deutschen Bischöfen, Windthorst u. A. im J. 1869 und 1870) als ein „Attentat auf Vernunft, Wissenschaft und wahres Christenthum“ bezeichnet. Im „Gewerkverein“ von 1871 (S. 117) constatirt Dr. R. Venzey, daß die Tumulte in Königshütte sich gegen Protestanten, Juden und (katholische) Gegner der Infallibilität richteten. In der Wochenschau des „Gewerkvereins“ vom 26. Juli 1873 heißt es: „Die Schuld der Regierungen, welche bei der Verkündung des Unfehlbarkeitsdogmas „aus Zweckmäßigkeitsgründen“ geschwiegen haben, rächt sich jetzt in bitterster Weise.“ Das ist richtig, denn Preußen brauchte nicht gleich am 19. Juli 1870 Reversse gegen die Unfehlbarkeit zc. von den katholischen Geistlichen verlangen, es konnte die Sache bis 1871 dilatorisch behandeln. Im „Gewerkverein“ wurden 1870 ff. altkatholische Schriften und Broschüren von v. Schulte, Friedrich, Michaud u. A. mit Recht empfohlen, denn auch nichtkatholische Freunde des Deutschen Reiches und überhaupt der ethischen und wirthschaftlichen Kultur haben ein dringendes Interesse an einer praktischen, zum Frieden führenden Führung des Kulturkampfes.

Der orthodox-conservative Rittergutsbesitzer und Hamburger Stadtmissionär Frhr. v. Dertzen lobte 1874 im Verein für Socialpolitik die „besonnenen Männer“, welche die Gewerksvereine leiten und von leichtsinnigen Strikcs abhalten und erkannte an, daß

die Gewerkvereine „für die Fortbildung ihrer Mitglieder Erhebliches leisten und dieselben auch vor dem zersetzenden antireligiösen Geiste socialdemokratischer Versammlungen bewahren. — Sie ignoriren wenigstens die Religion. Suchen wir daher faute de mieux [d. h. einer „corporativen Organisation der Arbeiter durch die Gesetzgebung“], den Gewerkvereinen gesetzliche Förderung zu verschaffen . . .“ So verwerflich die vom Redner in seiner „Klauderei“ beispielsweise angeführte Dotirung der Gewerkvereins-Cassen aus Staatsmitteln wäre, so liefern doch v. Derzen's Worte einen der vielen Belege dafür, daß der Werth der Gewerkvereine mehr und mehr erkannt wird. Lasker sagte z. B. am 10jährigen Stiftungsfeste derselben, am 16 Nov. 1878: „In nicht ferner Zukunft wird das von den Deutschen Gewerkvereinen Geschaffene immermehr segensreich wirken und zur Anerkennung kommen als ein Werk des Friedens.“ Verschiedene Geistliche, Aerzte und Lehrer hielten z. B. 1880 und früher in Gewerkvereinen Vorträge, wie man aus dem „Gewerkverein“ ersieht. Diese Geistlichen, zu denen u. A. der Pastor Seyffahrt in Liegnitz und der altkatholische Pfarrer Obertimpfner in Karlsruhe in Baden gehören, dürften nur zum kleinsten Theil Freigemeindler und meist gemäßigt orthodoxe, oder liberale Geistliche der evangelischen Landeskirchen sowie Altkatholiken sein.

Am dieser Stelle mag beiläufig erwähnt werden, daß der ultramontane Abgeordnete und „Germania“-Redacteur Majunke sich im Januar 1881 als Gast der Ortsverbands-Versammlung zu Spremberg an einer Debatte über die Abstammung des Menschengeschlechts betheiligte, über die der Lehrer Kalb aus Gera einen Vortrag gehalten hatte. Am 20. Februar 1881 hielt Majunke in demselben Ortsverbande einen Vortrag, in welchem er vergeblich für das projectirte Reichs-Unfallversicherungs-Gesetz und den Volkswirtschaftsrath, überhaupt für die Bismarck's Socialpolitik plaidirte. Majunke scheint zu ahnen, daß die Gewerkvereine eine bedeutende Zukunft haben können und dieselben in's Schlepptau der ultramontanen Partei nehmen zu wollen.

Zu jenem Friedenswerke der Gewerkvereine gehört übrigens auch der Verzicht auf einige unhaltbare politische Forderungen, welche von einzelnen Mitgliedern und Freunden der Gewerkvereine erhoben worden sind. Ein gewisser A. Büttner verlangte 1870 im „Gewerkverein“ die Unentgeltlichkeit des Gymnasial- und Universitätsunterrichts, d. h. mit anderen Worten eine Vermehrung des schon jetzt so zahlreichen gelehrten Proletariats. Das scheint die Ideologie eines Einzelnen gewesen zu sein; auch die Forderung einer Besoldung der Stadtverordneten wurde nur einmal auf dem 1. Verbandstage 1871 erhoben. Die Forderung des allgemeinen gleichen Stimmrechts für Communal- und Landtags-Wahlen wurde dagegen 1870, 1871, 1873, 1875 mehrfach im „Gewerkverein“, bezw. auf dem 1. Verbandstage erhoben, zum Theil sogar von

M. Hirsch. Privatdiäten, welche Arbeiter behufs ihrer Theilnahme an Communalvertretungen von ihren Gewerksvereinen gezahlt werden, lassen sich vertheidigen; aber die allgemeine Abschaffung der Ehrenämter der Stadtverordneten hieße die Art an die Wurzel der Selbstverwaltung, des großen Werkes der Stein'schen Städteordnung, legen. M. Hirsch verkannte Dies 1871, obgleich die Gewerksvereine selbst ihre Aemter soviel als möglich zu Ehrenämtern machen. Das allgemeine gleiche Stimmrecht, welches sogar von J. S. Mill und Garibaldi bekämpft worden ist,¹⁾ hat keinen einzigen namhaften Vertheidiger in der Wissenschaft; denn der einzige Publicist, der hier etwa angeführt werden könnte, nämlich Constantin Rößler, vertheidigt dasselbe nicht principiell, sondern nur als das kleinere von mehreren Uebeln und ist überdies wegen seiner allzu großen Verehrung der Bismarck'schen Politik, oder wie man eigentlich sagen müßte: der wechselnden Bismarck'schen Politiken, kein classischer Zeuge. Es giebt verschiedene Institute, die nur für eine ganz bestimmte Staatsform passen. Dazu gehört auch das allgemeine gleiche Stimmrecht, welches nur für einen streng — communistischen Staat paßt; schon für einen bloß socialistischen Staat paßt es nicht, und vollends für den heutigen antisocialistischen Staat ist es ein Widersinn, so lange nicht irgend ein Zauberer, oder Taschenspieler ein Mittel angiebt, eine allgemeine gleiche Kopfsteuer einzuführen, bei welcher ein Tagelöhner ebenso viel Steuern zahlt, wie ein Krupp oder ein Rothschild. Sowohl in Frankreich, als in Deutschland war die Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts ein reactionärer Schachzug Napoleon's III., bezw. des Fürsten Bismarck,²⁾ ein Schachzug, der die unabhängigen Liberalen (und Conservativen) matt setzen sollte, wie auch R. v. Mohl in seiner Politik 1869 hervorhob. Das allgemeine gleiche Wahlrecht vertheidigen, heißt daher, bewußt, oder unbewußt, die wenig ritterliche Waffe klüffen, mit welcher die unabhängigen Gegner der Kornzölle, des Juli-Kirchengesetzes von 1880 u. u. geschlagen worden sind und noch geschlagen werden sollen. Auch M. Hirsch sagte 1870 in seiner Bittauer Rede: „Sie wissen, wir sind politisch rückwärts gegangen dadurch, daß das allgemeine [gleiche] Wahlrecht uns gegeben wurde.“ Als Grund führt er die Abhängigkeit der ländlichen Bevölkerung von (so manchen reactionären) Gutsbesitzern und Pfaffen an (wobei auch reactionäre Landwirthe u. u. nicht zu vergessen sind). Indes wenn diese Abhängigkeit auch beseitigt wäre, so würde das, wie gezeigt, absolut ungerechte gleiche Wahlrecht doch nur socialistischen, schütz-zöllnerischen, ultramontanen u. u. Demagogen und Culturfeinden nützen. Auch die Forderung des gleichen Landtags- und Communal-Wahlrechts fällt daher in sich zusammen. Wissenschaftlich läßt sich nur das all-

¹⁾ Vgl. die Abh. über die Wahlgesetz-Frage bei Walcker, Zeitfragen, 1875, S. 197 ff. und bes. Grundriß des Allg. Staatsrechts § 45.

²⁾ Die Idee zu diesem Schachzuge soll vom bekannten Geh. Reg.-Rath Wagener stammen.

gemeine classificirte Wahlrecht mit dem auch von Mill, amerikanischen und ungarischen Liberalen, Garibaldi u. geforderten Bildungscensus verteidigen.¹⁾ Das gleiche communale Wahlrecht würde auch in Europa zu einer ähnlichen furchtbaren Corruption führen wie in Amerika.²⁾ Auch N. Held warnt (o. c. S. 93) die Gewerkvereine davor, den Socialdemokraten die Concession des gleichen Communalwahlrechts zu machen.

Durchaus berechtigt ist dagegen der von M. Hirsch im „Gewerkverein“ 1873 (S. 183) mit Berufung auf Bright, einen englischen General-Staatsanwalt und die Mittheilungen des Mittelrheinischen Fabrikantenvereins ausgesprochene Wunsch, daß wenigstens einige (antifocialistische) Arbeiter in den Reichstag gewählt werden möchten. Das liegt auch im Interesse des Kampfes gegen agrarische und industrielle Schutzöllner, gegen Ultramontane, Particularisten, Zünftler und Socialisten; denn viele Wahrheiten wirken noch viel schlagender, wenn sie aus dem Munde eines Arbeiters kommen, als wenn sie von einem den arbeitenden Classen persönlich ferner stehenden Volksfreunde ausgesprochen werden. Wenn ein Arbeiter eines schutzöllnerischen Arbeitgebers den Schwindel gewisser um Schutzöllne, d. h. um eine Art Armenunterstützung bettelnder Schutzölln-Millionäre, Korn-, Vieh- und Holzölln-Magnaten im Reichstage aufdecken wollte, so würde er natürlich entlassen oder chicanirt werden; er könnte sich indeß dagegen schützen, indem er vorher in die Dienste eines freihändlerischen Fabrikanten, bezw. Landwirths träte.

Der oben S. 64 erwähnte Arbeiter Ranisch schlug 1871 auf dem 2. Verbandstage vor, die Candidaten zu verpflichten, im Reichstage nicht ihre Meinung zu vertreten, sondern die Meinung ihres Wahlkörpers (!). M. Hirsch bekämpfte Dies nicht bloß in Bezug auf Parlamente, sondern auch in Bezug auf Gewerkvereins-Verbandstage, er wies darauf hin, daß man ja dann consequenter Weise die betr. Verhandlungen überhaupt schriftlich, ohne Parlamente und Verbandstage, abmachen müsse. Auch die Vorstellung ist naiv, daß schutzöllnerische u. Wählermehrheiten sich stets über bestimmte Instructionen einigen werden. Auch der oben S. 67 erwähnte Lyoner Congreß verlangte das s. g. mandat impératif der Volksvertreter. Die Sache hat keine praktische Bedeutung — Ranisch stellte z. B. nicht einmal ein bezügliches Amendement zu den Verbandtags-Resolutionen in Betreff der Reichstagswahlen —, aber sie zeigt, daß der extreme, halb-socialistische Demokratismus unwillkürlich und unbewußt zu den verrottesten Institutionen des Mittelalters und des ancien régime zurückschreitet. Das mandat impératif, welches consequenter Weise auch von Feudalen, industriellen Schutzöllnern und Particularisten gefordert werden müßte, würde den

¹⁾ Vgl. Walder a. a. O.

²⁾ Vgl. F. Stapp in den Preuß. Jahrb. März 1878 und Gneist, Die preuß. Finanzreform, 1881, S. 195.

Deutschen Reichstag zu einem Bundestage, zu einer Diplomatenconferenz von mehr als 400 souveränen Wahlkreisen, d. h. Duodezstaaten, herabwürdigen.

1877 fand in Gera eine Versammlung statt, in welcher die Stiftung eines Deutschen (antisozialdemokratischen) Arbeitercongresses berathen und vorgenommen wurde, nachdem schon in Kassel ein Vorcongreß getagt hatte. Zu den 92 Theilnehmern an der Versammlung gehörten M. Hirsch, Vertreter verschiedener Gewerksvereine, fortschrittlicher und liberaler Wahlcomités, Bildungs- und Gewerbevereine und einige Privatpersonen, z. B. Dr. Graue, der bekannte liberale Geistliche in Chemnitz. Die Verhandlungen des Congresses sind vom (nationalliberalen) Schriftführer desselben, F. Schloßmacher in Greiz, auszüglich herausgegeben worden und in 2. Auflage erschienen. Dieser Bericht ist übrigens mangelhaft, der S. 13 erwähnte nationalliberale Gegenantrag von Dr. jur. Müller aus Leipzig ist z. B. nicht mitgetheilt. Die Versammlung nahm mit allen gegen 3 Stimmen ein Programm an, welches berechnete Forderungen der Gewerksvereins-Statuten, wahre Gemeinplätze¹⁾ und eine verwerfliche ultrademokratische Forderung combinirt. Unter I, 1 heißt es nämlich „Vollständige Gleichberechtigung des Arbeiters mit allen anderen Staatsbürgern, daher [?] allgemeines gleiches und directes Wahlrecht mit Diäten.“ Diäten für Reichstagsabgeordnete werden von den meisten Liberalen mit Recht gefordert, und die Gleichberechtigung der Arbeiter in Einigungsämtern u. dgl. kann von keinem Verständigen bekämpft werden; das allgemeine gleiche und directe Wahlrecht ist dagegen verwerflich.²⁾ Der in Rede stehende Satz ist überdies so schlecht gefaßt, daß er im Dunkeln läßt, ob blos Reformen des Reichstagswahlrechts im Sinne des classificirten allgemeinen Stimmrechts abgelehnt werden sollen, oder ob das allgemeine gleiche und directe Wahlrecht auch für die Landtags- und Gemeinde-Wahlen eingeführt werden soll. Höchst wahrscheinlich ist auch das Letztere gemeint, obgleich diese Forderung gegen II, 4 verstößt,³⁾ wo es heißt: „... Kampf . . . gegen alle Bestrebungen nach Classenherrschaft, mögen dieselben von oben, oder von unten ausgehen.“ Gneist sagt mit Recht, daß solche Bestrebungen, die den unteren Classen für ein Minimum von Gemeindesteuern und ohne Betheiligung an den communalen Ehrenämtern der besitzenden Classen künstlich die Stimmenmehrheit geben wollen, einfach auf die Schaffung einer neuen privilegiirten Classe hinauslaufen. Jene Forderung war sehr unpolitisch, sie stieß die besitzenden Classen zurück und ließ die Arbeiter

¹⁾ Selbst die unter I, 4 verlangte „strenge Aufsicht durch Fabrikinspectionen“ fällt heutzutage unter diese Rubrik, so berechtigt die in Rede stehende Forderung auch ist.

²⁾ Vgl. oben S. 115 ff.

³⁾ Vgl. oben S. 116, 117.

kühl, wie das Fiasco des Arbeitercongresses gezeigt hat, der 1878 noch einmal in Dresden¹⁾ tagte und seitdem eingeschlafen zu sein scheint. Auch die unter I, 3 stehende principielle Verwerfung des Schulgeldes der Volksschulen geht zu weit.²⁾

Seit Anfang 1878 erschien, zuerst unter der Redaction von Dr. M. Hirsch, später unter der Redaction von J. Keller, eine Wochenschrift „Die sociale Frage.“ Dieselbe war zugleich Organ des Arbeitercongresses, wechselte mehrmals den Verleger und ging 1880 ein. Unter Hirsch's Redaction war sie ein gemäßigtes, an den „Bildungsverein“ und den „Gewerkverein“ erinnerndes Blatt; unter Keller's Redaction brachte sie indeß auch herb radicale, sehr leicht mißzudentende Aeußerungen.

Die im Ganzen gemäßigte Richtung des „Gewerkvereins“ erhellt auch daraus, daß er schon 1869 ff., z. B. 1872, die Schriften und die Eisenacher Reden Roscher's, U. Held's, Schmoller's, Brentano's, Schönberg's, Engel's, Gneist's u. A. mit großer Anerkennung besprach.³⁾

Beachtenswerth sind auch folgende Aeußerungen des „Gewerkvereins“ (1870 S. 92): „Während über die nationale Frage, über Verfassungsformen, über äußere Politik auch unter den deutschen Arbeitern große Meinungsverschiedenheit herrscht, ist das Interesse für Besserung der Arbeitsverhältnisse Allen gemeinsam. Das Hereindrängen der Politik würde nur das sonst Harmonische stören und auflösen, während grade Alles für die Erhaltung der Einigkeit unter den Berufsgenossen spricht. So mancher tüchtige Vorsitzende, Secretär, oder Cassirer müßte zurücktreten, und zwar zum größten Schaden des Vereins, wenn das politische Glaubensbekenntniß, oder die politische Begabung auf die Waagschaale gelegt würde. Dazu kommt noch die naturgemäße Organisation der Gewerkvereine nach Berufszweigen. Dies wäre offenbar die letzte Organisationsgrundlage für politische Zwecke. Die Löhne, Arbeitsbedingungen, Krankheits- und Sterblichkeitsverhältnisse richten sich größtentheils nach den Beschäftigungen; aber was in aller Welt hat der Unterschied zwischen Zimmermann, Maschinenbauer, Töpfer u. mit den eigentlich politischen Fragen und Agitationen zu thun?“

Darauf folgt ein Hinweis auf die preussischen u. Vereinsgesetze, welche jede Verbindung politischer Vereine unter einander verbieten, und eine Ausführung darüber, daß die Gewerkvereine mit ihrer Disciplin, mit ihrer freiwilligen Unterordnung unter den Mehrheitsbeschluß behufs Erreichung des gemeinsamen Besten indirect „Vorschulen der Demokratie,“ seien, denn nach Montesquieu sei das Princip der Demokratie die Tugend.

Das Wort Demokratie ist vieldeutig, indeß solche tugendhafte

¹⁾ Vgl. den G. B. von 1878 und die Verh. des 6. Verb. S. 151.

²⁾ Vgl. Walcker, Grundriß des Allg. Staatsrechts, 1875 S. 127.

³⁾ Vgl. auch oben S. 87, 102—104, 113 ff.

Bestrebungen kann man sich gefallen lassen; denn je ernster und erfolgreicher sie sind, desto mehr nützen sie allen berechtigten demokratischen, aristokratischen und monarchischen Interessen.

Die von Gewerkvereinen mehrfach geforderten obligatorischen Fortbildungsschulen existiren in Sachsen, Baden und Württemberg bereits. Der deutsche Arbeitgeberbund der Schneider, der vom „Gewerkverein“ wegen seiner aufgeklärten, arbeiterfreundlichen Haltung wiederholt gelobt worden ist, sprach sich 1874 für Errichtung einer wesentlich verbesserten Reichs-Volksschule und daran schließende obligatorische Fortbildungsschule aus (G. B. 1874, S. 147). B. Nuerbach's bekannte Empfehlung eines nationalen Reichs-Schullesebuches¹⁾ wird von M. Hirsch (im G. B. 1877, S. 102) mit der selbstverständlichen Clausel eines culturfrendlichen Inhalts gebilligt.

Im „Gewerkverein“ wurde 1870 (S. 92) „ein auf allgemeines Turnen begründetes Milizsystem“ als letztes Ziel der Entwicklung empfohlen. In einem Wahlauftruf von 1871 verlangt der „Gewerkverein“ Verminderung der Militärlast durch Verkürzung der Dienstzeit um mindestens 1 Jahr, eine weitere Verkürzung, vorbereitet durch militärische Uebungen der Jugend.“ Der erwähnte Journalist und Erztischler Waldow knüpft daran folgende Bemerkung: „Man hat in diesem Kriege Rekruten verwandt, die erst 3 Monate im Dienst waren. Was folgt daraus? Entweder hat man uns die Unwahrheit gesagt, wenn man die 3jährige Dienstzeit als unbedingt nöthig verlangt, oder man hat wehrlose Menschen dem Feinde entgegengestellt.“ Das ist eine schlagende Bemerkung,²⁾ obgleich man dabei nicht an eine bewusste „Unwahrheit“ zu denken braucht, und obgleich man den Rückhalt nicht übersehen darf, welchen Rekruten an älteren Soldaten finden. Der oben S. 108, 109 erwähnte Redacteur Sachsé plaidirte 1875 im „Gewerkverein“ für das „als vortrefflich anerkannte“ v. Rohr'sche System, möglichst kurzer Exercirzeit. „Man schaffe sich durch eine 1—2jährige Vorbildungsdienstzeit eine um Eindrittel bis zur Hälfte stärkere . . . Armee mit den Mannschaften vom 20.—32. Lebensjahre, man stelle sich daneben durch eine 6wöchentliche Uebung entsprechende Massen aus der großen Ersatzreserve bis zum 32. Lebensjahre das Material her zu einem Landsturm, der jederzeit zum Eintritt und zur Verwendung verpflichtet ist. Aber man überlasse [?] es aller über das 32. Lebensjahr hinausreichenden Mannschaften auf ergehenden Ruf, nur freiwillig noch einmal in die Reichsarmee einzutreten zu passendem Wehrdienst in Momenten größter Gefahr des Vaterlandes.“

Der Wanderlehrer J. Keller plaidirt in seiner vom „Gewerkverein“ periodisch empfohlenen und trotz einigen stylistischen Mängeln

¹⁾ Vgl. Walcker, Ein preuß. Unterrichtsgesetz, oder ein Reichsgesetz über die militär. Jugendberziehung? etc. 1877 S. 213.

²⁾ Vgl. Walcker, Wehrpflicht, 1873, S. 64, 65.

im Allgemeinen lesenswerthen Schrift über das deutsche Handwerk (2. Aufl. 1878, S. 200, 201) für eine 1—2jährige, durch die militärische Jugendzueziehung der 14—18jährigen vorbereitete Dienstzeit. Das Milizsystem wird von Keller im Hinblick auf die amerikanischen und französischen Erfahrungen von 1861 ff., 1870 und 1871 ausdrücklich verworfen.

Wie staatsmännisch die Ansichten sind, zu welchen selbst einfache Arbeiter mitunter gelangen, beweist u. A. ein Zeitartikel „aus Arbeiterkreisen“ im „Gewerkverein“ 1879 (S. 101), in welchem es heißt, daß in jetziger Zeit ein conservativer Freihändler viel höher im (sittlichen und politischen) Werthe stehe, als ein liberaler Schutzöllner.

In den Berichten, welche der G. V. über Feste der Gewerkvereine bringt, findet man häufig die Notiz, daß diese Feste, namentlich in Preußen, mit einem Hoch auf Seine Majestät den Kaiser eröffnet wurden.

Viertes Capitel.

Die Verhütung und Bekämpfung zünftlerischer und anderer Ausartungen der Gewerkvereine. Normativ- und Strafgesetze in Betreff der Gewerkvereine. Kritik der politischen Bedenken gegen Gewerkvereine. Gründe für das Zusammengehen der Gewerkvereiner und überhaupt der gemäßigten Arbeiter mit liberalen und conservativen Reformfreunden.

Ein wahrer Gemeinplatz sagt, daß man die Menschen nehmen soll, wie sie sind, nicht wie sie sein sollen. Diese Gegensätze werden auch als Realpolitik und (Pseudo-) Idealismus, als Pessimismus und Optimismus bezeichnet; am logischsten dürfte es indeß sein, vom Gegensatz des Augustinismus und Pelagianismus zu sprechen. Trotz manchen Uebertreibungen und pseudo-theologischen Schrullen Augustin's und trotz der theilweisen Verechtigung des Pelagius'schen Standpunctes kann und muß man doch den Augustinismus als eine philosophisch reifere, welterfahrene Ansicht bezeichnen, wie den Pelagianismus. Das erhellt auch daraus, daß fast alle Pelagianisch redenden, Vertrauensseligkeit, Leichtgläubigkeit gegenüber schutzöllnerischen, Manchesterlichen, feudalen, zünftlerischen, ultrademokratischen, socialistischen u.

Prätensionen predigenden Politiker sofort mißtrauische Augustiner werden, wenn ein fremder Mensch von ihnen ein Vertrauensvotum, z. B. ein Darlehen, eine Bürgschaft, eine Empfehlung, die Hand einer Tochter etc. verlangt. Alle Religionsgemeinschaften und alle Philosophen verlangen ferner von allen Menschen, auch von absoluten Fürsten, Dictatoren und „unfehlbaren“ Päpsten mit Recht, daß sie Mißtrauen gegen sich selbst hegen und Selbstbeherrschung üben. Selbst die Bulle Unam sanctam von 1302, welche die irdische Oberherrschaft des Papstes über alle Fürsten und Völker erklärt, und die Unfehlbarkeitserklärung von 1870 dispensiren die Päpste nicht von jenen Pflichten,¹⁾ so extrem diese Erklärungen auch sonst sind. Die Gewerkvereine können daher unmöglich verlangen, noch mehr Privilegien zu erhalten, als unfehlbar²⁾ betrachtet zu werden, besonders, da jede beliebige dauernde, oder zufällige, vorübergehende Vereinigung einer größeren Zahl von Menschen die Tendenz hat, nicht bloß die guten, sondern auch die bösen Triebe der Masse zu potenziren, wie z. B. jeder politische, oder unpolitische Aufruhr zeigt. Daß von Augustinus, Luther, A. Smith, Bastiat, Gneist und überhaupt von allen consequenten, das laissez faire bekämpfenden Freihändlern gepredigte staatsmännische Mißtrauen gegen individuelle und collective Vorurtheile und Egoismen, gegen Interessengruppen aller Art sollte in die allgemeine Volksbildung übergehen, jedem älteren Schulknaben geläufig sein. Das liegt auch im Interesse der Gewerkvereine, die dadurch zuchtlosen, extremen, von außen oder von innen die wohlverstandenen, berechtigten Interessen der Gewerkvereine gefährdenden Elementen gegenüber an Popularität, bezw. an Disciplinargewalt gewinnen würden.

Beim Wachssthum von Gewerkvereinen und so mancher anderer menschlichen Gemeinschaften zeigt sich eine doppelte, widersprechende Tendenz: einerseits werden sie reifer, erfahrener, maßvoller — wie z. B. die Abneigung der alten wohlfundirten englischen Gewerkvereine gegen Strikes zeigt —; aber andererseits ist es unleugbar, daß ein Verband von 200,000 oder von 2,000,000 Gewerkevereinlern unter sonst gleichen Umständen eher geneigt sein wird, seine Macht zu mißbrauchen, als ein Verband von 20,000 Gewerkevereinlern.³⁾ Es ist ferner unleugbar, daß die von deutschen Gewerkvereinen etwa zu befürchtenden Mißbräuche der Natur der Sache nach eine gewisse Ähnlichkeit mit den Mißbräuchen der alten deutschen Zünfte⁴⁾ und

¹⁾ Dies geht z. B. daraus hervor, daß die Päpste auch nach 1302 und 1870 Reichthümer für sich selbst beibehielten.

²⁾ Vgl. Thornton S. 190 ff.

³⁾ Vgl. Brentano, Die wissensch. Leistung etc. S. 52.

⁴⁾ Auch ein Mitglied des halbsocialistischen Lyoner Arbeitercongresses von 1878 warnte denselben vor der Gefahr, die neuen Gewerkvereine könnten die engherzige Gewerbepolitik nachahmen, welche Lurgot in den alten Gilden verurtheilte (v. Holtendorff's Jahrb. 1878 S. 675).

mit den Mißbräuchen englischer Gewerkvereine haben würden. Daraus darf man indeß nicht schließen, daß jene älteren deutschen und modernen englischen Mißbräuche einfach abgeklatscht werden würden, und daß eine vornehm ignorirende, oder feindselige Haltung der gebildeten Classen gegenüber den Gewerkvereinen räthlich ist.¹⁾ Gewerkvereine haben gleich allen anderen erlaubten Vereinen, z. B. dem harmlosesten, unpolitischsten Honorationencasino, innere Angelegenheiten, um die sich kein Nichtmitglied zu kümmern hat; aber sie haben auch Angelegenheiten, welche ihre Mitbürger, d. h. die Arbeitgeber und die Consumenten, sehr wesentlich angehen. Dahin gehören in erster Linie alle Fragen nach den nationalökonomischen Principien und Strebezielen der Gewerkvereine. Solche Fragen müssen von ihnen in Gemeinschaft mit den gebildeten Classen in Versammlungen, in Zeitschriften etc. erörtert werden. Eine solche gemeinsame Culturarbeit ist von Wichtigkeit, denn junge Gewerkvereine sind, ähnlich wie junge Individuen, durch verständigen Zuspruch leichter von extravaganten, z. B. zünftlerischen, Tendenzen abzubringen, als alte Gewerkvereine, bezw. Individuen, bei denen allerlei schlechte Tendenzen schon zur Gewohnheit, zur „zweiten Natur,“ geworden sind.

Man darf ferner nicht übersehen, daß der Staat und die Gesellschaft im modernen Deutschen Reiche eine unvergleichlich größere Widerstandskraft gegen Zunft- und Gewerkvereins-Mißbräuche besitzen, wie das deutsche Mittelalter und ancien régime vor dem Zeitalter der Eisenbahnen, der Freizügigkeit und der Presse, oder wie selbst das heutige England. Wenn ein deutscher Leser bei Thornton²⁾ (S. 366 ff.) und Brentano (Arbeitergilden I S. 68 ff., 135, II S. 188 und passim) die Schilderungen arger Mißbräuche mancher englischer Gewerkvereine, insbesondere mancher Baugewerke liest, so sagt er sich unwillkürlich: „Solche angemessene Zunftprivilegien würden in Deutschland nicht geduldet werden.“³⁾ Die Antwort auf die Frage, warum sie in England geduldet werden, ist verwickelt und nicht ganz leicht, indeß ein wichtiger Punkt derselben dürfte feststehen. In Bezug auf Latifundien, Sinecuren⁴⁾, Justizwesen etc. bestehen in England so große und vom Zeitgeist so stark angegriffene Mißbräuche, daß die herrschende Oligarchie es nicht recht wagt, energisch gegen jene Gewerkvereins-Mißbräuche vorzugehen, weil sie instinctmäßig die Solidarität aller Mißbräuche fühlt. In Deutschland liegen die Dinge,

¹⁾ Vgl. oben S. 12.

²⁾ Vgl. auch Thornton S. 207, 208, 214 ff., 221 ff., 228, 244 ff. und Walcker, Nat. Oct. 1875 S. 181.

³⁾ Da die Trades Unions nur die besser bezahlten Arbeiter aufnehmen und sich nicht selten, um nicht zu sagen in der Regel, weigern, mit Nichtmitgliedern zusammen zu arbeiten, so laufen beide Forderungen zusammengenommen häufig darauf hinaus, daß die übrigen Arbeiter verhungern, Almosen empfangen, stehlen, oder auswandern sollen (!).

⁴⁾ Auch die anglikanische Staatskirche ist größtentheils zu einer Versorgungsanstalt für jüngere Söhne der Magnatenoligarchie herabgewürdigt.

trotz ihrer Reformbedürftigkeit, unvergleichlich günstiger. Der absolute und constitutionelle Beamtenstaat hat z. B. einen grundbesitzenden Bauernstand conservirt. Eine tüchtige liberale, oder conservative Regierung wäre daher durch nichts gehindert, gegen Gewerkevereins-Mißbräuche mit der ganzen Wucht der Strafgesetze, der Gesetzgebung und überhaupt der öffentlichen Meinung vorzugehen.

Ein englisches, bei Bamberger (S. 353, 354) übersetztes Strafgesetz von 1871, welches sich unmittelbar an das englische Gewerkevereins-Gesetz vom selben Jahre schließt,¹⁾ betrifft Gewaltthätigkeiten, Drohungen und Belästigungen, welche sich Arbeitgeber, oder Nehmer (Gewerkevereiner, oder Nichtgewerkevereiner) bei Strikes zc. erlauben. Aehnliche Bestimmungen erhalten auch die deutsche Reichs-Gewerbeordnung § 153 und das Reichs-Strafgesetzbuch § 123 ff., 240.²⁾ Solche Gesetze bleiben zwar aus den oben S. 70, 71 erwähnten Gründen häufig ein todter Buchstabe; indeß wenn man die Gewerkevereine hicaniren, oder verbieten wollte, so würde die Sache nur ärger werden. Jene Gewaltthätigkeiten³⁾ gingen z. B. von Nichtgewerkevereinern aus. Wirksamer als jene Strafgesetze sind eine energische Hebung der Volksbildung und Einigungsämter.

Thornton (S. 298, 306, 307) und Roscher (N. Def. I § 177 N. 4) führen mehrere Belege für die häufig aufgestellte Behauptung an, daß die Industrieblüthe einiger englischer Städte durch Strikes und Gewerkevereins-Anmaßungen geknickt, bezw. vernichtet worden sei. Brentano (Arbeitergilden Bd. II. S. 223 ff.) sucht diese Behauptungen zu widerlegen, und seine Widerlegung scheint mir zum Theil schlagend zu sein, namentlich gilt Dies von Brentano's Polemik S. 224—226 gegen die von Thornton S. 306 und 307 aufgestellten Behauptungen. Die von Thornton S. 298, von Jamcott a. a. D. und von Roscher a. a. D. notirten Fälle werden indeß von Brentano nicht bestritten, und es scheint hier der Satz zu gelten: qui tacet consentire videtur. Auch dasjenige, was Brentano S. 224 über schwedische Thüren und Fensterrahmen sagt, ist kein zwingender Gegenbeweis gegen die Behauptung von den Monopolpreisen der Londoner Bautischler. Die Möglichkeiten bleiben noch offen, daß man Holzwaaren ohne Schädigung ihres Werthes zur See transportiren lernt, oder daß in England selbst von Nichtgewerkevereinern gute und billige Thüren zc. producirt werden.

Die Thatfache, daß neuerdings mehrere englische Gewerbe die Concurrenz der fleißigeren Amerikaner nicht vertragen können, wird nach Roscher (§ 176 N. 10) von manchen Sachkundigen dem Einflusse

¹⁾ Uebersetzt bei Bamberger S. 346 ff. Auch dies Gesetz zeugt eher von Mißtrauen, als von einer blinden Vertrauensseligkeit gegenüber den Gewerkevereinen. Vgl. auch Bamberger S. 139 ff., 341, 345.

²⁾ Vgl. auch Schmoller, Engel und Hanisch in den Eisen. Verh. von 1872 S. 82, 111, 119.

³⁾ Nach Felsch's Angabe in den eben angef. Verh. fanden auch in Berlin 1870 bei Bauprikes Gewaltthätigkeiten zc. statt.

der englischen Gewerkvereine zugeschrieben. Der Umstand, daß auch in Amerika Gewerkvereine existiren, ist noch kein Gegenbeweis, denn sie scheinen eine viel geringere Mitgliederzahl und Macht zu besitzen. Auch die bekannte Thatsache, daß die englische Eisen- und Textilindustrie schon in den 1870er Jahren (wenn nicht schon früher) in England selbst mit der deutschen Concurrenz zu kämpfen hatte, dürfte zum Theil vielleicht auf Gewerkvereins-Mißbräuche zurückzuführen sein; obgleich andere Factoren, z. B. die höhere Bildung der deutschen Arbeiter und die Exportprämien-Wirkung der deutschen Schutzölle, dabei auch in's Spiel kommen. Die „patriotischen“ deutschen Eisenzöllner pflegen dem Auslande z. B. Eisenbahnschienen, Locomotiven u. viel billiger zu verkaufen, als der misera contribuens plebs ihrer Mitbürger.

Aus den angeführten Thatsachen darf man indeß nicht den auch von Roscher (§ 176) und Bamberger (S. 93, 94) mit Recht als Chimäre bekämpften Fehlschluß ziehen, daß in Zukunft, auch in einer noch so fernen Zukunft, eine dictatorische Macht der Gewerkvereine zu besorgen sei. Die Befürchtung, daß die Gewerkvereine zu einer allgemeinen übermäßigen Erhöhung der Arbeitslöhne führen könnten, ist z. B. ein Widerspruch in sich selbst, eine *contradictio in adjecto*. Goethe sagt mit Recht: „Es ist dafür gesorgt, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen.“

1. Es ist unwahrscheinlich, daß jemals alle deutschen Arbeiter einem Gewerkvereins-Verbande angehören, oder so zu sagen unter einer Decke stecken werden. Schon die Geschichte der jungen Hirsch-Dunker'schen Gewerkvereine weist z. B. verschiedene innere Krisen und Mängel¹⁾ auf. Der erste Verbandscassirer, H. Landgraf, trat z. B. 1875 zurück, und er wäre nach verschiedenen Andeutungen im „Gewerkverein“ 1875 und in den Verhandlungen der Verbandstage zum Rücktritt gezwungen worden, falls er nicht freiwillig gegangen wäre. Er wurde 1875 (nach dem G. B.) Nendant der neugegründeten Zwangs-Kranken- und Begräbnißcasse der Berliner Brauer. In den Verhandlungen des 6. Verbandstages ist (S. 140, 141) von der „Mißwirthschaft des früheren Generalraths“ der Bergarbeiter und von der „Unredlichkeit einzelner Mitglieder“ dieses Gewerkvereins die Rede. U. s. w.

Selbst wenn alle, oder fast alle Arbeiter eines Berufszweiges mit, oder ohne Strikes übermäßige Löhne verlangen sollten, so könnten sie wohl den Arbeitgebern und den Consumenten bedeutenden Schaden zufügen; aber schließlich müßten sie doch unterliegen, weil ihre Anmaßungen in erster Linie die übrigen Arbeiter schädigen würden, und weil grade die bestbezahlten Arbeiter am ehesten zu Anmaßungen geneigt sind.²⁾ Eine gute vergleichende Lohnstatistik der verschiedenen Arbeiterclassen Deutschlands erweist sich auch unter diesem Gesicht-

¹⁾ Vgl. auch oben S. 26, 37, 102.

²⁾ Vgl. oben S. 73—83, besonders 81.

puncte als ein dringendes Bedürfniß. Ist sie vorhanden, so können die betreffenden Arbeitgeber und überhaupt alle gemäßigten Arbeiter und Nichtarbeiter den Frondeuren sagen: „Ihr bekommt so und so viel Lohn, Ihr gehört zur Aristokratie der Arbeiterclassen, und Ihr wollt Euren Antheil am Volkseinkommen auf Kosten der ärmeren Arbeitermassen und überhaupt der Consumenten noch mehr steigern. Denkt doch an die und die und die Arbeiterclassen, die nur so und so viel verdienen.“¹⁾ Die Lohnstatistik wird zwar stets mangelhaft bleiben, indeß diese Mängel beziehen sich hauptsächlich auf den redlichen und unredlichen, sittlichen und unsittlichen Nebenerwerb der ärmsten Arbeiter, sowie ihrer Frauen und Kinder. Der Arbeiteraristokratie können die Arbeitgeber zc. ihre Einnahmen ziemlich genau nachrechnen. Daß dieser oder jener Arbeiteraristokrat daneben etwas Capitalzinsen bezieht, oder daß seine Frau als Schneiderin zc. etwas Nebenerwerb hat, hebt das Gesagte nicht auf. Man würde sich jenen Anmaßungen gegenüber helfen, indem man ausländische Waaren einführt, indem man Arbeitskräfte aus verwandten Arbeitszweigen und vom Lande, sowie aus dem Auslande heranzieht, indem man im Militär dienende Arbeiter des betreffenden Berufszweiges verwendet u. s. w. Bei der raschen Bevölkerungszunahme des Deutschen Reiches ist ein allzu großes Steigen einzelner Löhne auf die Dauer nicht zu befürchten. Schon Schiller, der populärste deutsche Dichter, sagt mit Recht, das Weltgetriebe erhalte sich „durch Hunger [d. h. durch die Nothwendigkeit als Unternehmer, Arbeiter zc. zu arbeiten] und durch Liebe.“ Ein Cartellverhältniß frondirender deutscher, englischer, schweizerischer und deutschösterreichischer Berufsgenossen wäre am ehesten möglich; ein Cartellverhältniß mit Franzosen, Böhmen, Ungarn, Italienern, Polen, Russen, Schweden zc. wäre schon viel schwieriger, und ein Cartellverhältniß mit allen Berufsgenossen, oder richtiger: mit allen disponiblen Arbeitskräften der Erde wäre eine Utopie. Weiläufig bemerkt, hätten übrigens Bestrebungen zu Cartells mit französischen und russischen Arbeitern unzweifelhafte Lichtseiten, sie könnten im Falle eines auch nur theilweisen Gelingens der Sache des Freihandels, humaner Fabrikgesetze und des Weltfriedens außerordentlich nützen. Analoges gilt von den Beziehungen zu Oesterreich-Ungarn.

Ein Eingreifen des Staates in Lohnstreitigkeiten ist stets eine bedenkliche Seite. Eine Straßburger Correspondenz des „Gewerkvereins“ klagte z. B. 1874 darüber, daß Soldaten zur Erntezeit beurlaubt würden, um den Lohn unter 25 Sgr. täglich zu drücken, und solche Klagen sind im Princip nicht zu verwerfen; obgleich ich mich eines Urtheils über diesen concreten Streitfall enthalte, da man beide Theile hören muß. 1874 fand in der Möser'schen Buchdruckerei in Berlin ein Sezerstrike statt, und es wurden im Militär dienende

¹⁾ Vgl. auch oben S. 96.

Seher zum Seher commandirt, weil die Drucksachen des Abgeordneten-hauses bei Möser hergestellt wurden. Aus den angeführten Gründen enthalte ich mich auch in Betreff dieses concreten Falles eines Urtheils (obgleich auch Arbeiterfreunde behaupten, daß jener Strife ungerechtfertigt gewesen sei) —, Das ist indeß höchst wahrscheinlich, daß bei wirklich extremen Fällen auch im Militär dienende Arbeiter zur Aus-hilfe verwandt werden würden.

Wenn die Arbeitgeber irgend eines Productionszweiges wirklich durch einige Demagogen zur Verzweiflung getrieben würden, was übrigens in Wirklichkeit kaum zu besorgen ist, — so würden sie sich auch durch mächtige nationale und internationale Arbeit-geber-Verbände und durch Engagements genügsamer und an-stelliger Chinesen helfen. Schon 1871 ff. sollen Berliner Arbeit-geber nach A. Wagner daran gedacht haben, obgleich mindestens ein großer Theil der damaligen Arbeiterforderungen eine zeitweilige, oder dauernde Berechtigung besaß. Eine solche Chineseneinwanderung würde zwar nicht alle die Nachtheile haben, welche Wagner u. A. von ihr befürchten; denn die Chinesen selbst, oder wenigstens ihre Kinder, würden bald mehr Bedürfnisse, überhaupt mehr Cultur annehmen und höhere Löhne verlangen; indeß die Einwanderung wäre doch immer-hin für die frondirenden Arbeiter und für alle übrigen Arbeiter, namentlich für die erste Zeit, sehr unangenehm. Auch aus diesen Gründen ergibt sich also die Nothwendigkeit eines besonnenen, maß-vollen Verhaltens der Arbeiter.

Das englische Gewerkvereins-Gesetz von 1871 bezieht sich seinem Namen und Wesen nach nur auf Gewerkvereine, und ähnlich sollte man es auch in Deutschland zc. beim Erlaß eines s. g. Nor-mativgesetzes für Gewerkvereine halten. Der bei Bamberger (S. 268 ff.) abgedruckte deutsche Vereinsgesetz-Entwurf be-dürfte daher einer Umarbeitung in dieser Richtung, unbeschadet der hier nicht zu erörternden Frage eines allgemeinen Vereinsgesetzes, welches nicht zu einem Prokrustesbett für die Gewerkvereine gemacht werden darf. Bamberger und M. Hirsch (Hülfscaffen S. 72, 84), die sonst vielfach Gegensüßler sind, stimmen hierin mit Recht überein.¹⁾ Bei einem Normativgesetze handelt es sich sehr wesentlich, um nicht zu sagen hauptsächlich, um die Einräumung von Corporations-rechten an die Gewerkvereine, d. h. um die Sicherung derselben gegen discretionäre Verbote auf Grund des Vereinsgesetzes, um die Gerichtsfähigkeit und das Recht, Eigenthum zu erwerben. Brentano (Die wissensch. Leistung zc. 1873 S. 69) behauptet, die bayerischen und sächsischen Gewerkvereine seien bereits im Besiz der Corporations-rechte; diese Angabe ist indeß, mindestens zum Theil, inexact, denn um 1879 wurden sächsische Gewerkvereine²⁾ von Polizeibehörden auf

¹⁾ Vgl. auch Schmoller und M. Hirsch in den Eisen. Verh. von 1877 S. 196, 227—239.

²⁾ Vgl. auch oben S. 4, 5.

Grund des sächsischen Vereinsgesetzes angefochten, und erst in Folge einer persönlichen Intervention M. Hirsch's beim Minister des Innern hörten diese Anfechtungen auf.

Ein gutes, d. h. ein bei aller Besonnenheit und Vorsicht gewerkvereinsfreundliches Gewerkvereins-Gesetz ist nur durchzusetzen, wenn die Gewerkvereiner durch eine geistige Kampfesgenossenschaft mit den tüchtigsten liberalen und conservativen Reformfreunden das Vertrauen derselben gewonnen haben (vgl. unten in diesem Capitel). Die bloße Bereitwilligkeit, auf Einigungsämter einzugehen ist an und für sich, isolirt betrachtet, noch keine Bürgschaft¹⁾ für gemäßigte Bestrebungen und Endziele beliebiger Arbeiter. Selbst der socialdemokratische „Volksstaat“ hat z. B. 1872 in Nr. 89 (nach Held S. 93) für Einigungsämter plaidirt. Ein Plaidoyer für Einigungsämter kann im Munde von Socialdemokraten eine bloße Phrase sein und den Hintergedanken nicht ausschließen, durch systematische Unverträglichkeit die Einigungsämter zu sprengen und soviel als möglich zu discreditiren.

Die Frage, ob der Staat von sich aus Gewerkvereine gründen kann und soll, ist streitig. Diese Frage wird von Schmoller (in den Eisen. Verh. von 1872 S. 88) und von Brentano (Arbeiterverf. 1879 S. 221, 222) zu unbedingt verneint. Brentano hat offenbar vergessen, daß er selbst diese Frage 1872 (in den Preuß. Jahrb. Bd. XXIX. S. 600) und 1873 (in seiner Schrift: Die wissensch. Leistung zc. S. 59) bejaht und zwar zu unbedingt bejaht hat. Das preussisch-deutsche Reich hat sehr wohl die Möglichkeit, Gewerkvereine zu gründen. M. Hirsch hebt in einem Zeitartikel des „Gewerkvereins“ 1872 sehr richtig hervor, wieviel die Regierung Handwerker- und Arbeiterbildungs-Vereinen schaden, oder nützen kann, indem sie Lehrern, Beamten zc. Vorträge daselbst verbietet, oder gestattet. Durch solche Verbote sei an vielen Orten erst der Socialdemokratie Thür und Thor geöffnet worden. Es ist nun evident, daß der Staat durch Begünstigung jener Vorträge zc. sehr wohl die Gründung von Gewerkvereinen ermöglichen kann. Auch als größter Arbeitgeber des Landes kann der Staat in seinen eigenen Etablissements Gewerkvereine und zahlreiche arbeiterfreundliche Reformen einführen. Die Haupthindernisse der Gründung von Gewerkvereinen durch den Staat würden in Bedenken politischer Natur bestehen. Da jeder Gewerkverein in die Lage kommen kann, einen Strike zu machen, so könnte jene Gründung als eine Tactlosigkeit gegenüber den Arbeitgebern bezeichnet werden, und man könnte besorgen, daß die vom Staate gegründeten Gewerkvereine als solche allzu sehr in den Streit der politischen Parteien hineingezogen würden. Diese Einwände können indeß unter Umständen hinfällig werden. Der aufgeklärte Theil

¹⁾ Schönberg o. c. S. 46 scheint Dies zu übersehen.

der Arbeitgeber könnte unter Umständen selbst jene Gründung wünschen, und auch Mitglieder vom Staate gegründeter Gewerkvereine könnten vermittlest des geheimen Stimmrechts zc. ihre Unabhängigkeit, bezw. ihre Neutralität gegenüber engherzigen Parteitendenzen beliebiger Art bewahren. Thatsächlich dürfte der Staat in Deutschland übrigens kaum jemals in die Lage kommen, selbst Gewerkvereine zu gründen. Auch wenn die deutschen Gewerkvereine wesentlich ausarten sollten (?), so wäre es praktischer für den Staat, die Gewerkvereine durch seine Gesetzgebung und überhaupt durch seine mächtige Initiative zu reformiren,¹⁾ als selbst neue Gewerkvereine zu gründen.

Der Staat kann und muß die Gewerkvereine ferner mächtig fördern, indem er die Arbeiter von jedem gesetzlichen und thatsächlichen Zwange befreit, Zwangscassen der Fabrikanten, der Knappschaften, Städte, oder Landgüter beizutreten, und indem er die verfassungsmäßige Versammlungsfreiheit schützt, d. h. Hausfriedensbrüche und Willkürfälschungen (Urkundenfälschungen) socialdemokratischer, oder anderer Eindringlinge und Ruhestörer gebührend bestraft.²⁾ Trotz der mangelhaften, unvollständigen Fassung des § 123 des Reichs-Strafgesetzbuchs dürfte es keinem Zweifel unterliegen, daß er schon heute auf Hausfriedensbrüche gegenüber erlaubten Versammlungen paßt. Wenn ich nicht irre, haben die Gerichte auch schon mehrfach in diesem Sinne entschieden. Gewerkvereins-Versammlungen und liberale Wahlversammlungen, oder Volksversammlungen müssen ebenso gut unter dem Schutze der Polizei und des Strafgesetzes stehen wie der Congreß Deutscher Landwirthe, der Centralverband Deutscher Industrieller, Generalsynoden, Akademien der Wissenschaften, Universitäten, Communalvertretungen, Erste und Zweite Kammern, der Reichstag zc. zc.

Auch wohlwollende, gewerkvereinsfreundliche Männer besorgen, daß die Gewerkvereine in politischer Beziehung Schaden könnten, indem ihre Mitglieder geschlossen, oder wenigstens der Mehrzahl nach für radicale Parteien stimmen könnten. Eine Erörterung dieses Gegenstandes bietet gewisse Schwierigkeiten dar, weil das Parteiwesen Deutschlands (wie anderer Länder) sehr zerfahren und unfertig ist. Gewisse fundamentale Wahrheiten, Halbwahrheiten und Irrthümer gehören indeß so sehr zum eisernen Inventar des politischen Lebens, daß sie auch in Zukunft nicht, oder nicht sobald verschwinden können. Die angeblich, oder wirklich extremen Richtungen, für welche Gewerkvereiner in Deutschland etwa stimmen könnten, sind (abgesehen von vereinzelt Stimmabgaben für Ultramontane, Particularisten, Schutzzöllner zc.) folgende:

1) Die preussische Fortschrittspartei und verwandte nichtpreussische Richtungen.

¹⁾ Eine ganz ähnliche Bemerkung macht Brentano, Die wiss. Leistung S. 52 in Betreff des englischen Staates.

²⁾ Vgl. oben S. 19, 20, 100.

2) Die Demokratie im Sinne F. Jakob's und der süddeutschen „Volkspartei.“

3) Socialdemokratische Richtungen.

4) Zünftlerische Richtungen im Sinne der Staatssocialisten, oder anderer reactionärer Parteien.

5) Eine besondere Gewerkevereins-Partei.

Von diesen fünf Richtungen kommt in Wirklichkeit nur, oder fast nur die Fortschrittspartei in Betracht. Die demokratische Partei ist an Zahl und Bedeutung unbedeutend und staatsocialistisch angehaucht, sie neigt in der Regel zu Zwangscassen und vertheidigte 1881 sogar den Gesetzentwurf in Betreff einer Reichs-Unfallversicherung-Casse. Von der Socialdemokratie ist schon oben S. 97 die Rede gewesen. Mit den reactionären Zünftlern können selbst extreme Gewerkevereiner schon deshalb nicht zusammengehen, weil die Zünftler Arbeitgeber-Mißbräuche erstreben, während die meisten Gewerkevereiner auch im schlimmsten Falle nur Arbeitnehmer-Mißbräuche erstreben könnten. Eine besondere Gewerkevereins-Partei wäre für extravagante Gewerkevereiner das Erwünschteste, aber die Entstehung, oder wenigstens eine nennenswerthe Verbreitung einer solchen Partei ist nicht zu befürchten. Selbst die Socialdemokratie ist genöthigt gewesen, ihre „wissenschaftlichen“ Vorkämpfer, Gründer, Führer und Gönner größtentheils aus der von ihr geschnittenen „reactionären Masse“, d. h. aus der Bourgeoisie und überhaupt aus den höheren und höchsten Classen zu nehmen.

Auch die gemäßigten¹⁾ Liberalen und Conservativen stimmen in positiver und negativer Beziehung vielfach mit der Fortschrittspartei überein. Es ist deshalb eine Thorheit zu sagen: „Die Gewerkevereine sind zu verdammen, weil sie von zwei Gliedern der Fortschrittspartei, von M. Hirsch und F. Dunder, gegründet worden sind.“ Das erinnert an die Logik Derer, welche den Gregorianischen Kalender als etwas „Papistisches“ verwarfen, an den berühmten Ausspruch: „Ich will lieber mit Galenus irren, als mit Harvey die Wahrheit erfassen“ und an das vielverspottete Wort eines Schutzöllners, der da erklärte, er schätze es sich zur Ehre, mit dem Fürsten Bismarck in Betreff des Unterscheidungszolles und der übrigen Schutzölle zu irren. Auch hier gilt das schöne Wort 1. Thessal. 5, 21: „Prüfet aber Alles und das Gute behaltet.“

Andererseits ist es nicht zu wünschen, daß die Fortschrittspartei, deren Reformbedürftigkeit ja auch von Gliedern der Partei selbst, z. B. von M. Hirsch²⁾, zugegeben wird, eine allzu große Macht erlangt. Tüchtige, rechts von der Fortschrittspartei stehende Liberale und Conservative haben indeß gar kein Recht, sich

¹⁾ Die Fortschrittler selbst pflegen sich, gleich manchen weiter rechts stehenden Liberalen, als „entschiedene Liberale“ zu bezeichnen.

²⁾ Vgl. oben S. 22.

vor der Fortschrittspartei, oder einer anderen Partei zu fürchten: wenn sie Das thun, so stellen sie ihrer liberalen, oder conservativen Partei, und, wohl zu beachten, auch sich selbst ein furchtbareß Armuthszengniß aus. Es ist ein großer Selbstwiderspruch, wenn Jemand (wie so Viele thun) den gesunden Sinn des deutschen Volkes preist, der Fortschrittspartei jede Berechtigung abspricht, die Gewerkvereine als eine kränkliche Treibhauspflanze bezeichnet und sich trotzdem vor der Fortschrittspartei und den Gewerkvereinen fürchtet!!

Man wende nicht ein, daß es in Deutschland zur Zeit keine wahrhaft staatsmännische liberale, oder conservative Partei gebe, daß selbst die secessionistische Partei und der freihändlerische Theil des nationalliberalen Torso, euphemistisch gesprochen, sehr viel zu wünschen übrig lassen. Das ist leider unleugbar, aber gerade die wachsenden Schwierigkeiten der inneren und äußeren Lage, z. B. die Besorgniß vor einem Anschwellen der Fortschrittspartei, der Socialdemokratie, des Ultramontanismus und Particularismus, werden die gemäßigten Liberalen und Conservativen früher, oder später zu einer wahrhaft staatsmännischen Haltung zwingen. Das Gegentheil annehmen, hieße an der Zukunft des deutschen Volkes, des monarchischen und aristokratischen Principis, an der weltüberwindenden, läuternden Kraft des Christenthums un männlich verzweifeln.

Wenn sich rechts von der Fortschrittspartei eine staatsmännische, entschieden liberale Partei bildete, so bliebe der Fortschrittspartei, abgesehen etwa von vereinzelt Querköpfen, nichts Anderes übrig, als in dieser liberalen Partei aufzugehen; denn die Fortschrittspartei würde sonst alle, oder fast alle ihre Parlamentssitze an die staatsmännischen Liberalen verlieren, die ich der Kürze halber im Nachfolgenden kurzweg als Liberale bezeichnen werde. Alles wirklich Berechtigte, was die Fortschrittler den Wählern bieten, könnten die Liberalen denselben auch bieten,¹⁾ ja sie könnten denselben sogar viel mehr bieten, natürlich ganz abgesehen von Extravaganzen, oder unerfüllbaren Versprechungen. Obgleich die Fortschrittspartei lange nicht so radical ist, wie ihr Ruf, so ist es doch wahr, daß sie die monarchischen, aristokratischen und kirchlich gesinnten (freisinnig kirchlichen und gemäßigt orthodoxen) Factoren der Politik mit Rücksicht auf die Phrasenknechtschaft halbgebildeter Spießbürger lange nicht in dem Maße zu Bundesgenossen gewinnen kann, wie staatsmännische Liberale es vermöchten. Die meisten Fortschrittler sind ferner mit dem Manchesterlichen laissez faire und zum Theil auch mit großstädtischen Häuserjobbern, mit Schutzöllnern zc. zu sehr liirt, oder wenigstens zu indolent und unpraktisch, um für große staatsmännische Reformen eintreten zu können, welche den Berliner zc. Arbeitern guten Verdienst, gute, billige Wohnungen, billige Nahrungs-

¹⁾ Bgl. Walcker, Schutzölle S. 644 ff., 718 ff., Dens. Ursachen zc. S. 194 ff.

mittel und Kleider verschaffen würden. Eine eingehende Erörterung dieser verwickelten Gegenstände würde hier viel zu weit führen, ich verweise in dieser Beziehung auf meine beiden eben genannten Schriften und bemerke nur Folgendes zur Erläuterung. Durch landwirtschaftliche und culturpolitische Reformen ließe sich der in- und ausländische Absatz der Industrie sehr steigern, und durch die locale Decentralisation der Industrie und der Bevölkerung würden die Arbeiter der überfüllten Großstädte und Industriebezirke billigere und bessere Wohnungen erhalten.¹⁾ Selbst Manchestermäänner können solche Eisenbahntarif-Reformen logischer Weise nicht bekämpfen, denn selbst das reine Privatbahnsystem und das eisenbahnpolitische laissez faire der V. Staaten²⁾ und Englands³⁾ hat die dortigen Privatbahndirectoren dazu geführt, den Verkehr der kleineren Städte und zurückgebliebenen Gegenden zu begünstigen, „develop traffic“, wie der technische Ausdruck in England lautet. Ähnlich sagt der anonyme und gemäßigtere schützöllnerische, aber offenbar sehr tüchtige Recensent des angef. G. Cohn'schen Werkes über die englische Eisenbahnpolitik (vielleicht F. Ritschl) in einer der angesehensten nationalökonomischen Zeitschriften, nämlich in Hildebrand-Conrad's Jahrb. für Nat. Oek. (Bd. 25, 1875, S. 333): „Vielmehr kann unter Umständen eine [eisenbahntarifpolitische] Begünstigung entfernter Punkte, um sie aufblühen und erstarben zu lassen, gerade so wie ein Schutzzoll [P.]⁴⁾ vorübergehend sehr ersprießlich wirken und da möglicher Weise eine sehr nothwendige Concurrenz mit bis dahin allein herrschenden Orten eröffnen.“

Die erwähnte Billigkeit der Lebensmittel und Kleider wäre nicht allein durch Beseitigung der Korn-, Vieh-, Garn-Zölle zc., sondern auch durch communale und genossenschaftliche Concurrenzanstalten zu erzielen, welche die üblichen Monopolpreis-Coalitionen der Bäcker und Fleischer sprengen⁵⁾ und verbesserten Mahl- und Back-Einrichtungen Bahn brechen. Wenn die veralteten Mühlsteine durch Hartgußwalzen ersetzt würden, wenn Teigknetmaschinen und ununterbrochen geheizte Backöfen zc. eingeführt würden, so würde das Brod nach einem hervorragenden Fachmanne, dem Müller Mühlen⁶⁾, um 15—20 %

¹⁾ Vgl. oben S. 107.

²⁾ Vgl. Walcker, Schutzzölle S. 573.

³⁾ Vgl. G. Cohn's treffliche, vom Vereine deutscher Privatbahnen preisgekrönte Untersuchung über die englische Eisenbahnpolitik Bd. II 1875 S. 440 ff. Der Verf. ist ein um so classischerer Zeuge für die Existenz jener Maxime, als er ihr, trotz seinen treffenden Bemerkungen auf S. 446 und 447, nicht ganz bestimmt gegenübersteht.

⁴⁾ Vgl. dagegen Walcker o. c. S. 164, 568.

⁵⁾ Vgl. oben S. 81, Cohn o. c. Bd. II S. 378 und Bruch in den Eisen. Gutachten über Gemeindesteuern 1877 S. 43.

⁶⁾ Vgl. seinen höchst interessanten Artikel „Etwas vom Mahlen und

billig er werden. Diese unnütze Vertheuerung ist also noch viel größer, als die durch die Schutzzölle bewirkte Vertheuerung, welche nach einer 1879 vom Verein zur Förderung der Handelsfreiheit herausg. Berechnung¹⁾ bei Roggenmehl und Brod 8,33, bei Roggen 7,14, bei Weizenmehl 6,45 und bei Weizen 5 % vom damaligen Werthe ausmacht. Da die Kornpreise im Febr. 1881 viel höher standen, als 1879, so stellt sich das Verhältniß noch mehr zu Ungunsten jenes Mahl- und Backschlendrians, der dem deutschen Volke nach einer Schätzung Mayden's jährlich über 228 Mill. Mark kostet. Diese Summe macht mehr als 70 % des Militärbudgets aus, welches nach dem Etat für 1878/79 322,5 Mill. Mark betrug.

Mögen sich die liberalen²⁾ Freihändler die große Popularität nicht entgehen lassen, welche durch die Beseitigung jener schweren Schlendrians-Steuerlast von 228 Mill. Mark zu erwerben ist!

Die Gegner der Gewerkvereine übersehen auch den Nutzen, welchen dieselben in Zeiten schwerster Gefahr des jungen Deutschen Reiches bringen können. Wenn die deutschen Heere gegen zwei, oder gar drei Großmächte zu kämpfen haben, wenn sie vielleicht ein, oder zwei große Niederlagen erleiden, wenn die römische Curie sich aufbäumt, mit Peterspfennig-Geldern und ultramontan verzogenen, verheßten Massen, mit Aufbruchagenten nach mittelalterlicher Weise das Steinchen in's Rollen zu bringen, welches nach Pius IX. den Colosß des Deutschen Reiches zerschmettern (oder wenigstens nach Canossa bringen soll), wenn Socialdemokraten und extreme Particularisten ebenfalls gegen Kaiser und Reich wühlen, — dann kann es von höchstem Werthe sein, wenn die Arbeiterbataillone loyaler Gewerkvereine die Polizei, das Militär und überhaupt die reichstreuen Elemente bei der Aufrechterhaltung der Ordnung unterstützen, ähnlich wie die Londoner Chartistenprocession 1848 durch eine noch viel stärkere Procession loyaler Bürger und Arbeiter unschädlich gemacht wurden.

Auch in gewöhnlichen Zeiten ist ein inniges Zusammengehen, eine geistige Kampfesgemeinschaft der Gewerkvereiner und überhaupt der loyalen Arbeiter mit den tüchtigsten, reformfreundlichsten Liberalen und Conservativen dringend geboten. Nur dann kann man von einer wahren Gleichberechtigung der arbeitenden und höheren Classen sprechen. Die häufig aufgestellte Forderung, daß die Gewerkvereine keine Politik treiben sollen, ist mehrdeutig und nur

Backen" im „Daheim" vom 26. Febr. 1881 und in Betreff einer ähnlichen Schrift des Kunstmüllers Till Walcker, Schutzzölle S. 813, 804.

¹⁾ Vgl. Walcker, o. c. S. 226—230.

²⁾ Das Daheim ist bekanntlich ein conservatives Parteiorgan, und auch von socialistischer Seite ist jener Schlendrian bereits wiederholt gerügt worden.

bedingt¹⁾ wahr, was von Vielen übersehen wird. Solche Leute pflegen die „unpolitischen“ englischen Gewerkvereine den „politifizierenden“ deutschen Gewerkvereinen als Muster, so zu sagen als Musterknaben, aufzustellen, ohne zu wissen, daß die Umkehrung dieses Satzes der Wahrheit näher kommen würde. Brentano's²⁾ Angaben, daß die trades' unions in der Regel keine Politik treiben, beziehen sich auf die Jahre 1869—1871 und sind längst veraltet. Es ist sogar fraglich, ob sie für ihre Zeit richtig waren; denn auch noch so gewissenhafte englische Gewerkvereins-Führer waren keineswegs verpflichtet, alle ihre Pläne einem ausländischen, oder englischen Gelehrten, überhaupt einem Fremden, gleichsam auf dem Präsentirteller entgegenzutragen. Der Präsident des 1878er Congresses der trades' unions sprach sich für eine radicale Landgesetzreform aus, Lord Beaconsfield soll bei den Parlamentswahlen von 1880 durch ein Bündniß der trades' unions mit den Liberalen (und den Radikalen von der Farbe Bright's) gestürzt worden sein, und 1879 und 1880 sprach sich der erwähnte Congress für das allgemeine (gleiche) Wahlrecht mit Diäten aus.³⁾

Daß die trades' unions als solche in die Politik eingreifen, ist im Princip verwerflich und höchstens mit der Unbildung der meisten englischen Arbeiter zu entschuldigen. Ähnlich ist der 1873 auf dem 2. Verbandstage der deutschen Gewerkvereine von einem Mitgliede gemachte Vorschlag verwerflich, daß dieselben zur Zeit von Wahlen nach Schluß der Gewerkvereins-Sitzungen noch zusammenbleiben und die Wahlfragen besprechen sollten. Die Ausführung dieses Vorschlags würde gegen den Buchstaben, oder wenigstens gegen den Geist des preussischen Vereinsgesetzes verstoßen, und sie wäre auch aus den oben S. 119 angeführten, vom „Gewerkverein“ selbst gelieferten Gründen, dem Interesse der Gewerkvereine schädlich. Die Gewerkvereins-Vorstände und sonstigen Capacitäten haben natürlich das Recht, ja die Pflicht, ihrer individuellen Ueberzeugung gemäß auch bei Wahlen und überhaupt in der Politik thätig zu sein; aber diese Thätigkeit muß außerhalb der Gewerkvereine in Verbindung mit anderen Arbeitern, Bourgeois etc. geübt werden. Der „Gewerkverein“ kann und soll sich ferner jeder engherzigen Parteipolitik enthalten; aber die Forderung, daß er überhaupt jedem politischen Thema aus dem Wege gehen soll, ist sinnlos, da auch die eigentsten Aufgaben der Gewerkvereine bedeutsame politische Seiten haben, und da die Nationalökonomie, die économie politique, die political economy, ihren Namen nicht wie lucus a non lucendo führt, sondern wirklich ein Zweig der Politik ist.⁴⁾

¹⁾ Man darf die Begriffe: „staatsbürgerliche, nationale Politik“ und „engherzige Partei- oder Classenpolitik“ nicht verwechseln.

²⁾ Vgl. Brentano, Arbeitergilden, Bb. I S. 231, 285, Bb. II S. 367.

³⁾ Die obigen Notizen sind dem G. B. entnommen.

⁴⁾ Rnieß sagt irgendwo in seiner Pol. Dekon. 1853, ein nationalökonomisches System sei um so besser, je mehr es zugleich ein politisches und religiöses (kirchenpolitisches) System enthalte. Vgl. Walder, Schutzölle, 613, 614.

Der „Gewerkverein“ hat z. B. das Recht und die Pflicht, die Kornzölle zu bekämpfen. Gerade eine pedantische Ignorirung solcher Fragen würde den „Gewerkverein“ langweilig und die Arbeiter einseitig machen, zu unnützen Streitigkeiten über Arbeitslöhne und Arbeitszeiten führen und einen Theil der Gewerkvereiner vielleicht gar der Socialdemokratie in die Arme treiben.

Die Gewerkvereiner müssen sich auch sorgfältig vor einer Mänscherlichen Ueberschätzung des Genossenschaftswesens und Unterschätzung des Staates hüten,¹⁾ sie müssen den segensreichen providentiellen Beruf des von L. v. Stein, Gneist, Schmoller u. A. s. g., auch von Held (S. 187) vertretenen Königthums der socialen Reform nach Gebühr würdigen. Reactionäre, oder überhaupt entartete Dynastien nach Art der letzten Merovinger, Karolinger, Stuarts und französisch-neapolitanischen Bourbonen, sowie lebensunfähige Kleinstaaten werden natürlich auch künftig, wie seit Jahrtausenden, untergehen, d. h. von tüchtigen Feldherren, oder Staatsmännern, als Begründern neuer Dynastien, ersetzt, bezw. von lebensfähigen größeren Staaten absorbiert werden; — aber tüchtigen Dynastien lebensfähiger Staaten steht eine großartige, segensreiche Zukunft bevor. Die Lösung der Culturentwicklung heißt: freie Fürsten und freie Völker. Nur solche Fürsten sind wahrhaft frei, die Jura und Nationalökonomie studirt haben und den größten Theil ihrer Zeit, unbeschadet einzelner Truppeninspectionen, staatswissenschaftlichen Studien²⁾ und gelegentlichen mündlichen Besprechungen mit hervorragenden Männern aller Parteien und Classen, auch mit Gewerkvereinlern,³⁾ widmen. Nur solche Fürsten können selbstständig urtheilen, nur sie sind frei von dem Einflusse reactionärer Camarillas und uncontrolirbarer, vielleicht vorurtheilsvoller, oder feudal-ultramontan-schützöllnerisch verlogener geheimer Vorträge und Berichte. Auch das wohlverstandene militärische Interesse fordert nicht Paradespielereien und den Gamaschendienst, sondern wissenschaftliche Studien der regierenden Fürsten, denn die großen Probleme der militärischen Jugendziehung,⁴⁾ der wirklich allgemeinen Wehrpflicht und der Heilung gefährlicher Avancementsstockungen durch Massenübertritte von Linienoffizieren in Civilberufe werden täglich wichtiger und brennender.

Mit dem Obigen soll natürlich nicht eine dilettantisch-subjectivistische, sondern vielmehr eine ächt constitutionelle Politik der Fürsten empfohlen werden, eine solche Politik, die einfach das Gewicht des fürstlichen

¹⁾ Vgl. auch Held S. 142 und oben S. 110, 111.

²⁾ Vgl. auch E. Wiß in der Vierteljahrschr. für Volkswirthsch. 1880 Heft 4 S. 61.

³⁾ Vorausgesetzt natürlich, daß es im betreff. Lande Gewerkvereine giebt.

⁴⁾ Für dieselbe plaidirt auch General v. Colomb, der Nefte Blücher's, im Jan.-Heft der „Deutschen Revue“ von 1881.

Ansehens zu Gunsten besonnener, von der Wissenschaft und überhaupt von den tüchtigsten Männern aller Classen geforderter Reformen in die Wagschaale wirft. Einzelne Mißgriffe werden auch bei einer solchen segensreichen, eminent populären Thätigkeit, wie überhaupt bei jeder menschlichen Thätigkeit, unvermeidlich sein; aber sie sind unvergleichlich geringer, als die Gefahren, mit welchen eine reactionäre Camarilla, oder eine gesinnungslose Trägheit Fürsten, Dynastien und Völker bedrohen.

Die gemäßigten Arbeiter haben dringende wirthschaftliche und politische Interessen daran, für die große, zukunftsreiche Idee der Monarchie der socialen Reform einzutreten. Einerseits erwerben sie sich dadurch das Vertrauen und die mächtige moralische Unterstützung der Fürsten und der Elite der gebildeten Classen, einerseits reinigen sie sich dadurch von jedem etwaigen Verdacht ultrademokratischer Hintergedanken, und andererseits erlangen sie große positive Vortheile. Wenn die große, schon von Friedrich Wilhelm I., dem Prinzgemahl Albert und anderen staatsmännischen Fürsten längst angebahnte, bezw. durchgeführte Reform ihren Siegeszug durch die civilisirte und halbcivilisirte Welt¹⁾ hält, dann werden die Zwinguris der chinesischen Schutzollmauern und des Ultramontanismus gebrochen werden, dann werden Kriege viel seltener, bezw. ganz vermieden werden, dann werden freisinnige Fabrik-,²⁾ Acker-, Hülfscassen-, Gewerkevereins-Gesetze u. den Absatz der deutschen Industrie und die Einfuhr billiger Lebensmittel gewaltig steigern.

Die gemäßigten Arbeiter verfolgen in der Regel eine falsche, oder wenigstens einseitige Taktik, d. h. sie argumentiren bloß vom Standpuncte der wirthschaftlichen Arbeiterinteressen und liberaler, oder liberal-demokratischer Ideen aus; sie übersehen, daß es viel wirksamer wäre, wenn sie auch vom Standpuncte der militärischen und finanziellen Interessen, vom Standpuncte der europäischen Machtstellung des jungen Deutschen Reiches operiren würden.

Eine erfolgreiche Taktik der gemäßigten Arbeiter dürfte etwa folgende sein. Sie müßten zunächst in einer nicht unwichtigen, unpolitischen Frage einen leichten und großen Sieg ersichten, nämlich in Betreff der Curpfuscherei und des Geheimmittel-Schwindels. Da diese Frage, wie erwähnt, unpolitisch ist, so könnten sogar die Hirsch-Dunker'schen Gewerkevereine als solche im Bunde mit den Gewerkevereinen der Buchdrucker und Putzmacher hier vorgehen, z. B. in der Form einer Petition an den Reichstag. Von extremen, vereinzelt Manchestermännern und von den verhältnißmäßig wenig zahlreichen Interessenten jener Schwindeleien abgesehen, würden alle

¹⁾ Vgl. Walder Schutzölle, S. 737 ff.

²⁾ Schon im militärischen Interesse, ähnlich wie 1838 in Preußen, vgl. die Eisen. Verh. von 1872 S. 8.

Parteien einem strengen gesetzgeberischen und genossenschaftlichen¹⁾ Vorgehen gegen die Schwindeleien beistimmen können und müssen.²⁾ Durch das Unwesen brieflichen Curirens, der Curpfuscherei und der Geheimmittel-Broschüren wird z. B. in unzähligen Fällen die Heilung der Syphilis erschwert, oder verhindert und die Verbreitung der furchtbaren Seuche gewaltig befördert.³⁾ Die wirthschaftliche und militärische Tüchtigkeit des Volkes leidet schwer darunter. Trotzdem haben es die reactionären Parteien, die soviel von „Christlichkeit“, Sittlichkeit, von redlicher Arbeit und von Bekämpfung des laissez faire sprechen, unterlassen, irgend etwas gegen diesen Schwindel zu thun, obgleich schon der Betrugsparagraph des Strafgesetzbuches so manche Handhabe dazu bietet. Kurz, dieser Angriff müßte bei einigermaßen geschicktem Vorgehen zu einer schweren moralischen Niederlage der Reaction zu einem glänzenden Siege der gemäßigten Arbeiter und Arbeiterfreunde führen.

Darauf müßten die gemäßigten Arbeiter, von den tüchtigsten adligen und bürgerlichen Liberalen und Conservativen geführt und berathen, etwa mit folgendem Gedankengange⁴⁾ operiren. „Ein freisinniges Regierungssystem ist auch eine dringende Forderung der auswärtigen Politik, des europäischen Gleichgewichts gegenüber Frankreich und namentlich gegenüber Rußland und eine unerläßliche geistige Waffe gegenüber den Revanchegedanken der feudal-ultramontanen Partei Oesterreich-Ungarns. Sogar Fürst Bismarck scheint zu übersehen, daß das deutsch-österreichische Bündniß zunächst eine graue Theorie, eine Formalität ist, die nur durch ein energisch-freisinniges Regierungssystem dies- und jenseits der schwarzgelben Grenzpfähle zu einer Wahrheit, zu einem unzerreißbaren Bande gemacht werden kann. Die Frage, ob das letzte Ziel der Graf Taaffe'schen Politik ein Revanchekrieg gegen Deutschland ist, oder nicht, ist gleichgültig. Auch wenn sie verneint werden müßte, so bliebe doch die objective Thatsache bestehen, daß diese Politik lediglich der Revanchepartei nützt. Auch eine Ersetzung des Cabinets Taaffe durch ein schwächliches „verfassungstreues“ Cabinet würde daran wenig ändern. So lange in Oesterreich-Ungarn, trotz allen constitutionellen Feigenblättern, die Jesuiten und feudal-ultramontane Latifundienbesitzer die entscheidende Macht besitzen, so lange ist stets bei günstiger Gelegenheit ein Bündniß Oesterreich-Ungarns mit den Feinden des jungen Deutschen Reiches zu befürchten. Wenn Deutschland dagegen eine freisinnige Politik befolgt, so kann es, unterstützt von dem cultur-

¹⁾ D. h. die approbirten Aerzte und Apotheker müßten auch corporativ als Ankläger auftreten und corporativ ihre Standesehre gegenüber den bezüglichen Schwindlern wahren.

²⁾ Vgl. Walcker, Schützölle u. S. 504, 505.

³⁾ Vgl. den Wiener Prof. v. Sigmund in der „Deutschen Revue“, Jan. 1881, S. 103, 104.

⁴⁾ Vgl. meine oben S. 131 Note 1 angef. Schriften a. a. D. und passim.

freundlichen Theile aller Deutschen und Nichtdeutschen des Donaureiches, das deutsch-österreichische Bündniß zu einer segensreichen, dauernden Wahrheit machen, und der Augenblick dazu ist sehr günstig. Die bevorstehende Zerschlagung der großbritannischen und irischen Latifundien wird auch auf dem Continent ähnliche Tendenzen zeitigen.¹⁾ Wenn das Deutsche Reich die Fideicommissse aufhebt, wenn die Domänen verkauft werden, wenn die geschlossenen, oder in verschiedenen Gegenden zerstreut liegenden Magnaten-Latifundien Schlesiens zc. auf dem Wege der gleichen Erbtheilung und der theilweisen Veräußerung, bezw. Vererbpachtung an gebildete Landwirthe, an Bauern und Arbeiter systematisch zerschlagen werden, wenn das Reich, bezw. die Einzelstaaten von den katholischen Bischöfen und Pfarrern Reversse gegen die Unfehlbarkeitserklärung, die oben S. 122 erwähnte Bulle Unam sanctam, den Syllabus, die Heiligsprechung des Inquisitors Urbues, den Eölibatzzwang zc. verlangt, und wenn die haute finance von Berlin, Frankfurt a. M., Wien und Budapest die Zerschlagung der Magnaten-Latifundien in zahlreiche Ritter- und Bauerngüter und Arbeiterparcellen vornimmt, so wird Oesterreich-Ungarn allmählig durch eingeborene und eingewanderte Deutsche gänzlich germanisirt und auf das Culturiveau Deutschlands gehoben werden. Auch jene kirchenpolitischen, altkatholikenfreundlichen Reformen würden in Oesterreich-Ungarn, Frankreich, Rußland zc. Nachahmung finden, und damit wäre den ultramontanen Kriegshebern gegen Deutschland ein für alle Mal das Handwerk gelegt, und Oesterreich-Ungarn wäre ein ebenso mächtiger, als treuer Mirirer Deutschlands, ein Hort des europäischen Gleichgewichts gegenüber Rußland.

Schon mit Rücksicht auf die Concurrenz, welche den gemäßigten Arbeitern von Socialisten und Schutzzöllnern gemacht wird, dürfen sie sich nicht auf eine spießbürgerliche Manchesterpolitik beschränken; denn die große Idee der allmähigen, colonisatorischen Germanisirung der nichtdeutschen Gegenden Oesterreich-Ungarns, Rumäniens zc. wird auch von F. List, Rodbertus und Lassalle²⁾ vertreten. Diese große Idee ist eben eine ächt nationale Idee,³⁾ die bei allen Parteien arbeitet, auch bei Freihändlern und sogar bei Ultramontanen. In Bosnien giebt es bereits eine deutsche, von katholischen Exhannoveranern begründete und „Windthorst“ benannte Colonie.

Die preußische Regierung, das werdende Reichsministerium, und die Conservativen werden früher oder später den gemäßigten Arbeitern schon deshalb große Zugeständnisse machen müssen, weil sie ohne die Unterstützung der Arbeiter hochwichtige Reformen im Bundesrath, im Reichstage und bei der öffentlichen Meinung nicht durchbringen können. Dahin gehören der Ausbau der Reichs=

¹⁾ Wie auch H. Polke einmal im G. B. hervorhob. Vgl. auch M. Hirsch's Plaidoyer für die deutsche Colonisation in Posen im G. B. 1877 S. 29.

²⁾ Vgl. Walcker, Ursachen, S. 218.

³⁾ Vgl. Roscher, Nat. Def. 15. Aufl. I § 260.

verfassung im nationalen Sinne, z. B. die Beseitigung der militärischen und diplomatischen Reservatrechte Baierns *zc.*, die Einführung von Reichs-Inspectoren der Fabrik- und ländlichen Arbeiter, das Reichs-Eisenbahn-Projekt, militärische, finanzielle, erbrechtliche *zc.* Reformen. Selbst das militärisch unerläßliche¹⁾ Minimum von Reichs-Eisenbahn-Rechten, welches das 1878er Programm der Fortschrittspartei, trotz formeller Ablehnung des ganzen Reichs-Eisenbahn-Projekts, dem Reiche zugesteht, wäre ohne den heftigsten Widerstand des Particularismus und der Privatbahnen und ohne die Unterstützung der gemäßigten Arbeiter nicht durchzusetzen. Auch der militärisch und diplomatisch unbedingt notwendige, vom „Gewerkverein“ mit Recht geforderte allmähliche Uebergang zur wirklich allgemeinen Wehrpflicht wäre gegenüber dem Widerstande der Reaction und freiloosungslustiger „liberaler“ und selbst fortschrittlicher Bourgeois ohne die Unterstützung der Arbeiter nicht durchzusetzen.²⁾ Ähnlich haben die Conservativen (und verständigen Liberalen) die Arbeiter nöthig, um das gleiche Erbrecht, welches auf die Dauer den Rittergutsbesitzer- und Bauernstand auf's schwerste gefährdet, durch das englisch-amerikanische System der Testirfreiheit und mäßiger Pflichttheile zu ersetzen. Die jüngeren Söhne könnten und müßten durch die Verschlagung der Magnaten-Vatundien, die deutsche Auswanderung nach Polen und Oesterreich-Ungarn, den Aufschwung der Industrie *zc. zc.* entschädigt werden.³⁾

Es liegt auch im Interesse der Arbeiter wie der höheren Classen, gemeinsam am „Gewerkverein“ mitzuarbeiten und den Einfluß desselben zu heben. Durch die oben S. 105, 106 vorgeschlagenen Reformen würde viel Raum des in Rede stehenden Organs frei werden, und derselbe könnte und müßte benutzt werden, um gelegentlich Artikel, auch kleine Beiträge, von angesehenen adligen und bürgerlichen Staatsmännern, Beamten, Gelehrten, Gutsbesitzern, Industriellen, Kaufleuten *zc.* zu bringen. Der „Gewerkverein“ würde dadurch vielseitiger, interessanter und einflußreicher werden. Jene Reformfreunde würden auch deshalb gern den „Gewerkverein“ zum Sprechsaal wählen, weil dies Arbeiterorgan viele schutzöllnerische, Manchesterliche *zc.* engherzige Rücksichten nicht zu nehmen braucht, welche so manche Verleger und Redactoren anderer Zeitschriften häufig nehmen. Auch durch die Einfindung von Recensionsexemplaren und Annoncen an die gelesensten nationalökonomischen und populären Zeitschriften, sowie durch bezügliche Artikel derselben, durch Auflegen in akademischen *zc.* Les-

¹⁾ Vgl. Walder, Schutzölle S. 528, 529.

²⁾ Vgl. Walder, Schutzölle *zc.* S. 645, 646, 657 ff.

³⁾ Vgl. Walder, o. c. S. 797 unter „Erbrecht“.

hätten¹⁾ u. dgl. könnte die Verbreitung des „Gewerkvereins“ wesentlich befördert werden.

Ein Eingehen auf die österreichisch-ungarischen Gewerkvereine²⁾ liegt nicht im Plane der vorliegenden Schrift; nur die Bemerkung mag hier Platz finden, daß auch die wohlverstandenen dynastischen Interessen der Habsburger, gleich denen der Hohenzollern, ein inniges Bündniß mit dem gemäßigten, culturfreundlichen Theile der Arbeiter und überhaupt aller Classen fordern, weil nur durch zeitgemäße Reformen das thatsächlich, wenn auch nicht formelle Herabgleiten Deutschlands und Oesterreich-Ungarns zu bloßen Vasallenstaaten des an Volkszahl stetig zunehmenden russischen Colosses verhindert werden kann.³⁾

Fünftes Capitel.

Die Frage der f. g. Volksbildung und der wahren politischen Volksbildung.¹⁾

Die Aufwerfung der Frage der politischen Volksbildung ist in Ländern des allgemeinen Wahlrechts, ja überhaupt in constitutionellen Staaten, keine Sache des subjectiven Beliebens, sondern eine objective Nothwendigkeit. In Betreff des Wahlrechts besteht in Deutschland und überhaupt in allen Ländern mit einem nicht ganz beschränkten activen Wahlrecht ein ungeheurer, vollkommener Widerspruch zwischen dem Gesetz und der Sitte. Beim allgemeinen gleichen Wahlrecht haben die unteren Classen, einschließlich der Bauerngutsbesitzer, Handwerksmeister u., die große Mehrheit der Stimmen, sie sind so zu sagen nach dem Gesetz Alles, während sie nach der Sitte so zu sagen Nichts sind. Die bekannte Anekdote, in einem Kieler Universitätsstatut aus dem 17. Jahrhundert habe es geheißen: „Wer einen Nachtwächter todtschlägt, soll so angesehen werden, als habe er einen Menschen todt geschlagen“, mag erfunden sein, — aber sie ist jedenfalls nicht ungeschickt erfunden. In der „guten alten Zeit“ der Hörigkeit gingen solche Ideen allerdings im Schwange.

¹⁾ In der Leipziger Akademischen Lesehalle wird der „Gewerkverein“ seit 1881 bereits gehalten.

²⁾ Vgl. oben S. 3, 4.

³⁾ Vgl. Friedrich d. G. bei Roscher, Gesch. der Nat. Def. S. 791.

⁴⁾ Vgl. auch Walcker, Unterrichtsgesetz S. 41, 218 und passim, Denf. Schutzvölle S. 701—718, Denf. Grundriß des Allg. Staatsrechts, 1875 S. 137.

Die Hörigkeit ist in Deutschland und in der übrigen Welt¹⁾ meist erst im 18. und 19. Jahrhundert gefallen, und im Leben der Völker sind Jahrzehnte, ja Jahrhunderte ungefähr Das, was im Leben der Individuen Monate, oder Jahre sind, d. h. kurze Zeiträume, in denen sich in der Regel die Denk- und Gefühlsweise nur wenig ändern. Ein solch' ungeheurer Widerspruch kann auf die Dauer nicht bestehen, wir müssen entweder stark rückwärts, oder stark vorwärts schreiten. Auch die beachtenswerthe Thatsache, daß zahllose geheime Gegner jeder thatsächlichen politischen Berechtigung der unteren Classen sehr wohlwollende Männer sind, welche diese Classen zu ihrem eigenen Besten wie unmündige Kinder bevormunden wollen, hebt das Gesagte nicht auf. Auch von einem gemäßigten, realpolitischen, arbeiterfreundlichen Standpunkte aus kann man verlangen, daß das heutige Wahlsystem im Sinne des allgemeinen classificirten indirecten Wahlrechts mit einem Bildungscensus der Wähler reformirt werde, und daß das Alter der Wahlberechtigung und die Dauer der Legislaturperioden des Reichstages erhöht werden; — indeß diese Reformen, deren Wirkung durch die gleichzeitige Einführung von Diäten zum Theil compensirt werden würde, würden dem berechtigten Einflusse der unteren Classen keineswegs zu nahe treten, eine gediegene politische Volksbildung keineswegs unnöthig machen, sondern im Gegentheil befördern. Wer sich um die Nothwendigkeit der politischen Volksbildung so zu sagen herumdrücken will, der muß jede Betheiligung, wenigstens jede nennenswerthe Betheiligung, der unteren Classen an politischen Wahlrechten durch reactionäre Geseze und Mißbräuche aufheben, und an die Durchführung einer so wahnsinnigen Politik wäre nicht zu denken. Auch die conservativsten Politiker fühlen sehr wohl, daß die Betheiligung der Arbeiter am Wahlrecht ein unschätzbares, durch Nichts zu ersetzendes Sicherheitsventil ist. Auch aus rein praktischen Gründen ist eine gediegene politische Volksbildung, wie erwähnt, ein dringendes Bedürfnis. Ein verständiger, gemäßig liberaler, oder gemäßig conservativer, freihändlerischer Abgeordneter darf sich z. B. im Lande des allgemeinen geheimen Stimmrechts nicht darauf verlassen, daß die Wähler von ihm und seinen politischen Freunden social abhängig sind, oder gedankenlos auf die Worte dieser Politiker schwören. Ein solcher Abgeordneter kann seinen Wahlkreis leicht durch Wahlbeeinflussungen eines Landraths oder ähnlichen Verwaltungsbeamten, oder durch die Künste eines schuzköllnerischen, agrarischen, zünftlerischen, staatsocialistischen, ultramontanen, particularistischen, volksparteilichen zc. Demagogen verlieren. Sind die Capacitäten, d. h. die natürlichen Führer der unteren Classen, indeß durch die politische Volksbildung auf die Fächerkünste jener Sophisten vorbereitet, so werden die Demagogen ebenso sicher durchfallen, wie schon heutzutage in allen, oder fast allen Wahlkreisen des

¹⁾ England macht wegen der Landlosigkeit und des Glends seiner Bauern mehr scheinbar als wirklich eine Ausnahme.

Reiches ein Candidat durchfallen würde, der die Wiederherstellung der Hörigkeit, der „Keker“ und „Hexen“-Verbrennungen zc. fordern wollte. Kurz, eine gebiegene politische Volksbildung ist eine unerläßliche Vorbedingung einer dauernden Herrschaft entschiedener, gemäßigt liberaler, oder gemäßigt conservativer Freihändler.

Durch die Phrase von der Halbbildung darf man sich ebenso wenig irre machen lassen, als man sich durch radicale und reactionäre Phrasen zu einem Abfall von der heiligen Sache der Ordnung und Freiheit verleiten lassen darf.

Es giebt allerdings eine, mitunter zu komischen Mißverständnissen¹⁾ führende Halbbildung. Auf dem 1. Verbandstage der Gewerksvereine protestirten einige Abgeordnete z. B. gegen den „hochklingenden“ Namen „Generalrath des Gewerksvereins So und So.“ Sie wähten nämlich, daß die Mitglieder des Rathes sich dadurch mit commandirenden zc. Generalen auf eine Stufe stellen wollten (!). Auf dem 3. Verbandstage verwechselte ein Redner die Begriffe Classen und Stände und protestirte gegen den vermeintlich reactionären Ausdruck „Arbeiterklasse.“ u. s. w. Solche Fälle sprechen indeß gerade für, nicht gegen die politische²⁾ Volksbildung und einen beständigen, nicht bloß auf die Wahlcampagnen beschränkten Verkehr der gebildeten und ungebildeten Classen.

In den Jahren 1861—1863, 1864—1865 und 1872 lebte ich in Berlin, und einige redselige Handwerker, die für mich arbeiteten, gaben mir mehrfach ihre politische Weisheit zum Besten. Diese Hergensergießungen hatten zum Theil ein culturgeschichtliches Interesse. Einer, ein Leser eines fortschrittlichen Blattes, schwärmte 1863 für den feudal-ultramontanen Vandenführer Langiewicz; ein Anderer, ein Schneidermeister und verständiger Mann, klagte in bitteren Worten und leider nicht mit Unrecht darüber, daß der Staat in den 1840er Jahren seine Pflicht gegenüber dem Hungertyphus der schlesischen Weber versäumt habe. Ein Dritter, ein gewandter Mensch, der längst ein wohlhabender, wenn nicht reicher Mann geworden ist, erzählte mir einen ächten, oder wenigstens geschickt, wenn auch maliciös erfundenen Ausspruch N. v. Humboldt's. Aus Gründen des Tactes und des Pressgesetzes kann dieser Ausspruch nicht einmal andeutungsweise hier wiedergegeben werden; aber er zeigte, daß gewisse Mängel der preussischen (und nichtpreussischen) Zustände auch schon in den unteren Classen besprochen werden, und daß es hohe Zeit ist, diese Mängel zu beseitigen. Jeder Gebildete, der mit Arbeitern zc. verkehrt hat, wird aus seiner eigenen Erfahrung ähnliche Fälle, Belege zu dem eben Gesagten, anführen können. Derselbe Handwerker meinte 1864, die

¹⁾ Vgl. auch die oben S. 144 angef., sogar, etwas übertriebene Bemerkung J. Schulze's.

²⁾ Unter der politischen Volksbildung ist natürlich stets eine gebiegene, religiös-sittliche zc. Volksbildung verstanden.

Regierung werde bei der nächsten Anleihe nachgeben, um Indemnität bitten müssen, mehr wollten seine Parteigenossen, die Fortschrittsmänner, nicht. Er sagte wörtlich: „Die Republik wollen sie nicht.“ Dieser Mann war also ein ganz loyaler Preuße, und wie erwähnt, ein sehr gewandter Geschäftsmann, trotzdem verwechselte (1) er bei einer Declaration in Betreff der Domänengeschichte Ernst August von Hannover und gewisse kleine Fürsten mit den Hohenzollern, die gerade in der Domänenfrage eine großartige, ächt landesväterliche Uneigennützigkeit an den Tag gelegt haben.¹⁾

Wenn solche und ähnliche Fabeln, die ja auch von böswilligen Socialisten, Ultramontanen und Particularisten absichtlich in Cours gesetzt werden können, eine weite Verbreitung finden, so können sie unter Umständen bedeutenden Schaden anrichten; wenn die höheren und die unteren Classen indeß in einem regen politischen Verkehr stehen, so werden solche Fabeln bald entdeckt und durch Berichtigungen unschädlich gemacht.

Wenn in Frankreich z. B. in den 1780er Jahren ein solcher Verkehr bestanden hätte, so hätten die Verläumdungen der Königin Marie Antoinette, welchen von den Grafen von Artois und Provence und vom Herzog von Orleans ausgesprengt worden sein sollen, gar keine solche Verbreitung finden können, wie die, welche sie thatsächlich gefunden haben.

Mit dem bequemen, verfeinernden Schlagwort „Halbbildung“ kann man die Forderung der politischen Volksbildung nicht abthun:

„Denn eben wo Begriffe fehlen,
Da stellt ein Wort zur rechten Zeit sich ein.“

Das wäre ungefähr ebenso, als wenn Jemand vermittelt der Redensart: „Die Sonne geht auf“ die Unrichtigkeit des Copernicanischen und die Richtigkeit des Pastor Knak'schen Weltsystems beweisen wollte. Der Ausdruck „Halbbildung“ kann nur deshalb allenfalls zugelassen werden, weil er kurz und hergebracht ist. Eigentlich ist er absurd, denn eine ganze, allumfassende, unfehlbare Bildung giebt es, abgesehen etwa von tüchtigen Professoren der Mathematik, auf keinem Wissensgebiete. „Unser Wissen ist Stückwerk“ (1. Korinther 13, 9). Eine s. g. Halbbildung ist eine lückenhafte, oberflächliche, unmethodische Bildung; indeß auch eine solche kann besser sein, als gar keine Bildung. Ohne den Beistand der Halbgebildeten hätten die aufgeklärten Gelehrten und Staatsmänner die Hörigkeit, die Folter, die „Ketzerei“ und „Hexen“-Verbrennungen zc. zc. nicht beseitigen, die allgemeine Wehrpflicht, die deutsche Einheit zc. zc. nicht durchführen können. Der Satz, daß nur diejenigen am Wahlrecht und überhaupt am politischen Leben Theil nehmen dürfen, die auf der Höhe der Nationalökonomie und des Staatsrechts stehen, würde zu den abge-

¹⁾ Wie Gneist und Braun-Wiesbaden hervorgehoben haben. Vgl. Faucher's Viertelj. 1869 Heft 3 S. 42.

schmacktesten Consequenzen führen. Vater Wrangell's angebliche Unbildung mag ganz, oder theilweise eine fable convenue, eine geschickte Popularitätshascherei gewesen sein; aber Friedrich's d. G., Joseph's II. und Blücher's Sprachfehler sind unbestreitbar. Viele Theologen, Naturforscher, Philologen u., ja selbst die von Gneist s. g. Privatrechts-Juristen, sowie viele Landwirth, Industrielle, Kaufleute u. kennen nicht einmal das A B C der Nationalökonomie und wissenschaftlichen Politik, sie fürchten z. B., daß das Geld außer Landes gehe, sie sind für möglichst viel Freiloosungen, für eine Vogelstraußen-Politik gegenüber dem Ultramontanismus¹⁾ u. s. w. Selbst bei hervorragenden, zum Theil weltberühmten Staatsgelehrten finden sich fundamentale Irrthümer. Man denke z. B. an den Sisyphismus F. v. Hermann's, R. v. Mohl's, L. v. Stein's u. A. und an die Interessenvertretungs-Schwärmerei fast aller vor-Gneist'schen Staatsrechtslehrer. Auch Fürst Bismarck steht, stark euphemistisch gesprochen, wahrlich nicht auf der Höhe der Staatswissenschaften, wie z. B. seine Unterbilanz-Vorurtheile u. c. beweisen.²⁾ Andererseits findet man bei den größten Phantasten werthvolle Keime der Wahrheit. Owen und Fourier waren z. B. auch Vorläufer von — Schulze-Delitzsch.

Die Gegner der politischen Volksbildung vergessen auch den alten Satz: „Simplex veri sigillum“, und sie verwechseln naiver Weise die Begriffe „Kenntnisse auf einem Gebiete haben“ und „die betreff. Wissenschaft als Forscher fördern.“ Millionen von Schulkindern haben z. B. ganz gute Kenntnisse in der Religion, im Rechnen und in der Geographie, aber sie brauchen deshalb durchaus nicht wissenschaftliche Forscher auf diesen Gebieten zu werden. Auch verwinkelte, schwierige Fragen der Nationalökonomie und Politik lassen sich von tüchtigen, den Stoff wahrhaft beherrschenden Denkern klar und einfach darlegen. Die Roscher'schen Ausführungen über die relative Berechtigung der Ackerbau-Systeme³⁾ sind z. B. musterhaft klar, und Schäffle's Widerlegung der List'schen Schutzoll-Erziehungs-Phrasen ist, trotz einzelner Mängel, im Ganzen einfach und schlagend. Auch die schutzöllnerischen Phrasen von der nationalen Arbeit und vom aus-dem-Lande-Gehen des Geldes lassen sich kurz und populär abfertigen⁴⁾, und die Wissenschaft wird ohne Zweifel dahin gelangen, auch die Eisenbahntarif-Politik und die Forst-Reinertrags-Streitfragen so klar darzulegen, wie Roscher die Lehre von den Ackerbausystemen dargelegt hat, auch für jene Labyrinth leitende rothe Fäden zu finden. Wer klar denkt, kann auch klar schreiben, und H. B. Oppenheim hat er Recht, wenn er sagt, daß hinter manchen scholastischen, dunkelen

¹⁾ Vgl. auch Walcker, Zeitfragen S. 306, 307.

²⁾ Vgl. Walcker, Schutzölle S. 14, 80, 101, 156, 164, 479 und die Freihandels-Corresp. 1881 Nr. 53, 62.

³⁾ Vor Thünen und namentlich vor Roscher war dieser Gegenstand schwer zu bewältigen.

⁴⁾ Vgl. Walcker, o. c. S. 804, 799.

Stellen Schäffle's, L. v. Stein's u. A. nur falsche, confuse, oder triviale Sätze stecken.

Die Frage, inwieweit die politische Bildung der Arbeiter und überhaupt der unteren Classen gehoben werden kann, muß ganz methodisch untersucht werden und zwar nach drei Methoden:

1) nach der deductiven, indem die Staatsgelehrten sich fragen: Sind die intelligentesten Arbeiter zc., der Mittelschlag und die beschränktesten Arbeiter zc. im Stande, die und die wissenschaftliche Wahrheit zu fassen?

2) und 3) nach der inductiven Methode, indem die Staatsgelehrten diejenigen nationalökonomischen zc. Ausführungen prüfen, welche unzweifelhaft von Arbeitern zc. geschrieben sind, oder ihren Beifall gefunden haben.

Die vorliegende Schrift enthält verschiedenes Material¹⁾ für solche sehr weitläufige Untersuchungen. Ein genaueres Eingehen auf den Gegenstand würde hier zu weit führen. Auch die Gewerkvereinsblätter der Buchdrucker und Hutmacher, von Arbeitern viel gelesene Zeitungen, die englischen Enquêtes zc. sind in diesen Beziehungen zu untersuchen.

M. Hirsch dürfte im Allgemeinen durchaus Recht haben, wenn er behauptet, daß die Hirsch-Duncker'schen Gewerkvereine vielmehr für die Bildung ihrer Mitglieder gethan haben, als die englischen.²⁾

Schon Locke³⁾ forderte, daß die Arbeiter sich auch geistig, und die Gelehrten sich auch körperlich (als Turner zc.) beschäftigen, und A. Smith (W. of N. V, 1, 3, 2 am Schluß) hebt bereits hervor, daß gebildete Massen mehr Selbstgefühl, aber auch mehr Loyalität und Gehorsam haben, und daß sie der Verführung des Enthusiasmus, des Aberglaubens und einer tendenziösen Opposition weniger ausgesetzt sind, als rohe Massen. Man kann den Nutzen der politischen Volksbildung in der That mit dem Nutzen der Zümpfung vergleichen. Auch der Graf von Paris sagt (o. c. S. 159): Eine halbe Freiheit begünstigt nur die Entwicklung extremer Ansichten.“ Ähnlich mahnt schon Schiller in den „Borten des Glaubens“:

„Vor dem Sklaven, wenn er die Kette bricht,
Vor dem freien Menschen erzittert nicht!“⁴⁾

¹⁾ Vgl. oben S. 72 ff, 102, 121 n. passim.

²⁾ Vgl. Hirsch's Broschüre gegen Brentano S. 28, 29 und Brentano, Arbeitsverh. S. 135, 137.

³⁾ Vgl. auch Iphigydies bei Roscher, N. Def. I § 63 N. 5 und Walcker, Wehrpflicht S. 1 ff.

⁴⁾ Vgl. Walcker, Zeitfragen S. 23 und oben S. 143. Grade überwiegend ultramontane Länder wie Frankreich, Spanien, die meisten mittel- und südamerikanischen Republiken zc. waren und sind am häufigsten von Revolutionen heimgesucht. Analoges gilt von Rußland und den mohamedanischen Despoten.

Die bekannten Worte in der „Glocke“: „Weh' Denen, die dem Ewigblinden zc.“ bestätigen das Gesagte nur, denn es handelt sich dabei eben um Sklaven, die ihre Ketten brachen, um die französischen Bauern zc. von 1789 ff.¹⁾

Die Nothwendigkeit der politischen Volksbildung geht auch daraus hervor, daß es zahlreiche reformfeindliche, ultramontane, feudale zc. Aufstände gegeben hat. Man denke z. B. an die ungarischen und belgischen Aufstände gegen Joseph II. Nach Gneisenau u. A. wurden sogar um 1810 in Schlessien Bauernaufstände gegen (!) die projectirte Aufhebung der Hörigkeit in Scene gesetzt, und Gneisenau bedauert mit Recht, daß die feudal-ultramontanen intellectuellen Urheber¹⁾ dieses Verbrechens straffrei ausgingen.

Der Nutzen der politischen Volksbildung läßt sich etwa nach folgenden Schema veranschaulichen:

1) Eine Hebung des gesunden Ehr- und Selbstgefühls und der Intelligenz der Arbeiter würde ihre für die in- und ausländische Concurrenz so wichtige Leistungsfähigkeit wesentlich steigern. Liberale und conservative Schriftsteller von entschieden antisocialistischer Richtung haben mit Recht hervorgehoben, daß selbst die wüßte socialdemokratische Agitation zum Theil günstig gewirkt hat, indem sie so manche Arbeiter überhaupt geistig anregte und von ihrer Trunksucht zc. zurückbrachte. Ein gesteigertes Ehrgefühl der kleinen Leute würde zur Verminderung der Felddiebstähle, zur Schonung des Materials in den Fabriken zc. führen, namentlich wenn ein System von Specialantiömen und überhaupt ein gutes Verhältniß zwischen Arbeitgebern und Nehmern hinzukommen.

2) Die gesteigerte Intelligenz der Massen wäre indirect auch von militärischen Nutzen. In Folge der Einführung des zerstreuten Gefechts und anderer Gründe haben auch die Unteroffiziere und die gemeinen Soldaten längst aufgehört, bloße Maschinen zu sein.

3) Die wohlverstandenen Interessen der Fabrikanten verlangen nicht eine übermäßige, die Möglichkeit einer geistigen Beschäftigung der Arbeiter ausschließende Arbeitszeit, sie verlangen nicht einmal eine möglichst große Production, eine Ueberproduction von Waaren, die gar nicht, oder nur an schlechte Zahler abgesetzt werden können, sie verlangen, auch ganz egoistisch betrachtet, möglichst große und stetige Reineinnahmen und möglichst geringe Verluste²⁾ durch Schutz- und Zollmaßregeln des In- und Auslandes, Handelskrisen, Kriege zc. Zur Beseitigung und Verminderung dieser Uebel ist auch die politische Volksbildung erforderlich, nur sie kann es dahin bringen, daß die russischen und die französischen Massen dereinst gegen jeden Friedensbruch gegenüber Deutschland ihr gebieterisches Veto einlegen, daß durch landwirthschaftliche und cultur-

¹⁾ Vgl. auch oben S. 114.

²⁾ Vgl. Rnies bei Roscher, N. Def. I § 30 N. 4.

politische (antiultramontane etc.) Reformen und Beseitigung der russischen, österreichisch-ungarischen, französischen, amerikanischen Schutzzoll-Mauern der Absatz der deutschen Industrie befördert wird, das Handelskrisen vermieden, oder gemildert werden!) u. s. w.²⁾

4) Bacon von Verulam sagt, eine oberflächliche Philosophie führe von Gott ab, eine tiefere Philosophie führe zu Gott zurück. Ähnliches gilt auch auf dem Gebiete der Nationalökonomie³⁾ und Politik. Je mehr die Arbeiter z. B. über die sociale Frage nachdenken, desto mehr müssen sie erkennen, daß jeder allzu hohe Arbeitslohn, oder jede sonstige ungerechte Begünstigung einer Arbeiterklasse einfach ein gehässiges, auf die Dauer unhaltbares Privilegium einer Arbeiterklasse auf Kosten der ungeheueren Mehrheit des Volkes, in erster Linie der übrigen Arbeiter, ist.⁴⁾

5) Durch die politische Volksbildung und einen regen Ideenaustausch der höheren und unteren Classen lernen die Ersteren die besten Köpfe der Letzteren kennen und können dieselben zu Werkführern, Zeitungsredacturen, Abgeordneten, mitunter sogar zu Associés machen. Eine solche Politik wäre ebenso human als ächt conservativ.

6) Bei den heutigen periodischen Wahlagitationen verfallen selbst die gemäßigtsten Parteien unwillkürlich in allerlei Einseitigkeiten und Uebertreibungen, welche dem Gesamtinteresse der besitzenden Classen und überhaupt des Staates schaden.⁵⁾ Das Ringen der Parteien um die Gunst der Wähler kann und soll nicht abgeschafft werden, aber es ist ein großer Unterschied, ob dies Ringen sich alle 3, oder mehr Jahre auf wenige Wochen zusammenbrängt und dadurch im bildlichen, oder nicht bildlichen Sinne tumultuarisch und extravagant wird, oder ob dieses Ringen alltäglich, d. h. in viel maßvollerer Weise durch Förderung gebiegener politischer Volksbildung vor sich geht. Gerade die culturfreundlichen Parteien, die gemäßigt liberalen und gemäßigt conservativen Freihändler,⁶⁾ haben im Gegensatz zu den Volksverdummungs- und Revolutionsparteien ein dringendes Interesse daran, daß der zweite Modus mehr und mehr den ersten Modus verdrängt; denn es ist viel leichter, Sophistereien ein Mal vorzubringen, eine Wählerversammlung ein Mal zu täpiren, als diese Sophistereien Jahre lang gegen die freihändlerische Kritik aufrecht zu erhalten. Kurz, die politische Volksbildung ist auch deshalb unerlässlich, um die Weltherrschaft gemäßigt liberaler und ge-

¹⁾ Vgl. oben S. 54, 58, 59.

²⁾ Vgl. auch Moscher o. c. § 173.

³⁾ Vgl. auch G. Cohn's geistreiche Bemerkung Engl. Eisenbahnpolitik Bd. II S. 457, 458.

⁴⁾ Vgl. oben S. 72 ff.

⁵⁾ Vgl. Moscher o. c. § 78 D und Gneiß, Finanzreform S. 240.

⁶⁾ Vgl. oben S. 141.

mäßig conservativer Freihändler zu begründen und zu erhalten.

7) Es ist einseitig und unrichtig, jede, auch die bescheidenste politische Machtstellung der unteren Classen für ein Uebel zu halten, welches im Interesse der höheren Classen und überhaupt des Staates soviel als möglich zu beschränken ist. Man darf nicht vergessen, daß alle großen Reformen mit mächtigen Interessen- und Trägheits-Widerständen zu kämpfen haben, und daß die Arbeiter, die s. g. schwächeren Classen, ein noch dringenderes Interesse an manchen gemeinnützigen Reformen haben, als die besser situirten Classen. Man denke z. B. an den Kampf gegen Ueberproductionen und die locale Hypercentralisation der Bevölkerung oder mit anderen Worten gegen periodische Handelskrisen und Arbeitslosigkeiten und gegen elende Wohnungen der arbeitenden Classen. Aus Gründen, welche in der angeborenen, unvertilgbaren Ungleichheit der Menschen liegen, hat die politische Macht ferner unter jeder Verfassung die Tendenz, sich in wenigen Händen, die keineswegs immer die Glieder der Regierung zu sein brauchen, zu concentriren.¹⁾ Wenn es der großen Mehrheit eines Volkes an religiös-sittlicher Energie, an politischem Muth zum Kampfe gegen Corruption und andere Mißbräuche fehlt, so kann eine größere Machtstellung der unteren Classen nutzlos, ja schädlich sein, im Wesentlichen auf eine Vermehrung der Mißbräuche, auf ochlokratische Seitenstücke zu oligarchischen Mißbräuchen hinauslaufen. Wenn im betreff. Volke indeß ein tüchtiger religiös-sittlicher Kern steckt, wenn große Fürsten und Staatsmänner und die tüchtigsten Männer des Adels und Bürgerthums einen schweren Kampf gegen schutzöllnerische u. Corruptionsscliquen, gegen Gelddynastien führen, welche die alten, legitimen, militärischen Dynastien in Schatten zu stellen drohen,²⁾ so können tüchtige Arbeiter und Arbeiterführer höchst werthvolle, zum Siege unerläßliche Bundesgenossen der redlichen Männer der höheren Classen sein. Auch unter Arbeiterführern und gewöhnlichen Arbeitern giebt es natürlich bestechliche Individuen, selbst die reichsten Corruptionsscliquen von Schutzöllnern, feudal-ultramontanen Magnaten u. sind indeß nicht im Stande, alle intelligenten, in ihren Kreisen einflußreichen, größtentheils unbestechlichen Arbeiter zu bestechen, oder überhaupt kennen zu lernen. Ebenso wenig wäre es möglich, die zahllosen klein- und mittelstädtischen Zeitungen sämmtlich zu bestechen, obgleich ein Theil derselben ohne Zweifel bestechlich ist. Kurz, die unteren Classen und die klein- und mittelstädtische Presse können unter Umständen unschätzbare Bundesgenossen für den redlichen Theil der höheren Classen und der großstädtischen Presse im Kampfe gegen reactionäre Corruptionsparteien, im Kampfe gegen die für Fürsten und Völker

¹⁾ Vgl. auch Walcker, Schutzölle S. 606.

²⁾ Vgl. Walcker o. c. S. 795, 799 und 800 unter „Corruption“, „Geldoligarchie“ und „Gründer“, wo verschiedene historische Beispiele aus der Zeit Walpole's, Ludwig Philipp's, Napoleon III. u. angeführt sind.

verderblichste aller Hypercentralisationen, im Kampfe gegen mächtige, weit verzweigte Corruptionsinteressenten sein.

Die höheren Classen könnten solche Dienste des tüchtigsten Theiles der unteren Classen übrigens mit werthhätigem Dank, mit viel größeren Gegendiensten bezahlen. Unter sonst gleichen Umständen findet man natürlich unter 100,000 Gentlemen mehr redliche und weniger unredliche Männer, wie unter 100,000 Nichtgentlemen, weil die Gentlemen eben besser erzogen sind und eine viel größere ökonomische Unabhängigkeit besitzen. Wenn unbefangene, persönlich nicht als Arbeitgeber interessirte Männer der höheren und mittleren Classen daher die Verwaltung der zahllosen Hülfscassen der unteren Classen controliren helfen, so können sie zahlreiche Mißbräuche verhüten, bezw. zur Bestrafung bringen und zahlreiche Mißgriffe verhüten helfen. —

Wenn Jemand eine gerechte Würdigung der Licht- und Schattenseiten der „Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung“ geben wollte, so müßte er nicht nur alle Jahrgänge ihrer Publicationen, d. h. der Wochenschrift „Der Bildungsverein“ und ihres „Neuen deutschen Reichskalenders“ studiren, sondern er müßte auch Jahre lang zahlreichen Vorträgen zc. in den Zweigvereinen in den verschiedensten Gegenden Deutschlands beigewohnt haben. Es ist nämlich sehr möglich, um nicht zu sagen sehr wahrscheinlich, daß bei diesen Vorträgen allzu viel auf die zufällige Individualität des Vortragenden ankommt, daß in einigen Zweigvereinen z. B. freihändlerische und anderen schuzzöllnerische Vorträge gehalten werden. Zu jenem umfassenden Studium der Thätigkeit aller Zweigvereine habe ich natürlich weder Zeit, noch Lust; indeß schon der 1881er Kalender der Gesellschaft zeigt, daß dieselbe, trotz ihren sonstigen Verdiensten um die Förderung technischer, sprachlicher zc. Bildung, eine gesunde politische Bildung nicht, oder wenigstens nicht immer, verbreitet. Die Besprechung des 1879er Zolltarifs und namentlich des Kulturkampfes auf S. 162 und 161 des erwähnten Kalenders ist z. B. pseudo-diplomatisch, leisetreterisch gehalten.¹⁾ Andererseits scheinen Publicationen der Gesellschaft auch nach links hin zu weit zu gehen. Nach schwerlich unrichtigen Citaten A. Krummachers (in seiner 1881 erschienenen Broschüre über die evangel. Jünglingsvereine) hat sich „Der Bildungsverein“ für den Uhlhianismus ausgesprochen.

Die populären englischen, französischen, deutschen zc. Katechismen der Nationalökonomie, Broschüren über die Arbeiterfrage, den Socialismus zc. verfallen größtentheils, trotz einzelner Vorzüge, in einen kindisch-atomistisch-Manchesterlichen oder kindisch-atomistisch-schuzzöllnerischen Ton.²⁾ Sie sind nach dem Schema der Kinderchriften

¹⁾ Die Behauptung, daß sich der Streit nur um die s. g. Anzeigepflicht drehe, ist sogar ganz falsch. Die Opposition gegen diese Pflicht war ein bloßes taktisches Manöver der jesuitischen Syllabuspartei.

²⁾ Vgl. Walder o. e. S. 716, 717.

gearbeitet, in welchem es dem artigen Kind X gut und dem unartigen Kinde Y schlecht geht. Auch hier kann man mit Schiller spotten:

„Der Poet ist der Wirth, und der letzte Actus die Beche:
Wenn sich das Laster erbricht, setzt sich die Tugend zu Tisch.“

Selbst die Existenz subjectiv unverschuldeter¹⁾ Erdbeben, Ueberschwemmungen, Feuersbrünste, Kriege, Handelskrisen, Schutzzölle u. pflegt in solchen Tractätchen ignoriert zu werden; von schweren Schäden des Bestehenden, von der Nothwendigkeit durchgreifender Reformen, pflegt vollends nicht die Rede zu sein. Die Folge einer solchen kurz-sichtigen Politik ist einfach, daß viele Arbeiter durch dieselbe dem ersten besten socialistischen, ultramontanen, zünftlerischen, schutzzöllnerischen u. Demagogen in die Arme getrieben werden, der ihnen doch von jenen Schäden und schwierigen socialen Problemen erzählt und zwar in maßlos übertriebener, bewußt oder unbewußt verläumerischer Weise.

Auch das von B. Auerbach vorgeschlagene Reichs-Schullesebuch,²⁾ welches ja auch für 13- und 14jährige Knaben und Mädchen bestimmt ist, kann und soll Manches für die politische Volksbildung thun, indem es die steten Aufruhr-Bestrebungen der mittelalterlichen Päpste gegenüber den deutschen Kaisern, die Bedeutung Luthers und Melancthon's, des praeceptor Germaniae, Thomasius', des Grafen Spec, der großen preussischen u. Fürsten und Staatsmänner, der Classiker, Mendelssohn's, Döllinger's u. A. durch Geseftücke, durch culturgeschichtliche Notizen u. ins rechte Licht setzt, — indeß in der Hauptsache ist die politische Volksbildung eine Sache reiferer Lebensalter. Es wäre unzweckmäßig, das Reichs-Schullesebuch und ähnliche Geseftbücher für Fortbildungsschüler und Mündige gleich anfangs als officiële Arbeiten herstellen zu lassen, denn dabei würde selbst ein tüchtiges, freisinniges Reichsministerium bei der Unfertigkeit der deutschen Zustände allerlei Rücksichten auf Orthodoxie, Ultramontane, Particularisten, Schutzzöllner u. nehmen müssen.³⁾ Viel praktischer wäre es, solche Bücher vorläufig als reine Privatarbeiten, wenn auch unter Mitwirkung namhafter Männer verschiedener culturfreundlicher Richtungen und verschiedener „Stämme“, herstellen zu lassen. Dann könnten die betreff. Bücher von vornherein einen entschieden nationalen, freihändlerischen und überhaupt culturfreundlichen Charakter tragen. Auch populäre Werke⁴⁾ über Geschichte, Statistik, Staatsrecht und Politik, Nationalökonomie, Philosophie, die wissenschaftliche Theologie im Sinne des rechten, antipanthetischen, theistisch-christlichen Flügels des Protestantenvereins u. können und müssen dabei sein. Wenn alle gemäßigt liberalen und gemäßigt conservativen freihändlerischen Land-

¹⁾ Vgl. Walder, Soc. Frage S. 44 ff.

²⁾ Vgl. oben S. 120.

³⁾ Vgl. Walder, Schutzzölle, S. 717.

⁴⁾ Vgl. Walder o. e. S. 647 und oben S. 23, 24.

wirth, Industriellen, Kaufleute u. Deutschlands, so wie freihändlerische Reichsministerien die Verbreitung solcher populärer Werke über den Freihandel, die Nationalökonomie u. befördern, so können diese Schriften eine Massenverbreitung finden. Das beste Mittel zur Verbreitung gebiegener politischer Volksbildung wäre indeß eine Zeitschrift. Schon für Gebildete ist die Toussaint-Langenscheidt'sche Methode des Sprachunterrichts mitunter zweckmäßiger, als die gewöhnliche Methode, und Analoges gilt erst recht von den Arbeitern, besonders da man in einer Zeitschrift neue Fragen und Erscheinungen besser und rascher berücksichtigen kann, als in neuen Auflagen eines Handbüchleins der Nationalökonomie und der Politik. Natürlich kann es auch im Interesse der liberalen Freihändler liegen, eine große Arbeiterzeitung zu erwerben, oder zu begründen, um eine entschieden freihändlerische, consequente Arbeiterzeitung als Actienunternehmen zu schaffen. Wenn eine Zeitung einem speculirenden Privatmanne gehört, so kann man nie sicher sein, daß sie nicht die größten Inconsequenzen begeht, oder gar in's schützöllnerische Lager übergeht. Ein unter fortschrittlich-freihändlerischer Flagge segelndes Blatt brachte z. B. 1880 oder 1881 einen Artikel, in welchem eine Bauknotenüberschwemmung (im Interesse der Börsenschwindler und Schützöllner) empfohlen wurde, so daß dem betreff. Blatte das schwere Unglück widerfuhr, vom — „Staatssozialist“ emphatisch gelobt zu werden. Selbst die beste Berliner Arbeiterzeitung kann ferner nicht ein Centralorgan für alle deutschen Arbeiter werden, weil man vielen Arbeitern in den Provinzen nicht zumuthen kann, neben einem Localblatt noch eine Berliner Zeitung zu halten. Zahllose Localnotizen, Artikel über auswärtige Politik u., die eine Zeitung bringen muß, sind auch für die politische Volksbildung nutzlos, während eine Zeitschrift ihren Raum viel besser ausnutzen kann.

Eine freihändlerischen Actionären gehörige, entschieden freihändlerische und überhaupt staatsmännische, von Besitzenden und von Arbeitern viel gelesene populäre politische Zeitschrift ist ein dringendes Bedürfnis. Da die meisten „Gebildeten“, ja selbst die meisten Gelehrten in politischer Beziehung, euphemistisch gesprochen, sehr wenig orientirt sind,¹⁾ so muß man schon mit Rücksicht auf solche Leser die nationalökonomischen und politischen Fragen in jener Zeitschrift so populär behandeln, daß sie auch von strebsamen Arbeitern (zum Theil mit Hilfe eines Fremdwörterbuchs, Geschichtswerkes, oder Conversationslexikons) verstanden werden können. Dieser Punkt ist von ungeheurer Wichtigkeit: nur durch Zeitschriften und sonstige Publicationen und Vorträge, die sowohl von Gebildeten, als von Arbeitern und sonstigen kleinen Leuten gelesen, bezw. gehört werden, läßt sich die von Brentano, M. Girsch, Gneist, G. Girth, B. Auerbach, Th. Mommsen und vielen anderen hervorragenden Männern geforderte

¹⁾ Vgl. oben S. 144.

Einheit der nationalen Cultur wahren, bezw. erreichen. Diese Einheit ist eine notwendige Vorbedingung und zugleich Frucht des socialen Friedens, die beste Schutzwehr gegen socialdemokratische, schutzöllnerische, particularistische, ultramontane u. c. Hefereien.

Es ist hier nicht der Ort, die Licht- und Schattenseiten der bestehenden, in allen größeren lese Cirkeln und Hallen¹⁾ zu findenden populären Wochen- und Monatschriften zu besprechen; jeder Sachkundige wird indeß zugeben, daß kein einziges dieser Organe eine entscheidenden freihändlerische Politik vertritt; einzelne sind um 1878 offen, oder halb und verschämt in's schutzöllnerisch-officiöse Lager übergegangen, und selbst die „Deutsche Rundschau“ hat zwar nichts gegen, aber auch fast nichts für den Freihandel gebracht (abgesehen von einer ganz gelegentlichen Bemerkung in einem politischen Artikel von Lammers). Es giebt keine populäre Zeitschrift, welche die Mittheilungen des Vereins zur Förderung der Handelsfreiheit, die „Zeitfragen“ der Berliner Volkswirthsch. Gesellschaft, die Verhandlungen der Volkswirthsch. Congresse, die Vierteljahresschrift für Volkswirtschaft u. c. regelmäßig bespricht. Die Freihandelspartei muß daher eine populäre Zeitschrift, die im Nachfolgenden kurz als das Organ²⁾ bezeichnet werden soll, begründen, oder besser wohl erwerben und umgestalten. Das Organ muß durchaus der Partei und nicht einem Buchhändler gehören, denn sonst könnte dasselbe eines schönen Tages in officiöse, schutzöllnerische, oder gar ultramontane Hände kommen. Letzteres könnte z. B. stattfinden, wenn eine ultramontane Mutter, oder Frau, oder ein Jesuit den Befehl „befehlen.“

Die Actien des Organs dürften nicht an jeden Beliebigen verkauft werden, der sich für einen Freihändler ausgiebt. Stumm gab sich z. B. 1869 im Reichstage für einen Freihändler aus, und A. Wagner protestirte, trotz seiner Kornzöllnerei u. c., Ende 1880 in der Zeitschrift für Staatswissenschaft gegen die Bezeichnung „Schutzöllner.“ Es müßte ein Ballotement über Diejenigen stattfinden, welche Actien erwerben wollen. Die Befürchtung, daß dadurch ein Coteriewesen mit einseitig Manchesterlicher u. c. Färbung entstehen könnte, wäre unbegründet. Prince-Smith plaidirte schon 1869 für Gewerkvereine, G. B. Dypenheim trat schon 1877 und 1878 für Reichs-Fabrikinspectoren ein, und Braun-Wiesbaden plaidirte 1875, ähnlich wie Mill und Roscher, sogar für eine Grenze Desjenigen, was Jemand bloß durch Erbschaft erwerben kann.³⁾ U. s. w. Der ganze Zeitgeist ist so anti-Manchesterlich, daß der Manchesterlich angehauchte Theil der Freihändler, ähnlich den Particularisten und anderen so zu sagen vorsintfluthlichen Geschöpfen, allmählig aussterben wird. Die Redactions-gesellschaft müßte natürlich

¹⁾ „Der Bildungsverein“ pflegt in denselben nicht gehalten zu werden.

²⁾ Selbstverständlich muß der wirkliche Titel anders, z. B. „Der Zeitgeist“ oder ähnlich lauten, obgleich der Zusatz „Organ der Freihandelspartei“ vielleicht rathlich wäre.

³⁾ Vgl. Walcker o. c. S. 582.

aus Männern verschiedener Richtungen, aus gemäßigten Liberalen und gemäßigten Conservativen, bestehen und allen freihändlerisch-national-culturfreundlichen Meinungsnuancen freien Spielraum gewähren, ähnlich wie die Allg. Ztg. und die Deutsche Vierteljahrschrift vor 1866 sehr verschiedenen politischen und wissenschaftlichen Richtungen offen standen und nur durch ihre Preußenfeindlichkeit eine bestimmte Parteilinie erhielten. Man darf nicht übersehen, daß sich die liberalen und die „conservativen“ Freihändler ungefähr seit 1875 oder 1878 und 1879 sehr viel näher stehen, als früher. Vor dieser Zeit gab es in Mecklenburg zc. auch reactionäre Freihändler; seit dieser Zeit dürfte es im ganzen Reiche kaum einen reactionären Freihändler geben¹⁾; denn ein Gegner feudaler und geldolicharchischer Schutzoll-Privilegien muß consequenter Weise, wie conservativ er auch sein mag, überhaupt staatsbürgerlich gesinnt, z. B. ein Gegner der Fideicommissen und Patrimonien sein. Es ist ferner möglich, ja nicht unwahrscheinlich, daß nicht-handelspolitische principielle Meinungsverschiedenheiten, vielleicht auch die buchhändlerische Speculation, ein, oder mehrere Concurrenzorgane schaffen werden. Es wäre z. B. kein allzu großes Unglück, wenn es eine liberale und eine conservative freihändlerische Zeitschrift gäbe, denn den Socialisten und Schutzöllnern gegenüber würden sie doch Schulter an Schulter kämpfen, und Arbeiterbildungsvereine könnten auch zwei billige freihändlerische Zeitschriften halten.

Das Organ würde wegen seiner Inserate und in- und ausländischen Verbreitung²⁾ sehr gut rentiren, und könnte daher auch einige Redacteurs anstellen, welche als gewesene Arbeiter, Handwerker und Bauern die Denkweise und den Verstandesgrad der unteren Classen kennen, ähnlich wie Voltaire einen Theil seiner Arbeiten vor dem Druck seiner alten Magd vorgelesen haben soll. Im Redactionsbureau der „Times“ werden alle Einsendungen, auch die zur Aufnahme nicht geeigneten, fortirt, um einen Ueberblick über die öffentliche Meinung (der besitzenden Classen) zu gewinnen, und ähnlich müßten im Redactionsbureau jenes Freihandels-Organs alle Einsendungen, Anfragen und Wünsche, auch die unverständigen, fortirt werden, um ein Bild der politischen Strömungen in den besitzenden und in den arbeitenden Classen aller Gegenden Deutschlands (und zum Theil auch des Auslandes) zu erhalten. Die Fragen, ob das Organ eine Wochen- oder Monatschrift sein und auch belletristische und naturwissenschaftliche Artikel bringen soll, sind bloße Zweckmäßigkeitsfragen. Meines Erachtens wäre es gut, im Organ nur Artikel über Nationalökonomie, Finanz-, Militär-, Kirchen-Politik zc., allenfalls auch über Religion und Philosophie, aber nicht über belletristische und naturwissenschaftliche Arbeiten zu bringen, die ja von zahllosen illustrierten

¹⁾ Vgl. Walcker o. c. S. 341, 342 und oben S. 121.

²⁾ Für die Volksausgabe des Organs könnte billigeres Papier genommen werden.

Unterhaltungsschriften und Büchern zur Genüge dargeboten werden. Auch durch einen guten Volkscaender¹⁾ und ein Verzeichniß guter Volkschriften²⁾ kann die Freihandelspartei großen Nutzen stiften.

Bei der Unvollkommenheit alles Menschlichen wird es niemals gelingen, jedem Gliede der unteren, oder auch nur der höheren Classen eine gediegene politische Volksbildung zu verschaffen; indeß daraus darf man nicht pessimistisch-quietistische Consequenzen ziehen. Bei der Frage der politischen Volksbildung handelt es sich auch um eine hochwichtige Höflichkeitfrage gegenüber den Millionen der unteren Classen. Wenn die Freihändler durch ihr Eintreten für eine gediegene politische Bildung der unteren Classen und durch andere Reformen zeigen, daß sie diese Classen nicht, gleich den Schützöllnern, als bloße Productionsinstrumente betrachten, sondern die Menschen- und Staatsbürger-Würde auch der unteren Classen ehren, — so wird Das auf die Arbeitermassen einen sehr guten Eindruck machen und selbst zahlreiche verführte Socialdemokraten zur Vernunft bringen. Mag immerhin nur eine Elite der unteren Classen ein gutes, zum Theil vorzügliches politisches Verständniß gewinnen, mögen andere Theile dieser Classen nur mittelmäßige, bezw. sehr geringe geistige Fortschritte machen, — eine große Hebung des durchschnittlichen Culturniveaus der unteren Classen würde doch erzielt sein, und die tüchtigsten Glieder derselben würden den freihändlerischen Arbeiterfreunden der höheren Classen bei Wahlkämpfen und anderen politischen Kämpfen ähnliche Dienste leisten, wie freisinnige Wahlmänner bei indirecten Wahlen und tüchtige Unteroffiziere im Kriege. Auch hier gilt das schöne Wort Gneisenau's,³⁾ der 1814 an G. M. Arndt schrieb: „Der dreifache Primat der Waffen, der Constitution [zu der auch gesunde sociale Verhältnisse gehören], der Wissenschaften ist es allein, der uns aufrecht zwischen den mächtigen Nachbarn erhalten kann.“

¹⁾ Der gewerkvereinsfreundliche Deutsche Arbeitercaender für das Jahr 1881 von H. Köhler (Leipzig, M. Krüger) ist im Allgemeinen geschickt geschrieben und empfehlenswerth. Die Artikel über Schulze-Delitzsch, M. Hirsch und die Gewerkvereine sind z. B. sehr gut. Durch Hinzufügung einer politischen Jahresübersicht und freihändlerische Artikel würde der Caender noch an Werth gewinnen.

²⁾ Vgl. den G. B. 1880, S. 115.

³⁾ Vgl. auch oben S. 140.

Sechstes Capitel.

Anerkennende Urtheile in- und ausländischer Regierungen und Nationalökonomien über die Hirsch- Dunker'schen Gewerkvereine.

Solche Urtheile der ausgezeichnetsten deutschen Nationalökonomien, Statistiker und Staatsrechtslehrer sind oben Seite I. und in der Schrift selbst passim angeführt und namentlich in den 1872er, 1874er und 1877er Verhandlungen des Vereins für Socialpolitik und in den 1871er, 1872er und 1874er Verhandlungen des Volkswirthsch. Congresses zu finden. Als principielle, wenn auch natürlich meist Dies oder Jenes tadelnde Freunde der Hirsch-Dunker'schen Gewerkvereine sind in chronologischer Reihenfolge etwa folgende, bekannte, zum Theil berühmte Männer zu nennen: Schulze-Delitzsch (oben S. 17), B. A. Huber, Prince-Smith, der Leipziger Stadtrath Ludwig-Wolf, Dr. H. Schramm (der Uebersetzer Thorntons), Roscher, Knies, Schmoller,¹⁾ A. Held,²⁾ G. v. Schönberg, Rasse, Dannenberg, Engel, Gneist, Constantin Rößler, B. Hildebrand, F. J. Neumann, Frh. v. Dörken, Böhmert, Schanz, Rickert, M. Weigert, Lasfer, Geh. Reg.-Rath Jacobi in Liegnitz³⁾, Braun-Wiesbaden u. A. Auch Schäffle und F. A. Lange sind hier wohl zu nennen.⁴⁾ Aus dieser Liste darf man natürlich nicht schließen, daß alle nicht angeführten deutschen Nationalökonomien Gegner der Hirsch-Dunker'schen Gewerkvereine seien. Es giebt viele Nationalökonomien, die nach ihrer Specialität keine Veranlassung hatten, den Gegenstand zu berühren. Es ist z. B. sehr wahrscheinlich, daß auch Lexis und Stieda principielle Freunde der deutschen Gewerkvereine sind. Engel ist (oder war wenigstens 1874) gegen eine Verbindung von Gewerkvereinen und Hilfscaffen und für die Capitalversicherung statt der Rentenversicherung. Dannenberg und Schönberg sind für den Caffenzwang. A. Wagner ist erst in seiner zweiten schutzöllnerisch-reactionären Periode, ähnlich wie Dr. Julius Schulze, ein Gegner, wenigstens ein halber Gegner, der Hirsch-Dunker'schen Gewerkvereine geworden. Brentano macht ihnen

¹⁾ In seiner zweiten, schutzöllnerisch-reactionären Periode hat Schmoller sich noch nicht über die Gewerkvereine geäußert.

²⁾ Vgl. auch Bd. XIX der Schriften des Vereins für Socialpolitik, 1880, den G. B. 1880, S. 185 und unten S. 159.

³⁾ Vgl. Folke, Gewerkvereine, 1879, S. 19 ff. und über ein ähnliches, 1878 erlassenes Rescript des Grafen B. Eulenburg, des damaligen preuß. Ministers des Innern, M. Hirsch, der neueste Gegner u. betitelt Broschüre gegen Brentano (Berl. 1879) S. 3, 4, 33, 34.

⁴⁾ Vgl. oben S. 100.

in seiner Schrift über die Arbeiterversicherung, 1879, harte und ungerechte Vorwürfe¹⁾, aber er prophezeit ihnen trotzdem (S. 223, 224) eine große und segensreiche Zukunft.

Einen irgend wissenschaftlich gehaltenen Versuch, die principielle Verwerflichkeit der Hirsch-Dunker'schen Gewerkvereine, oder der Gewerkvereine überhaupt nachzuweisen, giebt es weder in der deutschen, noch in der ausländischen Literatur; denn anonyme Artikel in der Quarterly Review und in Zeitungen kommen dabei nicht in Betracht. Damberger's Schrift über die Arbeiterfrage, die bereits 1873 erschienen ist und trotz ihren Mängeln auch sehr objectiv und beachtenswerthe Ausführungen enthält, kann hier logischer Weise nicht angeführt werden; denn sie sucht nur nachzuweisen, daß die Ertheilung von Corporationsrechten an die Gewerkvereine damals, 1872 und 1873, verfrüht gewesen wäre. Diese Ansicht, über die sich streiten läßt, ist von einer principiellen Verwerfung der Gewerkvereine sehr weit entfernt.

Auch die öffentliche Meinung Deutschlands erkennt den Werth der Hirsch-Dunker'schen Gewerkvereine mehr und mehr an.²⁾

Nach Notizen im „Gewerkverein“ haben diese Vereine auch folgende Anerkennungen von Seiten des Auslandes erfahren.

1875 brachte das Mai-Fest des italienischen Giornale degli Economisti eine sehr anerkennende Besprechung des Leipziger Verbandstages von 1875, und von Seiten der niederländischen Gesandtschaft wurde auf Veranlassung der städtischen Behörde zu Maastricht um Abschrift der Hülfscaffen-Statuten und der Zillmer'schen Gutachten gebeten, welche bei Errichtung von Hülfscaffen in Maastricht als Muster benutzt werden sollten. Die französische Regierung sandte 1880 einen höheren Beamten, Miot-Frochet, zum persönlichen Studium der bestehenden Genossenschaften und Gewerkvereine nach England und Deutschland. Nachdem derselbe sich zunächst an Schulze-Delitzsch gewandt hatte, stattete er auf Empfehlung des Letzteren dem Anwalt Dr. M. Hirsch in Begleitung eines Botschaftsattachés einen Besuch ab, um sich über die hauptsächlichsten Bestrebungen und Einrichtungen der deutschen Gewerkvereine sowie über deren Geschichte und gegenwärtigen Umfang zu informiren. Miot sprach sich am Schlusse der Conferenz, der noch andere folgten, sich anerkennend über die Tendenz und Organisation der Gewerkvereine im Vergleich auch mit den von ihm studirten Trades' Unions aus. Früher hatten bereits amtliche und private Vertreter aus Dänemark³⁾ den Niederlanden, Rußland, Italien, England⁴⁾ und Nordamerika von dem Anwalt persönliche Information über die Gewerkvereine eingeholt.

¹⁾ Vgl. dagegen M. Hirsch, Der neueste Gegner etc., 1879.

²⁾ Wie z. B. ein gebiegender, versicherungstechnischer Artikel Dr. Zeller's in der Gartenlaube 1881 S. 116—120 beweist. Vgl. den G. B. 1881, S. 30.

³⁾ Vgl. oben S. 3.

⁴⁾ Vgl. oben S. 18, 101, 102.

1880 erhielt M. Hirsch auch ein Schreiben des italienischen Ministeriums für Ackerbau und Handel, worin um eingehende Mittheilungen über die Gewerkvereins-Hilfscassen gebeten wurde.

Auch in Ungarn¹⁾ scheint man sich (nach einer anderen Quelle) bereits für die Hirsch-Dunker'schen Gewerkvereine zu interessiren.

Kurz, die Hirsch-Dunker'schen Gewerkvereine dürften von künftigen Historikern als ebenso wichtige culturgeschichtliche Erscheinungen bezeichnet werden, wie die Schulze-Delitzsch'schen Genossenschaften.²⁾ Sie verdienen, gleich diesen Genossenschaften, die Sympathien und die moralische Unterstützung der Regierungen und der Völker; denn sie sind, trotz ihren Mängeln, eins der wesentlichsten Förderungsmittel des socialen Friedens und überhaupt der fortschreitenden Kultur der Menschheit. Auch hier gilt das schöne Wort Vassiat's und Roscher's³⁾: „Alle rechtmäßige Interessen sind harmonisch.“

¹⁾ Vgl. oben S. 34.

²⁾ Im Obigen liegt durchaus keine Unterschätzung der epochemachenden Verdienste Schulze-Delitzsch's. Der verehrte Altmeister des Genossenschaftswesens hat, wie oben S. 14 ff. erwähnt, schon 1853 die Krönung seines Gebäudes durch Gewerkvereine gefordert und 1869 ff. eifrig an der Begründung und Förderung derselben mitgewirkt.

³⁾ Vgl. Roscher, N. Def. I § 98, 173 und die oben S. 12 Note 2 angeführten Ausführungen Prince-Smith's.

Statistische Beilage.

Die projectirte ausführliche Statistik der Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereine ist gegenwärtig (am 10. Mai 1881) noch nicht erschienen; ich lasse daher unten nur die wichtigsten Zahlen für Ende 1880 folgen.

Gewerksvereine der		Mitgliedszahl am 31. Dec. 1880 nach den Listen des Verbandsbureaus
1. Maschinenbau- und Metallarbeiter		5346
2. Tischler und verwandte Berufsgenossen		3043
3. Fabrik- und Handarbeiter		3226
4. Stuhlarbeiter und Berufsgenossen		1310
5. Porzellan- und Glasarbeiter		1152
6. Schuhmacher und Lederarbeiter		1094
7. Maurer und Steinhauer		1047
8. Lithographen, Steindrucker etc.		1035
9. Schneider und Berufsgenossen		822
10. Zimmerer		408
11. Schiffszimmerer und Berufsgenossen		277
12. Vergarbeiter		236
13. Cigarren- und Tabakarbeiter		185
14. Töpfer und Berufsgenossen		114
15. Bildhauer etc.		170
16. Klempner und Metallarbeiter		258

Selbstständige Ortsvereine.

1. Buchbinder in Berlin	86
2. Kaufleute „ Leipzig	80
3. „ „ Berlin	44
4. „ „ Breslau	7
5. Sattler „ Berlin	23
6. Drucker und Formstecher „ Gera	22
7. Vergolder „ Berlin	20
8. Kneipfläger „ Danzig	20

21025

Nach Dr. M. Hirsch ist diese Zahl jetzt schon bedeutend größer. Mit Einfluß der Frauen und Kinder dürften daher meiner Ansicht nach über 100,000 Köpfe von den Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereinen directen Nutzen haben.

Autorenregister.

ll. p. bedeutet: und passim.

Arendt 47.
 Baare 42.
 Bamberger 2, 23, 56, 125, 156 u. p.
 Baron 87, 88.
 Bastiat 75, 122, 157.
 Bebel 100.
 Behm 47.
 Biedermann 87.
 Block, M. 67.
 Blum, H. 88.
 Böhmert 3, 72.
 Braun-Wiesbaden 87, 143, 152.
 Brentano 2, 155, 156 u. p. Eine
 anti-staatsocialistische Broschüre von
 ihm „Der Arbeiter = Versicherungs-
 zwang, seine Voraussetzungen und
 Folgen“ ist soeben in den F. v. Holten-
 dorff'schen Zeitfragen und einzeln er-
 schienen.
 Bright 117.
 Bujarsky 76, 102.
 Cobden-Club 2.
 Cohn, Gustav 2, 132, 147.
 Dannenberg 45, 70, 71, 103, 104.
 Duncker, F. 17, 60.
 Eberty 103.
 Eheberg 3.
 Emminghaus 45, 85.
 Engel 14, 43, 119, 155.
 Farnam 3.
 Faucher, J. 43, 77, 94.
 Fawcett 3, 124.
 Ferraris 3.
 Friedrich d. G. 140.
 Frühauf 11.
 Gensel 92.
 Gierke 5, 11.
 Gneisenau 154.
 Gneist 2, 13, 45, 103, 118, 119, 122,
 135, 143, 147, 151.
 Goltz, Th. Frh. v. d. III, 61, 104.
 Hänel 23, 107.
 Härtel, R. 4, 92. 1881 sprach er sich

bedingt für den, vom Unterstützungs-
 verein der Buchdrucker im Bunde mit
 den Hirsch-Duncker'schen Gewerkver-
 einen bekämpften Unfallversicherungs-
 Gesetzentwurf aus. Vgl. den G. B.
 1881, S. 22, 23, 58.
 Hammacher 15, 37, 88.
 Harrison 19, 67.
 Held III, 4, 69, 112, 117, 119, 135,
 155. Vgl. Hirsch.
 Hermann, v. 75.
 Hiltrop 44.
 Hirsch, Max 2, 6, 15, 17, 41, 42,
 44, 88, 155 ff. u. p. 1881 erschien von
 ihm eine kleine Broschüre: Der Staat
 und die Versicherungswesen, dargestellt
 auf Grund des Verhältnisses zwischen
 Staat und Volkswirtschaft. Eine
 günstige, von A. Held verfaßte, mir
 im Augenblick nicht zugängliche Rec.
 des Hirsch'schen Werkes über Hilfs-
 cassen ist 1875 im Literar. Central-
 blatt erschienen.
 Hirth, G. 78, 151.
 Holyoake 3.
 Howell 3.
 Huber, V. A. 2.
 Jacobi 62.
 Jacoby, Johann 64, 69.
 Jannasch 2.
 Kalle 47.
 Kamien 63, 88.
 Kapp 3, 117.
 Keller, I. 5, 119 ff.
 Knies 13, 134, 146.
 Lange, F. A. 100.
 Lasker 87, 109, 115.
 Lassalle 14, 16, 64, 66, 138.
 Leroy-Beaulieu 3.
 Lexis 3.
 Liebknecht III, 101.
 Lilienthal, v. 111.
 List, F. 138.

- Ludwig-Wolf 62, 92, 155.
 Luthardt 45.
 Mangoldt, v. 2.
 Meyer, Alexander 60, 88.
 Meyer, Rudolf 1, 14, 97.
 Mez 12.
 Mill, J. S. 117.
 Mommsen, Th. 13, 151.
 Morsbach 3.
 Mucke 3, 12.
 Mundella 88, 89.
 Nasse 41.
 Noyes 72.
 Ochenkowski, v. 2.
 Oertzen, Frh. v. 114.
 Oppenheim, H. B. 42, 56, 107.
 Paris, Graf von 2, 41, 115.
 Polke 6, 14, 35, 102, 104, 138 u. p.
 Popper 46.
 Prince-Smith 12, 41, 69, 71.
 Rau 10.
 Richter, E. 14, 23, 24, 101.
 Rickert 45, 53, 94, 109.
 Rodbertus 138.
 Rössler, Constantin 90, 116, 155.
 Roscher, W. I. 3, 11, 12, 28, 41, 60, 72, 75 ff., 79, 103, 119, 124, 125, 138, 157 u. p.
 Sartorius v. Waltershausen 44.
 Schäffle 46, 47, 100.
 Schmoller 1, 41, 46, 61, 77, 87, 119, 128, 135, 155.
 Schönberg, G. v. 2, 62, 103, 110, 119, 128.
 Schulze-Delitzsch 2, 13 ff., 37, 63 ff., 103, 111.
 Schulze, Julius 71, 87, 107, 113, 155.
 Senior 75.
 Smith, A. 59, 103, 122, 145.
 Spencer 3.
 Stämmeler 53.
 Stein, L. v. 72, 135.
 Stieda 3, 12, 61.
 Stadnitz, v. 3.
 Stamm 61.
 Thiel 107.
 Thornton 2 u. p.
 Thun 61.
 Tiedemann 61, 92.
 Treitschke, v. 23, 111.
 Wagner, A. 45 ff., 78, 127, 155.
 Weigert 56.
 Wiss 135.
 Wöllmer 42, 88, 103.
 Zeller 156.
 Zillmer 35, 41.

Sachregister.¹⁾

- Actiengesetzgebung 24.
 Alttestamentcollegien der Arbeiter 60.
 Alters-Maximum u. Minimum 39, 29.
 Altersversorgungscassen 27.
 Altgejellen 21.
 Altkatholicismus 84, 114, 115, 138.
 Annoncen 105 ff.
 Anwalt der Gewerkvereine 35 ff.
 Arbeiter-Abgeordnete 117.
 Arbeiter, ausländische und auswärtige 55, 56, 125, 126.
 Arbeiterbildungsvereine 12, 32.
 Arbeitercongreß, Deutscher, 118.
 Arbeitergilben 2, 10.
 Arbeiterkammern 60.
 Arbeiter, ländliche III, 48, 57, 58, 107, 110, 111.
 Arbeitgeber 1, 5, 6, 14, 16, 27, 29, 32, 56, 57, 60 ff., 76 ff., 81, 82, 89, 90, 106, 125 ff., 146. Vgl. Unternehmer.
 Arbeitgeberverbände 24, 120, 127.
 Arbeitsbedingungen 6.
 Arbeitscontractbruch 8, 89–93.
 Arbeits Einstellungen 2, 4, 10, 16, 20, 26 ff., 31 ff., 35, 38, 46, 64, 70 ff., 90 ff., 94 ff., 97, 98, 114, 122 ff.
 Arbeitslöhne III, 6, 28, 33, 38, 45 ff., 57 ff., 72–83, 96, 124 ff. Vgl. Lohn u. gegen die künstliche Lohnerniedrigung durch Steuern-Zuschüsse Macleay im Aprilheft der Contemporary Review von 1881 und oben S. 45 ff., 50.
 Arbeitslöhne, Verhältnis zu den Schutz- zöllen 8, 55 ff., 77, 78. Vgl. auch

¹⁾ Die im Vorwort S. VI ff. angeführten Berichtigungen und Nachträge konnten hier nicht mehr berücksichtigt werden.

- den interessanten Artikel „Wahrheit und Fichtung“ im G. B. 1881 S. 57, den G. B. 1881 S. 66, 67 u. p.
- Arbeitslose 5, 26, 27, 32, 33, 39, 40, 57 ff.
- Arbeitsnachweis s. Arbeitsvermittlung.
- Arbeitsordnung s. Fabrikordnung.
- Arbeitsstatistik 5, 27, 31 ff., 54, 55, 57, 58, 125, 126. Im § 5 der oben S. 33 angef. Bestimmungen heißt es: „Sollten triftige Gründe die Veröffentlichung des Ganzen, oder einzelner Theile der Zusammenstellung als schädlich erscheinen lassen, so ist die Anwaltschaft hiervon ausdrücklich zu verständigen.“
- Arbeitsunfähige s. Invaliden
- Arbeitsvermittlung 5, 27, 31 ff, 58. Vgl. auch S. 55, 84, 106.
- Arbeitszeit 6, 28, 34, 38, 85 ff.
- Aristokratie 67, 81, 97, 125, 126, 149.
- Armenwesen 45 ff, 50 vgl. Arbeitslöhne.
- Auflösung eines Gewerkevereins 32.
- Ausschließung 29, 30, 39 ff, 49 ff.
- Ausspercungen 27, 32, 33, 35, 38.
- Auswanderung 30, 32, 55, 56, 84.
- Baarzahlung 51.
- Bäcker 81, 132.
- Baden 8.
- Baiern 8, 62, 63.
- Banknoten 54, 57.
- Bauern 48.
- Baugewerbe 81, 82, 96, 124.
- Beamte 29, 128.
- Begräbniskassen 27, 30, 32, 33, 40.
- Belgien 4.
- Bergarbeiter 7, 16, 20, 28, 31, 125, 158.
- Bezirksvereine 30.
- Bildhauer 7, 31, 158.
- Bildungscensus 117.
- Bildungsvereine 37, vgl. Volksbildung.
- Brandenburg 8.
- Braunschweig 8.
- Buchbinder 7, 30, 31, 158.
- Buchdrucker IV, 3 ff., 8, 11, 50 ff., 60, 72, 91, 159. 1881 erließ der Unterstützungverein der Buchdrucker als Beilage zum G. B., zu Zeitungen u. wieder ein Circular, in welchem er Eltern u. warnte, ihre Kinder dem angeblich überfüllten Buchdruckergerwerbe zuzuführen. Vgl. die Eisen. Gutachten über das Lehrlingswesen, 1875, S. 94 ff.
- Capital s. Arbeitgeber.
- Capitalversicherung 40, 42, 48.
- Carenzeit 39, 40.
- Cartelle der Hilfscassen 39, 51.
- Casseneinheit 54.
- Cassensfreiheit 54 ff., 107.
- Cassentrennung 54.
- Cassenzwang 54 ff.
- Cautionen 90.
- Centralisation 25, 26.
- Centralrath 35, 38, 39, 52, 53, 96.
- Chinesen 127.
- Christenthum 12, 13, 88, 103, 104, 111 ff.
- „Christlich“-Sociale 103, 113, 151.
- Cigarrenarbeiter 6, 7, 31, 96, 158.
- Classenherrschaft 118, vgl. Privilegien.
- Coalitionsverbote 13 ff., 107. Sie finden sich nach Emminghaus' Allg. Gewerkelehre, 1868 S. 47 in der Gesetzgebung fast aller europäischen Culturstaaen bereits im 17., in einigen schon im 16. Jahrh. Das heißt mit anderen Worten, daß Gewerkevereins-Versuche schon aus dem 16. und 17. Jahrh. datiren.
- Colonien 55.
- Coloristen 7.
- Communismus 34, 116.
- Conservative 11, 12, 24, 103, 104, 109, 121, 129 ff., 147 ff.
- Consumenten 55, 73-83.
- Consumptions-Reformen 84, 85.
- Corporationsrechte 5, 90, 127 ff., 156.
- Decentralisation der Industrie und der Bevölkerung 34, 107-111, 131, 132, 148.
- Delegirtertag 31.
- Demokratismus 22, 109, 113, 117, 119, 120.
- Diäten 38, 116, 118.
- Dienstzeit, militär. 120.
- Drucker 7, 158.
- Ehrentämter 38, 41, 42, 48, 116.
- Einigungsamt 1, 6, 24, 38, 88 ff., 124, 128.
- Einkommen V, 57, 80.
- Eisenbahnen 32, 108, 110, 111, 132. Vgl. Reichs-Eisenbahn-Project.
- Eisenzölle 55, 59.
- England 2 ff., 13, 21, 113, 141, 156. Vgl. Trades' Unions.
- Enquêtes 61, 63, 145.
- Entschädigungen Ausgeschlossener 39 ff., 51, 52.
- Fabrikarbeiter 7, 20, 46, 47, 98, 158.
- Fabrikarbeiterinnen 30.
- Fabrikcassen 20, 21, 43, 44, 51, 95.
- Fabrikgesetze 60 ff., 63, 126, 136.
- Fabrikinspectoren 60 ff., 110, 118.
- Walter, Arbeiterfrage.

Fabrikordnung 28, 60 ff., 87.
 Fleischer 59, 81, 132.
 Formstecher 7.
 Fortbildungsschulen 120.
 Frankreich 3, 4, 10, 13, 19, 67, 75, 156.
 Frauenarbeit 28, 29, 58, 60, 93.
 Frauenbegräbnis-casse 32, 33.
 Freihändler 13, 21, 54 ff., 59, 113, 121,
 126, 141, 142, 147–154.
 Geistliche 115.
 Geldentwerthung 73 ff.
 Generalrath 26, 31.
 Generalsecretär 31.
 Genossenschaften 11, 14, 26, 27, 29,
 32, 34, 40 ff., 45, 64, 110, 157.
 Geschäftstrockenheit s. Handelskrisen.
 Gesellen 1, 5, 6, 10, 21, 60, 61.
 Gewerbestatistik 60.
 Gewerbestatistik s. Arbeitsstatistik.
 Gewerblicher Unterricht 27, 32.
 Gewerkschaften (socialistische) 6, 16.
 „Gewerkverein“ (die Zeitschrift) 9, 24,
 31–39, 102 ff., 111 ff.
 Gewerkvereine im Allgemeinen 1 ff.
 Vgl. auch oben S. 161 Verbindung
 mit Hilfs-cassen 40 ff.
 Gewerkvereine, Hirsch-Duncker'sche 3, 5 ff.
 u. p. Mitgliederzahl der 6 ff., 98,
 99, 158. Vgl. auch das Vorwort.
 Gewerkevereiner (Ausdruck) 21.
 Glasarbeiter 7.
 Goldarbeiter 98, 99.
 Gründer 109, 148.
 Gutscassen 43, 44.
 Haftpflichtgesetz 32, 87, 88.
 Halbbildung 112, 131, 140 ff.
 Handelskammern 12.
 Handelskrisen 32, 38, 39, 54, 58, 59,
 146 ff.
 Handschuhmacher 6.
 Handweber 10, 48, 73.
 Handwerk 5, 10.
 Handwerkervereine 32.
 Hannover 8.
 Hessen 8, 9.
 Hilfs-cassen 1, 5, 6, 12, 18, 20, 21,
 34, Verbindung mit Gewerkvereinen
 40 ff. Vgl. oben S. 159. Es ist

eine crasse Ungerechtigkeit, daß die
 Gegner der Gewerkvereine fast nur
 die ringenden Invalidencassen¹⁾ her-
 vorheben, die vortrefflichen, durchaus
 bewährten Hilfs-cassen aber igno-
 riren, deren Statuten und Einrichtun-
 gen von Dr. M. Hirsch und überhaupt
 von den Gewerkvereinen den deutschen
 Verhältnissen gemäß fast allein ge-
 schaffen sind. Die Gewerkvereine
 haben in diesen national-einheitlichen
 und doch im guten Sinne des Wortes
 demokratischen, rationell begründeten
 und controlirten Hilfs-cassen eine
 außerordentlich wichtige Reform an-
 gebahnt und durchgeführt.
 Hutmacher 3 ff., 52, 72, 93.
 Industrie 45, 124, 125. Vgl. Decen-
 tralisation.
 Industrielle Partnerschaft 69–73.
 Interessenvertretung 1, 11 ff., 122.
 Internationale Verbindungen der Ge-
 werkevereine 3, 4, 45, 101, 102, 126.
 Invalidencasse 5, 26, 27, 32 ff., 37, 39,
 40, 52, 53, 162 Note 1.
 Italien 3, 4, 156, 157.
 Juden 113.
 Kathedersocialismus 54, 63.
 Kaufleute 7, 30, 31, 158.
 Kinderarbeit 28, 58, 61, 93.
 Kirche 50, 110.
 Klempner 7, 31, 98, 158.
 Knappschaftscassen 20, 21, 43, 44, 51,
 95.
 Königthum der socialen Reform 135 ff.
 Vgl. 113, 114.
 Kornzölle 21, 55, 56, 83, 113, 135.
 Krankencassen 5, 27, 30, 40, 49, 53, 54.
 Lehrlingswesen 27, 32, 59 ff., 72.
 Lehrzeit 1, 72.
 Lesezimmer 38.
 Liberale 11–14, 21 ff., 54–59, 109,
 121, 129 ff., 147 ff.
 Lieferungen 94.
 Lithographen 7, 31, 98, 158.
 Localblätter 24, 37, 148.
 Lohn s. Arbeitslohn.
 Lohnfondstheorie 75.

¹⁾ Dabei sind noch folgende Worte M. Hirsch's (aus seinem Offenen Briefe
 an Stumm im G. B. 1881 S. 55) zu beachten: „... Herr Stummler selbst
 läßt erkennen, daß die momentane geringfügige Insufficienz der Gewerkvereins
 [Invaliden]-Cassen wesentlich durch die humane Aufnahme von alten Mitgliedern
 in den ersten Jahren verursacht, und daß dieselbe durch den (bereits in Aussicht
 genommenen) Beschluß, die früher eingetretenen Mitglieder zu gleichen Beiträgen,
 wie die später eingetretenen heranzuziehen, sofort beseitigt werden kann.“

- Lohnuminimum 72.
 Lohnregulierung, staatliche 48.
 Maler 7.
 Manchesterthum 16, 62, 110, 111, 131—135, 149—152.
 Mandat impératif 117.
 Maschinen 80.
 Maschinenbauer 6 ff., 26 ff., 39, 49—52, 73, 96 ff., 158.
 Maschinenfabrikanten 13, 29, 95.
 Maurer 7, 10, 30, 31, 73, 74, 81, 82, 96, 98, 158.
 Mecklenburg 8.
 Militärfrage 25, 79, 85, 120, 121, 139, 146.
 Militärhandwerker 93.
 Militärische Jugendberziehung 120, 121, 135. Auch der österr. Generalstabs-Hauptmann Ragenhofer, Die Staatswehr, 1881, S. 73, 74 plaidirt für eine Art milit. Jugendberz.
 Mißbräuche von Gewerksvereinen 41, 42, 122 ff.
 Monarchie der socialen Reform 135. Vgl. 113, 114.
 Nacharbeit 28.
 Niederlande 156.
 Normatengesetze 124, 127 ff., 156.
 Oeffentlichkeit der Arbeitsstatistik u. 57, 161.
 Oldenburg 8.
 Ortssecretäre 31.
 Ortsverbände 33 ff., 37 ff.
 Ortsvereine 6 ff., 26, 30—39.
 Ostpreußen 8.
 Particularismus 21.
 Pensionscassen 24.
 Phosphor 61.
 Politik 20 ff., 30, 37, 102 ff., 111 ff., 128 ff., 133 ff., 140 ff. Folgenden, nicht uninteressanten Zug aus dem Leben der Gewerksvereine habe ich anzuführen vergessen. Andread, der Generalsecretär des Gewerksvereins der Maschinenbauer, sagte in der oben S. 33 erwähnten Versammlung, in seinem Vortrage über die Reform des Haftpflichtgesetzes der betr. Gesetzentwurf von 1871 sei vom Reichstage¹⁾ verschlechtert worden. Die Arbeiter wüßten Das wohl und seien weit entfernt davon, etwas Gutes bloß deshalb nicht anzuerkennen, weil es von der Regierung komme.
 Pommern 8.
 Porzellanarbeiter 7, 30, 31, 158. Der S. 3 erwähnte Kopenhagener Gewerksverein besteht aus Porzellanarbeitern.
 Preise 72 ff.
 Preußen 21, 63, 107.
 Privateigenthum 101.
 Privilegirte Classen 86, 118.
 Produktionskosten 45.
 Produktionsreformen 84, 85.
 Productivgenossenschaften 27, 32, 63 ff.
 Rechtsschutz 32, 60.
 Recognitionengebühr 46.
 Reepschläger 7, 158.
 Reformen 84, 85.
 Reichs-Eisenbahn-Project 25, 108, 109, 139.
 Reichs-Fabrikinspectoren 60 ff.
 Reichs-Invalidentasse 43 ff.
 Reichs-Schullesebuch 120, 150.
 Reichs-Volkschule 120.
 Reisende 3, 4, 27, 30, 33, 39, 40, 58.
 Religion 111 ff. Vgl. Christenthum und Kirche.
 Rentenversicherung 40, 42, 48, 155.
 Ruß 63.
 Rußland 4, 43, 150, 145, 156.
 Sachsen, Königreich, 5, 8, 62, 127.
 Sachsen, Provinz 8.
 Sattler 7, 31, 158.
 Schiedsgerichte 28—33, 38, 90, 103. Vgl. Einigungsamt.
 Schiffszimmerer 7, 26, 30, 31, 99, 158.
 Schlesien 8, 62.
 Schleswig-Holstein 8.
 Schneider 7, 13, 26, 29, 120, 158.
 Schuhmacher 7, 26, 29, 20, 51, 158.
 Schulgeld 115, 119.
 Schutzvorrichtungen s. Sicherheitsvorkehrungen.
 Schutzöllner 8, 23, 45, 54 ff., 62, 77, 78, 121, 125, 135, 148 ff.
 Schweiz 3, 4, 113.
 Segelmacher 7.
 Seiler 7.
 Selbsthilfe 110, 111.
 Selbstversicherung 42.
 Selbstverwaltung 12. Vgl. Ehrenämter.
 Sicherheitsvorkehrungen bei Maschinen 61, 87, 107.
 Sitte 45, 110.
 Sociale Frage 37, 84, 85, 111, 119.
 Socialismus IV, V, 1, 4, 6, 14, 19, 29, 49, 64 ff., 82, 83, 97—101, 110—116, 128 ff., 146.

¹⁾ [D. h. von den Abg. Hammacher und Genossen, vgl. oben S. 88.]

- Socialistengesetz 99.
 Sonntagsarbeit 28.
 Staat 55, 59, 82 ff., 110, 111, 121 ff.,
 128, 129, 135 ff. Vgl. Manchester-
 thum.
 Staatshilfe 55, 63 ff., 110.
 Städtische Zwangscassen 43, 49, 51.
 Stände 11, 12.
 Statuten 5, 6, 26 ff.
 Steinmeken 98, 101, 102.
 Sterbecassen 5.
 Steuerwesen 25, 57, 109.
 Stimmrecht s. Wahlrecht.
 Strafgesetze 10, 12, 13, 70, 71, 89, 90,
 124, 161.
 Strife s. Arbeitseinstellungen.
 Stuhlarbeiter 7, 96, 98, 158.
 Stuhlarbeiterinnen 30.
 Submissionen s. Lieferungen.
 Tabakarbeiter 6, 7.
 Tabaksmonopol 109.
 Thüringen 8.
 Tischler 6, 26, 29, 31, 98, 158.
 Töpfer 7, 30, 158.
 Trades' Unions 2, 3, 14 ff., 25, 26,
 41, 51, 54, 59, 72, 97, 101, 102,
 107, 122 ff., 134, 156.
 Truchsystem 44.
 Trunksucht 34, 146.
 Ueberproduction 54, 58, 95, 146, 148.
 Ultramontanismus 84, 104, 109, 114
 ff., 138, 145, 149.
 Unfallversicherungs-Gesetzentw. 88, 117,
 159.
 Unfälle 61, 87, 107.
 Ungarn 3, 4, 117, 157.
 Unterstützungsfonds 32.
 Unterstützungsvereine 3 ff., 50.
 Verbandsbeamte 37.
 Verbandsbureau 9.
 Verbandscaffirer 35, 37, 125.
 Verbandscontroleur 35.
 Verbandshaus 9.
 Verbandsinvalidencasse s. Invalidencasse.
 Verbandsrevisor 35.
 Verbandsstatuten 33 ff.
 Verbandstage 26, 33, 35.
 Vereinigte Staaten 3, 4, 72, 101, 113,
 117, 124, 125.
 Vereinsgesetz 5, 12, 19, 100, 127, 129.
 Vereinsherbergen 38.
 Vergolber 7, 30, 31, 158.
 Versicherungsweisen 42, 159.
 Versorgungscassen 42.
 Vertheilungsreformen 84, 85.
 Volksbildung 12, 37, 87, 110, 114 ff.,
 140 ff. Gesellschaft für 37, 149, 152.
 Volksitte s. Sitte.
 Volkswirthschaftsrath 63, 115.
 Vorort 6, 7, 31.
 Vorträge 31.
 Wahlen 22 ff., 141, 147 ff.
 Wahlrecht, communales 115—119.
 Wahlrecht, parlamentarisches 22, 97,
 115—118, 140 ff.
 Waldburger Strife 16, 20.
 Weber 81. Vergl. Handweber.
 Weißgerber 6.
 Westfalen 8.
 Westpreußen 8.
 Wilhelmsspende 49, 53. Vgl. den G.
 B. 1881, S. 65, 70.
 Wittwen- und Waisen-Pensioncassen 54.
 Wohnungsfrage s. Decentralisation etc.
 Wuchergesetz 111.
 Württemberg 4, 8.
 Zeitschriften 151 ff.
 Zimmerer 7, 31, 98, 158.
 Zuchthausarbeit 28, 93.
 Zünfte 10, 12, 130. Vgl. Mißbräuche.
 Zwangscassen 20, 21, 43 ff., 51, 95, 129.

Von demselben Verfasser sind früher erschienen:

Die Selbstverwaltung des Steuerwesens. Berlin, 1869, W. Reiser. 6 *M*

Professor A. Held (Die Einkommensteuer, 1872, S. 262) bezeichnet diese Schrift als „sehr interessant und lesenswerth.“¹⁾ Auf der Univ. Pavia wird dieselbe den Vorlesungen über Finanzwiss. zu Grunde gelegt.

Die sociale Frage²⁾ mit besonderer Berücksichtigung landwirthschaftlicher Reformen und der Decentralisation der Bevölkerung. Berlin, 1873, F. Springer. 3 *M*

G. Hirth sagt darüber in seinen „Freisinnigen Ansichten der Volkswirtschaft und des Staates“ 3. Aufl. 1876, S. 414: „Originelle und höchst beachtenswerthe Ausführungen über agrarische Reformen in den Schriften R. Walcker's (u. A. Die sociale Frage, Berl. 1873).“

Die militärische, nationale, social- und kirchenpolitische Nothwendigkeit der militärischen Jugenderziehung und wirklich allgemeinen Wehrpflicht. Berlin, 1873, Luckhardt. 3 *M*

Im Militär-Literaturblatt 1874, S. 11, wird diese Schrift „als ein gebiegenes Buch“ bezeichnet.

Kirchenpolitische, volkswirtschaftliche und politische Zeitfragen. Ebenbaselbst 1875. 4 *M* 50 *M*

Inhalt: Der christliche Ursprung der modernen Freiheits- und Humanitätsideen. — Das Verhältniß des Christenthums zur modernen Cultur. — Taktische Zeitgedanken über den Kampf gegen den Ultramontanismus. — Zur Pathologie und Therapie der Gründernißbräunche. — Lassalle und Engels. — Der f. g. Kathedersocialismus und die sociale Frage. — Zur Geschichte der Finanzwissenschaft. — Die Wahlgesetz-Frage. — Die Preßgesetz-Frage. — Zur Entwicklungs-geschichte Preussens und Oesterreich-Ungarns. — Der Bundesstaat und der Einheitsstaat. — Die Aufgaben der nationalen Parteien und des Deutschen Reiches.

Lehrbuch der Nationalökonomie. Berlin, 1875, Th. Grieben. 3 *M*

Die Westminster Review sagt darüber im Juliheft von 1875: „Dr. Walcker's . . . work . . . belongs to the strictly practical order and is likely to prove extremely useful. The distribution of the subject matter . . . is an extremely usefule one and likely to be very helpful to students.“ Aehnlich urtheilte der Florentiner Economista d'Italia 1877.

¹⁾ Vgl. unten S. 167 Note 1 und Roscher, Gesch. der Nat. Def. S. 1042.

²⁾ Das „Deutsche Wochenblatt“, welches 1873 das Hauptorgan der freiconservativen Partei war, brachte 1873 (Nr. 25) eine Rec. dieses Buches. Der Rec. polemisirte in ziemlich scharfer Weise gegen meine Ansichten über Latifundien und Fideicommiss, bemerkte indeß u. A.: „Die vorliegende Schrift, mit umfassenbem wissenschaftlichem Geiste geschrieben, berührt am wohlthätigsten durch ihre unparteiische Gerechtigkeit mitten in dem lebhaften Streit [der Freihändler, Kathedersocialisten etc.] . . . Die besonnene Art, mit der er [der Verf.] über Vortheile und Nachtheile der Gewerksvereine, über Einigungsämter, Fabrik-inspectionen, Arbeitsämter spricht, ist in dieser Zeit besonders zu rühmen. Der Verf. wird Brentano gerecht, ohne ihn irgend zu überschätzen.“

Der Verf.

Ein preussisches Unterrichtsgesetz, oder ein Reichsgesetz über die militärische Jugenderziehung? Mit besonderer Berücksichtigung der Reformideen Scharnhorst's, Gneisenau's und des Prinzen August von Preußen. Ebend. 1877. 6 M.

Der Verfasser über sandte diese Schrift seiner Kaiserlichen Hoheit dem Kronprinzen des Deutschen Reiches und erhielt darauf folgendes Schreiben:

„Ich habe Ihre Mir freundlichst überreichte Schrift „Ein Preussisches Unterrichtsgesetz, oder ein Reichsgesetz über die militärische Jugenderziehung?“ mit großem Interesse empfangen und unterlasse nicht, Ihnen für die Einsendung derselben verbindlich zu danken. Neues Palais bei Potsdam, den 8. November 1876. (gez.) Friedrich Wilhelm.“

„... Fügen wir noch hinzu, daß hohe Begeisterung für das erhabene Kaiserliche Herrscherhaus und eine reine, warme Vaterlandsliebe den Verfasser durchglüht, daß das Streben zu nützen ... deutlich erkennbar ist, so können wir ... die Walcker'sche Arbeit zur eigenen Durchsicht der Kameraden empfehlen ...“

Literaturblatt zur Darmstädter „Allg. Milit.-Ztg.“ 1877, S. 45.

„... Ob schon heutzutage die Anforderungen wesentlich gesteigert worden sind, so enthalten doch die Vorschläge des Prinzen August Grundsätze, denen eine innige Vereinigung der Interessen und Aufgaben der Armee mit der Gerechtigkeit und Billigkeit für den Offiziersstand nicht abgesprochen werden kann ...“

„Organ der milit. wissensch. Vereine Wien's“ 1877, S. XI.

„Ein merkwürdiges Buch, welches angelegentlich der Beachtung unserer Gesetzgeber empfohlen sei. Der Verf. ... beherrscht die einschlägige Literatur ... wie kaum ein Zweiter ...“

„Deutsche Rundschau“, April 1877, S. 178.

Staatswissenschaftliche Aufsätze. Ebend. 1877. 2 M. 40 S.

Inhalt: Kaiser Maximilian I. von Mexico als staatswissenschaftlicher, insbesondere als militärpolitischer Schriftsteller. — Zur Frage von den rentabelsten Standorten der Industrie. — Eine Reichs-Erbbschaftsteuer, oder eine Reichs-Couponsteuer? — Ueber die angebliche wissenschaftliche Möglichkeit einer socialrechtlichen Richtung der Nationalökonomie.

Aussprüche der deutschen Classiker und Friedrich's d. G. über Politik, Nationalökonomie, Kirche und Heerwesen. Zusammenge stellt und erläutert. Berlin, 1875, Haude und Spener (F. Weidling). 3 M. In Goldschnitt gebunden 4 M. 20 S.

„... Dieses kleine Buch ... ist ... eine geistreiche „Verarbeitung“, die sowohl den Literaturhistoriker, als den Staatstheoretiker in hohem Grade anmuthen muß. Daß Herr Walcker, einer der geistreichsten und freisinnigsten Publicisten auf socialpolitischem Gebiete, das überraschend reiche Material sehr geschickt zur Stützung seines eigenen Standpunctes benützt, stört und befremdet in keiner Weise, ja gerade dadurch gewinnt die Schrift die rechte Farbe und Wärme ...“

G. Firth in seinen Annalen des Deutschen Reiches, 1875 Heft 9 (im Literaturbericht des Umschlages).

Die Notenbank und die Währungsfrage. Ebendasselbst 1876. 2 M. 20 S.

„Wir begrüßen in dieser Schrift einen werthvollen Beitrag zu den wichtigen Fragen, die sie behandelt, und in dem Verf. selbst einen Genossen im Kampfe gegen die Ausbeutung des Publicums durch die ungedeckten Noten ...“

„Neue Preuss. Ztg.“ 1876, No. 267.

Grundriß des Allgemeinen Staatsrechtes mit besonderer Berücksichtigung der Gneist'schen Forschungen und der neuesten preuss. Gesetzgebung. Berlin, 1875, C. Heymann. 3 M.

Nur Orientirung über die Reichs-Eisenbahn-Frage. Ebend. 1876. 1 M.

In der preussisch-officiösen Schrift: *Zehn Jahre preussisch-deutscher Eisenbahnpolitik*, 1876, heisst es S. 101 in einer Aufzählung der Freunde des Projects: „... Walcker, welcher in origineller Weise den Uebergang vom herrschenden zum Reichsbahn-System dem Uebergange vom Dorfsystem, von der Gemeinewirtschaft, zum Hofsystem, zur f. g. Verfeinerung, vergleicht und unter diesem Gesichtspunkte beachtenswerthe Streiflichter auf die ganze Frage wirft ...“

Die Ursachen und die Heilmittel der socialdemokratischen Umsturzbestrebungen. Ebend. 1879. 4 M.

„Dr. Walcker, welcher sich ... bereits durch viele andere Schriften socialen und politischen Inhalts bekannt gemacht hat, steht selbst auf einem gemässigt liberalen Standpunkte; er vertritt denselben aber keineswegs mit Einseitigkeit, sondern läßt den Ansichten und Leistungen andrer geistvoller Männer und Parteien volle Gerechtigkeit widerfahren. Mäßigung und Versöhnlichkeit sind die charakteristischen Eigenschaften seiner Darstellungsweise.“¹⁾ Dabei zeigt Walcker meist ein nüchternes, treffendes Urtheil über Personen und Verhältnisse, sowie eine große Kenntniß der einschlagenden Literatur. ... Besondere Aufmerksamkeit widmet er in dieser wie in anderen Schriften den ländlichen Verhältnissen; er sagt mit Recht: „Folglich müssen die wichtigsten socialen Reformen auf agrarpolitischen Gebiete zu suchen sein, obgleich der Liberalismus vulgaris und der Conservatismus vulgaris bei dem Worte „socialer Frage“ nur, oder in erster Linie an Fabrikarbeiter und Handwerker denken“ (S. 143). In seinen Angriffen gegen das Fortbestehen von Fideicommissen geht Walcker unseres Erachtens zu weit; wenigstens sind in Deutschland die aus denselben thatsächlich erwachsenden Uebelstände nicht so bedeutend, daß ihre Beseitigung nothwendig erschiene.“

Professor Th. Frh. v. d. Holtz im Professor Herbst'schen (conservativ-orthodoxen) „Deutschen Literaturblatt“ 1879, S. 63.

„Eine sehr gehaltvolle Schrift“ Klüpfel im G. Schwab-Klüpfel'schen Wegweiser durch die Literatur der Deutschen, 3. Nachtrag zur 4. Aufl. — In einer Recension der Moritz Meyerschen Schrift: *Die neuere Nationalökonomie* u. c., heisst es: „daß neuere Nationalökonomien, in neuester Zeit vor Allem Walcker, weit bessere Argumente [gegen die socialistischen Doctrinen] vorgebracht haben, als der Verfasser. Dem Umstande, daß Meyer die Schriften dieses zuletzt genannten Forschers nicht gehörig gewürdigt, ist es wohl auch zuzuschreiben, daß seine Darstellung der Heilmittel gegen die socialdemokratischen Umsturzbestrebungen dürftiger ausgefallen ist.“

G. W. in der „Gegenwart“ 1880, S. 175.

1) Da gewisse verschämte Reactionäre, Anhänger des jesuitischen sacrificiodell' intelletto und der Stahl'schen „Umkehr der Wissenschaft“ meine Schriften in gewissem, zum Theil viel gelesenen Zeitschriften seit einer Reihe von Jahren systematisch schmähcn, und da die betreffenden Redactionen freihändlerische Entgegnungen nicht aufnehmen würden, so lasse ich oben, zur nothgedrungenen Abwehr, einige Auszüge aus unbefangenen, wenn auch zum Theil gegnerischen Kritiken meiner Schriften abdrucken. Natürlich geschieht das nur mit Rücksicht auf irreführende Leser jener Zeitschriften: wenn es sich nur um die angreifenden Streber und Weiterfahren handelte, so würde ich sie gar keiner Entgegnung würdigen. Sie erinnern in einzelnen Beziehungen an die zweite Periode F. v. Gentz's, von dem H. v. Mohl 1855 schrieb: „Gott bewahre uns vor einem neuen Gentz!“ Der Verf.

Schulzölle, laissez faire und Freihandel. Eine lehrbuchartige Erörterung der wichtigsten industriellen und landwirthschaftlichen Schulzölle. Leipzig, 1880. Roßberg. 14 M.

„Das erste Buch dieses Werks enthält den Versuch, die wichtigsten Punkte des ungeheuren Materials über die Schulzollfrage, das sich seit Jahrzehnten, zum Theil seit Jahrhunderten angesammelt hat, mit besonderer Berücksichtigung der concreten deutschen Verhältnisse in systematischer, lehrbuchartiger Weise darzulegen. Das Buch ist deshalb ein Nachschlagewerk und für Alle, welche sich für die Entwicklung der Zollpolitik, diese wichtige Angelegenheit der Gegenwart, interessieren, unentbehrlich, um sich auf dem weiten Gebiete zurechtzufinden. Der zweite Theil enthält die allgemeinen Anschauungen des Verf. über die wichtige Frage Schulzoll oder Freihandel. Der Verf. glaubt mit seinen Ausführungen zur Vermittelung und Versöhnung der scharfen wirthschaftlichen Gegensätze im Deutschen Reiche beitragen zu können. Die Diction ist fließend, knapp und leicht verständlich, ein Vorzug, der hervorgehoben zu werden verdient.“ „National-Ztg.“ 1880, No. 351.

„Es ist Dies ein volkswirthschaftliches Lesebuch von sehr großem Interesse, welches dadurch nicht verringert wird, daß es die neueste Zeitgeschichte ist, welche darin behandelt wird. Eine pragmatische Darstellung des Umschwungs unsrer Zoll- und Wirthschaftspolitik läßt sich noch nicht liefern, weil die Gegenwart recht eigentlich noch mitten in diesem Umschwunge steht, deshalb wohl hat der Verfasser den Gegenstand nicht in einem „Lehrbuche“ behandelt, sondern dem Leser sein Werk nur als „lehrbuchartige Erörterung“ vorgeführt. . . . Sein Buch hat dadurch von unsrem Standpunct, welcher mit dem des Verf. sich ungefähr deckt, einen doppelten Werth: es bietet eine anregende, auch zweifellos dem Gegner interessante Lectüre und ist gleichzeitig eine wichtige Lanze, welche in dem Meinungskampfe über Freihandel und Schulzoll zu Gunsten des Ersteren eingelegt wird. Die volkswirthschaftliche Bücherliteratur hat in der letzten Zeit fast nur Hymnen auf die jetzige Wirthschaftspolitik zu Tage gefördert, welche Mode geworden ist, weil Kaiser Bismarck, der sich selbst als Dilettant in Volkswirtschaftsfragen bezeichnet hat, seine gewaltige Autorität dafür eingesetzt hat. Freihändlerische Literatur war inzwischen vom Büchermarkt fast verschwunden und fand wesentlich nur in den Spalten der Zeitungspressen einen „Unterstützungswohnsitz“. In dem Walder'schen Buche tritt uns endlich eine umfangreiche freihändlerische Beleuchtung des Zollsystems entgegen, basirt auf gründliches Wissen. . . . Ist der Verf. in der Zollpolitik Freihändler, so ist er doch auf dem großen allgemeinen Gebiete der Socialpolitik kein Manchestermann, kein Mann des laissez faire. Auch hier ist uns sein Standpunct im Ganzen sympathisch, obwohl wir seinen dabei vorgebrachten Verbesserungsvorschlägen nicht ganz zu folgen vermögen. So erscheint es uns zu weit gegangen im Interesse einer Hebung der Volkswirtschaft, staatswissenschaftliche Werke für die besitzenden und gebildeten Classen als einen neuen Zweig des Selbstgovernment's gewissermaßen obligatorisch zu machen. Noch utopischer¹⁾ erscheint die Anregung, wirthschaftlichen Schäden, beispielsweise dem Grünbrennwesen, durch eine Art von socialen Ehrengerichten beizukommen. Nichtsdestoweniger sind diese Anregungen nicht minder lehrreich und glänzt der Verf. auch bei Vertheidigung seiner socialpolitischen Ansichten durch tiefes Wissen und ernstes Streben nach den Zweckmäßigkeiten.“ „Deutsche Revue“ (Berlin, D. Janke) Octoberheft 1880 S. 143.

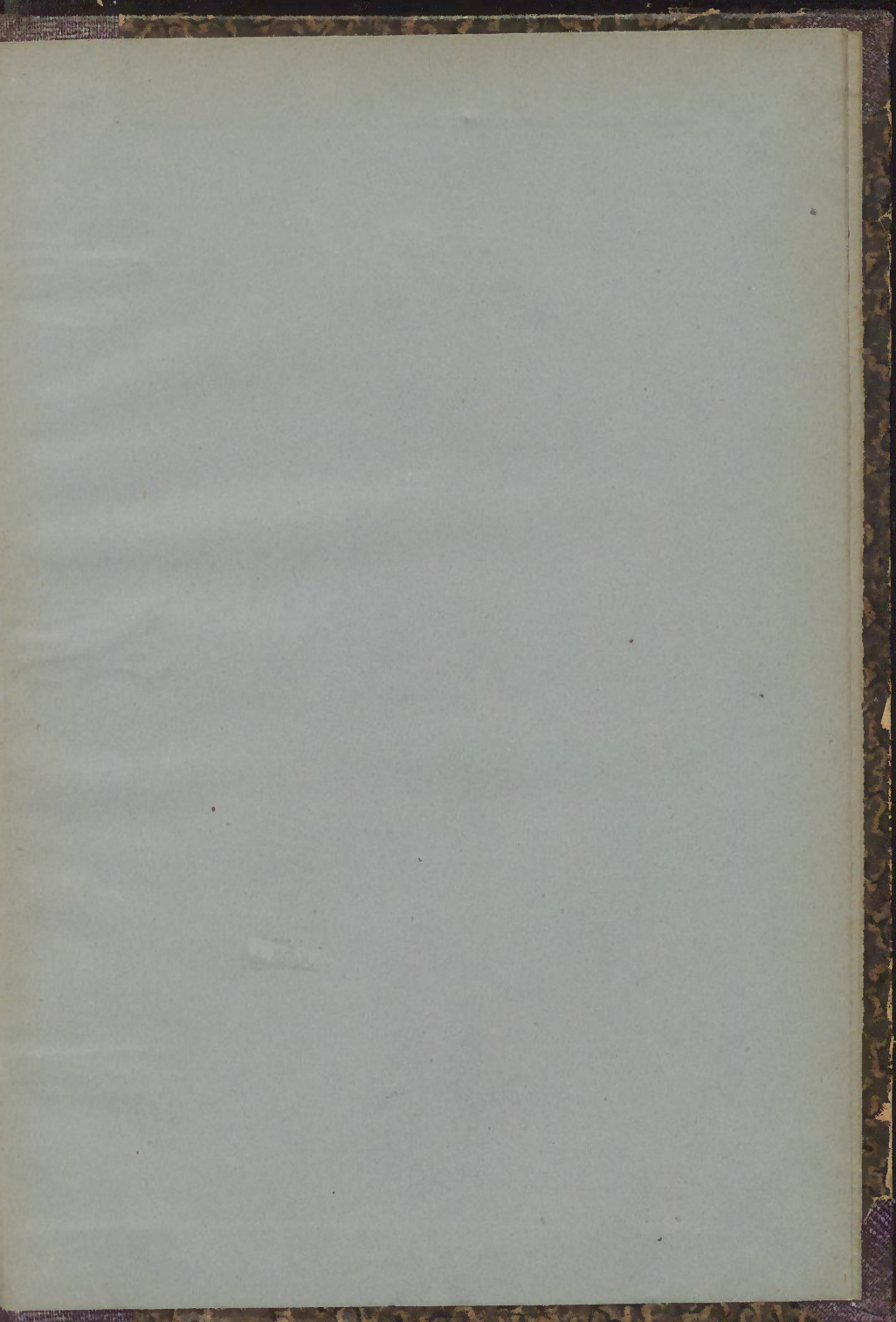
Iur Kritik der Gneist'schen Staatslehre. (Tübinger Zeitschrift für Staatswissenschaft. 1872).

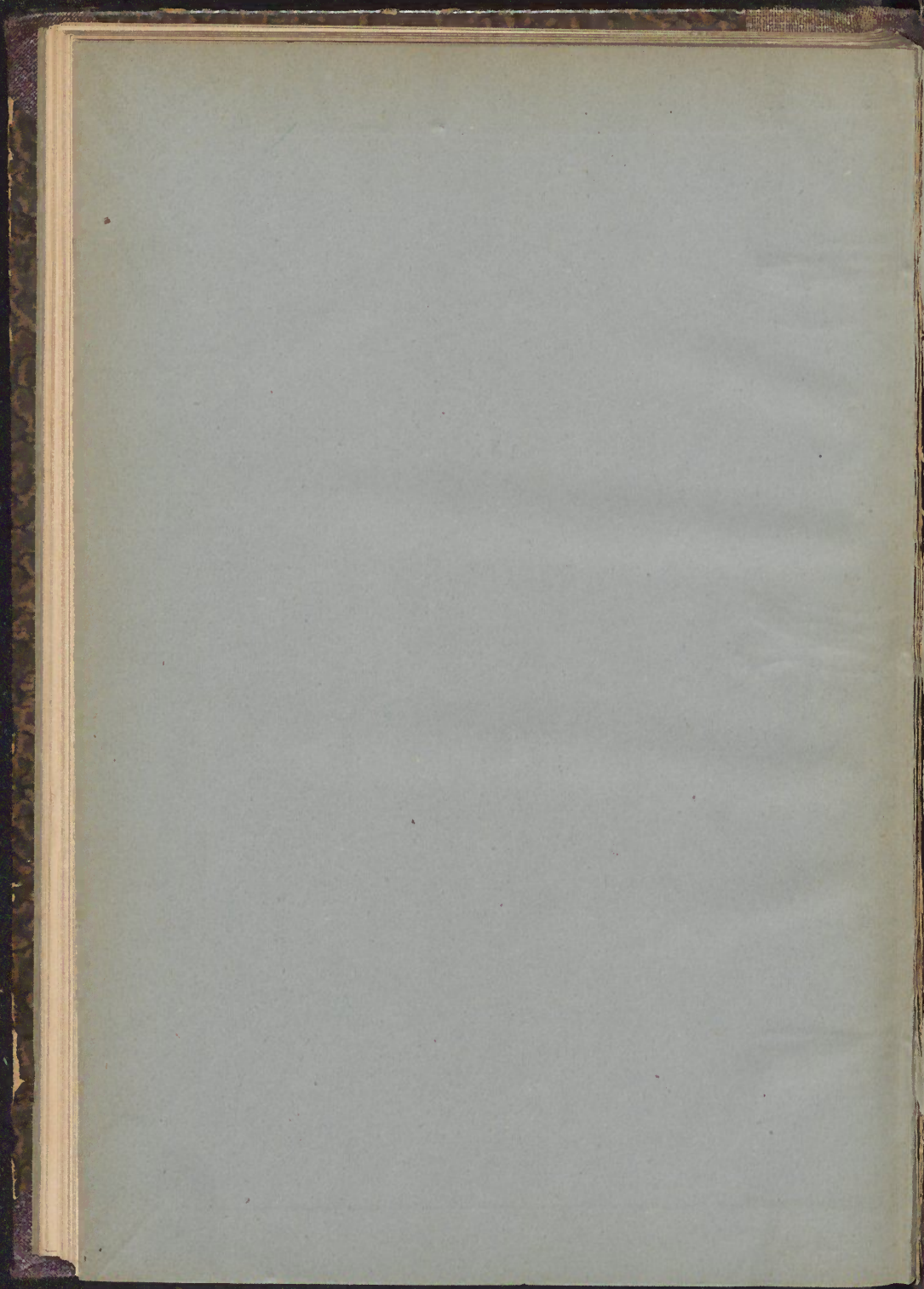
Iur Frage der Communalsteuer-Freiheit des Reichseinkommens. (W. Hartmann's Zeitschrift für Gesetzgebung u. 1876).

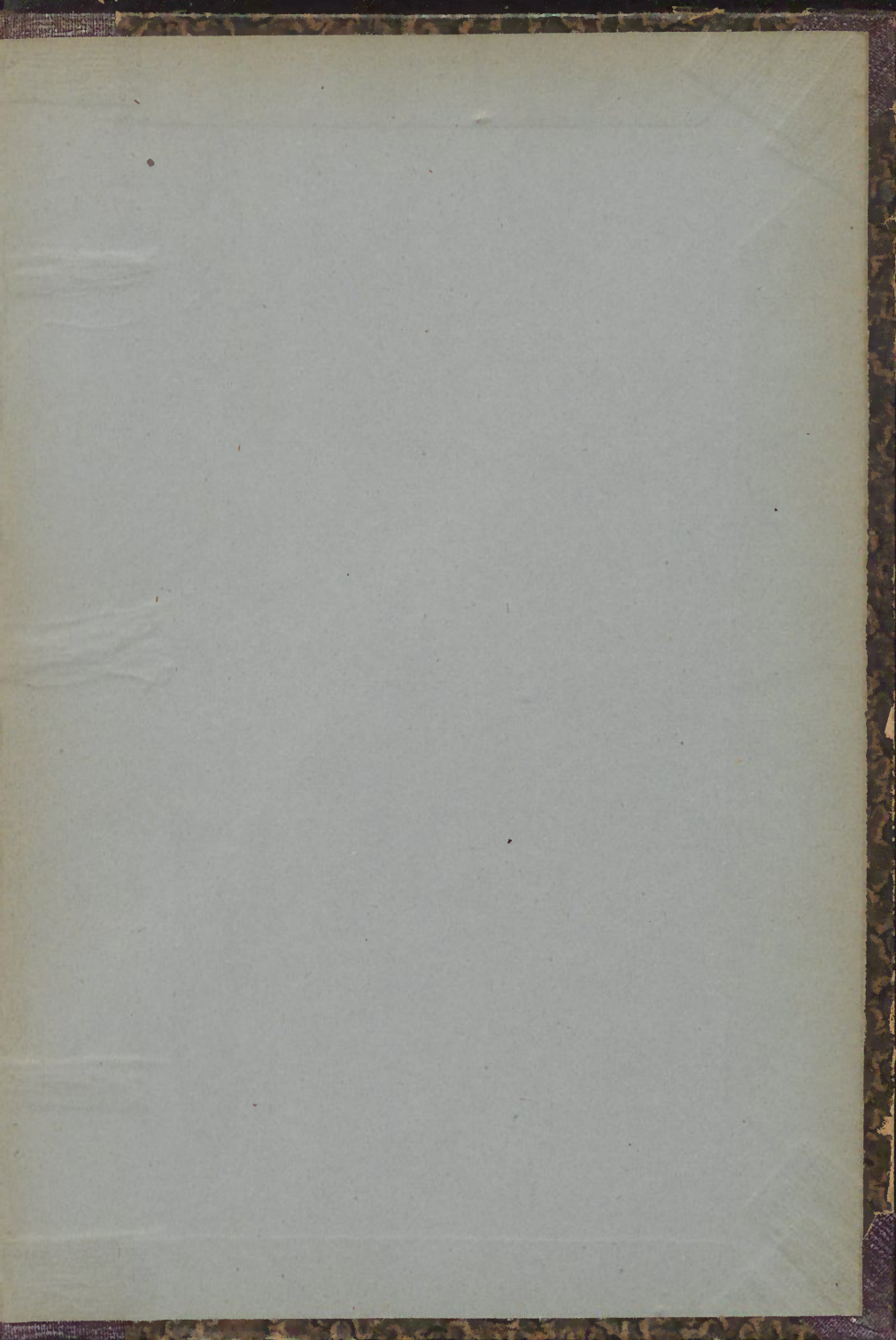
Statistische Beiträge zur Frage von den Standorten der Industrie (Berliner Vierteljahrschrift für Volkswirtschaft, 1880, Heft 2).

1) Diese „utopische“ (?) Idee ist von mir nicht erfunden, sondern nur im Anschluß an F. v. Holsten, J. C. v. Bluntzli u. A. vertreten worden. Der Verf.

III 116 3









206\$02964945